REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 378 · 3.5.1995

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 43 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. "Bitte verfallen Sie nicht in Panik." Mexikos Wirtschaft auf Chrashkurs - Zapatistas unbesiegt - Boris Alexander
2. Lutz Taufer ist frei! Wann folgen die anderen?
3. Presseerklärung der AnwältInnen von RAF-Gefangenen - Ute Brandt, Anke Brenneke-Eggers, Andreas Groß und weitere
4. Körperkolonie Mensch: Arme Länder - reiche Beute. Über den Handel mit menschlichen Organen - Gisela Wuttke
5. Überlegungen zum Auslaufen des Atomwaffensperrvertrags - Huub Jaspers, Nijmegen
6. Dokumentation: Atomwaffensperrvertrag
7. Oklahoma: US-Nazis bomben gegen den Staat. Mit den "Bürger-Milizen" formiert sich eine bewaffnete ... - Michael Hahn
8. Le Pen als Zünglein an der Waage. Chirac braucht die Stimmen aller rechten Wähler - Bernhard Schmid
9. Denk-Prozesse nach Althusser. Annotation - Gerd Bedszent
10. Sieg des kleineren Übels. Dämpfer für die Rechten bei den italienischen Regionalwahlen - Js.
11. Nazi-Gipfel in der Stadt der Reichsparteitage. Nach Mobilisierung: Wirt will Rechtsradikale nicht mehr - Al.
12. Ein Eigentor für die SPD. 8. Mai-Demonstration in Rheinland-Pfalz - jj., Ludwigshafen
13. Von der Nazi-Herrschaft wurden wir befreit - nicht aber von unseren Ängsten und Schrecken - Flora Neumann
14. Vor 50 Jahren. Chronologie Teil 5: Mai 1945 - Editorial
15. "Schwestern vergeßt uns nicht." Frauen im KZ KZ Ravensbrück - ga.
16. Reden zu 50. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald von Jorge Semprun, Pierre Durand und Emil Carlebach
17. Der Frontsoldat spricht. Die Geschichte aus der Sicht des Dr. Alfred Dregger - Js.
18. Wehrmacht und Vernichtungskrieg. Zwei wichtige Neuerscheinungen - Js.
19. Guatemala: Abkommen über Rechte der Maya-Bevölkerung - Al., Nürnberg
20. "Wir werden die Menschenrechtsverletzungen der Regierung nicht hinnehmen" - Chile AG, Braunschweig
21. Die BRD als Geisterreiter im Klimaschutz. Die große VerKohlung - hhH., Berlin
22. Eine große Familie? Die NGOs und Business- NGOs auf dem Klimagipfel - Ann Stafford
23. 100 Tage KP-Regierung in Nepal. Interview mit Madhav Nepal, stellvertr. Premier - Peter Borgwardt
24. Die Saarlandbrigade: eine Eliteeinheit der NATO - AKTION 3. WELT Saar
25. Das Asylland Schweiz und seine Flüchtlingspolitik bis 1945 - Gaston Haas
26. Die zweite Wandlung der Sozialdemokratie - Marcel van der Linden
27. ... und ein bißchen weise. Autonomie-Kongreß 1995: Bestandsaufnahme autonomer Politik - KUK
28. Die Autonomen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert - Peter Nowak
29. Lebenswege - 15 Biographien zwischen Europa und Lateinamerika. Rezension - Werner Rätz
30. Hausbesetzung im Osten. Annotation - Gerd Bedszent
31. Stationen einer nicht gewollten Vereinigung. Die Verschmelzung des Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) mit der PDS - he., Hamburg
32. Artenschutz im ak. Ein Kommentar zur Auseinandersetzung um den BWK in der PDS - Heinrich Eckhoff
33. Am Problem vorbei. Widerspruch zu "Exorzismus in der PDS" (ak 377) - Claudia Gohde
34. Richtigstellung und Widerruf - Hilfe! Schon wieder Gremliza! - Aufruf zum Kostensharing
35. Stellungnahmen zur ak-Debatte
36. Quelldatei 10bu.htm
37. Projekt für eine Neue Nichtverbreitungspolitik
38. Quelldatei 31.htm
39. ak-Serie Kapitulation und Befreiung

40. Quelldatei arten.htm
41. Quelldatei bwk-pds.htm
42. Medizinische Versuche an den Frauen in Ravensbrück
43. Quelldatei zukunft.htm

1. "Bitte verfallen Sie nicht in Panik." Mexikos Wirtschaft auf Chrashkurs - Zapatistas unbesiegt

Mexikos Wirtschaft auf Crashkurs - Zapatistas unbesiegt - Ex-Präsident im Exil

Autor: Boris Alexander · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:35

Wenn ein mexikanischer Politiker ein althergebrachtes Ritual verletzt, dann hat er in aller Regel triftige Gründe dafür. Wie wohl in nur wenigen Ländern ist in Mexiko die Inszenierung symbolhafter politischer Gesten von größter Bedeutung. Kommt der Präsident auf den Empfang eines Ministers zehn Minuten zu spät, kann dieser damit rechnen, demnächst den Dienst quittieren zu müssen. Wenn also der mächtige Gewerkschaftsboss Fidel Velázquez die traditionelle 1. Mai-Kundgebung vor dem Präsidentenpalast absagt, dann ist das mehr als nur ein Bruch des guten Stils. Bisher defilierten jeden 1. Mai hunderttausende Arbeiter, Mitglieder des offiziellen Gewerkschaftsbundes CTM und damit automatisch auch Mitglieder der Staatspartei PRI, am Präsidentenpalast vorbei. Der CTM drückte damit am "Kampftag der Arbeiterklasse" die "Verbundenheit der mexikanischen Arbeiter mit ihrem Präsidenten" aus. Ein Spektakel, das nun auch in Mexiko aus der Mode zu kommen scheint, nachdem es bekanntermaßen seit 1989 in Europa keinen Zuspruch mehr findet.

Der Absage der 1. Mai-Kundgebung zur Ehrung des Präsidenten ging ein weiterer Ritualbruch voraus. Das von Präsident Ernesto Zedillo initiierte Programm zur Überwindung der Wirtschaftskrise wurde Anfang März ohne Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter beschlossen. In den letzten 60 Jahren waren die Präsidenten der Staats- und Regierungspartei PRI immer darauf bedacht, wichtige Entscheidungen im Konsens mit den Führungen des parteigebundenen Bauernverbands CNC und des parteiloyalen Gewerkschaftsbundes CTM zu treffen. Der Ritualbruch des 94jährigen Fidel Velázquez, der seit über 60 Jahren zu den mächtigsten Gewerkschaftsfunktionären zählt, und nun am 1. Mai nicht mehr dem Präsidenten huldigen will, ist also die Reaktion auf den Ritualbruch Ernesto Zedillos, der gegen den Willen des CTM-Chefs ein einschneidendes Krisenprogramm verabschiedet hat.

Und noch andere eingeschliffene Verhaltensweisen, die die politische Stabilität in Mexiko lange Jahre sicherten, werden in diesen Tagen mißachtet. So verzichtete Präsident Zedillo beispielsweise darauf, am 10. April den Revolutionshelden Emiliano Zapata öffentlichkeitswirksam zu ehren. Der 10. April ist der Jahrestag der Ermordung Zapatas, der Symbolfigur des Befreiungskampfes der mexikanischen Campesinos. Noch der Ex-Präsident Carlos Salinas de Gortari ließ sich letztes Jahr vom Grabmal des zum Mythos gewordenen Revolutionärs via Fernsehen ins ganze Land übertragen. Es scheint, als hätten die Guerilleros vom EZLN den Kampf um das legitime Erbe Zapatas gewonnen. Ein nicht zu unterschätzender publizistischer Sieg der Rebellen aus dem Lakandonen-Urwald, denn Emiliano Zapatas Kampf um "Land und Freiheit" wurde in Mexiko bisher auch von der Staatspartei PRI als ein Eckpfeiler der Revolution von 1910-1919 betrachtet, die das moderne politische System Mexikos konstituierte.

Der zapatistische Aufstand vom Januar 1994 hat in Mexiko eine krisenhafte Entwicklung ausgelöst, die mittlerweile weit über die Rebellion der Campesinos und Indígenas aus Chiapas hinausreicht. Nach dem Pesosturz vom Dezember letzten Jahres befindet sich die mexikanische Volkswirtschaft in einer tiefen Rezession, die strukturelle Ursachen aufweist und nicht nur konjunktureller Natur ist. Die Staatspartei PRI verliert rapide ihre soziale Basis, die jahrzehntelang erprobten Integrationsmechanismen gegenüber den Bauern und zunehmend auch den Arbeitern funktionieren immer weniger. Der Mittelstand als ein Hauptopfer der aktuellen Wirtschaftskrise wendet sich ebenfalls vom PRI ab. Innerhalb des PRI zerfleischen sich die verschiedenen Machtgruppen und machen auch vor dem politischen Mord in den eigenen Reihen nicht halt. Nachdem das neoliberale Wirtschaftsmodell offensichtlich gescheitert ist, mangelt es der Regierung Zedillo an überzeugenden Konzepten. Zu den täglich anwachsenden Einzelproblemen kommt daher eine für den PRI existenzbedrohende Legitimationskrise. Eine Staatspartei ohne identitätsstiftende Ideologie, ohne geschlossenes politisches und ökonomisches Projekt droht zu zerfallen. Der Bruch mit traditionellen politischen Ritualen ist der sichtbarste Ausdruck dieser Krise.

Die Wirtschaft auf Crashkurs

Mitte März korrigierte Mexikos Wirtschaftsministerium die offizielle Konjunkturprognose. Die Regierungsexperten erwarten nun einen Rückgang des Bruttosozialprodukt um 2% und eine Inflationsrate von

42%. (1) Würden diese Erwartungen eintreffen, befände Mexiko sich in der schwersten Wirtschaftskrise seit 1982. Aber vieles spricht dafür, daß alles noch schlimmer wird. Die bis vor kurzem als Wachstumsmotor gefeierte Automobilindustrie klappt förmlich zusammen: Die Verkaufszahlen für PKW und LKW liegen im Februar 1995 um 74% unter den Ziffern für das vorhergehende Jahr. Am 29. März senkte Mercedes-Benz in seinen beiden mexikanischen Werken die Produktion um 60%. (2) In anderen Industriezweigen sieht es nicht besser aus. (3) Was ist passiert?

Im Verlauf der Pesokrise, die ihren Anfang im Dezember letzten Jahres nahm, zog sich ausländisches Kapital fluchtartig aus Mexiko zurück. Der Pesokurs stürzte gegenüber dem Dollar von einer Tiefstmarke auf die nächste. Die mexikanische Regierung reagierte mit einer sprunghaften Erhöhung der Leitzinsen, um erstens wieder Kapital ins Land zu locken und zweitens die drohende Inflation zu drosseln. Vom Standpunkt eines neoliberalen Finanzpolitikers aus, war dies wohl die einzige Möglichkeit, auf die Krise zu reagieren. Für die mexikanische Industrie, den Mittelstand und die Arbeiterschaft hat allerdings ein Alptraum begonnen. Das hohe Zinsniveau macht Investitionen auf Kredit fast unmöglich, viele verschuldete Betriebe und Privatpersonen werden in den Bankrott getrieben. (4) Der ungünstige Pesokurs führt außerdem zu einer schlagartigen Verteuerung der Importprodukte, mit denen wichtige Bereiche des Konsumgütermarktes in Mexiko beliefert werden. (5) Der Binnenmarkt zieht sich zusammen, die Arbeitslosigkeit steigt dramatisch und die Preise explodieren trotz Inflationsbekämpfung.

Doch damit nicht genug. Um die angegriffenen Staatsfinanzen flüssig zu halten, deklarierte Präsident Ernesto Zedillo im Krisenplan, der ihm den Zwist mit den Gewerkschaften einhandelte, die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 10% auf 15%. Preise für Elektrizität und Gas steigen um 20%, Benzin wird um 35% teurer. Die öffentlichen Ausgaben sollen im Vergleich zum Vorjahr um 8,9% reduziert werden. Während der Verteidigungsetat steigt, werden die letzten Sozialprogramme gestrichen. (6) Luis Germán Cárcoba, Präsident der Unternehmervereinigung CCE (Consejo Coordinador Empresarial) hat augenscheinlich recht, wenn er warnt, daß "das Land in seiner Gesamtheit bankrott zu gehen droht." (7) Präsident Ernest Zedillo, über den in Mexiko Witze gemacht werden, weil er ständig ein breites Grinsen aufgesetzt hat, scheint vom Optimismusverbreiten auch nicht mehr überzeugt zu sein. "Verfallen Sie nicht in Panik, bitte verfallen Sie nicht in Panik", ist seine neue Devise. (8)

Das Wirtschaftswachstum der neoliberalen Jahre seit 1982 wurde auf Kosten der Arbeiterschaft und Campesinos erkauft, die erhebliche Reallohnsenkungen hinnehmen mußten. Die alle Bereiche umfassende Wirtschaftskrise seit Dezember 1994 trifft die Arbeiter und Campesinos nochmals mit voller Härte, viele Menschen stehen in Mexiko-Stadt vor den Pfandleihhäusern an, weil sie nicht wissen, wie sie am nächsten Tag über die Runden kommen sollen. Ein neuer Aspekt der aktuellen Wirtschaftskrise ist aber, daß nun auch breite Kreise der mittelständischen Betriebe und der Großindustrie davon betroffen sind. Zinssteigerung, Importwarenverteuerung und Mehrwertsteuererhöhung drehen ihnen den Hahn ab. Für den PRI und Ernesto Zedillo könnten daraus ernsthafte politische Probleme erwachsen, denn sein Krisenprogramm ist eine Wirtschaftspolitik, das sich gegen alle ökonomisch aktiven Gruppen der Republik richtet. Nicht gerade ein Popularitätsbonus.

Der Ex-Präsident im Exil

Auch die Machtübergabe von Ex-Präsident Carlos Salinas de Gortari an den Amtsinhaber Ernesto Zedillo verlief nicht gemäß dem traditionellen Ritual und führte in eine tiefe politische Krise. Seit 1940 hat sich in Mexiko ein Mechanismus der Machtübergabe vom scheidenden Präsidenten, der stets von der Staatspartei PRI gestellt wurde, an den antretenden Maximus eingeschliffen: Der amtierende Präsident gab einige Monate vor dem Wahltermin seinen Nachfolger bekannt. Der zukünftige Präsident tourte daraufhin durch das ganze Land, um sich bekannt zu machen und um Volksnähe zu demonstrieren. Die geölte Propagandamaschine des PRI stilisierte den künftigen Präsidenten zum jeweils größten Sohn der Republik, zum idealen Mexikaner, der die Interessen aller Mexikaner erfolgreich vertreten würde. Der noch amtierende Präsident zog sich aus der Innenpolitik zurück, äußerte sich nur noch leise und reiste zu Abtrittsbesuchen ins Ausland. Während des Wahlkampfes konnte der künftige Präsident so sein eigenes Profil entwickeln.

Der Wahltag selbst war dann nur noch die Taufe für einen Präsidenten, der schon geboren war. Nach der Amtsübergabe an den neuen Präsidenten zog sich der Ausgeschiedene meist auf einen repräsentativen Landsitz zurück und äußerte sich nicht mehr öffentlich zu politischen Fragen. Oftmals machte der neue

Präsident den alten für die aktuellen politischen Probleme verantwortlich und versprach, jetzt endlich alles besser zu machen. Doch das störte den Ex-Präsidenten auf seiner beschaulichen Hacienda nicht weiter, da er seinen Vorgänger genauso behandelt hatte.

Im letzten Jahr bei der Machtübergabe von Carlos Salinas an Ernesto Zedillo lief alles ganz anders. Zuerst kürte Carlos Salinas im Dezember 1994 Luis Donaldo Colosio zum Präsidenten in spe. Doch dann schien die Krise in Chiapas zu einem Zerwürfnis zwischen den beiden geführt zu haben. Jedenfalls wurde Luis Donaldo Colosio am 23. März 1994 erschossen und vieles deutet darauf hin, daß Carlos Salinas die Finger mit am Abzug gehabt hat. Der neue Präsidentschaftskandidat Ernesto Zedillo hatten nun nur noch wenig Zeit für eine überzeugende Selbstinszenierung als neuer Präsident bis zum Wahltag am 21. August. Es war jedoch nicht nur der Mangel an Zeit, der ihn kaum eigenes Profil gewinnen ließ. Carlos Salinas betrieb bis zum 21. August und darüber hinaus sein eigenes innenpolitisches Spiel. Er behandelte Zedillo wie einen Schuljungen und schob sich selbst in den Vordergrund statt sich zurückzuziehen. Der ehrgeizige Salinas wollte sich den lukrativen Job als Vorsitzender der Welthandelsorganisation WTO angeln und die starke Figur im Hintergrund der mexikanischen Politik bleiben, ganz nach dem Vorbild Plutarco Elías Calles, dem Jefe Máximo der mexikanischen Revolution. Doch der Pesocrash machte ihm einen Strich durch die Rechnung.

Ernesto Zedillo holte zum Befreiungschlag aus, nachdem Carlos Salinas ihm die Schuld für die Pesokrise anhängen wollte, die selbstverständlich Resultat Salinas' eigener Wirtschaftspolitik ist. Der seit Anfang Dezember amtierende Präsident Ernesto Zedillo ließ am 28. Februar Carlos Salinas Bruder Raúl Salinas unter der Anklage verhaften, er sei für den Mord am PRI-Generalsekretär José Francisco Ruiz Massieu vom September letzten Jahres verantwortlich. Gleichzeitig forderte die PRI-Führung die Aufklärung der Rolle der Salinas-Brüder im Mordfall Colosio. Wichtige Politiker, wie etwa Carlos Hank Gonzáles und José Córdoba, die den Salinas-Brüdern nahestehen, wurden von der Staatsanwaltschaft in Verbindung mit dem Drogenhandel gebracht. Auf diese Weise versuchte sich Ernesto Zedillo, dem Würgegriff eines übermächtigen Carlos Salinas durch einen unerwarteten Gegenangriff zu entziehen. Außerdem sollte die Attacke auf Salinas und seine Gruppe die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vom ungelösten Chiapas-Konflikt und der Wirtschaftskrise ablenken. Ernesto Zedillo ist es jedenfalls gelungen, die Verantwortung für die Wirtschaftskrise zumindest teilweise auf Salinas abzuwälzen und Carlos Salinas zum Buhmann der Nation zu machen.

Der angeschlage Carlos Salinas verzichtete am 1. März zuerst auf seine Kandidatur als WTO-Chef und trat dann am 2. März in den wohl kürzesten und lächerlichsten Hungerstreik der Geschichte. Während des eintägigen Hungerstreiks beteuerte Carlos Salinas, er habe nichts mit dem Mord an Colosio zu tun und sei auch nicht für die Wirtschaftskrise verantwortlich. Nach hektischem Krisenmanagement kam es am 9. März zu einem kurzen Zusammentreffen zwischen altem und neuem Präsidenten. Es wurde folgender Deal ausgehandelt: Carlos Salinas geht außer Landes und enthält sich jeder Meinungsäußerung zur Politik in Mexiko, Ernesto Zedillo stoppt seine Angriffe gegen Carlos Salinas und seinen Clan. (10)

Einen Tag später flog Carlos Salinas dann mit einem Privatjet ins Exil in die USA. Er hat damit die zweifelhafte Ehre, der erste mexikanische Präsident im Exil seit eben Plutarco Elías Calles zu sein, dessen Nachfolge als Jefe Máximo er anstrebte. Der Unterschied zwischen den beiden ist nur: Elias Calles beherrschte, nachdem er 1928 als Präsident abgetreten war, noch über sieben Jahre hinweg die Geschicke Mexikos bevor er von Lázaro Cárdenas in die USA ausgewiesen wurde. Carlos Salinas dagegen mußte bereits ins Exil als er den Versuch unternahm, seinen ersten Nachfolger zu dominieren. Die Geschichte wiederholt sich eben auch in Mexiko nur als Farce.

Die Mißachtung ungeschriebener Gesetze durch Carlos Salinas und der dadurch provozierte spektakuläre Bruch mit Ernesto Zedillo versetzen der Stabilität des politischen System Mexikos einen weiteren Schlag. Eingespielte Verhaltensweisen und Machtmechanismen erodieren, Unsicherheit und Unkalkulierbarkeit der politischen Abläufe bestimmen zunehmend die politische Szenerie.

Die Zapatistas unbesiegt

Bevor Ernesto Zedillo seinen machtbesessenen Vorgänger ins Exil verwies, biß er sich an einem ungleich größeren Problem die Zähne aus. Mit einer großangelegten Militäraktion versuchte er Anfang Februar, der Lage in der Unruheprovinz Chiapas Herr zu werden. Am 9. Februar verkündete Zedillo in einer Fernsehansprache, die Identität des mysteriösen Subcomandante Marcos sei nun zweifelsfrei festgestellt, es

handele sich beim stets maskierten Guerillaanführer um Rafael Guillén, einen ehemaligen Dozenten der Universidad Autonoma Metropolitana in Mexiko-Stadt. Zedillo setzte nun an die 50.000 Soldaten in Marsch um den Subcomandante Marcos und die Mitglieder des CCRI (Geheimes Revolutionäres Indígena Komitee), der Generalkommandantur des EZLN, festzunehmen. Die Armee drang in hunderte Dörfer in den chiapanekischen Municipios Ocosingo, Las Margaritas und Altamirano vor, die vorher unter der Kontrolle der Zapatistas standen.

Die Generalkommandantur des EZLN gab sofortige Order an alle Zapatistas, jede bewaffnete Auseinandersetzung zu vermeiden und sich in den Dschungel der Berge zurückzuziehen. Tausende Indígenas verließen ihre Dörfer und flüchteten vor dem anrückenden Militär. Der Schlag der Bundesarmee ging ins Leere. Das hielt die Soldateska allerdings nicht davon ab, in vielen verlassenen Ortschaften die Holzhütten der Indígenas zu zerstören, Saatgut zu verbrennen sowie Geflügel und Vieh zu töten. Die zehntausenden geflüchteten Indígenas hielten wochenlang im Dschungel aus. Ein Augenzeuge aus einer Tzeltal-Gemeinde im zapatistischen Aufstandsgebiet berichtet: "Alle 300 Mitglieder unserer Dorfgemeinschaft sind in der Nacht vom 9. auf 10. Februar in die Berge geflüchtet. Männer, Frauen, Kinder jeden Alters. Wir haben versucht, uns von Wurzeln und Pflanzen des Waldes zu ernähren und Tiere zu fangen. Zwei Kleinkinder sind während der Flucht gestorben, eine Frau hatte eine Fehlgeburt. Vor allem die Kleinkinder, die keine Muttermilch mehr trinken, sind unterernährt und stark geschwächt. Die Insekten des Dschungels haben bei vielen Gemeindemitgliedern Krankheiten verursacht. Viele Kinder haben Fieber und entzündete Hautstellen. Wir sind erst nach vier Wochen im Dschungel in unser Dorf zurückgekehrt." (11)

Die Bundesarmee durchkämmte Teile des Lankandonen Urwalds, ohne jedoch auf Einheiten des EZLN zu stoßen, die jeglicher Konfrontation aus dem Weg gingen. Zeitgleich mit der Militäroffensive wurden Haftbefehle gegen zahlreiche Persönlichkeiten der zivilen Opposition erlassen, so beispielsweise gegen Amado Avendaño, den Gegengouverneur in Chiapas und Kopf der "Übergangsregierung in Rebellion", die sich nach dem Wahlbetrug vom 21. August gegründet hatte und von den Zapatistas unterstützt wird. (12) In San Cristóbal verschärften die reaktionären auténticos coletos, die weiße Oberschicht des Kolonialstädtchens, ihre Angriffe gegen den Bischof Don Samuel Ruiz, den sie als Drahtzieher des zapatistischen Aufstandes ausgemacht haben wollen.

Die Repressionsoffensive gegen die Zapatistas führte aber nicht zum Ziel. Durch das Rückzugsmanöver des EZLN konnte eine militärische Konfrontation vermieden werden. Die militärische Struktur der Zapatistas ist dabei intakt geblieben. Die zivile Basis in den zapatistischen Dörfern hat sich eher noch radikalisiert. Ernesto Zedillo wollte das EZLN köpfen und so zerbrechen, das ist ihm nicht gelungen. Seine Militäraktion hat statt dessen zu einer neuen Solidarisierungswelle mit den Zapatistas geführt. In Mexiko-Stadt demonstrierten innerhalb einer Woche dreimal über 100.000 Menschen unter dem Motto "Chiapas ist überall - Wir alle sind Marcos!" So blieb Ernesto Zedillo vorerst nichts anders übrig, als das Militär teilweise wieder zurückzuziehen und einen neuen Dialog mit den Zapatistas zu beginnen, dessen Ausgang äußerst ungewiß ist.

Die Wirtschaft auf Crashkurs, der Ex-Präsident im Exil und die Zapatistas unbesiegt - kein Anlaß um "in Panik zu verfallen"? Ernesto Zedillo scheint wenigstens gute Nerven zu haben.

Boris Alexander, 16.4.1995

Anmerkungen:

1) Latin American Weekly Report, 23.3.95

2) Latin American Weekly Report, 6.4.95

3) Umsatzrückgang im 1. Quartal 1995 im Vergleich zum Vorjahr: Restaurants -30%, Textilien -30%, Schuhe -45%, Druckerzeugnisse -50%, Wohnungsbau -40% bis -80%, Stahl -60%, Kraftfahrzeuge -74%. (Quelle: Latin American Weekly Report, 20.4.95)

4) Die Zinsrate für private Kredite liegt bei über 80% pro Jahr (Quelle: Mexico & NAFTA report, 20.4.95)

5) Pesokurs am 8/4/94: 3.37 Pesos für 1.00 US-Dollar, Pesokurs am 7/4/95: 6.60 Pesos für 1.00 US-Dollar. Damit haben sich die Preise für US-Importe innerhalb eines Jahres um 100% erhöht.

6) La Jornada, 9.3.95

7) La Jornada, 14.3.95

8) Ebd.

9) Perfil de La Jornada 23.3.95 und Proceso 3.4.95

10) Proceso 13.3.95

11) Der Autor hat sich im März selbst in der betreffenden Gemeinde aufgehalten.

12) Interview mit Amado Avendaño, siehe ak 375, S. 12.

2. Lutz Taufer ist frei! Wann folgen die anderen?

Wann folgen alle anderen?

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/taufer.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:taufer

Am 26.4.1995 öffneten sich für Lutz Taufer, der zusammen mit Karl-Heinz Dellwo und Knud Folkerts im Celler Gefängnis saß, die Knasttore. Zwanzig Jahre nach seiner Inhaftierung wurde der zu lebenslanger Haft Verurteilte endlich freigelassen. Taufer hatte im April 1975 zusammen mit fünf anderen RAF-Mitgliedern als "Kommando Holger Meins" die Deutsche Botschaft in Stockholm angegriffen und besetzt. Sie wollten damals als Austausch für die Botschaftsgeiseln gefangene RAF-Mitglieder freibekommen.

Die Entscheidung über den Antrag auf Haftentlassung bei Karl-Heinz Dellwo steht noch aus. Er war zusammen mit Taufer an der Aktion in Stockholm beteiligt gewesen. Bisher wurden von offizieller Seite keine inhaltlichen Bedenken, sondern nur Formalitäten als Verzögerungsgrund für die anstehende Entlassung genannt.

Einzelne werden nach und nach entlassen, darüber freuen wir uns in jedem einzelnen Fall. Aber es dürfen diejenigen nicht vergessen werden, die der Staat offensichtlich lebendig begraben will. Wir dokumentieren im folgenden eine (gekürzte) Presseerklärung der AnwältInnen.

3. Presseerklärung der AnwältInnen von RAF-Gefangenen

Autor: Ute Brandt, Anke Brenneke-Eggers, Andreas Groß und weitere · Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:18

Dokumentation:

Presseerklärung der

AnwältInnen von RAF-Gefangenen

Wir Verteidigerinnen und Verteidiger von Gefangenen aus der RAF haben vor wenigen Wochen den Medien entnommen, daß staatlicherseits Gespräche über eine "Zusammenlegung" der "verbleibenden" weiblichen Gefangenen geführt werden. Ein Treffen auf Länderebene hat bereits unter Beteiligung des Bundesjustizministeriums und der Bundesanwaltschaft stattgefunden. Ein weiteres soll in Kürze folgen.

So notwendig die sofortige Umsetzung dieses Vorhaben ist, so zynisch ist es auf der anderen Seite. Von einer "Zusammenlegung" kann keine Rede mehr sein. Nach der Entlassung von Manuela Happe am 25.04.95 (nach fast 11 Jahren Haft) verbleiben fünf Frauen:

- Hanna Krabbe, deren Entlassung nach 20 Haftjahren längst überfällig ist;

- Sieglinde Hoffmann, der trotz der am 05.05.95 verbüßten 15jährigen Haft ein weiterer Prozeß mit dem Ziel der lebenslangen Freiheitsstrafe gemacht wird;

- Adelheid Schulz, seit November 1982 in Haft und unter diesen Bedingungen mittlerweile schwer krank geworden;

- Brigitte Mohnhaupt, ebenfalls seit 12 1/2 Jahren in Haft, ausschließlich in Trakten und getrennt von anderen politischen Gefangenen. Erst vor zwei Monaten wurden Kontakte zu Manuela Happe zugelassen, nach deren Entlassung Brigitte Mohnhaupt wieder allein sein wird;

- Eva Haule, festgenommen im August 1986, der nach anfänglicher Verurteilung zu einer 15jährigen Freiheitsstrafe im November 1993 ebenfalls ein neuer Prozeß gemacht wurde, in dem sie im juristischen Handstreich zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe mit Feststellung besonderer Schuldschwere verurteilt wurde. Zur Verurteilung reichte dem OLG Frankfurt im Kern die Feststellung, daß Eva Haule zur Zeit einer Aktion in der RAF organisiert war.

Die "Zusammenlegung" reduziert sich also auf die Bildung einer isolierten Kleingruppe.

Dies wird genommen, um den Eindruck zu schaffen, die Geschichte der Haft und ihrer akkumulierten Auswirkungen sei gelöst. Tatsächlich wird damit jedoch das eigentliche Ziel aufrechterhalten, nämlich die andauernde Abschottung der Gefangenen von jeder Kommunikation.

Die Gefangenen sollen als Symbol für die "Vergeblichkeit" des bewaffneten Kampfes und für die Abrechnung mit einem politisch-historischen Abschnitt der BRD stehen.

Notwendig ist aber eine grundsätzliche Änderung der Haftbedingungen. Nach wie vor bestimmt die umfassende Überwachung den Haftalltag und jede Form der Kommunikation.

Die Gefangenen brauchen die Möglichkeit des Austausches untereinander, ungehinderte persönliche, gesellschaftliche und Medienkontakte unter "normalen" Gefängnisbedingungen und - immer dringender - eine ausreichende medizinische Versorgung, um ihrer personalen Zerstörung und den eskalierenden Gesundheitsproblemen etwas entgegensetzen zu können.

Was ist mit den Männern? Dort sieht es genau so aus. Es sollen vier Gefangene in Haft bleiben:

- Rolf Heißler, seit fast 16 Jahren in Haft, über zehn Jahre allein, unter schlechtesten Bedingungen in Bayern und Rheinland-Pfalz;

- Christian Klar, seit November 1982 unter härtesten Bedingungen in Haft, jetzt allein in Bruchsal;

- Helmut Pohl, nach sieben Haftjahren in den siebziger Jahren seit Juli 1984 in Haft, dem zudem seit 1991 eine adäquate medizinische Versorgung permanent verweigert wird;

- Rolf-Clemens Wagner, in Haft seit 1979. Jetzt mit Helmut Pohl in der JVA Schwalmstadt.

Natürlich kann die Situation von Rolf Heißler und Christian Klar so nicht aufrechterhalten werden. Besonders bei ihnen muß sofort etwas geschehen. Und natürlich müssen auch diese vier Gefangenen zusammenkommen.

Aber zwei Kleinstgruppen sind natürlich kein politisch-qualitativer Schritt. Es ist vielmehr eine Karikatur der Forderungen der Gefangenengruppe seit 1989. Allerdings ist es die stringente Fortsetzung der staatlichen "Normalisierungs"politik, die das gesamte Problem auf die juristische Ebene schob, um jeden Anschein zu vermeiden, daß es sich um eine politische Auseinandersetzung handelt, mit der auch nur politisch umgegangen werden kann.

(...)

Das hätte spätestens 1992 bedeutet, eine politische Entscheidung für die Freilassung aller Gefangenen zu treffen. Dies wurde nicht getan. Die Konsequenz dieser Entscheidung zeigt sich jetzt. Die noch verbliebenen Gefangenen sollen wegen "Schuldschwere"-Entscheidungen der Gerichte endlos in Haft gehalten werden. Dieses Problem soll kosmetisch nach außen durch Kleinstgruppenbildung entschärft werden.

Natürlich wollen die Gefangenen zusammenkommen. Erstes Ziel bleibt aber die Freilassung nach den langen Jahren Sonderhaft.

Die Verlegung von einzelnen kann nur einen Sinn haben, wenn gleichzeitig mit der Gruppenbildung endlich die vollständige Abschottung der Gefangenen (erlaubt sind zensierte Briefe und bei manchen optisch überwachte Verwandtenbesuche) beendet wird, persönliche und gesellschaftlich-politische Kontakte möglich werden und eine ausreichende medizinische Versorgung gewährleistet ist.

Für die VerteidigerInnen der Gefangenen Eva Haule, Rolf Heißler, Sieglinde Hofmann, Christian Klar, Hanna Krabbe, Brigitte Mohnhaupt, Helmut Pohl, Adelheid Schulz und Rolf-Clemens Wagner,

Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

Ute Brandt, Anke Brenneke-Eggers, Andreas Groß, Martin Heimen gen. Heiming, Gerd Klusmeyer, Alexander Kutsch, Heike Krause, Roswitha Maul, Johannes Santen, Thomas Scherzberg, Ingo Schmitt-Reinholtz, Heinz-Jürgen Schneider, Gunther Specht, Franz Schwinghammer.

4. Körperkolonie Mensch: Arme Länder - reiche Beute. Über den Handel mit menschlichen Organen

Über den Handel mit menschlichen Organen - von Gisela Wuttke

Autor: Gisela Wuttke · Rubrik: Gentechnologie; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:19

Im Rahmen der Ringvorlesung "Weltmarkt für menschliches Leben" hielt Gisela Wuttke am 19.04.1995 an der Carl-von-Ossietzky-Universität, Oldenburg den Vortrag "Körperkolonie Mensch. Arme Länder - reiche Beute. Über den Handel mit menschlichen Organen", den wir mit freundlicher Genehmigung von Prof. Dr. Schapour Ravasani, Institut für Politikwissenschaften, Universität Oldenburg, abdrucken.

Als ich vor einigen Jahren das erstemal darüber las, daß Kinder aus der Dritten Welt Opfer von Organjägern geworden seien - die Rede war von "ausgeschlachteten Kinderleichen" im Grenzgebiet von Honduras - glaubte ich noch, daß es sich dabei wohl wieder einmal nur um eine dieser nicht weiter ernstzunehmenden Horrormeldungen handeln müßte, die wir tagtäglich - frisch aus der Dritten Welt - auf den Frühstückstisch gelegt bekommen. Ich war ganz einfach außerstande, mir vorzustellen, was mir da als letzte Meldung vor Augen geführt wurde. Es konnte doch nicht sein, daß man Kinder ermordete, um mit ihren Organen Handel zu treiben?

Das war im Frühjahr 1987. Wenn wir heute über Organhandel lesen, dann haben wir schon eine gewisse Vorstellung davon, was da - in der großen weiten Dritten Welt - vor sich geht. Begreifen mögen wir es deswegen aber vielleicht noch immer nicht. Der Gedanke, daß Kinder ermordet werden, um sich ihrer Organe zu bemächtigen; der Gedanke, daß Menschen in der Dritten Welt - junge Menschen, gesunde Menschen, jedenfalls arme Menschen - ihres Lebens nicht mehr sicher sind, weil menschliche Organe in den internationalen Transplantationzentren dieser Welt als "Mangelware" ganz besonderer Art "gutes Geld" bringen; der Gedanke gar, wir könnten vielleicht sogar etwas zu tun haben damit, wenn Menschen wie leibhaftige Körperkolonien ausgebeutet oder ihrer Organe beraubt werden; dieser Gedanke ist uns so ungeheuerlich, daß wir die Tatsache Organhandel lieber bezweifeln. (1)

Dennoch nimmt der Schrecken kein Ende. Vieles deutet sogar darauf hin, daß der in den reichen Industrienationen hervorgerufene Bedarf an Organen in den armen Länder dieser Welt längst als Nachfrage Realität geworden ist. So liefert die Dritte Welt, der Logik des Marktes folgend, nach den Bodenschätzen, den Rohstoffen, den exotischen Früchten und Hölzern, der Arbeitskraft, dem Blut für die Pharmaindustrie, der Sexualität von Frauen und den Babies für den Adoptionsmarkt, nun das letzte, was ihr geblieben ist: ihre Gesundheit, ihr Leben. Auch wenn einige der uns bekannt gewordenen Fälle nur schlecht belegt sind und wahrscheinlich vor keinem ordentlichen Gericht standhalten würden - ich komme darauf noch zurück -, kann es keinen Zweifel mehr daran geben, daß die armen Länder dieser Welt nunmehr die wohl letzte Sprosse ihrer Ausbeutungsgeschichte erreicht haben: Das menschliche Organ ist zur Ware geworden.

Überall dort nämlich, wo sich Menschen aus ihrer wirtschaftlichen Misere befreien wollen, wird ihre Gesundheit, ihr Leben, zu einer leichten Beute. Es scheint so, als sei es in dieser Welt immer noch vorteilhafter, reich und krank als arm und gesund zu sein. Übereinstimmend kommen die Recherchen des Brüsseler Büros des Vereins demokratischer Anwältinnen und Anwälte, der lateinamerikanischen Bischofskonferenz (CELAM), der Arbeitsgruppe Sklaverei der Vereinten Nationen und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu dem Schluß, daß Organhandel nicht nur existiert, sondern sich sogar noch auszuweiten droht. Diese erschreckende Annahme wird durch einen Bericht des Europäischen Parlamentes vom 8.12.1992 bestätigt.

Eine Exkursion durch die Schreckensnachrichten der vergangenen Jahre mag uns daher die Dimensionen des Verbrechens wenigstens skizzieren: Von "ausgeschlachteten Kinderleichen", die im schwerzugänglichen Grenzgebiet von Honduras zurückgelassen worden sein sollen, war bereits die Rede. Ihnen folgte - als Nachrichten bzw. Indizien - Straßenkinder in Haiti, Mexiko und Venezuela, denen man ihre Augen oder Nieren geraubt hatte, sowie ein am Stadtrand von Kairo aufgefundenes 8jähriges Mädchen, dem eine Niere entfernt worden war. Etwa zur gleichen Zeit (1987/88) befaßte sich das Europäische Parlament mit einer Nachricht aus Guatemala, nach der ein krimineller Ring sogenannter Babyhändler aufgeflogen war, in dessen Gewalt sich elf

Babies im Alter zwischen elf Tagen bis zu vier Monaten befanden, die an sogenannte Adoptiveltern in den USA und Israel verkauft werden sollten, "deren Kinder Organtransplantationen benötigt hätten". (2) In Paraguay kam wenig später der Verdacht auf, daß aus Brasilien entführte Kinder als "lebende Ersatzteillager" in die USA verkauft werden sollten. Die zuständigen Behörden waren stutzig geworden, weil die angeblichen Adoptiveltern nicht - wie gewöhnlich - nach den hübschesten und gesündesten Kindern Ausschau hielten, sondern ausdrücklich erklärten, sie wären bereit, jedes beliebige Kind mit nach Hause zu nehmen.

Auf den Spuren

des Adoptionsmarktes

Es sind dies Meldungen über Organhandel, die den Spuren des Babyhandels folgen. Dies gilt auch für Meldungen aus Albanien, wo unlängst der Verdacht aufkam, daß die plötzlich verschwundenen Kinder nach Italien verschifft worden waren, um ihnen dort ihre Organe zu nehmen. Wenn schon die Kinder der Armut zur Ware degradiert werden, weil in den reichen Industrienationen Kinderlosigkeit herrscht, was macht es dann noch so schwer zu glauben, daß diese als biologische Plantagen gehandelt und fremden Ländern - fremden Körpern - einverleibt werden könnten?

Auf Drängen des brasilianischen Bischofs Barruel de Lagenest, der die wachsende Angst vor "Organjägern" nicht mehr beschwichtigen wollte, beauftragte die Arbeitsgruppe Sklaverei der Vereinten Nationen, schließlich die bereits zitierte Vereinigung demokratischer Anwältinnen und Anwälte, in einer vertiefenden Recherche zu prüfen, ob in Brasilien "adoptierte" Kinder möglicherweise Opfer von Organhandel geworden sein könnten. In ihrem Bericht kommt die Brüsseler Vereinigung zwar zu dem Ergebnis, daß von den in den Jahren 1984 bis 1990 zur Adoption nach Italien freigegebenen 4.000 brasilianischen Kinder tatsächlich nur 1.000 als adoptiert verzeichnet wurden, einen Nachweis darüber, was mit den anderen geschehen sein könnte, konnte sie jedoch trotz intensiver Nachforschungen nicht liefern: "Über das Schicksal der übrigen 3.000", so die Vereinigung, "ist nichts bekannt." (3)

Für Schlagzeilen sorgte auch ein im März 1992 auf dem Gelände der Universität von Barranquilla (Kolumbien) gemachter Fund, der auf die Ermordung einer unbestimmten Anzahl Menschen hinwies. Damals war es einem schon tot geglaubten Opfer wie durch ein Wunder geglückt, sich in einem unbewachten Moment zu befreien und die Polizei zu alarmieren. Ohne eine Spur des Verdachts hatten die Studentinnen und Studenten der Universität während ihrer medizinischen Ausbildung mit "Material" experimentiert, das durch Mord beschafft worden war. Wenigstens 40 Cartoneros (Altpapiersammler) waren - vermutlich auf Anweisung des medizinischen Direktors - auf dem Universitätsgelände ermordet worden, ermordet von niederen Bediensteten, die, weil sie um ihren Job fürchteten, taten, was man von ihnen verlangte. Die Wochenzeitschrift Semana - ein renommiertes Nachrichtenmagazin - konnte nachweisen, daß darüber hinaus auch Kliniken mit Geweben und anderen "Körperteilen" bedient worden waren. Kolumbien hat sich mit technisch exzellenten Hornhautverpflanzungen einen Namen gemacht, die - vom kurzsichtigen europäischen Klientel äußerst geschätzt - für wenig Geld implantiert werden, ohne lange im Land bzw. in der Klinik verweilen zu müssen. Wer gründlich recherchiert und sich unter denen umsieht, deren Leben in Kolumbien keinen Peso wert ist - an Kinderheimen sollte man daher nicht achtlos vorbeigehen -, wird immer wieder in Gesichter sehen können, deren leere Augenhöhlen Zeugnis darüber ablegen, daß der Bedarf an Augenhornhäuten schneller und preiswerter befriedigt wird, als die Gesetze des Landes es zulassen.

An dieser Stelle soll auch an Montes de Oca erinnert werden, einer psychiatrischen Heilanstalt in der Nähe von Buenos Aires (Argentinien), die seinem Direktor über Jahre hinweg lukrative Geschäfte mit dem Blut, den Augen und - auf Anfrage - auch anderen Organen seiner Schutzbefohlenen garantierte. Niemand ahnte etwas oder wollte auch nur etwas ahnen, obwohl immer wieder Patientinnen und Patienten plötzlich nicht mehr auffindbar waren, spurlos verschwanden, wie vom Erdboden verschluckt. Auch eine Ärztin verschwand, ohne daß die aufsichtführende Behörde Verdacht geschöpft hätte. Die körperlichen Überreste ließ Dr. Sanchez im anstaltseigenen Teich vernichten, dem Chemikalien zugesetzt wurden, um alle Spuren restlos zu beseitigen. Die Organe der Ermordeten - es soll sich dabei um mindestens 1.3000 (in Worten: eintausenddreihundert) Menschen handeln - wurden im übrigen an eine Privatklinik geliefert, deren Besitzer, wie das Leben so spielt, Dr. Sanchez selbst war, der Leiter von Montes de Oca.

Der Verdacht, dessen Spuren zu suchen wir uns zur Aufgabe gemacht haben, erhält Ort und Namen, als im November 1991 aus Montevideo, der Hauptstadt Uruguays, berichtet wurde, daß führende Mitglieder eines Organkartells verhaftet wurden, das sich auf menschliche Nieren spezialisiert hatte. Die beschafften Organe wurden von dort aus in Sao Paulo (Brasilien) zur Transplantation bereitgestellt. Wegen Beihilfe hatten sich auch zwei ehemalige Minister zu verantworten. Die gegen sie eröffneten Prozesse dauern - wie auch jene in Kolumbien und Argentinien - teilweise noch an oder verlagerten sich schließlich in der Anklageerhebung auf die beteiligten Helfershelfer, da den Ministern und Direktoren nicht nachgewiesen werden konnte, wofür sie sich vor Gericht zu verantworten hatten.

Als sicher gilt, daß Brasilien - das lateinamerikanische Land gilt als Drehscheibe des internationalen Adoptionsmarktes - jenen Ländern zuzurechnen ist, in denen mit menschlichen Organen Handel getrieben wird. "Es wird hier viel mit Körperteilen, die zur Transplantation notwendig sind gehandelt", weiß eine in Recife lebende Entwicklungshelferin zu berichten. "Letztes Jahr brach in Recife bei den Müttern Panik aus, als innerhalb kurzer Zeit Kinder verschwanden und Tage später tot aufgefunden wurden, mit Geld, ohne Nieren, ohne Augen. Zwei kleinen Mädchen ... war die Augenhornhaut entfernt worden, besser gesagt gestohlen. All das muß von Ärzten gemacht werden. Sicherlich für die Reichen in teuren Privatkliniken". (4) 80 Prozent der in Brasilien verpflanzten Nieren sind sogenannten Lebendspendern entnommen, also Menschen, die - um an diesem zentralen Punkt einmal deutlich zu unterscheiden - nicht "verstorben", sondern gesund und "lebendig" sind. Der Verdacht, daß unter diesen auch solche zu suchen sind, die ihre Nieren nicht "freiwillig" hergaben, liegt - bei mehr als 1.000 transplantierten Nieren im Jahr - sehr nahe.

Das Schicksal verschwundener Kinder

Maria Barbosa: "José, mein zwölfjähriger Junge, war eines Tages verschwunden. Wir haben ihn überall gesucht. Niemand wußte, wo er war, auch seine Freunde nicht, auch die Polizei nicht." Zwei Wochen später fand man die Leiche des Jungen. "Er hatte Narben am Bauch, und ihm fehlten die Augen. Man sagte mir, es würden die Nieren fehlen. Ich konnte es nicht glauben, daß so etwas passiert. Was sind das für Menschen, die so etwas tun? Das müssen doch Ärzte sein! Die sollen doch den Menschen helfen und sie nicht umbringen." Maria Barbosa ist entsetzt. Sie geht zur Polizei, läßt nicht locker, fragt immer wieder nach, will wissen, wer die Verantwortung für den Tod ihres Sohnes trägt. Schließlich erhält sie einen Brief, in dem ihr mitgeteilt wird, daß der Tod ihres Sohnes ein Unglück gewesen sei. Man habe ihm lediglich eine Niere entfernen wollen. Dem Brief lagen (umgerechnet) 600 Mark bei, zur "Wiedergutmachung", wie ihr erklärt wurde. Sie hat den Brief der Polizei übergeben, das Geld dazu, und gehofft, daß man den Mörder ihres Sohnes auf die Spur kommen möge. Später wird dieser Brief nicht mehr in den Akten zu finden sein, ebensowenig das Geld, von dem niemand etwas gesehen haben will. Für das Verbrechen gab es nun - von der Leiche ihres Sohnes einmal abgesehen - keinen Beweis mehr. (5)

Während Lateinamerika auf dem Sektor des internationalen Organhandels regelmäßig als Ort krimineller Gewalt erscheint, so funktioniert der Handel mit Organen in Indien fast nach den üblichen Gesetzen des Marktes. Der Subkontinent verkörpert, im wahrsten Sinne des Wortes, den Organ-Basar der Dritten Welt. Seit den 60er Jahren wird in Indien transplantiert, fast ausschließlich Nieren und diese - bis vor kurzen - ausschließlich vom "lebenden Spender", da Indien sich lange Zeit nicht entschließen konnte, den auch hierzulande höchst umstrittenen "Hirntod" - als Tod im Sinne von Gestorben-Sein - anzuerkennen. Das Geschäft mit der "Spende" floriert. 3.000 Mark, wie noch vor wenigen Jahren, sind inzwischen kaum mehr für eine Niere "herauszuholen".

Menschliche Gesundheit als Qualitätskriterium für Organe

Wer seine Organe zum Verkauf anbietet, darf natürlich selbst nicht krank sein. Als "Organspender" wird nur akzeptiert, wer mit der eigenen Gesundheit für die Qualität seiner Nieren bürgen kann. Der Organentnahme geht darum eine gründliche Untersuchung voraus - die gründlichste vielleicht, die diese "freiwilligen" Opfer des Organmarktes bis dahin in ihrem ganzen Leben erfahren durften. Ist diese Hürde genommen, steht einer Organentnahme in einer der vielen privaten Kliniken Bombays nichts mehr im Wege. Bombay steht hoch im Kurs, aber auch andere Städte - Kalkutta zum Beispiel, oder Madras - haben sich im internationalen Organtransfer einen guten und vor allem erschwinglichen Ruf erworben. Indien zählt zu den besseren Adressen, da das Land sowohl über das medizinisch-technische Know-How verfügt wie auch über ein unbegrenztes Potential von verzweifelten, armen Menschen, die dafür sorgen, daß die Wartezeiten für

ausländische - europäische, amerikanische und arabische - Dialysepatienten kurz gehalten werden. Unter den offiziell "Spender" genannten Anbietern von Nieren finden sich zunehmend auch Frauen, junge Frauen, verlassene Frauen, die mit dem Verkauf einer Niere ihre Familien wirtschaftlich unterstützen oder gar das eigene Brautgeld verdienen müssen.

Um dem geschäftigen Treiben ein Ende zu setzen, verabschiedete das indische Parlament im August vergangenen Jahres (1994) ein Gesetz, daß den Handel mit Organen unter Verbot stellt und den sogenannten Hirntod als Tod des Menschen anerkennt. Sogenannte Lebendspenden sollen zukünftig nur noch zwischen Eltern und Geschwistern möglich sein, während Organhändler und Ärzte mit Gefängnisstrafen bis zu 7 Jahren bzw. Geldstrafen bis 10.000 Rupies (ca. 500 Mark) bestraft werden sollen, wenn sie sich an illegalen Transplantationen beteiligen. Das Gesetz wurde bisher allerdings nur von drei indischen Bundesstaaten ratifiziert. In den südlichen Bundesländern, dort, wo der Organhandel blüht, steht seine parlamentarische Annahme hingegen noch aus.

Derzeit boomt der Handel mit Organen mächtig. Der Preis einer Niere liegt gegenwärtig bei 750-1.500 Mark, eine Transplantation bei 50.000 Mark. Fachleute weisen auf eine "Mafia" aus Ärzten, Brokern (Schleppern) und Besitzern privater Krankenhäuser hin, die alles tun, um das neue Gesetz zu unterlaufen oder seine Ratifizierung hinauszuzögern. Auch Polizei und Bürokratien haben sich in die Machenschaften dieser Mafia verwickeln lassen. Für alle springt etwas dabei heraus, wenn wieder einmal eine Niere akquiriert werden konnte - gegen Dollars, gegen Rial, gegen Mark. (6)

Nicht immer jedoch weiß der "Spender" - ich möchte sagen: das Opfer -, daß er mit der Aufnahme ins Krankenhaus zugleich eine Einwilligung zur Nierenentnahme gegeben hatte. Wer nicht lesen kann, muß offenbar das Risiko in Kauf nehmen, ohne Wissen und Einwilligung explantiert zu werden, weil ein aktueller Bedarf die Entnahme einer Niere - aus Sicht der beteiligten Ärzte - notwendig werden ließ. Fälle wie diese sind auch in Brasilien und Ägypten ("Organlager Kairo") ruchbar geworden. Aus diesem Grunde faßte auch der ägyptische Ärzteverband (1992) den Beschluß, daß Nierentransplantationen zukünftig nur noch unter nahen Verwandten zulässig sein sollen. Vieles spricht allerdings dafür, daß die Kommerzialisierung der "Organspende" hier wie dort eine unabwendbare Konsequenz der Akzeptanz gerade dieser sogenannten Lebendspende ist, die sich auch mit einer Einschränkung auf nahe Verwandte nicht verhindern läßt. Verdeckte Formen der Kommerzialisierung - z.B. eine vorzeitige Auszahlung des Erbes, die Finanzierung einer weiteren Ausbildung, der Kauf einer Eigentumswohnung - werden jedenfalls auch unter nahen Verwandten nicht auszuschließen sein. (7)

Organhandel umfaßt - so gesehen - weit mehr als das, was unter den Bedingungen von Angebot und Nachfrage auf dem Markt geboten wird. So hat sich auf den Philippinen eine dem Charakter nach sogar nicht-kommerzielle Form der "Organspende" etablieren können, die ich ebenfalls als Organhandel kennzeichnen würde. Dort nämlich ist es Strafgefangenen - in Ausnahmefällen - möglich, ihr Strafmaß durch die "Spende" einer Niere zu senken. Diese ganz spezielle Praxis des Gnadenerlasses nahm seinen Anfang, nachdem der Gefangenenseelsorger einer dortigen Strafanstalt ein Nierenversagen erlitt, woraufhin sich mehrere Gefangene gemeldet haben sollen, um den Mann Gottes mit ihrer Niere am Leben zu halten. Aus China wiederum wird berichtet, daß dort gezielte Hinrichtungen praktiziert werden, bevor man die Organe der zum Tode Verurteilten in einem Transplantationszentrum in Shanghai an reiche Auslandschinesen bzw. ausländische Nierenpatienten zur Transplantation anbietet. Beide Länder zählen ebenfalls zu den Adressen, die unter denen hoch gehandelt werden, die sich unter keinen Umständen davon abschrecken lassen wollen, die Niere eines anderen Menschen für sich zu verlangen.

Ersatzteillager

Polen und Rußland

Was für den internationalen Frauen- und Babyhandel gilt, das gilt auch für den weltweiten Organhandel. Der Markt orientiert sich von Süd nach Ost. Mit dem Zusammenbruch der politischen Systeme Südost- und Osteuropas werden die Wege - für den Westen - noch kürzer. So finden sich in polnischen Tageszeitungen immer wieder Offerten zum Nierenverkauf, obwohl der Handel mit Organen in Polen gesetzlich verboten ist. Zwischenzeitlich bot hierzulande auch ein polnischer Makler, Robert Konarski, seine Dienste an. Die "potentiellen Organspender", so erfuhr man in den Transplantationszentren per fax, befanden sich bereits mit

Touristenvisum in der Bundesrepublik - frei zum Verkauf ihrer Nieren. Anders herum versucht es der Bremer Kaufmann Volkmar Albers. Er dealt mit dem russischen Nierenspezialisten Walerij I. Schumakow, der das Moskauer "Forschungsinstitut für Transplantologie und künstliche Organe" leitet. Während also in Polen genauso wie in Rußland nierenkranke Menschen sterben, weil ein hochdefizitäres Gesundheitswesen ihnen einen Platz an der lebensrettenden Dialyse verweigert, verkaufen gesunde Menschen ihre Nieren an jene, die in einem Land leben, in welchem ihnen dieser Platz garantiert ist.

Das Moskauer Organkartell entfaltete offenbar eine so beängstigende, kriminelle Energie, daß sich das russische Parlament Ende des Jahres 1993 aufgefordert sah, ein Gesetz zu verabschieden, das sowohl den Kauf wie auch den Verkauf von menschlichen Organen unter Strafe stellt. Wir wissen allerdings aus anderen Ländern, z.B. Brasilien, daß derartige Gesetze weitgehend wirkungslos bleiben, solange die Bedingungen des Lebens, die Bedingungen des Marktes, keine Aussichten für ein menschenwürdiges Leben bieten. Bemerkenswert an dem russischen Gesetz ist allerdings, daß es die Explantation von geistig Behinderten und Kindern unter 18 Jahren ausdrücklich unter das Verbot faßt, ein - wie ich finde - wichtiger Hinweis darauf, daß es, unter den armen Menschen dieser Welt, gerade die Schutzbefohlenen sind, die dem Organhandel als erste zum Opfer fallen.

Die Bundesregierung hat sich in den zurückliegenden Jahren immer wieder auf die Position zurückgezogen, sie sei nicht dafür verantwortlich, wenn anderswo Organe gehandelt oder gar geraubt werden. Nach ihrer Kenntnis würden in europäischen Kliniken - mit Ausnahme vielleicht einiger "Außenseiterkliniken" - keine kommerziell gehandelten Organe verpflanzt. (8) Dabei waren die ersten Fälle zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt geworden. So waren in dem renommierten Londoner "Humana Wellington Hospital", der teuersten Privatklinik Englands, kommerziell gedealte Nieren von türkischen "Spendern" verpflanzt worden, von denen einer mit dem Verkauf seiner Niere eine in der Türkei kostspielige Behandlung für seine Tochter "verdienen" wollte. Die verantwortlichen Ärzte - Crocket, Bewick und Joyse - waren sich keiner Schuld bewußt, ging es doch aus ihrer Sicht darum, drei Patienten der eigenen Klinik "zu helfen". Was in der Dritten Welt als "schmutziges Geschäft" Schlagzeilen macht, erscheint hier als Akt der Nächstenliebe. Manchmal müssen sich jedoch selbst weiße Ärzte (Täter) vor einem Gericht verantworten bzw. - wie in diesem Fall - vor dem Standesgericht der britischen Ärztekammer. Dieses wies ihnen nach, daß sie an wenigstens vier illegalen Transplantationen beteiligt waren, wobei die türkischen "Spender" zum Teil noch nicht einmal über die geplante Nierenentnahme informiert worden waren. Diese erhielten von der Klinik eines Scheck über 2.650 Pfund (ca. 7.000 Mark), während die ahnungslosen Patienten mit 56.000 Mark zur Kasse gebeten wurden. Dr. Joyse wurde von der Ärztekammer für zwei Jahre von Transplantationen suspendiert, Dr. Bewick erhielt die Auflage drei Jahre lang ausschließlich im National Health Service zu arbeiten - für aufstrebende junge Ärzte offenbar eine Strafkolonie -, Dr. Crocket wurde die Approbation entzogen. (9)

Auch die BRD im

Netz des Organhandels

Die Bundesrepublik gehörte selbst zu den Ländern, in denen kommerziell vermittelte Organe über Jahre hinweg Publizität und Profite fanden. Hier waren es vor allem der Baby- und Organhändler Graf Adelmann zu Adelmannsfelden, der sich übrigens zwischenzeitlich nach Frankreich abgesetzt hat, von wo aus er dem Vernehmen nach den Handel mit Föten aus russischen Kliniken koordiniert. Abgetaucht ist zwischenzeitlich auch sein Kompagnon Dietrich Fürstenberg, der sich ebenfalls ganz unverhüllt als Baby- und Organhändler in Szene gesetzt hatte. Der Frankfurter Kaufmann Rainer Scherer wiederum, der über Asiatransplant eine Nierentransplantation in einer philippinischen Klinik anbot, strich bereits früh entnervt die Segel. Er hatte mit seinem Angebot - eine philippinische Niere für 90.000 Mark, Transplantation, Flug und Hotel inklusive - offenbar einen rassistischen Nerv getroffen. Asiatransplant kam nicht recht zum Zuge. Die Angst vor "durchseuchten Organen" (Prof. Pichlmayr, Medizinische Hochschule Hannover) war dem erhofften big deal offenbar abträglich. Adelmann und Fürstenberg hatten es da besser getroffen: sie vermittelten nicht die Nieren von Philippinos, sondern von Deutschen, die in nicht näher genannten Kliniken in Frankreich, Italien und auf den Philippinen transplantiert wurden. Auf diesem Wege kam wohl auch jene Transplantation zustande, die ein niederländischer Mittelsmann von Adelmann, Reiner Oude Grote Berverborg, gemakelt hatte: So hatte eine 38jährige Niederländerin im Oktober 1989 für 70.000 Mark eine ihrer Nieren verkauft, die für 170.000 Mark in einer französischen Klinik verpflanzt worden sein soll.(10) Adelmann und Fürstenberg wurden übrigens nicht aufgrund ihrer Tätigkeit als Organhändler belangt, sondern aufgrund von Anzeigen sich betrogenen fühlender

Kaufeltern, denen das bestellte Kind nicht oder nicht ordnungsgemäß - wie bestellt - geliefert worden war. Wodurch aber entscheidet sich, ob dieses Kind zum Zwecke der Adoption oder zum Zwecke der Organentnahme gehandelt wird? Ist es der Preis, die Hautfarbe, das Geschlecht?

Das der Markt an allen Orten funktioniert, zeigt u.a. auch das Echo auf eine von der Illustrierten Stern fingierte Anzeige, die wenige Monate nach dem Fall der Mauer in den neuen Bundesländern geschaltet wurde. Dort, wo die alten Strukturen vom Zerfall bedroht waren und die neuen (noch) keine Stabilität boten, meldeten sich Interessenten zuhauf, die bereit waren, für teilweise lächerliche Summen eine Niere und - auf Nachfrage - auch andere Organe, auf die sie zu verzichten können glaubten, zu verkaufen. Je mehr der angebliche Makler drängte oder sein Interesse an dem Kauf relativierte, um so bereitwilliger gingen die Interessenten auf die Preis-Waren-Kalkulation der Bedarfsseite ein.

Daß zwischen der damaligen DDR und West-Berlin menschliche Herzen zirkulierten - d.h. transplantiert wurden sie "natürlich" in den Transplantationszentren des Westens - wurde hierzulande nur beiläufig zur Kenntnis genommen. Auch, daß die zentrale Organvermittlung Eurotransplant in Leiden, in der die Transplantationszentren der Bundesrepublik, der BeNeLux-Staaten und Österreichs zusammengeschlossen sind, Nieren aus Rußland bezieht, für die sie sich mit technischem Gerät und Medikamenten erkenntlich zeigt, regt hierzulande kaum jemanden auf. Der Verkauf von Hypophysen und Hirnhäuten an die Pharma-Industrie wiederum führte zu äußerst heftigen Reaktionen, obwohl doch seit Jahren bekannt sein dürfte, daß Industrie und Forschung in den pathologischen Instituten rege um menschliche Augenhornhäute, Hypophysen, Hirnhäute, Haut und Knochen nachsuchen. (11)

Voraussetzungen und Hintergründe des Verbrechens

Um auf den Ausgangspunkt unserer Frage zurückzukommen: Daß das menschliche Organ gedealt, geraubt, verschachert, wird, ist ganz und gar unzweifelhaft. Auch wenn Fragen offen bleiben und nicht in allen Fällen Gewißheit verschafft werden konnte: Der Beweis, daß Organhandel nicht existiert, liegt meines Erachtens bei den Industrienationen, nicht bei den betroffenen Ländern, in denen menschliches Leben häufig schon aus viel geringeren Gründen verletzt wird. Die Frage ließe sich nämlich auch andersherum stellen: Wie "beweisfähig" ist denn ein Kind, das seiner Augen, seiner Nieren, beraubt wurde? Arme Kinder, ausgebeutete Kinder, Kinder mit körperlichen Schäden, ermordete Kinder, gibt es reichlich in der Dritten Welt. Wer könnte ein Interesse daran haben, die Spur des Verbrechens zu verfolgen? Tatsache ist, daß der Verdacht, dies alles könnte Wirklichkeit geworden sein, nicht aus der Welt geschafft werden konnte, auch wenn - im Einzelfall - keine Zeugen, keine Beweise, nicht einmal Leichen, gefunden werden konnten.

Die entscheidenden Voraussetzungen für das Verbrechen sind gegeben. Es sind dies:

- die Tatsache der Armut;

- die Erfahrung von Unterdrückung und Gewalt;

- die Realität des Verschwindenlassens;

- die Komplizenschaft sogenannter Experten (Politiker, Ärzte, Juristen);

- die Existenz eines organisierten Kinderhandels;

- der wachsende Bedarf an menschlichen Organen - in den reichen Industrienationen dieser Welt;

- die gezielte Kolonisierung menschlicher Körper, ihre kapitalistische Durchdringung zum Zwecke des Konsums von Arbeitskraft, von Sexualität, von Fruchtbarkeit, von Gesundheit, von Lebendigkeit schlechthin;

- und nicht zuletzt: die uns schon selbstverständlich gewordene ökonomische Macht, mit der wir kaufen, woran es uns fehlt - so auch Kinder, auch Gesundheit, auch Leben.

Produziert im Süden, konsumiert im Norden. Die internationale Arbeitsteilung pflanzt sich mit den Organen anderer Menschen, armer Menschen, fort. (...)

Ein Gesetz gegen Organhandel existiert im übrigen immer noch nicht. Immerhin ist die Bundesjustizministerin dem Verlangen des Europäischen Parlaments, des Europarats und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zwischenzeitlich nachgekommen, ein Gesetz zu veranlassen, daß den kommerziellen Handel mit

menschlichen Organen verbietet. Ein entsprechender Entwurf scheiterte allerdings im Bundesrat, der bemängelte, daß der Handel mit Organen verstorbener Menschen (Leichen) im Gesetzentwurf keine Berücksichtigung gefunden hatte. Der Gesetzentwurf geht nunmehr also seinen parlamentarischen Gang, ebenso übrigens wie das vom Bundesgesundheitsminister immer wieder angekündigte Transplantationsgesetz, dessen öffentliche Präsentation bisher allerdings auf sich warten ließ. Inwieweit diese beiden Gesetze jedoch dazu beitragen werden, die Vermarktung menschlicher Körper wirksam zu unterbinden, ist ungewiß. Beide Gesetze versuchen sich nämlich in dem Spagat, einerseits möglichst alles zuzulassen, andererseits aber Kommerzialisierung, Mißbrauch und Organhandel zu unterbinden. Es steht zu befürchten, daß wir wieder einmal auf zwei Stühlen gleichzeitig Platz nehmen werden, während sich die Menschen der armen Länder dieser Welt weiterhin auf ihren Matten - und Operationstischen - ausstrecken werden, weil unsere Gefräßigkeit ihnen keine andere Wahl läßt.

Anmerkungen:

1) vgl. zum Zusammenhang von Organhandel und Transplantationsmedizin: Renate Greinert/Gisela Wuttke: Organspende. Kritische Ansichten zur Transplantationsmedizin, Göttingen 1991, 1993

2) nach einer Meldung der lateinamerikanischen Presseagentur IPS vom 1.12.1988

3) Frankfurter Rundschau vom 24./25.8.1991

4) zit. nach: Siegfried Pater/Ashwin Raman: Organhandel. Ersatzteile aus der Dritten Welt, Göttingen 1991, S. 62

5) zit. nach: ebda., S. 63 f. (Name der betroffenen Mutter vom Autor geändert)

6) FAZ vom 6.2.1995

7) In diesem Sinne äußerte sich übrigens auch Prof. Land vom Transplantationszentrum Großhadern, der sich schon vor Jahren dahingehend äußerte, keine sogenannte Lebendspenden mehr akzeptieren zu wollen, da er als Arzt weder erkennen noch prüfen könne, ob die angebliche "Spende" nicht doch einen kommerziellen Hintergrund hat.

8) vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Grünen im Bundestag: Probleme der modernen Transplantationsmedizin vom 15.2.1989

9) vgl. Geld gegen Leben, in: Die Zeit vom 4. Mai 1990 (Dossier)

10) FR vom 14.10.1989

11) vgl. hierzu eine Reportage von Ann Thönnissen: Das Finale, in: Tempo März 1986

Illustrationen von Eitel Schwarzer aus "Kursbuch Gesundheit 7", Verlag Kieperheuer & Witsch, Köln

Weitere Veranstaltungen der Ringvorlesung

Weltmarkt für menschliches Leben

10. Mai: Pharma-Handel Karin Pichlbauer, BUKO Pharma-Kampagne, Bielefeld

17. Mai: Bluthandel - Der Weg des Blutes aus der Dritten Welt in die Spritzen

der Wohlstandsbürger Siegfried Pater, Bonn

24. Mai: Deutscher Waffenhandel - "Wir sind wieder wer!" Andrea Kolling,

BUKO Koordinierungsstelle "Stoppt den Rüstungsexport", Bremen

31. Mai: Giftmüllexporte, Ingo Bokermann, Greenpeace, Hamburg

Alle Veranstaltungen finden im Vortragssaal der Bibliothek (Uhlenhornsweg) der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg statt.

Veranstalter: Prof. Dr. Schapour Ravasani - ASTA der Carl von Ossietzky Universität - Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung, ZWW (Studium generale)

Informationen: FB3, Institut für Politikwissenschaft II, Tel. 0441/798-2684

5. Überlegungen zum Auslaufen des Atomwaffensperrvertrags

Von Huub Jaspers

Autor: Huub Jaspers, Nijmegen · Rubrik: Rüstungskontrollverhandlungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:26

Huub Jaspers lebt in Nijmegen, Niederlande. Er ist Publizist und Non-Proliferation-Treaty-Projektleiter am Transnational Institute (TNI) in Amsterdam. Das TNI ist ein 1973 gegründetes internationales Netzwerk von kritischen WissenschaftlerInnen aus allen Teilen der Welt, es arbeitet eng mit dem Institute of Policy Studies (IPS) in Washington zusammen. Im September 1994 nahm Huub Jaspers als TNI-Beobachter an der Genfer Vorbereitungskonferenz zur "NPT Extension Conference" teil. Bei den Artikeln zum Auslaufen des Atomwaffensperrvertrags und zum "Projekt für eine Neue Nichtverbreitungspolitik" des TNI handelt es sich um die aktualisierte und überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Autor im August 1994 bei einem IPPNW-Seminar in Bonn gehalten hat.

17. April hat bei der UNO in New York die "NPT Extension Conference" begonnen. Die Konferenz wird voraussichtlich bis zum 12. Mai dauern und hat über die Verlängerung des Atomwaffensperrvertrags (in Englisch: Non-Proliferation Treaty, abgekürzt: NPT), der dieses Jahr ausläuft, zu entscheiden. Derzeit ist noch äußerst ungewiß, was das Resultat der Konferenz sein wird. Die USA und die übrigen vier vom NPT anerkannten Atomwaffenstaaten (Rußland, Großbritannien, Frankreich, China), aber auch alle EU-Staaten (die BRD inklusive) und eine Reihe weiterer Staaten fordern eine zeitlich unbegrenzte Verlängerung des Vertrags. Eine Reihe von Staaten aus der "Dritten Welt" (Indonesien, Mexiko, Ägypten usw.) dagegen will nur einer zeitlich beschränkten NPT-Verlängerung zustimmen, da sie die Zweiteilung der Welt in Atomwaffenstaaten und Nicht-Atomwaffenstaaten nicht für alle Ewigkeit festgeschrieben haben wollen und ein Druckmittel in der Hand behalten wollen, um die Abrüstung der Atomwaffenarsenale der bestehenden Atommächte erreichen zu können.

Der Verlauf der Verlängerungskonferenz wird von den etwa tausend teilnehmenden DiplomatInnen wohl mit der gleichen Spannung beobachtet wie von den zahlreichen NGO-Beobachtern (NGO = Non-Governmental Organisation) und Journalisten. Allerdings kann in aller Nüchternheit die Erwartung ausgesprochen werden, daß ungeachtet des Ausgangs der Konferenz die Proliferation (Verbreitung) von Atomwaffen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weitergehen wird - ob mit oder ohne NPT. Nach dem zweiten Golfkrieg (1991) gegen den Irak fand eine von den Kriegsgewinnern erzwungene internationale Inspektion im Irak eindeutige Hinweise auf ein geheimes Atomwaffenprogramm. Die entsprechende Technologie war dem Irak zu einem wesentlichen Teil von NPT-Unterstützerstaaten (u.a. der BRD) geliefert worden. Die Internationalen Atomenergie Agentur (IAEA) in Wien, die zuständig ist für die Kontrolle, daß zivile Nukleartechnologie nicht für militärische Zwecke verwendet wird, wußte (angeblich) von alldem nichts. Nicht nur aufgrund dieses einen Falles darf die Vorhersage gewagt werden, daß die Zukunft mehr Enthüllungen über geheime Atomwaffenprogramme von NPT-Unterzeichnerstaaten bringen wird und zwar keineswegs nur in Staaten der südlichen Erdhälfte.

Der NPT war nach langjährigen und zähen Verhandlungen in den sechziger Jahren zustande gekommen. Er war am 1. Juli 1968 von den drei Atommächten USA, Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet worden und trat am 5. März 1970 mit einer Geltungsdauer von 25 Jahren in Kraft. Die Unterzeichnung des NPT durch die deutsche Bundesregieung am 28. November 1969 war eine der ersten Amtshandlungen der ersten sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Brandt. Aus den Reihen der CDU/CSU gab es starken Widerstand, sogar noch 1974, als der Bundestag den Vertragsbeitritt ratifizierte. Die Bundesrepublik spielte eine sehr zentrale Rolle beim Zustandekommen des NPT, nicht nur als eines seiner wesentlichen Objekte, sondern auch als äußerst aktives Subjekt und zwar aktiv im negativen Sinne. Zum Beispiel war die Befristung des anfänglich als unbefristeter Vertrag vorgesehenen NPT auf 25 Jahre ein Ergebnis bundesdeutscher Verhandlungspolitik. Auch eine Reihe weiterer Be- und Einschränkungen des NPT (zum Beispiel was die Kontrollmöglichkeiten der IAEA betrifft) sind dem Bonner Widerstand gegen den Vertrag geschuldet. (1)

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags wurden vier NPT-Überprüfungskonferenzen abgehalten: 1975, 1980, 1985 und 1990. Diese haben eine Reihe beträchtlicher Gegensätze zwischen den dem NPT angeschlossenen Staaten gezeigt. Regierungsvertreter aus der "Dritten Welt" zum Beispiel kritisierten immer wieder die Stagnation bei der im NPT vorgesehenen Abrüstung der bestehenden Atomwaffenarsenale. Bei der Überprüfungskonferenz 1990 übernahm Mexiko die Rolle des Wortführers einer Gruppe von Blockfreien, die von den bestehenden Atommächten die Einstellung aller Atomtests bis 1995 verlangte. Dies wurde vor allem von den USA rigoros abgelehnt. Die Konferenz scheiterte, es kam nicht zu der beabsichtigten Verabschiedung einer gemeinsamen Abschlußerklärung.

Verlängerungsdebatte

Was die derzeitige Verlängerungsdebatte betrifft, so besagt der Vertragstext (Artikel X): "Fünfundzwanzig Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrags wird eine Konferenz einberufen, die beschließen soll, ob der Vertrag auf unbegrenzte Zeit in Kraft bleibt oder um eine oder mehrere bestimmte Frist oder Fristen verlängert wird. Dieser Beschluß bedarf der Mehrheit der Vertragsparteien."

Um die Auslegung dieses Artikels ist im Rahmen der vier Vorbereitungskonferenzen zur "NPT Extension Conference", die in den letzten zwei Jahren in New York und Genf stattgefunden haben, viel gestritten worden. Wie zum Beispiel soll abgestimmt werden? Soll nur ein einziger Resolutionsentwurf zur Abstimmung vorgelegt werden, was die USA fordern (uneingeschränkte Verlängerung) oder können mehrere alternative Resolutionen zur Abstimmung vorgelegt werden? Der Iran, bei den Vorbereitungskonferenzen einer der Gegenspieler der USA, hat letzteres vorgeschlagen. Dabei könnten die Abstimmungen in einer bestimmten, logischen Reihenfolge erfolgen: Zuerst über die weitestreichende Option (uneingeschränkte Verlängerung), dann - falls diese keine Mehrheit bekommen sollte - über die nächst-weitreichende Option (zum Beispiel 50 Jahre Verlängerung) usw. usf. bis eine Mehrheit erzielt wird.

Artikel X des Vertrags selbst impliziert, was die Verlängerungsfrage betrifft, vier Optionen:

1. Der existierende Vertrag wird auf unbegrenzte Zeit verlängert.

2. Der existierende Vertrag wird um eine bestimmte Frist verlängert.

3. Der Vertrag wird um verschiedene Fristen verlängert (mit zwischenzeitlichen Überprüfungskonferenzen).

4. Der Vertrag wird nicht verlängert (falls die Mehrheit alle Verlängerungsvorschläge ablehnt).

Die Auffassung ist mehr als berechtigt, daß der Sperrvertrag - fast drei Jahrzehnte nach seinem Zustandekommen - den bisherigen Erfahrungen mit der Umsetzung seiner Bestimmungen und der aktuellen internationalen Lage Rechnung tragen sollte, also gewisser Änderungen bedarf, bevor er verlängert werden sollte. Allerdings wollen die führenden Mächte eine Diskussion darüber unbedingt verhindern. Oftmals wird argumentiert, eine Änderung des Vertrags sei juristisch nicht möglich, da Artikel X eine derartige Option nicht vorsehe. Tatsächlich ist dies jedoch keine juristische, sondern eine politische Frage.

Die Mehrheit der internationalen NGOs, die sich in die internationale Verlängerungsdebatte eingemischt haben (zum Beispiel Greenpeace), ist mit den bereits erwähnten "Süd"-Staaten der Ansicht, daß der NPT in seiner heutigen Form nicht uneingeschränkt verlängert werden darf. Vorgeschlagen wird u.a. eine mehrmalige Verlängerung für bestimmte Perioden (von jeweils fünf oder zehn Jahren), allerdings geknüpft an Bedingungen bzw. an die Forderung nach einem generellen Atomwaffenverbot nach Ablauf mehrerer solcher Verlängerungsperioden.

Das derzeit wahrscheinlichste Ergebnis der New Yorker Konferenz ist eine Verlängerung für eine Periode von erneut 25 Jahren. Auf einer derartigen Einschätzung der Lage (womöglich gar auf einem entsprechenden "Gentleman's Agreement" mit Washington) könnte auch die Umstand basieren, daß die BRD offiziell die US- und EU-Position für eine uneingeschränkte Verlängerung unterstützt. (In der Vergangenheit hatte Bonn sich einem zeitlich unbegrenzten Sperrvertrag scharf widersetzt.)

Von vielen wird der Atomwaffensperrvertrag als der bedeutendste existierende internationale Rüstungskontrollvertrag angesehen. Er ist, zumindest was die Zahl der beteiligten Staaten betrifft, der größte existierende Rüstungskontrollvertrag. Bis heute haben über 170 Staaten den Vertrag unterzeichnet, darunter mittlerweile auch die zwei verbleibenden implizit vom Vertrag anerkannten Atommächte Frankreich und China,

die den Vertrag lange Zeit abgelehnt hatten, nach dem Golfkrieg gegen den Irak (1991) ihren Widerstand jedoch aufgaben. Ein anderes Land, das erst vor wenigen Jahren (1991) dem Vertrag beigetreten ist, ist Südafrika. Im März 1993 gab der damalige Präsident De Klerk offiziell bekannt, Südafrika habe in den achtziger Jahren sechs Atomwaffen produziert, diese jedoch mittlerweile wieder zerlegt. Trotz der beeindruckenden Unterzeichner-Liste des NPT ist die Liste der Staaten, die dem Vertrag bis heute nicht beigetreten sind, bemerkenswert: Indien, Pakistan, Israel, Brasilien - um nur ein paar herausragende Beispiele zu nennen.

Atomwaffenpotentiale

Das Hauptanliegen des NPT ist es, die Proliferation von Atomwaffen zu stoppen, und zwar sowohl die sogenannte horizontale Proliferation (das Hinzukommen neuer Atomwaffenstaaten) als auch die vertikale Proliferation (die Erweiterung der Atomwaffenarsenale der bestehenden Atommächte).

Wenn man sich die Ergebnisse von fast zweieinhalb Jahrzehnten NPT ansieht, dann muß, wie banal das auch erscheinen mag, erst einmal festgestellt werden, daß die Welt heute nicht weniger Atomwaffen und Atomwaffenstaaten zählt als in der Zeit, in der der NPT zustande kam, und daß das atomare Wettrüsten zwischen den beiden damaligen "Supermächten" USA und Sowjetunion gerade während der ersten beiden Jahrzehnte des NPT (genauer: während der siebziger und der ersten Hälfte der achtziger Jahre) seinen Höhepunkt erreichte.

Mittlerweile haben die nuklearen Hauptakteure sich auf drastische Reduktionen ihrer gegeneinander gerichteten Nuklear-Potentiale geeinigt und tatsächlich angefangen, einen Großteil ihrer Atomwaffen abzurüsten. Jedoch ist dies kaum als Resultat des NPT zu bewerten, sondern schlicht Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Beendigung des Ost-West-Konflikts, der viereinhalb Jahrzehnte lang die internationalen Verhältnisse dominierte. Nach vollständiger Erfüllung des START II-Abkommens, die für das Jahr 2003 vorgesehen ist, sollen die strategischen Atomwaffenarsenale (die weitreichenden Waffensysteme) der USA und Rußlands nur noch etwa ein Viertel der Anzahl der Atomsprengköpfe enthalten, die die ehemaligen Erzfeinde einstmals gegeneinander gerichtet hielten. Ein Grund zur Hoffnung also und ein Grund zur Freude, zumindest wenn mensch sich nicht versucht vorzustellen wie groß die Vernichtungskraft dieser dann immer noch 6500 strategischen Atomsprengköpfe (3500 für die USA und 3000 für Rußland) sein wird und welches immense Machtinstrument diese Waffen, die im Prinzip alle Ziele auf der Welt erreichen können, dann immer noch darstellen.

Rundweg negativ fällt die Bilanz aus, wenn mensch die Anzahl der Atommächte des Jahres 1970, in dem der NPT in Kraft trat, mit der Anzahl der heutigen Atommächte vergleicht. Damals waren es fünf offizielle Atommächte, die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats: USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und China. Wahrscheinlich besaß allerdings auch Israel damals bereits seine ersten Atombomben. (2) Mittlerweile ist das israelische Atomwaffenpotential vorsichtigen Schätzungen zufolge auf über 200 Sprengköpfe angewachsen. (3) Als neue Atommächte sind hinzugekommen:

- Südafrika, das jedoch eigenen Angaben zufolge seine Bomben wieder zerlegt hat;

- die Ukraine, Kasachstan und Weißrußland als Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion;

- Indien, das 1974 bereits seinen ersten Atomsprengkörper explodieren ließ;

- und US-amerikanischen Quellen zufolge auch Pakistan und Nordkorea.

Als Schwellenmächte werden in den entsprechenden internationalen Listen meist genannt: Iran, Irak, Libyen, Algerien, Syrien, Argentinien, Brasilien, Taiwan und Südkorea.

Faktisch weitaus bedeutsamer sind die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Bombenproduktion der Bundesrepublik Deutschland und Japans, die jedoch meist nicht als Schwellenmächte genannt werden, da sie sich (gezwungenermaßen, aus historischen Gründen) politisch vom Atomwaffen-Erwerb distanziert haben.

Diese Art der Bilanzierung bildet allerdings keine hinreichende Grundlage für eine Bewertung des NPT. Die oben angeführten Fakten zeigen jedoch - ebenso wie zum Beispiel der Konflikt um das Atomprogramm Nordkoreas oder die Plutonium-Schmuggelaffären des vergangenen Jahres - zumindest folgendes:

1. daß die Atomrüstung auch fünf Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer politisch immer noch ein höchst aktuelles Problem ist;

2. daß die USA und Rußland auch nach Vollendung von START-II, was die Atomrüstung angeht, ihren Supermacht-Status behalten werden;

3. daß immer mehr Atomwaffenstaaten hinzukommen;

4. daß die Gefahr eines tatsächlichen Einsatzes von Atomwaffen nicht verschwunden und möglicherweise heutzutage sogar größer ist als zu den Zeiten, als Ronald Reagan das "Reich des Bösen" vernichten zu wollen erklärte;

5. daß der Atomwaffensperrvertrag als Instrument absolut unzureichend ist, um den genannten Fakten, Tendenzen und Gefahren entgegen zu wirken.

Eine seiner tatsächlichen Bedeutung vollauf gerecht werdende Bewertung des NPT geben zu wollen, ist so hochgradig von subjektiven Interpretationen bestimmter Tatsachen und Zusammenhänge abhängig, daß es derzeit nicht möglich erscheint. Der Vertrag ist - sowohl was seine Entstehungsgeschichte und den Vertragstext angeht, als auch was die praktischen Ergebnisse von 25 Jahren NPT-Regime betrifft - ein äußerst komplizierter Kompromiß zwischen einer großen Anzahl von Staaten und zwischen sehr verschiedenen und zum Teil gegenteiligen Interessen. Der Vertrag hat, was sein Hauptanliegen betrifft, sowohl Positives wie auch Negatives bewirkt. Zur Verteidigung des NPT kann unter anderem vorgebracht werden, daß es ohne NPT auf der Welt wesentlich mehr Atomwaffenstaaten geben würde als es heutzutage der Fall ist. Allerdings: Wer will mit Gewißheit sagen können, wie die Geschichte verlaufen wäre, wenn ...?

Im Falle der Bundesrepublik Deutschland sind Spekulationen durchaus angebracht. Die Bonner Ambitionen sind vor allem durch Untersuchungen des letzten Jahrzehnts derart überzeugend dargelegt worden, daß es wohl als Tatsache gelten darf, daß der NPT für Bonn tatsächlich eine der wesentlichen Hürden war und ist, zur Atommacht zu werden. Dies erklärt im übrigen auch den bereits erwähnten immensen deutschen Widerstand gegen das Zustandekommen des NPT, der freilich meist mit anderen Argumenten vorgetragen wurde. Es sind seit Mitte der achtziger Jahre in Deutschland mehrere Bücher zu diesem Thema erschienen. (4) Hervorheben möchte ich die Studie des Hamburger Politologen Matthias Küntzel "Bonn und die Bombe - Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt". (1) Küntzel zeigt unter anderem, daß das Streben, die Atomwaffen-Optionen für die Bundesrepublik stets so offen wie möglich zu halten, sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte der BRD zieht. Das gilt sowohl für die CDU/CSU- wie für die SPD-geführten Regierungen, wobei vor allem in der Entstehungsphase des NPT eine bestimmte Rollenverteilung zwischen diesen Parteien festgestellt werden kann. Während CDU und CSU gegen den NPT lautstark protestierten und Sprüche klopfen wie "Ein Morgenthau-Plan im Quadrat" (Adenauer) oder "ein neues Versailles und zwar eines von kosmischen Ausmaßen" (Strauß), nutzte die SPD (Willy Brandt war zur Zeit der entscheidenden NPT-Verhandlungsrunden Außenminister) den Spielraum, den dieser Widerstand bei den internationalen Verhandlungen schuf, um möglichst viele Einschränkungen in den Vertrag einzubauen. Dabei ging es, neben den eingangs schon erwähnten Aspekten, vor allem darum, die Option einer gemeinsamen europäischen Atomstreitmacht unter deutscher Beteiligung offenzuhalten.

Während der NPT für die deutschen Atommacht-Ambitionen tatsächlich eine wesentliche Hürde darstellt, ist im Falle anderer Staaten jedoch zu fragen, ob diese nicht dem Atommacht-Status gerade durch den NPT näher kommen konnten, und zwar aufgrund der in Artikel IV des Vertrags festgelegten Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der zivilen Atomtechnologie. Diese Frage ist nicht eindeutig zu beantworten, da diese internationale Zusammenarbeit und Förderung der sogenannten zivilen Nukleartechnologie wohl auch ohne NPT stattgefunden hätte und zudem Nicht-NPT-Unterzeichner in der "Dritten Welt" oftmals mehr Atomtechnologie von den nuklear-technologischen Führungsmächten geliefert bekommen haben als NPT-Unterzeichnerstaaten.

Widersprüche

Dem NPT inhärent ist der große Widerspruch, daß der Vertrag auf der einen Seite sowohl die horizontale als auch die vertikale Proliferation stoppen will, auf der anderen Seite aber den Nicht-Atomwaffenstaaten schlichtweg verbietet, was die Atomwaffenstaaten längst haben, fortwährend ausbauen und modernisieren

können. Der andere große Widerspruch ist, daß der NPT auf der einen Seite für einige Staaten die wichtigste Hürde gegen ihre Atommacht-Ambitionen darstellt, während er auf der anderen Seite durch seine Förderung der zivilen Atomenergie gleichzeitig aktiv dazu beigetragen hat, die zur Bombenproduktion notwendigen Technologien und Spaltstoffe zu proliferieren und die Zahl der (potentiellen) Atomwaffenstaaten zu vergrößern.

Obwohl, wie dargelegt, vieles kompliziert, widersprüchlich oder zumindest doppeldeutig ist, ist es ganz klar und eindeutig, daß die mit der Atombewaffnung verbundenen Gefahren immer noch immens sind und auf für jeden einzelnen Menschen eine Herausforderung und eine Aufforderung zum Handeln darstellen. Es gilt immer noch, was ein großer Wissenschaftler einmal sagte: Entweder die Menschheit schafft die Atombombe ab oder die Atombombe schafft die Menschheit ab!

Die Chance, daß die Atomwaffen der USA und Rußlands in einer großen Konfrontation gegeneinander zum Einsatz kommen, mag wesentlich geringer sein als noch vor wenigen Jahren. Aber andere Konflikte und Kriegsgefahren als Folge der Atomwaffen-Proliferation drohen: nicht nur Konflikte zwischen zukünftigen neuen und bestehenden Atommächten bzw. einer Allianz von Ländern, die den bestehenden nuklearen Status quo verteidigen will, was im Golfkrieg gegen den Irak ein gewichtiges Motiv war, sondern auch Konflikte zwischen Regionalmächten mit nuklearen Ambitionen wie Indien - Pakistan. Diesen Kriegsgefahren müssen wir entgegenwirken. Wir sollten dies nicht unseren Regierungen überlassen. Und wir sollten nicht warten bis es zu spät ist.

Anmerkungen:

1) Zur Rolle der BRD beim Zustandekommen des NPT ist 1992 eine umfassende Studie erschienen beim Campus Verlag, Frankfurt: Küntzel, Matthias, Bonn und die Bombe - Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt. Ende 1994 ist eine englischsprachige Version dieses Buches als TNI-Ausgabe erschienen bei Pluto Press London (Bonn and the Bomb - German Politics and the Nuclear Option).

2) Siehe Kollert, Roland, Die Politik der latenten Proliferation - Militärische Nutzung 'friedlicher' Kerntechnik in Westeuropa, Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden, 1994, S.28/29.

3) Frank Barnaby, britischer Atomphysiker und ehemaliger Direktor des renommierten Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI präsentierte eine entsprechende Berechnung während eines TNI-Seminars am 22. April 1995. Der Titel seines Vortrags: "Israel, the Bomb and Peace in the Middle East".

4) Verwiesen sei auf: Küntzel, Matthias u.a., Atombomben made in Germany? - Atomenergie-Schleichwege zum Atomwaffenstaat, Volksblatt Verlag, Köln 1986. Schelb, Udo u.a., Reaktoren und Raketen - Von der zivilen zur militärischen Atomenergie?, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1987.

6. Dokumentation: Atomwaffensperrvertrag

Rubrik: Rüstungskontrollverhandlungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:28

Der Atomwaffensperrvertrag ist 1970 in Kraft getreten und bis heute von 178 Staaten unterzeichnet worden. Er besteht aus einer Präambel und elf Artikeln. Wir dokumentieren die wichtigsten Abschnitte.

Artikel I

Jeder Kernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber an niemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben und einen Nichtkernwaffenstaat weder zu unterstützen noch zu ermutigen noch zu veranlassen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper herzustellen oder sonstwie zu erwerben oder die Verfügungsgewalt darüber zu erlangen.

Artikel II

Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemanden unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper weder herzustellen noch sonstwie zu erwerben und keine Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern zu suchen oder anzunehmen.

Artikel III

(1) Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Sicherungsmaßnahmen anzunehmen, wie in einer mit der Internationalen Atomenergie-Organisation nach Maßgabe ihrer Satzung und ihres Sicherungsssystems auszuhandelnden und zu schließenden Übereinkunft festgelegt werden, wobei diese Sicherungsmaßnahmen ausschließlich dazu dienen, die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus diesem Vertrag nachzuprüfen, damit verhindert wird, daß Kernenergie von der friedlichen Nutzung abgezweigt und für Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper verwendet wird. (...)

(2) Jeder Staat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich a) Ausgangs- und besonderes spaltbares Material oder b) Ausrüstungen und Materialien, die eigens für die Aufbereitung, Verwendung oder Herstellung von besonderem spaltbaren Material vorgesehen oder hergerichtet sind, einem Nichtkernwaffenstaat für friedliche Zwecke nur dann zur Verfügung zu stellen, wenn das Ausgangs- oder besonders spaltbare Material den nach diesem Artikel erforderlichen Sicherungsmaßnahmen unterliegt.

(3) Die nach diesem Artikel erforderlichen Sicherungsmaßnahmen werden so durchgeführt, daß sie mit Artikel IV in Einklang stehen und keine Behinderung darstellen für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung der Vertragsparteien oder für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet friedlicher nuklearer Tätigkeiten einschließlich des internationalen Austausches von Kernmaterial und Ausrüstungen für die Aufbereitung, Verwendung oder Herstellung von Kernmaterial für friedliche Zwecke in Übereinstimmung mit diesem Artikel. (...)

(4) Nichtkernwaffenstaaten, die Vertragspartei sind, schließen entweder einzeln oder gemeinsam mit anderen Staaten nach Maßgabe der Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation Übereinkünfte mit dieser, um den Erfordernissen dieses Artikels nachzukommen. (...)

Artikel IV

(1) Dieser Vertrag ist nicht so auszulegen, als werde dadurch das unveräußerliche Recht aller Vertragsparteien beeinträchtigt, unter Wahrung der Gleichbehandlung und in Übereinstimmung mit den Artikeln I und II die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu entwickeln.

(2) Alle Vertragsparteien verpflichten sich, den weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern, und sind berechtigt, daran teilzunehmen. (...)

Artikel V

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, geeignete Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, daß im Einklang mit diesem Vertrag unter geeigneter internationaler Aufsicht und durch geeignete internationale Verfahren die möglichen Vorteile aus jeglicher friedlichen Anwendung von Kernsprengungen Nichtkernwaffenstaaten, die Vertragspartei sind, auf der Grundlage der Gleichberechtigung zugänglich gemacht werden. (...) Nichtkernwaffenstaaten, die Vertragspartei sind, können diese Vorteile auf Grund einer oder mehrerer internationaler Sonderübereinkünfte durch eine geeignete internationale Organisation erlangen, in der Nichtkernwaffenstaaten angemessen vertreten sind. (...)

Artikel VI

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zu Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle. (...)

Artikel VIII

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieses Vertrages vorschlagen. (...)

Artikel IX

(1) Dieser Vertrag liegt für alle Staaten zur Unterzeichnung auf. (...)

(3) Dieser Vertrag tritt in Kraft, sobald die Verwahrregierungen und vierzig sonstige Unterzeichnerstaaten ihn ratifiziert und ihre Ratifizierungsurkunden hinterlegt haben.

Artikel X

(1) Jede Vertragspartei ist in Ausübung ihrer nationalen Souveränität berechtigt, von diesem Vertrag zurückzutreten, wenn sie entscheidet, daß durch außergewöhnliche, mit dem Inhalt dieses Vertrags zusammenhängende Ereignisse eine Gefährdung der höchsten Interessen ihres Landes eingetreten ist. (...)

(2) Fünfundzwanzig Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Vertrags wird eine Konferenz einberufen, die beschließen soll, ob der Vertrag auf unbegrenzte Zeit in Kraft bleibt oder um eine oder mehrere bestimmte Frist oder Fristen verlängert wird. Dieser Beschluß bedarf der Mehrheit der Vertragsparteien. (...)

7. Oklahoma: US-Nazis bomben gegen den Staat. Mit den "Bürger-Milizen" formiert sich eine bewaffnete ...

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:30

Mit den "Bürger-Milizen" formiert sich eine bewaffnete rechtsradikale Massenbewegung

Der Sachverhalt dürfte aus der Tagespresse bekannt sein: Am Mittwoch, 19. April, explodiert morgens um 9.02 Ortszeit vor einem Bürogebäude in Oklahoma City eine gewaltige Autobombe. Ein Drittel des Gebäudes wird völlig zerstört. Nach zehn Tagen sind 130 Leichen geborgen, etwa 60 Personen werden noch vermißt. Insgesamt hat der Anschlag wahrscheinlich fast 200 Menschenleben gefordert. In dem Bürohaus waren mehrere US-Bundesbehörden untergebracht: Sozialämter, das Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms (die US-Waffenkontroll-Polizei), ein Kindergarten. Die Sprengkraft der Bombe, die aus Kunstdünger (Ammoniumnitrat) und Dieselöl bestand, entsprach etwa zwei Tonnen Dynamit.

Bereits zwei Stunden später nimmt ein Autobahnpolizist den 27jährigen Golfkriegs-Veteranen Timothy McVeigh fest, weil er in Perry - eine Autostunde von Oklahoma City entfernt - ein Auto ohne Nummernschilder fährt und unter seiner Jacke verborgen eine Pistole hatte (offen hätte er sie tragen dürfen). Später stellt sich heraus, daß McVeigh der Hauptverdächtige für den Bombenanschlag ist, und er wird an die Bundespolizei FBI übergeben. McVeigh verweigert gegenüber der Polizei die Aussage und bezeichnet sich selbst als "Kriegsgefangenen".

Ein zweiter Hauptverdächtiger befindet sich bisher (28.4.) noch auf freiem Fuß. Außerdem werden in Michigan zwei Brüder (James und Terry Nichols), die mit McVeigh befreundet sind, als mögliche Belastungszeugen für das Oklahoma-Attentat festgesetzt. Gegen die Brüder wird Anklage wegen der Herstellung von Bomben in Michigan erhoben. Eine direkte Tatbeteiligung in Oklahoma City wird den beiden bisher nicht vorgeworfen. Terry Nichols macht belastende Aussagen gegen McVeigh. Inzwischen geht das FBI von weiteren Beteiligten aus - von einer "Einzeltäter"-Aktion ist nicht mehr die Rede.

In den ersten Stunden nach dem Attentat spekulieren die Medien munter drauf los. Ohne irgendwelche konkreten Anhaltspunkte richtet sich der Verdacht geradezu reflexartig gegen "islamische Fundamentalisten". Als Folge dieser Spekulationen kommt es in den USA zu zahlreichen Übergriffen auf Menschen arabischer Herkunft. Von CNN mag mensch keine andere Berichterstattung erwarten, aber auch die taz (21.4.95) ist sich nicht zu blöde, unter der Überschrift "Auf der Suche nach drei Männern mit Bart" in diese Richtung zu spekulieren: "Das FBI hatte in den letzten Monaten verstärkte Aktivitäten islamischer Studenten in Oklahoma City, Kansas und Dallas registriert. Bei Versammlungen sollen auch Vertreter der palästinensischen ‚Hamas` und des ‚Dschihad` gesprochen haben."

Auch wenn bisher keine Geständnisse, sondern nur Indizien vorliegen, so scheint es inzwischen offensichtlich, daß die Täter aus einer anderen Ecke kommen. McVeigh und die beiden Nichols-Brüder haben enge Verbindungen zu den sogenannten Militias (Milizen), den oft schwer bewaffneten rechtsradikalen Bürgerwehren, die sich in den vergangenen Jahren in fast allen US-Bundesstaaten gebildet haben. McVeigh hat sich in mindestens zwei Staaten (Michigan und Arizona) an Treffen dieser Milizen beteiligt. Selbst wenn McVeigh persönlich unschuldig sein sollte, weist alles auf einen rechtsradikalen Hintergrund für den Bombenanschlag.

Bürger-Milizen gegen

"Big Government"

Solche paramilitärischen Bürgerwehren gibt es in den USA schon seit vielen Jahren. Großen Zulauf haben sie seit dem vergangenen Sommer bekommen, als zum ersten Mal 19 verschiedene Typen von automatischen Schußwaffen gesetzlich verboten wurden. Die Bürgermilizen sind meist auf Landkreis- (County-) oder Bundesstaatsebene organisiert. Sie nennen sich "Michigan Militia", "Militia of Montana", "Arizona Patriots", "Texas Light Infantery", "Constitutional Defense Militia" (New Hampshire) oder "Citizens for the Reinstatement of Constitutional Government" (North Carolina). Ihre Stärke bewegt sich von wenigen Dutzend bis mehreren tausend Aktiven; landesweit wird ihre Mitgliederzahl inzwischen auf einige Zehntausend geschätzt (nach

eigenen Angaben sogar 200-300.000). In fast allen US-Bundesstaaten gibt es inzwischen derartige Milizen. Der Schwerpunkt liegt im Mittleren Westen und in den Rocky-Mountains-Staaten.

Der Begriff "Bürgerwehr" ist eher verharmlosend - die Militias sind oft schwer bewaffnet, Maschinengewehre gehören selbstverständlich dazu. Paramilitärische Übungen und interne Strukturen sind oft konspirativ. Terroristisch im Stil von Oklahoma City ist vermutlich nur eine Minderheit, die aber vom Nährboden der Miliz-Bewegung zehrt. Über ausformulierte politische Programme verfügen die Milizen nicht. In der Öffentlichkeit betonen sie vor allem ihre Opposition gegen "gun control", also gegen alle Versuche, den (in der US-Verfassung verankerten) Privatbesitz an Schußwaffen zu regulieren (siehe unten). Dazu kommt meist eine gehörige Portion Verschwörungstheorie: Angeblich bereitet Washington eine totale Diktatur vor, in Verbindung mit den Vereinten Nationen. Die "New World Order" und "Big Government" sind die Feindbilder, die US-Bundesregierung ist der konkrete Gegner. Vorbedingung für eine Diktatur sei freilich die Entwaffnung der US-Bürger - angeblich der Hintergedanke bei allen "gun control"-Gesetzesvorhaben.

So behauptet Mark Koernke, ein Miliz-Führer aus Michigan, daß die Bundesregierung geheime Polizei-Einheiten aufstelle, bestehend aus Einheiten der Nationalgarde und Street-Gangs (!) aus Los Angeles. Die computerlesbaren Streifencodes auf der Rückseite von Verkehrsschildern enthalten angeblich geheime Anweisungen für UN-Besatzungstruppen, etc., etc. Koernke sendet jeden Abend ein einstündiges Radioprogramm auf Kurzwelle (Motto: "Death to the New World Order"). Wegen seiner "zu radikalen" Ansichten wurde er vor einiger Zeit aus der (großen) "Michigan Militia" (mit angeblich 12.000 Mitgliedern) ausgeschlossen und führt jetzt seine eigene kleinere Miliz. (Washington Post, 25.4.95)

Laut Aussage von Bob Johanson, einem Anführer der "Florida State Militia", war Koernke vor anderthalb Jahren in Florida bei einem bundesweiten Milizen-Treffen. Einer von Koernkes Bodyguards soll damals McVeigh gewesen sein, der Hauptverdächtige von Oklahoma. Koernke selbst bestreitet, McVeigh zu kennen. (Int. Herald Tribune, 26.4.95)

Historische Vorläufer

Rechtsgerichtete paramilitärische Verbände haben eine lange Geschichte in den USA. Dazu gehörte schon der rassistische Geheimbund Ku-Klux-Klan (ab 1866, Blütezeit in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts) mit seinem organisierten Terror vor allem gegen Schwarze in den Südstaaten. In den 60er Jahren gab es die "Minutemen" (Gründer: Robert DePugh), einen landesweiten Verbund aus antikommunistischen paramilitärischen Gruppen. Die "Minutemen" waren überzeugt davon, daß sich die US- Bundesregierung bereits in der Hand von Kommunisten und Verrätern befand. Spektakuläre Erfolge hatten die "Minutemen" keine. (Ridgeway, S. 60-63)

Mitte der siebziger Jahre entstand eine neue rechtsradikale, aber nur wenig organisierte Bewegung, die sich "Christian Patriots" nennt (nicht zu verwechseln mit der gleichzeitig entstehenden organisierten Christlichen Rechten der Fernsehprediger). Die christlichen Patrioten sind gegen die Bundesregierung, Einkommenssteuern, die US-Bundesbank und die "Rassen"-Integration - alles unter Berufung auf die Bibel und die US-Verfassung. Diese lose Strömung besteht aus einer Vielzahl von kleinen Gruppen und Einzelpersonen (mehrere Millionen).

Mit zeitweise mehreren zehntausend Aktiven war der "Posse Comitatus" (Latein für "Macht des Landkreises") die wichtigste paramilitärische Organisation aus diesem Spektrum, der in vielem der heutigen Miliz-Bewegung ähnelt. Oberste Autorität für den "Posse" war der Landkreis-Sheriff, die höheren Instanzen (Einzelstaat und Bundesregierung) waren illegitim und von der US-Verfassung angeblich nicht vorgesehen. Die stärkste Basis hatte der "Posse" in den Farm-Staaten des Mittleren Westens, in denen Anfang der 80er Jahre zehntausende von Familienbetrieben pleite gingen. Die Erklärung des "Posse": Schuld am Farm-Sterben sind die jüdischen Banker und die von ihnen kontrollierte Bundesregierung. Diese Propaganda fiel einige Jahre auf fruchtbaren Boden. Heute spielt der "Posse" keine Rolle mehr.

Aus dem Christian-Patriot-Spektrum rekrutierten sich Anfang der 80er Jahre die Mitglieder der Nazi-Organisation "Aryan Nations", die im Nordwesten der USA eine "weiße Republik" errichten wollte (Führungspersonen: der inzwischen verstorbene Robert Miles, der heute todkranke Richard Butler, sowie Louis Beam - siehe unten). Der "bewaffnete Arm" dieser "Arischen Nationen" nannte sich "The Order". Dessen Vorbild war der Roman "Turner Diaries" von William Pierce, der im Science-Fiction Stil einen großen

Rassenkrieg in den USA schildert. Ihr Feind: ZOG, das "Zionist Occupational Government", also die "zionistische Besatzungsregierung" in Washington. Nach einer langen Serie von Mordanschlägen, Banküberfällen und Schußwechseln mit dem FBI wurde "The Order" 1985 von der Polizei zerschlagen.

August 1992: Randy Weaver

Die Geburtsstunde der derzeitigen Milizen-Bewegung datiert wohl auf August 1992, der Geburtsort liegt in Ruby Ridge im Rocky-Mountains-Bundesstaat Idaho. Damals belagerte das FBI elf Tage lang die Berghütte von Randy Weaver, einem Anhänger der ebenfalls in Idaho beheimateten "Aryan Nations". Er sollte wegen des Verkaufs illegaler Schußwaffen festgenommen werden. Während der Belagerung kam es mehrfach zu Schußwechseln, bei denen Weavers Frau und sein Sohn sowie ein Polizist getötet wurden. Nach elf Tagen ergab sich Weaver und wurde später wegen des Waffendelikts zu einer geringen Strafe verurteilt, aber vom Vorwurf des Polizistenmordes freigesprochen.

Während der Belagerung pilgerten hunderte von Sympathisanten von den verschiedensten rechtsradikalen Strömungen nach Idaho, um das Vorgehen der Polizeikräfte zu beobachten. (1) Mit dabei war der hochdekorierte Vietnamkriegs-Veteran und Counter-Insurgency-Experte James "Bo" Gritz, der sich den Behörden als Vermittler anbot und Weaver zum Aufgeben überredete. Gritz war schon lange in der rechtsradikalen Szene aktiv. U.a. war er 1988 Vizepräsidentschafts-Kandidat der antisemitischen "Populist Party" - hinter dem langjährigen Ku-Klux-Klan-Führer und US-Nazi David Duke aus Louisiana. (Vgl. Konkret 3/92). Mit seiner Vermittlungstätigkeit in Idaho katapultierte er sich in die Massenmedien und wurde zu einer Lieblingsfigur der radikalen Rechten und Waffennarren.

19. April 1993: Waco, Texas

Eine weitaus blutigere Konfrontation ereignete sich Anfang 1993 in der Nähe der Stadt Waco in Texas. Dort hatte die Psycho-Sekte "Branch Davidians" in ihrer Farm ein regelrechtes Waffenlager aufgebaut, um sich damit auf den biblisch vorhergesagten Endkampf gegen das Böse und den Weltuntergang vorzubereiten. (Die von David Koresh geführte Sekte hatte wohl keine rechtsradikale Verbindungen.) Beim Versuch, die Farm auf illegale Waffen hin zu untersuchen, kam es am 28.2.1993 zu einem Schußwechsel: vier Polizisten des Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms (BATF) und wahrscheinlich sechs Davidianer wurden erschossen.

FBI, BATF und andere Polizeikräfte belagerten daraufhin sieben Wochen lang die Farm. Wieder demonstrierten Rechtsradikale außerhalb des Belagerungsrings gegen die Polizei. Als die Beamten am 19. April versuchten, die Farm zu stürmen, setzten die Davidianer sie in Brand: 86 Menschen fanden in den Flammen den Tod. Auf den Tag genau zwei Jahre später explodiert die Bombe in Oklahoma City. McVeigh soll sich in den Monaten zuvor immer wieder über "Waco" empört haben.

Beide Ereignisse, Ruby Ridge und Waco, dienen seither quer durch das Spektrum der radikalen Rechten als Fanal gegen die Bundesregierung, die Toten gelten als Märtyrer. Die antisemitische Wochenzeitung "Spotlight" (geschätzte Auflage: 100.000) veröffentlicht immer wieder neue "Enthüllungen" über die beiden Ereignisse. Tenor: Da sieht man, wie "Big Government" gegen unschuldige, gesetzestreue Bürger vorgeht, nur weil sie von ihrem Verfassungsrecht auf Waffenbesitz Gebrauch machen. Mit seinen immer wieder neuen Verschwörungstheorien dürfte "Spotlight" auch bei den Milizen viel gelesen werden.

Milizen und Nazis

Viele Milizionäre verstehen sich wohl selbst nicht als Nazis. Dennoch gibt es unübersehbare Verbindungen zwischen der Miliz- Bewegung und organisierten Nazis in den USA. (2)

Laut dem britischen Antifa-Magazin Searchlight (März 1995) fand im Oktober 1992 - kurz nach der Weaver-Belagerung in Idaho - ein Treffen von etwa 150 rechtsradikalen Kadern statt. Eingeladen hatte Pete Peters, ein "Pfarrer" der nazistischen "Christian Identity"-Bewegung. (3) Hauptredner des Treffens waren u.a. John Trochman, der Führer der "Militia of Montana" (und ein früheres Mitglied der "Aryan Nations"), der offene Nazi Louis Beam und - ein dramatischer politischer Durchbruch für die radikale Rechte - Larry Pratt, Sprecher der "Gun Owners of America", einer reaktionären Waffenbesitzer-Organisation mit über 100.000 Mitgliedern (nicht zu verwechseln mit der etwas gemäßigteren millionenstarken "National Rifle Association", aus deren Reihen aber ebenfalls viele Milizionäre stammen). (4) Alle drei Redner haben seither eine wesentliche Rolle beim Aufbau der Militias gespielt.

Ebenfalls eine wichtige Rolle spielt der oben erwähnte Bo Gritz. Im ganzen Land bietet der frühere "Green-Berets"-Soldat paramilitärische Übungen an, unter dem Titel SPIKE ("Specially Prepared Individuals for Key Events"): Überlebenstraining, Nahkampf, Schießübungen, etc. Die Übungs-Teilnehmer will Gritz in einer nationalen Organisation zusammenfassen. (Turning the Tide, August 94) Gritz bezeichnete das Attentat von Oklahoma City als "Rembrandt - eine meisterhafte Kombination von Wissenschaft und Kunst". (Int. Herald Tribune, 26.4.95)

Bei Kamiah, einem kleinen Ort in - wen überrascht's? - Idaho, hat Gritz im vergangenen Jahr 360 Hektar Land erworben und will dort 500 AnhängerInnen ansiedeln. Der Name der künftigen Siedlung: "Almost Heaven". (Süddeutsche Zeitung, 1.4.1995) Auf Polizeischutz wird dieser Beinahe-Himmel von Schwerbewaffneten vermutlich verzichten.

Louis Beam: "Führerloser Widerstand"

Louis Beam gilt inzwischen als der tonangebende Mann der "Aryan Nations". (Searchlight 4/95) Er hat eine lange rechtsradikale Geschichte: vom Ku-Klux-Klan Ende der 70er Jahre (zusammen mit David Duke) bis hin zum "Order" Mitte der 80er Jahre. Anders als z.B. Gritz propagiert Beam in der rechtsradikalen Szene heute die Strategie des "führerlosen Widerstands". Statt einer zentralistischen Organisation mit Führerprinzip bevorzugt er ein loses Netzwerk halb-autonomer Untergrundzellen. "Auf den ersten Blick sieht diese Art von Organisation gar nicht wie eine Organisation aus", zitiert Searchlight aus einem Strategiepapier von Beam. Dieses Organisationsprinzip wird inzwischen auch von anderen prominenten Rechtsradikalen favorisiert, u.a. von Tom Metzger von der "White Aryan Resistance" (WAR) in Kalifornien. Anstatt sich nur in separaten Organisationen abzukapseln, begeben sich - als Teil dieser Strategie - rechtsradikale Kader in ihr Umfeld. Insofern sind die Milizen, die selbst nicht ausdrücklich nazistisch sind, ein perfektes Aktionsfeld für die Nazis der "Aryan Nations" und ähnlicher Gruppen.

Das politische Umfeld: Rechtspopulismus

Die politischen Inhalte der Miliz-Bewegung sind eingebettet in den gegenwärtigen rechtspopulistischen Trend in der US- Gesellschaft. Gegen "Big Government", gegen (zu hohe) Einkommenssteuern, gegen die Zentralregierung und für erweiterte Befugnisse der Einzelstaaten, gegen "gun control", gegen Einschnitte in das "Recht auf Privateigentum" zugunsten des Umweltschutzes - mit diesem Programm gewannen die Republikaner im vergangenen November die Kongreß- und Gouverneurswahlen. (s. AK 372) Die meisten siegreichen Abgeordneten hatten "gegen Washington" Wahlkampf geführt.

Auch die unterschwelligen Ressentiments, die die Milizen antreiben (obwohl sie dort nur selten öffentlich propagiert werden), werden von den Rechtspopulisten bei den Republikanern (zum Teil auch auf dem rechten Flügel der Demokraten) bedient: Gegen Schwarze und ImmigrantInnen, gegen Feminismus, etc. (5) Am krassesten ist der Anti-Washington-Populismus in den ländlichen Regionen im Mittleren Westen und Nordwesten der USA ausgeprägt. Dort verweigern zehntausende die Bundessteuern, benutzen keine Führerscheine (Personalausweise gibt es in den USA sowieso keine), etc. Die meisten davon sind relativ harmlose Spinner, die von den Behörden in Ruhe gelassen werden wollen - und in den äußerst dünn besiedelten Landstrichen auch oft unbehelligt bleiben. Allerdings bieten sie ein ideales Potential für Rekrutierungsversuche von Rechtsradikalen - Beispiel Randy Weaver.

"States' Rights"

Diese Parole "Rechte der Einzelstaaten" (gegenüber Washington) ist schon seit 140 Jahren das Code-Wort für die rassistische Rechte in den USA. Damals wollten die Südstaaten die Sklaverei gegen die von den Nordstaaten dominierte Zentralregierung behaupten, indem sie sie - unter Berufung auf die US-Verfassung - zur Angelegenheit der Einzelstaaten erklärten. Auch in den 1950er und 60er Jahren beriefen sich die GegnerInnen der antirassistischen Bürgerrechtsbewegung auf "states' rights". Der Vorwurf: Mit bundesweiten Antidiskriminierungs-Gesetzen verletze Washington die "Souveränität" der Einzelstaaten. Heute feiert die Parole bei den Milizen Auferstehung.

Die wichtigsten sozialen Reformen dieses Jahrhunderts (u.a. die Einführung des Sozialstaats in den 30er Jahren und die Antidiskriminierungs-Gesetze der 60er und 70er Jahre) wurden von "oben" (der Bundesebene) nach "unten" (Einzelstaaten) durchgesetzt.

Heute sind - vor allem in den dünn besiedelten westlichen Bundesstaaten - Umweltschutz-Vorschriften und Nutzungsrechte auf staatlichem Boden (u.a. in den National Parks und National Forests) Reizthemen, bei denen lokale und bundesstaatliche Interessen aufeinander stoßen. Immer wieder werden Beamte der Nationalen Forstbehörde von örtlichen Farmern bedroht - auch mit Waffen -, wenn sie die Einhaltung von Naturschutz-Vorschriften überprüfen wollen. Die Beamten haben Anweisung erhalten, nicht mehr allein unterwegs zu sein. Auf Büros der Forstbehörde wurden bereits mehrere kleinere Bombenanschläge verübt - vermutlich nicht von linken Öko-Bewegten. Hintergrund für die Anti-Umweltschutz-Aktionen sind häufig Konzern-Interessen, die auf lokale und einzelstaatliche Ämter leichter Druck ausüben können als auf Bundesbehörden. In den vergangenen Monaten haben bereits mehrere kommunale und einzelstaatliche Parlamente die "states' rights"-Parole aufgegriffen und - rechtlich unwirksam - ihre "Souveränität" erklärt.

Die politischen Folgen

von Oklahoma City

Wenige Tage nach dem Bombenanschlag hat Präsident Clinton drastische zusätzliche "Anti-Terror"-Gesetze vorgeschlagen; die republikanischen Fraktionsführer im Kongreß (Newt Gingrich und Bob Dole) haben bereits ihre Zustimmung signalisiert. U.a. will Clinton 1.000 zusätzliche Beamte für die "Terrorismusbekämpfung" einstellen und bei Bedarf auch das US-Militär im Inneren einsetzen. Außerdem sollen die Ermittlungsbehörden leichter auf Kreditkartenrechnungen zugreifen und Telefongespräche abhören dürfen. Die Maßnahmen sollen in den kommenden fünf Jahren zwei Milliarden Mark kosten.

Bürgerrechts-Gruppen haben bereits scharf protestiert. Selbst die großbürgerliche Washington Post hat bereits vor voreiligen neuen Gesetzen gewarnt - unter Berufung auf die "Mißbräuche der Cointelpro-Ära". (6) Zu befürchten ist, daß der Kongreß demnächst trotzdem die Befugnisse der Polizei in Sachen politischer Repression erweitern wird. Die Erfahrung zeigt, daß dies tendenziell immer zu Lasten der linken Opposition geht. Clinton kann sich so als zupackende Führungsperson profilieren. Für die Republikaner ist die Situation dagegen etwas komplizierter. Neben der Christlichen Rechten ist die reaktionäre "Gun Lobby" (geführt von der finanzstarken NRA) die wichtigste Wählerbasis der Partei. Die Waffennarren von der NRA haben selbst Clintons äußerst zaghafte "gun control"-Maßnahmen erbittert bekämpft und entscheidend zum Wahlerfolg der Republikaner im vergangenen November beigetragen. (7)

Nach dem Bombenanschlag von Oklahoma City und der Medienaufmerksamkeit für die Milizen steht die NRA nun aber in einem schlechten Licht - zu recht. Die Republikaner hatten ursprünglich geplant, in den kommenden Wochen im Kongreß einen Gesetzentwurf einzubringen, der das 1994 verabschiedete Verbot von halbautomatischen Schußwaffen rückgängig machen sollte. Der Gesetzentwurf wurde wenige Tage nach Oklahoma City zurückgezogen und liegt jetzt auf unbestimmte Zeit auf Eis. Auch in ihrer Polemik gegen "Big Government" und den Sozialstaat werden die Republikaner künftig etwas vorsichtiger agieren müssen, um nicht allzu offensichtlich in die politische Nähe der Milizen und Bombenleger zu geraten. Daß sich damit am Rechtsruck in der US-amerikanischen Politik substantiell etwas ändern wird, ist dagegen eher unwahrscheinlich. Die grundlegenden Prämissen teilen die Republikaner mit Clinton: Abbau des Sozialstaats, Umverteilung von unten nach oben, das Schüren von Ressentiments gegen soziale und ethnische Minderheiten. Auch ohne die gehässige Polemik der vergangenen Monate werden diese Prämissen auf absehbare Zeit den politischen Kurs bestimmen.

Michael Hahn

Anmerkungen:

1) Schematisch lassen sich vier Strömungen der radikalen Rechten in den USA unterscheiden: a) Der Ku-Klux-Klan (mit unzähligen, oft untereinander konkurrierenden Untergruppen), als "traditionsreichste" Strömung; b) bekennende Nazis, mit positivem Bezug auf den deutschen Nationalsozialismus; c) die "Christian Patriots" (siehe oben); d) rechtsradikale Skinheads. In der Realität lassen sich diese vier Strömungen oft nicht strikt voneinander unterscheiden. Statt dessen ist eine immer enger werdende Kooperation zu beobachten.

2) Über internationale Verbindungen der Milizen liegen mir keine konkreten Hinweise vor. Der Stern (27.4.95) meldet, daß sich Norman Olson, der Führer der "Michigan Militia" (eine der stärksten Verbände), vor zwei Jahren mit dem deutschen Neonazi Ewald Althans getroffen haben soll.

3) Die "christliche Identität" bietet seit Jahren eine ideologische (und wohl auch logistische) Klammer für verschiedene rechtsradikale Strömungen. Zu dieser Lehre gehört, daß die Weißen in Nordamerika und Nordwest-Europa das eigentliche "auserwählte Volk" der Bibel seien, Schwarze und andere Nicht-Weiße eine "prä-adamische" (also vor-menschliche) Gattung seien, und JüdInnen von Satan abstammen. Wichtig: "Christian Identity" hat nichts mit der Christlichen Rechten der Fernsehprediger zu tun, die derzeit die Mainstream-Politik in den USA aufmischen.

4) Nach Angaben der Antifa-Organisation "People Against Racist Terror" spielt Pratt außerdem eine maßgebliche Rolle auf dem rechten Rand der Aktivitäten der gegenwärtigen Anti-Einwanderungs-Bewegung. (Turning the Tide, Dez. 94)

5) Nach Angaben des antifaschistischen Recherche-Büros "Political Research Associates" sind in mindestens zwei Fällen (in Massachussetts und Wisconsin) prominente Milizionäre auch mit führenden Abtreibungsgegnern öffentlich aufgetreten.

6) Mit Cointelpro (Counter-intelligence program) praktizierte das FBI in den 60er und 70er Jahren eine blutige Repression gegen linke Oppositionelle, u.a. die Black Panther Party, das American Indian Movement und die Anti- Vietnamkriegs-Bewegung.

7) Offenbar haben manche republikanische Abgeordnete auch direkte Kontakte zu den Milizen. Die Washington Post (25.4.95) berichtet von einem Gerücht, das ab Ende Februar in den Internet-Bulletins der Milizen kursierte (die Milizen machen ausgiebig von elektronischen Medien Gebrauch: Computer-Mailboxen, Kurzwellensender, etc.). Dieses Gerücht sagte für den 25. März landesweit massive FBI-Razzien gegen die Militias voraus. Daraufhin wandten sich drei stramm rechte Republikaner (der Abgeordnete Steve Stockman und die Senatoren Larry Craig und Lauch Faircloth) an das Innenministerium und protestierten gegen die drohenden Razzien. Die waren jedoch nie geplant.

Quellen:

Washington Post International Herald Tribune Searchlight Magazine (37B New Cavendish St, London W1M 8JR)

Daniel Junas: Angry White Guys with Guns: The Rise of the Militias. In: Covert Action Quarterly, Spring 1995, S. 20-25 (1500 Massachussets Avenue, Room 732, Washington, DC 20005)

Turning the Tide (Zeitschrift der Antifa-Organisation People Against Racist Terror: PART, P.O.Box 1990, Burbank CA 91507.)

James Ridgeway: Blood in the Face. New York (Thunder's Mouth Press) 1990.

The Turner Diaries

Das "Turner-Tagebuch", geschrieben 1978 von dem ehemaligen Physikprofessor William Pierce (unter dem Pseudonym Andrew Macdonald), ist ein regelrechtes Kultbuch der militanten Nazi-Szene in den USA. Pierce ist Chef der Nazi-Organisation "National Alliance" und lebt unbehelligt auf einer kleinen Farm in West Virginia.

Bisher sollen etwa 200.000 Exemplare des Buches verkauft worden sein - auf Büchertischen rechtsradikaler Treffen und über den Versandhandel. Es schildert - im Science-Fiction-Stil - den "Rassenkrieg", den eine Organisation namens "The Order" in den USA initiiert. Wenige Jahre später bildeten Mitglieder der "Aryan Nations" tatsächlich eine Terror-Organisation "The Order" (siehe Artikel). Auch das Attentat von Oklahoma City scheint aus den "Turner Diaries" kopiert zu sein. Auszug (S. 38-42):

"13. Oktober 1991. Gestern früh um 9.15 Uhr ging unsere Bombe in der nationalen FBI-Zentrale hoch. Unsere Sorge wegen der relativ kleinen Sprengladung war unberechtigt; der Schaden ist riesig. Wir haben sicherlich einen großen Teil der FBI- Operationen für mindestens die nächsten paar Wochen unterbrochen (...)

Mein Tagewerk begann gestern kurz vor 5 Uhr morgens, als ich Ed Sanders in der Garage von Einheit 8 half, Heizöl mit dem Ammoniumnitrat-Dünger zu mischen. (...) Währenddessen stahlen George und Henry einen Lastwagen. Da wir nur zweieinhalb Tonnen Sprengstoff hatten, brauchten wir keinen großen LKW. Deswegen beschlossen wir, den kleinen Lieferwagen einer Schreibwarenfirma zu klauen (...). Als der Fahrer - ein Neger -

die Hintertür des Wagens öffnete und hineinkletterte, sprang ihm Henry hinterher und beseitigte ihn schnell und lautlos mit seinem Messer. (...)

Nach jüngsten Schätzungen wurden etwa 700 Personen durch die Explosion getötet oder starben danach in den Trümmern. Es wird zwei Wochen dauern, bis die ganzen Trümmer beseitigt sind. (...)

Es gibt keinen Weg, in dem wir das System zerstören können, ohne viele tausend unschuldiger Leute zu schädigen. Es ist ein Krebs, der zu tief in unserem Fleisch sitzt. Wenn wir das System nicht zerstören, bevor es uns zerstört, wenn wir diesen Krebs nicht aus unserem Fleisch herausschneiden, dann wird unsere ganze Rasse sterben. (...) Die Korrumpierung unseres Volkes durch die jüdisch-liberale-demokratisch-egalitäre Pest zeigt sich in unserer Weichsinnigkeit, unserem Unwillen, die harte Realität des Lebens zu erkennen."

(Übersetzung mh).

8. Le Pen als Zünglein an der Waage. Chirac braucht die Stimmen aller rechten Wähler

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:29

Nach der ersten Runde der französischen Präsidentenwahl am 23.4.1995 liegt der Kandidat des Parti Socialiste (PS) Lionel Jospin mit 23,3% überraschend an der Spitze. Am Ende der 14jährigen Ära Mitterrand waren einem sozialistischen Bewerber kaum Chancen auf das Amt prognostiziert worden. Von einem Triumph der Linken kann jedoch keine Rede sein. Die von Kandidaten der Linken und der Rechten erzielten Ergebnisse stehen in einem Verhältnis von etwa 40 zu 60%, so daß die Chancen Jospins im zweiten Wahlgang eher gering sein dürften; der Vorrundensieg erklärt sich aus der Polarisierung und Radikalisierung im rechten Lager. Dadurch wurde das konservativ-reaktionäre Stimmenpotential weit mehr aufgefächert als das der Linken.

In Kommentaren und Artikeln wird derzeit des öfteren die Präsidentenwahl 1981 bemüht, bei der der Sozialist François Mitterrand mit einem ganz ähnlichen Vorrundenergebnis (25,84%) schließlich ins Amt gewählt wurde. Der Vergleich hinkt jedoch gewaltig: während die Kommunistische Partei (PCF) damals etwa doppelt so stark war wie heute (und damit der Block der Linken insgesamt deutlich größer), war das Spektrum der Rechten nicht annäherend so gespalten wie heute. Die Neofaschisten des "Front National" waren damals eine Splitterpartei unterhalb der Ein-Prozent-Marke, ihr Aufstieg zum relevanten politischen Faktor begann mit den Kommunalwahlen in Dreux 1983 und den Europawahlen 1984 (bei denen der FN 11% erhielt). Ein zweiter bedeutender Unterschied zu 1981: der sozialistische Kandidat Mitterrand stand damals für eine Politik der Umwälzung der gesellschaftlich Verhältnisse, sein Wahlslogan lautete: "Das Leben verändern"; seine Wahl war begleitet von einer revolutionären Aufbruchsstimmung, 200.000 Menschen tanzten bis in die frühen Morgenstunden hinein auf der Place de la Bastille, und ein Meer roter Rosen wogte. Davon ist nichts übriggeblieben. Der Kandidat Jospin war nichts als eine Verlegenheitslösung, ein Platzhalter, nachdem der Wunschbewerber der Sozialisten - der frühere EG-Kommissionspräsident Jacques Delors - die Kandidatur zurückgezogen hatte.

Das Ergebnis des KPF-Kandidaten Robert Hue (8,64% und 2.634.187 Stimmen) wird ebenfalls keine Begeisterung auslösen: gegenüber der Parlamentswahl vom März 1993 (9,18% und 2.338.254 Stimmen) bedeutet die Anzahl der PCF-Stimmen zwar einen leichten Zugewinn, mit Stagnation ist das Ergebnis wohl am zutreffendsten beschrieben. Wenn die Stimmen für Hue mit denen des KPF-Präsidentschaftskandidaten André Lajoinie von 1988 (6,7%) verglichen werden, so darf nicht unerwähnt bleiben, daß 1988 mit dem "rénovateur" (Erneuerer) Pierre Juquin noch ein zweiter Kandidat aus den Reihen der KPF angetreten war (und 2,1% erhielt). Unter dem Strich hat die KPF den Ende der 80er Jahre drohenden Zusammenbruch vermieden und sich, nachdem ihr das sowjetische Modell abhanden kam (Robert Hue distanziert sich inzwischen von diesem und spricht von einem zu entwerfenden neuen Bild vom Sozialismus), jetzt wieder stabilisiert; jedoch scheint sie auch keine bahnbrechende neue Dynamik entfesselt, sondern eher ihr soziales Potential gehalten zu haben. Überraschungssiegerin auf der Linken ist die trotzkistische Kandidatin Arlette Laguillier von der trotzkistischen Gruppe "Lutte Ouvrière" (1995: 5,3%; 1988: 1,99%, 1981: 2,3%, 1974: 2,33%), die mit einem traditionalistischen und die gesellschaftlichen Widersprüche eher eindimensional aufgreifenden Diskurs auftrat (die Arbeiterklasse als entscheidende Kraft der Veränderung, die "soziale Frage" als Hauptwiderspruch).

Kostet die Zersplitterung den Rechten den Sieg?

Nun zur politischen Rechten: deren Aufspaltung in vier Blöcke, von denen drei in etwa derselben Größenordnung liegen, wurde bereits erwähnt. Der bürgerliche Konservatismus trat bei dieser Wahl in zwei Formationen auf, die mehr denn je inhaltlich differierten. Jacques Chirac (20,84%), seit 1977 amtierender Bürgermeister von Paris, spielte den populistischen Part, der die "kleinen Leute" mit ihren sozialen Nöten anzusprechen suchte und gleichzeitig rassistische Ressentiments gegen Immigranten ansprach. Chirac solidarisierte sich mit Abbé Pierre, dem Armenpriester und prominenten Hausbesetzer, forderte die Requisition leerstehenden Wohnraums, die Umstellung der Wirtschaft "vom bloß Zählbaren auf das Soziale" und rief den "social-chiraquisme" aus. Bei dem Chef der Neogaullisten war die Rede von einem "dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus, denn "der harte und schlichte Kapitalismus hat nicht mehr Zukunft als der Kommunismus." Chirac proklamierte: "Frankreich muß seine Macht und seine Ausstrahlung behalten, ohne die Franzosen am Wegrand zu vergessen" - das gilt freilich nur für Angehörige der Nation; Immigranten hingegen

sind in diese nationale Solidarität nicht eingeschlossen. Chiracs Plädoyer läuft auf eine Integration der nationalen Gemeinschaft hinaus, auf das "Frankreich für alle" (so das Hauptmotto); an den USA hingegen kritisiert er, daß sie "weder Klassen noch Rassen zu integrieren" imstande wären. Das Feuilleton der Süddeutschen Zeitung, das die wohl beste deutschsprachige Darstellung des Chirac'schen Populismus liefert (1), schreibt zur nationalistischen und rassistischen Hetze in diesem Diskurs: "Seine Rede von den Risiken einer ‚anarchischen Einwanderung`, die den braven Franzosen den Schlaf raube, unterscheidet sich in nichts von der Rhetorik des Fremdenhassers Le Pen. ... An der ideologischen Grundausstattung der Rechten hat Chirac nichts auszusetzen, außer, daß er Le Pen die betrügerische Inanspruchnahme der ‚allen Franzosen liebgewordenen Werte` vorwirft." Links, wie diverse bürgerliche Medien resümieren, war die Kampagne des "Apostels der Arbeitslosen" - wie die FAZ ihn nennt - also keineswegs; gleichwohl scharte Chirac im Laufe der Kampagne eine ehemals "linke" intellektuelle Schickeria um sich, die 1981 den Kandidaten Mitterand unterstützt hatte.

Der gegen Chirac kandidierende amtierende PremierministerEdouard Balladur (18,58 %) hingegen kehrte im Wahlkampf den feinen Herren heraus und verkörperte eher die Interessen der wirtschaftlich Bessergestellten. Balladur war es, der mit der Wahlkampfmasche begonnen hatte, finanziell "die Hosen herunterzulassen" und das gesamte Vermögen des Kandidaten offenzulegen, um finanzielle Unabhängigkeit, sprich Unbestechlichkeit, unter Beweis zu stellen. Dabei kam bei Balladur ein Vermögen von umgerechnet etwa 7 Mio. Mark zum Vorschein, bei Jacques Chirac hingegen zwischen ein und zwei Mio. Mark; Jospin wohnt in einer Mietwohnung und hat außer zwei Autos wenig Besitz oder Vermögen nachzuweisen. Damit hatte sich Premierminister Balladur in sozialer Hinsicht eindeutig profiliert, woraufhin sich Chirac anders positionieren mußte; dies tat er mit seinen Anwandlungen von sozialem Populismus. Balladur warf daraufhin Chirac "Demagogie" vor, was dieser mit dem Vorwurf "konservativen Immobilismus" konterte.

Die extreme Rechte

Auf der extremen Rechten mit zusammen 20% der Stimmen stellt sich das Bild ähnlich dar, was die ideologische Spaltung betrifft. Während Philipp de Villiers, der nur 4,74% erhielt (nachdem seine Liste bei den Europaparlamentswahlen 1994 mehr als doppelt so viele Stimmen bekommen hatte), den aristokratischen Typus mit Ideen von vor 1789 verkörperte - der katholische Fundamentalist vertritt nicht zufällig die Vendée, die sich 1793 gegen die Revolution erhob -, steuert der Neofaschist Jean-Marie Le Pen mit einem Spitzenergebnis von 15% einen sozialdemagogischen und aggressiv rassistischen Kurs. Anfang der 90er Jahre gelang seiner "Nationalen Front" mit vordergründig antikapitalistischer Rhetorik auch der Durchbruch bei ehemals linken Schichten der Arbeiterklasse und in den proletarisierten Vorstädten ("Banlieues"); diese Tendenz hat sich deutlich fortgesetzt, Le Pen hat unter den Arbeitern mit 27% am besten abgeschnitten.

Insgesamt hat sich somit sowohl auf der moderaten als auch auf der extremen Rechten der populistische, sozialdemagogische und nationalistische Kurs gegen die auf Klassen- bzw. Ständeinteressen bauende konservative Linie durchgesetzt. Die Frage ist nun, in welcher Form der übriggebliebene Bewerber der Rechten - Chirac -, die zahlreichen Wähler der extremen Rechten vor dem zweiten Wahlgang umwirbt; im bisherigen Wahlkampf ließ er bereits ein Abrücken von der europäischen Einheits- zugunsten der französischen Nationalwährung erkennen. Nach dem ersten Wahlgang rückte er auch vom Schengener Abkommen ab, das nicht energisch genug dem Kampf gegen die illegale Einwanderung diene. Der Front National hatte seinerzeit gegen das Schengener Abkommen votiert (wie gegen alle multinationalen Verträge: Gatt, Maastricht ...) Das geforderte Verhältniswahlrecht will er Le Pen hingegen nicht zugestehen. Eine Wahlempfehlung dürfte Le Pen nicht eben leicht fallen, da er Chirac persönlich haßt, Balladur hingegen seit Monaten umschmeichelt und bisher fünf Mal an dessen Amtssitz empfangen wurde. 1988 überließ es Le Pen seinen WählerInnen, eine Stimme für Chirac abzugeben oder sich der Wahl zu enthalten (keineswegs gab er, wie in der "Welt" und im "Kölner Stadt-Anzeiger" behauptet wird, eine Wahlempfehlung für Mitterrand ab). Aktuell versucht der Neofaschisten-Führer, den Preis in die Höhe zu treiben; daher kokettiert er auch mit dem PS-Kandidaten Jospin, den er als "ehrenwerten" und nicht korrupten Mann bezeichnete. Nach einer ersten Umfrage wollen 19% der Le Pen-Wähler im zweiten Wahlgang für Jospin stimmen, rund die Hälfte für Chirac und 31% äußerten sich "unentschieden". Die Rechtsextremen als Zünglein an der Waage - das hat noch gefehlt ...

Bernhard Schmid

Anmerkung:

1) 10. April 95: "Suche nach dem dritten Weg/ Wahlkampf in Frankreich: Wider den elitären Konservativismus."

9. Denk-Prozesse nach Althusser. Annotation

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:16

1993 erschien, drei Jahre nach dem Tod des französischen marxistischen Theoretikers, das letzte Buch von Louis Althusser.

Die "Krise des Marxismus", die er als Herausforderung begriff, ist inzwischen fortgeschritten und hat die politische Landkarte der Welt entscheidend verändert. Die damit im Zusammenhang stehende Renaissance der Ideen vergessen geglaubter marxistischer "Unpersonen" hat inzwischen auch die Werke Althussers erfaßt.

Althusser sah in der marxistischen Theorie weder ein Dogma noch eine unter allen Umständen für immer gültige Wissenschaft, sondern eine revolutionäre Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise, die die Möglichkeit beinhaltet, den Kapitalismus abzuschaffen und durch "etwas anderes" zu ersetzen, das bereits im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft herangereift ist.

Er stellte in seinen Werken die traditionelle marxistische Staats- und Rechtstheorie in Frage. Die "ursprüngliche politische Akkumulation", die Entstehung von Staaten unter kapitalistischem Vorzeichen, begriff er als eine traumatische Geschichte von Macht und Gewalt. Die damit verbundene radikale Kritik der Gesellschaft und des Staates verband sich bei ihm mit Fragen des Verhältnisses der Arbeiterbewegung zu anderen oppositionellen und dissidenten Strömungen. Und dies zu einer Zeit, als das Primat des "Hauptwiderspruches" gegenüber den als "Nebenwiderspruch" deklassierten Kampffeldern noch offizielle marxistische Doktrin war.

Das Buch stellt sich der Aufgabe, die Nach-Wirkungen Althussers in der marxistischen Theorieentwicklung sichtbar zu machen, seinen Beitrag zu einer "linken Kritik des Stalinismus" aufzuzeigen und gleichzeitig den Beweis anzutreten, daß eine kritische Auseinandersetzung mit Althusser "andere Denk-Prozesse zu inspirieren vermag". Es enthält sowohl Erinnerungen und Interpretationsversuche von Zeitgenossen und Schülern Althussers als auch Beiträge jüngerer Autoren, die erst in neuerer Zeit den Philosophen Althusser für sich entdeckt haben. Neben zustimmenden Wertungen und Kritik an seinen Werken sind auch Versuche enthalten, die Denkansätze Althussers weiterzuentwickeln. Einige der Artikel wurden eigens für dieses Buch geschrieben, andere aus zumeist nicht-deutschsprachigen Quellen übernommen und übersetzt.

Gerd Bedszent

Henning Böke, Jens Christian Müller, Sebastian Reinfeld (Hg.) "Denk-Prozesse nach Althusser", Argument-Verlag, Hamburg, 1994, 285 S., 29,- DM.

10. Sieg des kleineren Übels. Dämpfer für die Rechten bei den italienischen Regionalwahlen

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:33

Die Wahlen in 15 der 20 italienischen Regionen brachten ein unerwartetes Ergebnis. Neunmal siegte das "Mitte-Links"-Bündnis (Centro-Sinistra) aus Linksdemokraten (PDS), Volkspartei (PPI - Bianco-Flügel), Grünen und anderen kleineren Gruppierungen. Sechsmal setzte sich der Rechte "Pol" aus Silvio Berlusconis Forza Italia und Gianfranco Finis Alleanza Nazionale durch. Hochburgen der Rechten sind die reichen Regionen des Nordens (Piemont, Lombardei, Veneto) und drei der ärmeren im Süden (Campania, Apulien, Kalabrien). Im ehemals "roten Gürtel" Mittelitaliens gewann die linke Mitte, außerdem in der besonders armen Basilicata im Süden. Nicht gewählt wurde in den Regionen mit Sonderstatut (Aosta-Tal, Trentino-Alto Adige, Friuli Venezia-Giulia, Sardinien und Sizilien). Stärkste Partei wurde erstmals der PDS (Ex-PCI) mit 25,4%, gefolgt von Forza Italia (22,3%), Alleanza Nazionale (14%) und - eine echte Überraschung - Rifondazione Comunista mit ihrem bisherigen Rekordergebnis von 8,4%. Die Lega Nord des Umberto Bossi, bis Ende letzten Jahres Koalitionspartner von Berlusconi und Fini, konnte sich in ihren Hochburgen behaupten und kam auf 6,5%. Angesichts dieser Ergebnisse stellten die Rechten ihr beständiges Rufen nach sofortigen Neuwahlen des nationalen Parlaments umgehend ein. Gewählt wird nun voraussichtlich im Oktober.

Würden die Reaktionen der Börse und der internationalen Devisenmärkte als Indikator ausreichen, dann wäre die Sache klar: Das "Kapital", das noch vor einem Jahr auf Berlusconi und seine rechte Allianz gesetzt hatte, ist umgeschwenkt. Hatte es im März 1994, als das voraussichtliche Ergebnis der Parlamentswahlen noch vor Schließung der Wahllokale durchgesickert war, einen Börsenboom gegeben, so trat diesmal das Gegenteil ein. Die falschen Hochrechnungen des Wahlabends, nach denen Forza Italia und Alleanza Nazionale vorn gelegen hatten, ließen die strapazierte Lira weiter fallen: Der Handlungsspielraum der Übergangsregierung Dini mit ihren parteiunabhängigen "Technikern" wäre durch einen Sieg der Rechten noch enger, Neuwahlen schon im Juni unvermeidlich geworden; das von den Unternehmern angemahnte Programm zur drastischen Reduzierung der Staatsverschuldung hätte weiter auf Eis gelegen.

Einen Tag später, als die Endergebnisse vorlagen und die Demoskopen ihr kollektives Versagen eingestehen mußten, erholte sich die Lira gegenüber D-Mark und Dollar. Die in Opposition zu Berlusconi stehende Tageszeitung La Repubblica frohlockte: "Sicher ist, daß der Wahlausgang und das Versprechen von Ministerpräsident Lamberto Dini, das Rentenproblem zu einer schnellen Lösung zu bringen, zur Aufheiterung des Klimas beigetragen haben." Am Rande des G7-Treffens in Washington verbreitete der Regierungschef Optimismus. Nach der Rentenreform werde er gehen und den Weg für Neuwahlen freimachen.

Nun könnte man messerscharf schlußfolgern: Was die Börsianer in Kaufrausch versetzt, kann für die werktätige Bevölkerung und die Rentner nicht gut sein. Das ist allerdings nur ein Teil der Wahrheit, die auch eindeutig positive Seiten hat. Das Rechtsbündnis aus Forza Italia, Alleanza Nazionale, Centro Cristiano Democratico (CCD) und dem rechten Flügel der Volkspartei (PPI) hat die Wahlen verloren. Die innerhalb des Rechtsblocks erwartete Umschichtung zugunsten der Neofaschisten hat nicht stattgefunden; in einigen Prognosen war Alleanza Nazionale mit bis zu 20% als dominierende Kraft der Rechten erwartet worden.

Allmacht der Medien?

Wer vor einem Jahr das Bild eines neuen Faschismus an die Wand gemalt hatte - das waren nicht wenige, gerade unter den radikalen Linken - oder im Herbst, als Berlusconis Sturz sich abzeichnete, Gianfranco Fini schon als dessen Nachfolger gesehen hatte, müßte sich über den Wahlausgang nicht nur freuen, sondern auch die eigenen Fehleinschätzungen korrigieren.

Relativiert werden muß nicht zuletzt die vielfach vertretene These von der Allmacht der Medien. Nach Berlusconis Wahlsieg schien ihm und seinen neofaschistischen Weggefährten die Manipulation der öffentlichen Meinung nach Belieben möglich. Zusätzlich zu den drei landesweit ausstrahlenden Kanälen von Berlusconis Fininvest-Konzern wurden auch die Programme des staatlichen Fernsehens RAI (ausgenommen das traditionell links dominierte Programm von RAI 3) auf die Interessen der Rechts-Regierung ausgerichtet. In der aktuellen Wahlkampagne hat Berlusconi von seinem Medienkonzern ungeniert Gebrauch gemacht. Das Wochenmagazin L'Espresso zählte innerhalb einer Woche (26.2.-3.3.) auf den Kanälen der Fininvest nicht

weniger als 136 Spots von Forza Italia. In der "heißen Phase" des Wahlkampfs mußten die Parteien ohne offene Werbung auskommen. Aber auch in der Berichterstattung der privaten wie der staatlichen Programme lag der Rechtsblock, gemessen an der Sendezeit, deutlich vorn: bei den Fininvest-Sendern im Verhältnis 8:1, bei der RAI im Verhältnis 2:1 gegenüber dem Centro-Sinistra.

Zum Wahlsieg der Rechten reichte die Mobilisierung der geballten Medienmacht dennoch nicht. Vorläufig läßt sich der Schluß ziehen, daß die Medien Massenstimmungen zwar massiv beeinflussen, aber nur schwer in ihr Gegenteil verkehren können. Nachdem die rechte Regierung schnell ihren Glanz verloren hatte und insbesondere der ewig strahlende Führer und Erfolgsmensch Berlusconi als Versager erschien, konnte auch die Dauerberieselung des Fernsehpublikums daran auf die Schnelle nichts ändern.

Über ein eventuelles Comeback Berlusconis ist damit noch nichts ausgesagt. Für das laufende Jahr zumindest ist ein Wahlsieg der Rechten, ggf. auch mit einem anderen Spitzenkandidaten, ziemlich unwahrscheinlich. Nach dem Abspringen der Lega Nord sind neue potente Bündnispartner nicht in Sicht. Die Breite suggerierende Kandidatur als Forza Italia - Polo Popolare hat nicht den erhofften Stimmenzuwachs gebracht. Ohne die Kollaboration des Taktierers und Maulhelden Rocco Buttiglione (Partito Popolare - PPI) hätte Forza Italia vermutlich nicht einmal ihr Ergebnis von 1994 (20%) erreicht. Buttiglione behauptete dreist, er habe mindestens 8% beigetragen, während der Berlusconi-Getreue Giuliano Ferrara den neuen Verbündeten öffentlich demütigte: Buttiglione habe lediglich seine eigene Stimme und die "einiger Verwandter" für Forza Italia und den "Pol" hinzugewonnen. Nicht sehr bedeutend sind auch die Stimmenzahlen, die von den Berlusconi-treuen Dissidenten der Lega Nord in den rechten Pol eingebracht wurden.

Linke als "nützliche Idioten"

Das "Mitte-Links"-Bündnis hat mit 40,7% ziemlich exakt den gleichen Stimmenanteil erreicht wie die Rechten (40,6%). Allerdings kann es, um bei den landesweiten Parlamentswahlen die Mehrheit zu gewinnen, zwischen zwei zusätzlichen Bündnispartnern auswählen: der rechten Lega Nord und der Linkspartei Rifondazione Comunista (RC). Seitdem die Lega ihren Sezessionismus abgelegt hat und sich mit einem föderalistischen Italien zufrieden geben will, wird sie auch vom PDS als Partner akzeptiert. Der aggressive Wohlstandschauvinismus der Lega, ihr Rassismus gegenüber Menschen aus dem Süden Italiens und der restlichen Welt scheint dafür kein Hinderungsgrund zu sein.

Problematischer gestaltet sich das Verhältnis des PDS zu den "verfeindeten Brüdern und Schwestern" von Rifondazione Comunista. Die öffentliche Diskussion um die gern als Ansammlung von Altstalinisten verunglimpfte Linkspartei ähnelt in Teilen der bundesdeutschen Rote-Socken-Kampagne zur Ausgrenzung und Ächtung der (deutschen) PDS. Die RC-Führung hofft nach dem Wahlerfolg ihrerseits, der linken Mitte Zugeständnisse abringen zu können. Mehr als eine Tolerierungspolitik gegenüber einer Regierung unter Beteiligung des PDS scheint weder möglich noch beabsichtigt. Romano Prodi, parteiloser Spitzenkandidat des Centro-Sinistra, ist zu Gesprächen bereit. Käme es zu einer Einigung mit der Lega Nord, wäre RC allerdings aus dem Geschäft.

Nach Lage der Dinge wäre das, um einen marxistischen Klassiker zu zitieren, für die aufstrebende Linkspartei "gut und nicht schlecht". Das Verhalten der RC-Parlamentarier gegenüber der Dini-Regierung hat erst vor kurzem zu heftigen Turbulenzen in der Partei geführt. Schließlich ermöglichte ein Teil der Abgeordneten (16 von 38) das Überleben der Regierung. Was von einem schlicht denkenden Autor der Jungen Welt mit "Nationalismus" erklärt wurde, hat zumindest ein bedenkenswertes Argument für sich: Bei einem Sturz der Regierung wäre die Auflösung des Parlaments fällig gewesen; die für Juni vorgesehenen Volksabstimmungen, mit denen Berlusconis Medienmonopol eingeschränkt werden soll, hätten nicht stattfinden können. Das "konstruktive" Verhalten der RC-DissidentInnen hat der Partei bei den Regionalwahlen offenbar nicht geschadet. Wären ihre Abgeordneten unverzichtbarer Bestandteil einer "linken" (besser: nicht-rechten) Parlamentsmehrheit, würde der Druck, zur Vermeidung des größeren Übels das eigene Programm zu verleugnen, vermutlich zum Dauerzustand.

Denn die Regierung Prodi wird, wenn sie denn kommt, da weitermachen müssen, wo Dini aufgehört hat. Der versucht seinerseits, Berlusconis zutiefst unsoziale Rentenreform (vgl. ak 373, S.11), versehen mit einigen kosmetischen Korrekturen, über die parlamentarischen Hürden zu bringen. Sollte die Übung gelingen, steht als nächstes die Privatisierung der RAI an. PDS-Sekretär Massimo D'Alema hat schon seine Zustimmung

signalisiert. Die offenkundige Bereitschaft des PDS, die auch vom IWF eingeklagte staatliche "Austeritätspolitik" zu unterstützen, wird von der Anhängerschaft der Partei auf Dauer kaum "verstanden" werden. So gesehen könnte die Mitte-Links-Regierung, nachdem sie die Dreckarbeit gemacht hat, ziemlich schnell wieder ihre Unterstützung verlieren. Über den Namen des dann kommenden "starken Mannes" kann derzeit nur spekuliert werden.

Es ist leider nicht zu leugnen: Eine Regierung dieses Centro-Sinistra würde sich vor allem in der Symbolpolitik von ihren Vorgängerinnen unterscheiden. Der Unterschied wird schon bei einem Vergleich der Protagonisten der konkurrierenden Lager augenfällig: hier Berlusconi, der steinreiche Geschäftemacher, hysterische Antikommunist und Obskurant auf der Mitgliederliste der Geheimloge P2, der Mussolinis Erben hoffähig machte; dort Prodi, "Italiens berühmtester Radfahrer" (Berlusconi), der sich auf seinem privaten "Giro d'Italia" unters Volk mischt und auch den verfemten "Altkommunisten" die Hand reicht (bevor er sie in den Hintern tritt). Auch wurde bereits vereinbart, daß Prodi mit Walter Veltroni, der Nummer Zwei des PDS, einen ebenso sympathischen Partner an die Seite gestellt bekommt: Veltroni vergleicht sich gern mit Kennedy...

Aber im Ernst: Es ist keineswegs moralisch verwerflich, einer solchen Regierung des kleineren Übels (ohne Anführungszeichen) die Stimme zu geben. Nur sollte niemand irgend welche fortschrittlichen Impulse, womöglich über Italien hinaus, von ihr erwarten.

Js.

, Regionalwahlen 4/95, Parlamentswahlen 3/94

Forza Italia - Polo Popolare, 22,3, 20,0

Alleanza Nazionale (AN), 14,0, 13,6

Centro Cristiano Democratico (CCD), 3,9, -

Lista Panella, 1,3, 3,6

Lega Nord, 6,5, 9,1

PDS, 25,4, 21,2

Grüne, 2,9, 2,8

Patto e Laici, 6,7, 7,8

Volkspartei (Bianco), 5,7, 11,2

Rifondazione Comunista, 8,4, 6,6

Andere, 2,9, 4,1

Total, 100, 100

11. Nazi-Gipfel in der Stadt der Reichsparteitage. Nach Mobilisierung: Wirt will Rechtsradikale nicht mehr

Autor: Al. · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:12

Kurz vor dem 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus trafen sich in Nürnberg führende Nazi-Kader, um neue Pläne zu schmieden. Die Polizei wußte Bescheid und griff nicht ein. Der Verfassungsschutz war präsent, als sich in der "Tiroler Höhe" die ehemaligen Chefs der verbotenen FAP, der Nationalen Offensive und der Deutschen Alternative sowie des rechtsradikalen "Bund Frankenland" und der regionalen NPD trafen. Die maßgeblichen Lokalpolitiker, die Grünen eingeschlossen, sowie die Lokalpresse, versuchen den Neonazi-Gipfel totzuschweigen, der von einer Antifa-Recherchegruppe aufgedeckt wurde.

Am 25. März versammelten sich einige der gefährlichsten bundesdeutschen Rechtsradikalen, um in der "Stadt der Reichsparteitage und der Rassengesetze" neue Strategien auszuhecken. Das Nazi-Treffen fand erneut in der "Tiroler Höhe" statt. Diese Gaststätte war kürzlich von einer antifaschistischen Recherchegruppe, in der Leute aus Antifa-Initiativen sowie dem KB-Nürnberg zusammenarbeiten, als Drehscheibe der regionalen Nazi-Szene aufgedeckt worden (siehe ak 377, S. 12).

Neben Vertretern von NPD, DVU, "Deutscher Liga für Volk und Vaterland" und REPs waren auch "parteilose Nationalisten" als Podiumsteilnehmer angekündigt. Nach dem Treffen stellte sich heraus, daß darunter einige Personen waren, die zur Prominenz der militanten Neonazis gehören. Neben Ralf Ollert (NPD-Bezirksvorsitzender Mittelfranken), nahmen Uwe Meenen (Vorsitzender des Bundes Frankenland), Michael Swierczek (Leiter der 12/1992 verbotenen Nationalen Offensive (NO)), Friedhelm Busse (ehemaliger Führer der 1/1982 verbotenen VSBD/PdA und Vorsitzender der 2/1995 verbotenen FAP) sowie Michael Petri (ehemaliger Rheinland-Pfalz-Chef der 12/1992 verbotenen "Deutschen Alternative" (DA) und derzeitiger Vorsitzender der Deutschen Nationalisten) teil. Als Veranstalter fungierte die Schriftleitung der fränkischen Neonazi-Zeitschrift "Junges Franken", die unter anderem vía "Nationales Infotelefon Franken" mobilisierte. Zu der Podiumsdiskussion mit dem Titel "Nach dem verlorenen Superwahljahr - nationale Opposition wie geht's weiter?" kamen zwischen 50 und 60 Zuhörer. Sie mußten zuvor bei den Veranstaltern Adresse und Telefonnummer hinterlassen, um den Treffpunkt mitgeteilt zu bekommen.

Aus den Ansagen des "Nationalen Infotelefons Franken" sowie einer Meldung der Süddeutschen Zeitung (10.04.1995) geht hervor, daß sich zwei Positionen gegenüberstanden. Während sich Ralf Ollert (NPD) und Uwe Meenen (Bund Frankenland) für organisierte Politik aussprachen, favorisierten die Ex-Chefs der verbotenen Schaftstiefel-Organisationen "lose Strukturen". Das Nationale Infotelefon zählte vier Arbeitsbereiche auf, die für die Rechtsextremen von entscheidender Bedeutung seien: a) Stärkung einer "reichstreuen nationalistischen Partei außerhalb der verbotsfähigen Zone"; b) eine bundesweite, professionell gemachte Zeitung, die von allen Rechtsradikalen "ohne Bauchschmerzen" verteilt werden könne; c) Jugendarbeit; d) Wiederbelebung der deutschen Kultur. Hier könnten auch Mitglieder verbotener Organisationen mitmachen, ohne daß sie kriminalisiert werden könnten.

Indessen hob ein Sprecher des Landesamtes für Verfassungsschutz in einer dpa-Meldung darauf ab, daß sich "Neonazis aus ganz Deutschland für lose Organisationsstrukturen ausgesprochen" hätten (SZ, 10.04.1995). "Man will auf neue Organisationen verzichten", was eine "riskante Entwicklung" sei und eine Erschwerung der Ermittlungsarbeit nach sich ziehe. Abschließend sprach sich der Verfassungsschützer gegen weitere Verbote aus: "Wenn die Verbote fortgeführt werden, dann zwingt der Staat diese Leute am Ende gar in die Illegalität." Aus dieser Meldung geht implizit hervor, daß der Verfassungsschutz Spitzel in der Versammlung hatte. Denn von "losen Strukturen" war in keiner anderen Quelle die Rede.

Who is who?

Dieses Beispiel zeigt erneut, daß es zwischen den verschiedenen Nazi-Gruppen der Region engste Querverbindungen gibt. Die mittelfränkische NPD versucht, die zerstrittenen Rechtsradikalen zu bündeln. Dabei scheut sie auch nicht davor zurück, sich mit Schaftstiefel-Nazis einzulassen, deren Organisationen aus guten Gründen verboten wurden.

Die Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP), 1979 gegründet und später von den Mitgliedern der Ende 1983 verbotenen ANS/NA unterwandert und übernommen, wurde von Friedhelm Busse (Jg. 1929) geführt. Busses jahrzehntelange Nazi-Karriere weist viele Stationen auf. 1963 wurde er wegen eines Sprengstoffdelikts verurteilt. Später mußte Friedhelm Busse, dessen Vater bis zu seinem Tod NSDAP-Mitglied war, wegen unterschiedlicher Gewalttaten mehrfach Haftstrafen verbüßen. Er war von 1965 - 1971 NPD-Mitglied und führte die 1975 gegründete VSBD/PdA bis zu deren Verbot im Januar 1982. 1988 übernahm er die Leitung der FAP. Unter seiner Ägide verübten FAP-Aktivisten vielfältige Straftaten. Als der Bundesinnenminister die FAP im Februar 1995 verbot, hatte sie gut 400 Mitglieder.

Die im Juli 1990 gegründete "Nationale Offensive" (NO) wurde vom ehemaligen bayrischen FAP-Vorsitzenden Michael Swierczek (Jg. 1961) geleitet. Sie betrieb offene Werbung für die bekennenden Nationalsozialisten der NSDAP-AO. Mehrere ehemalige Mitglieder standen wegen ausländerfeindlicher Straftaten vor Gericht. Die "Nationale Offensive", die 1990 weniger als 100 Mitglieder hatte und deren Geschäftsstelle in Augsburg war, wurde im Dezember 1992 durch den Bundesinnenminister verboten.

Die "Deutschen Nationalisten", im Juli 1993 in Mainz gegründet, unterhalten zur NPD und zur JN enge Kontakte. Ihr derzeitiger Vorsitzender Michael Petri war bis zu deren Verbot im Dezember 1992 Chef der rheinland-pfälzischen "Deutschen Alternative" (DA). Er äußerte in der "Tiroler Höhe" die Befürchtung, daß auch seine neue Organisation, die Ende 1993 weniger als 200 Mitglieder hatte, verboten werden könnte.

Der "Bund Frankenland", 1991 in Würzburg gegründet, ist ein "Tummelplatz fränkischer Neofaschisten" (Rabaz, 3/1995). Sein Vorsitzender Uwe Meenen, 30, firmierte im Impressum der 1979 in Koblenz aus der NPD-Jugend hervorgegangenen Zeitschrift "Wir selbst". Der Würzburger war in den 80er Jahren Mitglied von NPD und REPs. Er gehört der Führungsriege der rechtsradikalen Sammlungsplattform "Deutscher Freundeskreis" an.

Rot-Grün:

"Augen zu und durch"

Obwohl, oder besser, gerade weil das hochrangig bestückte Nazi-Treffen so nahe am 8. Mai stattfand und weil es Antifas gelang, dies aufzudecken und in Zusammenhang mit dem historischen Datum zu bringen, war die offizielle Reaktion: Schweigen. Die regionalen Massenmedien kamen zu den Pressekonferenzen und zeigten reges Interesse an den gut recherchierten Fakten. Allein, sie berichteten nicht. Die maßgeblichen Leute bei SPD, DGB, Grünen und Kirchen schwiegen ebenso. Zwar konnte sich die linke Szene über Privatradios, das alternative Radio Z oder über die tageszeitung informieren, aber in den großen regionalen Printmedien war weder der aufgedeckte Nazi-Treffpunkt noch die Brisanz der besagten Versammlung Thema. Man mußte den Eindruck gewinnen, als seien sich die maßgeblichen Leute dieser Stadt darin einig, unter keinen Umständen über diese Dinge zu reden, um so das Ansehen der Stadt nicht erneut ins Zwielicht zu bringen.

Vor dem Hintergrund dieser Blockade hatten es Antifa-Initiativen, linke Gruppen und der Ausländerbeirat schwer, am 12. April für eine Demonstration zu mobilisieren. In der Nazi-Drehscheibe "Tiroler Höhe" wollte die NPD ursprünglich ihr monatliches Treffen abhalten. Sie sagte es ab, als die Mobilisierung bekannt wurde. Auch am Rande der Demonstration ließen sich keine Nazis blicken. Der griechische Wirt sperrte an diesem Tag seine Gaststätte zu und bekundete öffentlich, daß er keine Rechtsradikalen mehr in seine Räume lasse. Das Wichtigste war also schon gelaufen, bevor die Demo losging. Daran nahmen dennoch gut 250 überwiegend sehr junge Leute teil, die von einem massiven Polizeiaufgebot abgeschirmt wurden. Es kam zu keinen Zwischenfällen. Neben örtlichen Antifa-Aktivisten hielten auch Juan Cabrera (Ausländerbeirat) und Peter Gingold (VVN/BdA) Redebeiträge, in denen sie den Zusammenhang zum Gedenkjahr herstellten. Die Presseresonanz war breit und freundlich.

Es gelang, den Nazi-Treffpunkt ins Gespräch zu bringen und - das muß sich noch zeigen - unter Umständen sogar außer Funktion zu setzen. Aufgrund der Totalblockade nahezu aller in Frage kommender Vermittlungsinstanzen im reformistischen Spektrum scheiterte die Linke jedoch insofern, als die erhoffte Katalysatorwirkung für die politische Debatte um das Gedenkjahr ausblieb. Das Neonazi-Treffen sowie die durch rechtzeitiges Polizeieingreifen verhinderten Versuche, am 20. April die offizielle Feier anläßlich der Befreiung Nürnbergs zu stören, zeigen, daß in der Region ein funktionierendes Untergrundnetz der Neonazis existiert.

Al., 13.04.1995

12. Ein Eigentor für die SPD. 8. Mai-Demonstration in Rheinland-Pfalz

Autor: jj., Ludwigshafen · Rubrik: SPD; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:32

Spät bildete sich ein "Aktionsbündnis 8. Mai" in Rheinland-Pfalz. Die Jusos übernahmen die Initiative und luden über verschiedene Verteiler landesweite Organisationen ein. Anfang April wurde der Aufruf verabschiedet, potentielle ErstunterzeichnerInnen wurden angesprochen. Der Aufruf "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg" enthält Forderungen, die heute nicht mehr selbstverständlich sind. So heißt es u.a.:

- "Entkriminalisierung antifaschistischer Arbeit"

- "das Menschenrecht auf Asyl ist wiederherzustellen"

- "gegen den Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee und gegen eine Militarisierung der Außenpolitik"

- "Rüstungsproduktion und -handel sind weltweit zu ächten".

Interessanterweise unterschrieben diesen Aufruf auch der Scharping-Nachfolger, SPD-Ministerpräsident Beck, und der Landtagspräsident von Rheinland-Pfalz Christoph Grimm (ebenfalls SPD). Spektakulär wurde die Angelegenheit dadurch, daß die Jusos diesen Aufruf auch dem Landesverband der PDS zugeschickt hatten. Der unterzeichnete das Papier umgehend. Nun standen die SPD-Spitzenfunktionäre Seite an Seite mit der PDS. Die CDU entdeckte diesen "Skandal" und setzte prompt eine entsprechende Presseerklärung ab. Ministerpräsident Beck habe sich mit der PDS auf eine Stufe gestellt! Vor allem kritisierte die CDU daß Beck "das Menschenrecht auf Asyl wiederherzustellen" gedachte.

Beck und Grimm hatten nichts besseres zu tun, als sich zuerst einmal von der PDS zu distanzieren. Anstatt zum Aufruf und somit zum "Aktionsbündnis 8. Mai" zu stehen, versuchten sie sich mit der Begründung herauszuwinden, sie hätten nur den Entwurf von einem Aufruf unterschrieben und von der PDS wäre darin nicht die Rede gewesen. Die kleine Notiz der Mainzer "Allgemeinen Zeitung" verursachte im SPD-Spektrum ein wahres Erdbeben. Nach Beck und Grimm wollte nun auch der DGB seine Unterschrift zurückziehen. Die "Rheinpfalz" (Besitzer ist im übrigen ein "Busenfreund" von Kohl) vom 13.4.95 erschien mit dem Aufmacher "Aufruf zum 8. Mai wird wegen der PDS ein Flop". Erstaunlicherweise ließen sich aber weder Jusos und Grüne noch die Schülervertretungen der Gymnasien etc. davon abschrecken, mit der PDS zusammen zu einer Demonstration aufzurufen. Im Gegenteil: Die Jusos nannten es zwar einen "bitteren, aber tragbaren Verlust", falls Beck und Grimm sich derart von der CDU unter Druck setzen ließen. Statt dessen stellten sie mit anderen die CDU an den Pranger, die erhebliche Probleme mit der "Bewältigung der deutschen Vergangenheit" haben müsse und nur von ihren eigenen Schwächen ablenken wolle. Wie zu erfahren war, liefen über Ostern die Telefone in der "Baracke" und einigen anderen Häusern heiß. Das gesamte Bündnis blieb jedoch, allen Unkenrufen zum Trotz, beisammen.

Beck und Grimm hatten zu hoch gepokert. Alle erklärten, es ginge nicht um die PDS, sondern um den 8. Mai, und da gebe es offensichtlich einiges für Beck, Grimm und die CDU nachzuholen. Außerdem beschloß das Bündnis, den früheren "Metall"-Chefredakteur Jakob Moneta, der bis zum letzten Parteitag Mitglied des PDS-Parteivorstandes war, für das "gewerkschaftliche Spektrum" auf die Redeliste zu setzen. Vor allem die DGB-Jugend will Moneta hören. Weitere Redner sind der fortschrittliche Pfarrer Horst Sirinowski, der Grünen-Sprecher Mehdi Jafari-Gorzini, ein/e noch nicht benannte/r Juso.

Das SPD-Präsidium hat der Juso-Landessprecherin inzwischen den Kopf gewaschen, wie sie es sich denn erlauben könne, Beck und Grimm ein Jahr vor den Landtagswahlen in so eine Position zu bringen. Das dürfte mit ein Grund für die Hektik bei der SPD gewesen sein.

"Neue Rechte" trifft sich auf dem Hambacher Schloß

Während dieser Streit um den 8. Mai brodelte, meldete der "Spiegel" am 10.4.95, daß das rechtskonservative Studienzentrum Weikersheim und die Hans-Filbinger-Stiftung auf dem Hambacher Schloß am 6./7.5.95 einen Kongreß mit dem Titel "Aufbruch und Erneuerung" veranstalten wollen. Auf diesem Kongreß sollte unter anderem der sächsische Justizminister und kurzzeitige Bundespräsidentschaftskandidat Stefan Heitmann

(CDU) über "Geistesfreiheit oder political correctness" reden. Über das Neonazi-Computernetz "Thule" wird für diese Veranstaltung nach einer Begrüßung mit "Heil Euch" geworben. Heitmann zog zwar inzwischen seine Zusage zurück, aber der Kongreß soll trotzdem stattfinden. Das Pikante an dieser Geschichte ist, daß das Schloß vom Land Rheinland-Pfalz an das Studienzentrum vergeben wurde. Ein Beamter der Landesregierung (Titel, Rang, Parteibuch sind bisher nicht bekannt) hatte das Hambacher Schloß im Rahmen der Nutzungsrechte des Landes an das Studienzentrum vergeben.

Der Abgeordnete der Grünen im Landtag Michael Henke will jetzt von der Landesregierung wissen, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenke, um diesen Kongreß zu verhindern. Leider hat sich das "Aktionsbündnis 8. Mai" bisher noch nicht zu diesem Vorfall geäußert, obwohl gerade dies ja eine aktuelle Aktion von "Neuen Rechten" ist. Es bleibt abzuwarten, ob es innerhalb der Kürze der Zeit noch gelingt, diesen Kongreß zu verhindern, oder ob am 6./7.5.95 Neonazis und andere ungestört tagen können, während einen Tag später die 8. Mai-Demonstration in Mainz stattfindet. Offene Fragen an die Landesregierung gibt es genug.

jj., Ludwigshafen

13. Von der Nazi-Herrschaft wurden wir befreit - nicht aber von unseren Ängsten und Schrecken

Von Flora Neumann

Autor: Flora Neumann · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:10

Was wirklich in Auschwitz geschah, wußten wir nicht. Wir waren Tag und Nacht unterwegs. Als der Zug in Auschwitz ankam, sahen wir durch das Gitterfenster Frauen. Sie trugen Ziegelsteine. Wir meinten, sie hätten tote Augen. So sahen wir später wohl selber aus.

Die Waggons wurden geöffnet. SS-Männer schrien: "Raus, ihr Schweine!" Neben sich, an einer Leine, hatten sie dressierte Schäferhunde. Lastautos standen bereit, ihre Opfer abzuholen. Die ca. 500 Zigeuner aus unserem Transport wurden gleich in die Gaskammern gebracht. Von den 1.000 Juden kamen 93 ins Lager. Alle anderen wurden sofort vergast. Manchmal kann ich das Wort "vergast" nicht verkraften, und doch möchte ich weiterberichten.

Wir marschierten ins Lager Birkenau, ein Nebenlager von Auschwitz. Dort sahen wir die Kamine brennen. Neben mir ging eine SS-Frau, ich wagte sie zu fragen: "Was riecht so entsetzlich?" Sie sagte: "Man backt da kein Brot - man ermordet eure Angehörigen: Väter, Mütter, Kinder. Ganze Familien, die weiter nichts verbrochen haben, als Juden oder Zigeuner zu sein". Ich glaube, diese SS-Frau hatte den Glauben an die Partei Adolf Hitlers verloren.

Im Lager Birkenau mußten wir uns ganz ausziehen und uns dann bücken, damit sie uns in den After sehen konnten, ob dort etwas versteckt wäre. Unsere Haare wurden abgeschoren, auch unter den Armen und an den Geschlechtsteilen.

Ich hatte ein kleines Foto von Berni, der Kapo öffnete meine Hand mit Gewalt und zerriß es vor meinen Augen. Es tat mehr weh, als wenn er mich geschlagen hätte. Wir standen eng aneinander, nackt, geschoren, in der Sauna. An einem Brunnen stand in verschiedenen Sprachen: nicht trinken, Typhusgefahr. Alle hatten Hunger und vor allem Durst. Einige tranken doch aus dem Brunnen. Keiner von ihnen erkrankte. Es war reine Schikane der Verbrecher.

Uns wurde auf den linken Unterarm mit Tinte und Feder eine Nummer eingestochen. Ich bin die Nummer 74559. Der Arm tat sehr weh und schwoll an, aber wir erlebten noch Grausameres. Unterwäsche gab es nicht. Nur ein Häftlingskleid und Holzschuhe. Ich bekam zwei linke. Als ich es sagte, erhielt ich gleich einen Peitschenschlag von einem Kapo.

Ich erinnere mich an Wanda, ein jüdisches Polenmädchen. Ein SS-Mann sagte, man solle ihre Haare nicht abschneiden. Was ging in dem Mädchen vor? War es Dankbarkeit, war es Angst? Sie begann zu singen: "Dies ist der schönste Tag in meinem Leben..." Ich glaube, es ist von Josef Schmidt. Oder sang die 15jährige aus Ironie? Der SS-Mann nahm sie mit. Was mag aus ihr geworden sein? Wir vermuteten später, daß man sie in ein Bordell der SS gebracht hat. Wir haben sie nie wiedergesehen.

Viele bildschöne Mädchen, halbe Kinder, brachten die SS-Leute ins Bordell. Wenn sie abgenutzt waren, blieb die Gaskammer.

Hübschen Jungen erging es in den Männerlagern nicht anders. Auch sie wurden von Männern der SS benutzt. Ein Verwandter von mir, er war 13 Jahre, als er nach Auschwitz kam, hat überlebt. Er erzählte mir, daß er vom Lager Theresienstadt mit zwei seiner Verwandten, einer Cousine von vier Jahren und einem Cousin von drei Jahren, nach Auschwitz kam. Beide kleinen Kinder wurden ihm von den SS-Aufsehern von der Hand gerissen. Auch sie gingen den letzten Weg. Er hat es bis heute nicht überwunden und ebenso nicht, daß er von der SS benutzt wurde. Aber dadurch hat er wohl überlebt. Schon daß er mir das erzählte, ist ein Zeichen dafür, wie er gelitten hat.

Zuerst Quarantäne ...

Wir marschierten in Fünferreihen ins Lager. Dort: immer vier Kojen übereinander. Wir lagen auf der obersten: acht Personen - und nur eine Decke! Derjenige, der am Anfang oder am Ende lag, bekam nur wenig von der Decke. So wechselten wir jede Nacht die Plätze, damit jeder etwas von der Wärme bekam. Jeder von uns erhielt eine Blechbüchse für Kaffee, der wie Aufwaschwasser schmeckte. Es war aber etwas Warmes, etwas Trinkbares überhaupt. Zu essen gab es ein Kommißbrot für acht Personen.

Wir hörten von Selektionen. In der Quarantäne brauchte man davor keine Angst zu haben. Die Menschen starben sowieso sehr schnell an Krankheit und Hunger. Mancher lief an den elektrischen Draht. Ein Schrei - und er hatte ausgelitten. Es war grausam.

Wir in der Quarantäne durften nicht arbeiten, nur Appell stehen, oft stundenlang. Wir lagen auf den Kojen und dachten nur ans Essen. Wir erzählten uns gegenseitig Kochrezepte, und ich stellte mir in meiner Phantasie eine große Schüssel mit Pellkartoffeln vor. Pellkartoffeln erinnern mich immer noch an die schreckliche Zeit.

Jeden Tag kamen neue Transporte. Wenn die Kinder ankamen, hatte ich große Angst, daß mein Junge und Lisa, die Tochter einer Freundin aus dem Untergrund in Belgien, dabei sein könnten. Als erstes wurden Zwillinge und Drillinge aussortiert. Mit ihnen wurden ärztliche Experimente durchgeführt. Die anderen Kinder wurden gleich in die Gaskammer gebracht. Einige Kinder gaben an, daß sie schon viel älter seien, als sie in Wirklichkeit waren, womit sie im Moment ihr Leben retten konnten. Aber auf wie lange?

Eines Tages kam eine Genossin in unsere Baracke, die ich von Belgien aus der Untergrundbewegung kannte. Da sie viele Sprachen beherrschte, war sie für die SS als Dolmetscherin tätig. Sie sagte uns, daß wohl kaum jemand überleben würde, aber wir dürften unsere Schwäche nicht zeigen und auf keinen Fall den Mut verlieren. Was nicht immer gelang. Viele liefen an den elektrischen Stacheldraht.

Mala Zimmerbaum war Jüdin. Sie war wohl die einzige von uns, die sich vorgenommen hatte zu fliehen. Sie wollte raus, um es der Welt zuzuschreien und die Menschen auf das aufmerksam zu machen, was in Auschwitz passierte. Mala und ihr russischer Begleiter hatten sich SS-Kleidung beschafft. Sie wollten gemeinsam versuchen zu entkommen. Aber es gelang ihnen nicht. Irgendwann sickerte bei uns durch, daß sie beide von den SS-Spürhunden gefaßt worden waren. Mala sollte gehenkt werden, und wir mußten Appell stehen, um zuzusehen. Man hatte ihr die Hände auf den Rücken gebunden. Irgendwer hatte die Möglichkeit gefunden, ihr eine Rasierklinge zuzustecken, damit sie sich die Pulsadern aufschneiden konnte. Sie war wohl noch am Leben, als die SS-Männer das bemerkten. Nun schleifte man sie in die Gaskammer. So endete Mala Zimmerbaums Leben. An sie erinnert in Brüssel eine Gedenktafel. Das ist aber auch alles. Für mich ein bißchen wenig. Mala war eine Kämpferin für die Freiheit aller gequälten Menschen.

... dann Zwangsarbeit

Das große Sterben und auch unser Leben ging weiter. Nach einigen Wochen wurden wir für die Arbeit in einer Munitionsfabrik eingestellt. Sie hieß die "Union". Dort wurde die Bombe V 1 hergestellt. So marschierten wir in Fünferreihen, begleitet von der SS mit ihren kläffenden Hunden, von Birkenau ins Lager Auschwitz. Die Häftlingskapelle spielte bei Ein- und Ausmarsch. Ich saß in der Fabrik mit griechisch-jüdischen Männern an einem Tisch. Auf der einen Seite die Männer, auf der anderen die Frauen. Es waren Menschen aller Nationalitäten dort. Wir arbeiteten im Akkord am Fließband und kontrollierten die V 1. Die Eisenkörper waren sehr heiß, aber die Hände gewöhnten sich trotz der Brandblasen daran. Für diejenigen, die an der Presse arbeiteten, war es besonders schwer. Vor Übermüdung und Schwäche bekamen sie des öfteren ihre Hände in die Presse. Ihre Behandlung war die Gaskammer. Es war grausam, die Menschen vor ihrem Ende noch so zu quälen.

Eines Tages kommandierten betrunkene SS-Männer drei von unseren griechisch-jüdischen Männern zu sich. Es gab ein Bassin, das für das Arbeitsmaterial benutzt wurde. Es war mit Salzsäure gefüllt. Die SS-Männer stießen unter grausamem, bösartigen Lachen die Unglücklichen hinein. Es blieb nichts von ihnen übrig. Hätte ich es nicht miterlebt, könnte ich es selbst nicht glauben.

Wir arbeiteten 13, 14 Stunden pro Tag. Hinzu kam das stundenlange Appellstehen. Als wir eines Morgens zur Fabrik marschierten, kamen wir an einem Lager mit vielen Frauen und Kindern vorbei, die in Zivilkleidung waren. Wir wunderten uns und hofften, daß diese nicht mehr vergast würden. Jeder suchte nach Angehörigen, auch ich dachte meine Schwester Paula und deren Tochter Rita zu sehen oder jemanden, der mir lieb war.

Auf dem Rückweg war das Lager leer. Es war ein Transport aus Theresienstadt. Sie wurden alle vergast. Die Kamine rauchten und rauchten. Wir lebten täglich mit dem Bewußtsein des Todes in unserer Nähe. Ich glaube, wir waren auch irgendwie schon tot. Und dennoch erschütterte es uns sehr, als drei junge jüdische Mädchen aus Polen, die in derselben Fabrik arbeiteten wie ich, vor unseren Augen aufgehängt wurden. Sie hatten Pulver gestohlen, um es russischen Gefangenen zu geben, die die Gaskammern in Brand stecken wollten. Es mißlang, und sie wurden gefaßt. Wenn ganze Transporte ins Gas gingen, regte uns das nicht so auf. Als die jungen, tapferen Mädchen aufgehängt wurden, erstarrten wir wirklich. Tränen hatten wir nicht mehr.

Quälereien bis zum Tode

Ich konnte auch nicht mehr weinen, als eine SS-Frau mir die Zähne ausschlug, weil ich die V 1 am Fließband nicht kontrolliert hätte. Vier meiner Vorderzähne wurden abgebrochen. Es blutete sehr stark, aber ich sah nur Sterne, fühlte gar nicht so den Schmerz. Ein Zivilarbeiter stellte sich hinter mich und flüsterte mir zu: "Ich wußte nicht, wie grausam Frauen sein können."

Aber damit war es nicht vorbei. Ich mußte zur Strafe ins Männerlager zum Oberkommandoführer. Eine SS-Frau, die mich dorthin brachte, sagte mir, daß ich vor dem Oberkommandoführer vier Schritte vor und drei zurück gehen müßte. Ich müßte dann sagen, Nr. 74559 meldet sich gehorsamst. Er schrie mich an: "Warum sprichst du deutsch?" - "Weil ich eine Deutsche bin", antwortete ich ihm. "Was bist du? Ein Saujude bist du!" Ich mußte es wiederholen: "Ein Saujude bin ich."

Vielleicht fragt man mich heute, warum ich so geantwortet habe. Ich glaube, damals war es die Angst - nicht vor dem Sterben, nicht vor dem Tod, sondern nur vor der Quälerei bis zum Tod.

Als die Flieger über Auschwitz flogen, wünschten wir, daß die Bomben auf uns fallen mögen, damit das Leiden ein Ende hat. Nein, vor dem Tod hatte ich damals keine Angst. Auch die meisten anderen Häftlinge nicht.

Es kann sich wohl kaum jemand vorstelle, daß unser Kommando der Munitionsfabrik Union in Kinovorstellungen gehen mußte. Es war ein sehr großes Kino, es faßte zwei- bis dreihundert Menschen. Natürlich wurden wir von den SS-Aufsehern mit ihren Hunden begleitet, auch waren viele Kapos anwesend. Den Inhalt der Filme begriffen wir kaum. Wir mußten uns große Feiern und Menschen in Ballkleidung ansehen. Das Schlimmste war, die Tische waren mit herrlichen Leckereien gedeckt, und es floß Sekt. Ich machte, wie viele andere, die Augen zu, da wir es vor Hunger kaum ertragen konnten. Wieder träumte ich von einer dampfenden Schüssel Pellkartoffeln. Wer noch ein Stückchen Brot vom Morgen hatte, aß es mit Heißhunger auf seiner Koje. Auch diese seelischen Quälereien nahmen kein Ende.

Eines Tages erfuhren wir, daß wir ins KZ Maidanek gebracht werden sollten. Dort kamen die meisten Kindertransporte an. Wir sollten die Kinder entkleiden - die Kleidung wurde für das Deutsche Reich gebraucht. Wir waren uns alle einig, daß wir lieber an den elektrischen Draht gehen wollten. Jeder dachte wohl an die Kinder. Es könnten auch die eigenen dabei sein.

Es kam anders. Am nächsten Morgen sagte man uns, wir seien für die Herstellung der V 1 wichtiger als qualifizierte Arbeiter. Wir jubelten nicht darüber, denn alle dachten an die Kinder - und an ihre Kinder. Ich glaube, man konnte gar nicht mehr richtig denken.

Unser Widerstand drückte sich dadurch aus, daß wir am Fließband Sabotage betrieben. Gutes Material verschwand im Ausschußkasten. Wer dabei ertappt wurde, bezahlte es mit seinem Leben. Was war das damals schon wert?

Ein SS-Aufseher stand plötzlich an unserem Arbeitstisch. Mit lauter Stimme rief er: "Wer von euch ist Kunstgewerblerin?" Keiner meldete sich. Als der SS-Mann das zweite Mal schrie, zeigten einige Frauen auf mich. Zwar war ich nie Kunstgewerblerin gewesen, aber dieser Gedanke ist den Frauen dadurch gekommen, weil ich, wenn ich erfuhr, daß jemand meiner Freunde Geburtstag hatte, aus irgendwelchen Stoffetzen kleine Herzen oder etwas anderes machte, um ihnen eine Freude zu machen. Der SS-Mann nahm mich mit in sein Dienstzimmer. Es lag ein roter Teppich auf der Erde. Er legte mir dicken Stoff und anderes Zubehör hin, nun sollte ich einen Teddy für seinen Sohn machen. Er stellte mir ein Glas Milch hin, wie lange hatte ich keine Milch mehr getrunken. Er sprach mit mir recht menschlich, daß es ein hübscher Teddy werden sollte für seinen Sohn zu Hause. Mir platzte plötzlich raus: "Wer wird wohl für meinen kleinen Jungen ein Spielzeug machen?" Er sah mich an und fragte mich, wo mein Kind denn sei. Da erzählte ich ihm, daß mein kleiner Berni in Belgien

versteckt sei. Seine grausame Antwort: "Versteckte Kinder gibt's nicht mehr, die sind alle schon längst durch den Schornstein gegangen." Ich begreife es nicht, es war doch der selbe Mensch, der mir ein Glas Milch gegeben hatte?

Ja, ich bewunderte mein Talent selber, denn es wurde ein niedlicher Teddybär mit Tirolerhut und Hose. Derselbe SS Mann zeigte den Teddy in der Fabrik überall rum, man sah, wie zufrieden er war. Dann mußte ich wieder an meinen Arbeitsplatz zurück, um dabei zu helfen, Teile für Bomben herzustellen, die die Welt vernichten sollten.

Nun wurden wir auch nicht mehr von der Selektion verschont. Mal waren es geschwollene Füße, mal Magerkeit, was zur Aussortierung führte; einmal mußten wir sogar die Zunge zeigen. Wir färbten uns mit Ziegelsteinen die Wangen, um gesünder auszusehen. Wir trugen bei der Untersuchung das Häftlingskleid über dem rechten Arm; die Nummer befindet sich auf dem linken Arm, den wir ebenfalls zeigen mußten. Eine Freundin legte mein Kleid so, daß man meine Kaiserschnitt-Narbe nicht sehen konnte. Das hätte mein Ende bedeutet. Auf der einen Seite standen die SS-Ärzte, auf der anderen Seite die Kapos - Zuchthäusler und Mörder, die die Macht über uns ausübten. Sie notierten die ausgesuchten Nummern. Wir wußten nicht, ob rechts oder links die aufgeschriebenen Nummern fürs Gas waren.... Im Block riefen die Kapos die Nummern von denen auf, die vergast werden sollten. Man hörte Stöhnen und Weinen. Oft waren es Mütter oder Kinder, deren Leben damit beendet war. So mußten französische Frauen nackt auf das Lastauto. So wurden sie in die Gaskammer transportiert. Sie sangen bis zuletzt ihre Marseillaise. Es waren französische Juden. Ich erwähne es, weil es in Auschwitz weniger Nicht-Juden gab, außer Zigeunern, Bibelforschern und Schwulen. Nicht-jüdische Widerstandskämpfer waren in anderen KZ-Lagern. Sehr wenige waren in Auschwitz.

Wir konnten sehr wenig tun. Unsere Aufgabe als politische Juden war, die Moral zu erhalten. So trafen wir uns auf den Latrinen-Brettern mit Löchern, in die die Menschen oft fielen und so über und über mit Kot bedeckt waren. Hier war die einzige Möglichkeit, miteinander zu sprechen. Wir logen, indem wir erzählten, die Russen seien schon in der Nähe von Krakau. Wir nannten sie "Scheißhausparolen". So versuchten wir den anderen Mut zu geben.

Täglich kamen waggonweise neue Transporte mit Menschen. Von den Baracken aus konnten wir sehen, wie die Menschen angeblich zum Duschen in die Sauna gingen - doch statt Wasser kam Gas. So beobachtete ich einen kleinen Jungen - er mochte fünf oder sechs Jahre alt sein und erinnerte mich sehr an Berni -, der ein Brot unter dem Arm trug. Ein SS-Mann nahm es ihm weg. Der Kleine schrie auf polnisch "Lebba, Lebba..." (Brot), er wollte sein Brot behalten. Ich konnte soviel Grausamkeit nicht verstehen, die nicht mal vor unschuldigen Kindern halt machte. Ich schrie es aus mir raus: Verfluchter Gott, wo bist du?

Das "Rote Kreuz" auf "Besuch" in Auschwitz

Eines Tages mußten wir, wie so oft, zum Appell antreten. Jeder von uns bekam ein weißes Bettlaken und ein weißes Nachthemd. Wir wußten, daß diese Sachen von ermordeten jüdischen Menschen waren. Der Grund war, daß eine Delegation vom Roten Kreuz kommen sollte, um sich zu überzeugen, wie gut die jüdischen Menschen in den Lagern untergebracht waren, mit sauberen Bettlaken und Nachthemden.

Was war mit uns geschehen? Noch heute kann ich es nicht begreifen. Jedenfalls sprangen einige, nein viele von ihren "Schlaf"-Kojen runter, lachten und tanzten, als wenn wir in einer anderen Welt wären. Wir fanden uns in den Nachthemden so hübsch. Aber dieser Rausch hielt nicht lange an. Die SS-Aufseher schossen in die Baracke rein und schrien: "Alle auf die Kojen!" Es waren nur Schreckschüsse. Augenblicklich wurde es ruhig, man hätte es gehört, wenn eine Stecknadel runtergefallen wäre.

Später kam der "Besuch". Es waren Frauen und Männer in Zivil, welche uns ansahen, aber kein Wort an uns richteten. Nachdem sie wieder weg waren, mußten wir wieder unsere Häftlingskleider anziehen, zum Appell antreten und den Kapos Laken und Nachthemd aushändigen. Oft habe ich schon gedacht, wie man das erklären kann, was uns dazu gebracht hat so auszuflippen? Mitten in dieser Hölle zu singen und ausgelassen zu tanzen.

Auch in Auschwitz bildeten sich politische Widerstandsgruppen. Es waren Menschen, Juden, die schon in ihrer Heimat im Widerstand gearbeitet hatten. Wir wollten gerne bis zuletzt kämpfen, aber welche Möglichkeit hatten wir? Es war einfach unmöglich. Wenn heute jemand fragt: "Warum habt ihr euch nicht gewehrt?", dann kann

ich nur immer wieder sagen: In Auschwitz konnte man sich nicht wehren. Wir waren zu nahe am Gasofen. Es war ein Ding der Unmöglichkeit. Aber trotz allem versuchten wir es einmal. Es war im Januar 1945. Wir rechneten damit, daß es keine Chance mehr für uns gab. Unsere kleine Gruppe politischer Häftlinge wollte abends Steine sammeln. Davon gab es genügend im Lager. Wir wollten uns gegen die Vernichtung wehren, aber wir merkten, daß wir zu schwach waren um überhaupt Steine zu tragen. Wir gaben auf, da es sinnlos war und keinem geholfen hätte, nur den anderen Häftlingen geschadet.

In der Fabrik arbeitete ein junges Mädchen. Sie war auch ohne Haare bildschön. Sie erzählte mir, daß ihr Vater in Breslau Rabbiner gewesen sei und daß sie mit ihrer Schwester, welche 16 Jahre alt war, nach Auschwitz gekommen war. Ebenso wie ihre Eltern, die aber den letzten Weg gegangen sind - ins Gas. Judith, so war ihr Name, sagte mir, sie wüßte, daß ich zur politischen Gruppe gehöre. Wenn sie überlebte, wolle sie sich rächen, denn ihre junge Schwester war im "Brennessel-Kommando". Das war ein Häftlings-Kommando, in dem die Menschen von Hunden zerrissen wurden. Welchen Trost konnte ich ihr geben? Die Aufgabe dieses Kommandos war, dafür zu sorgen, daß so wenig Häftlinge wie möglich ins Lager zurückkamen. Es war eine Order aus Berlin. Wenn 1.000 Menschen zur Arbeit gingen, durften nur 700 zurückkommen. Es war grausam. Judith sagte mir, sie hätte ihrer Schwester die Augen noch zugedrückt. Ich fragte sie, wie sie denn aussah. Sie sagte, zerfetzt und zerrissen. Es war entsetzlich, was Judith mir da erzählt hat.

Je weniger Häftlinge zurückkamen, um so besser war es für die Nazis. Da sparten sie Gas.

Viele fromme Juden beteten und fasteten am Versöhnungsfest. Sie gaben sogar ihr letztes kleines Stückchen Brot den anderen, die nicht fasteten. Da mußte man schon einen sehr starken Glauben haben. Ich sagte zu einigen Frauen: "Wo ist Gott? Hilft er uns? Tausende und Abertausende Fromme und Nichtfromme unseres Volkes werden vergast!" Ihre Antwort war: "Es ist Gottes Wille." Ja, ich meine, auf ihre Art hatten sie es leichter als wir.

Auf Todesmarsch

Es war im Januar 1945, als wir eines Morgens alle antreten mußten. Es war noch dunkel. Wir dachten, das Lager würde in die Luft gesprengt werden, doch wir wurden lediglich evakuiert. Als wir uns umsahen, brannte es lichterloh. Aber es waren nur die Akten, Beweise. Im Lager Birkenau blieben die Kinder-Baracken, die Zwillinge und Drillinge, sie wurden von den Russen befreit. Wo sie geblieben sind, weiß wohl keiner. Ich denke, daß sie in Rußland nicht als jüdische Kinder erzogen wurden, aber die Hauptsache ist, sie wurden gerettet!

Dann marschierten wir stundenlang durch den Schnee, bekleidet waren wir mit unseren Häftlingskleidern und unseren Holzschuhen, keine Unterwäsche, keine Decke, die uns wärmen konnte. Ich hatte hohes Fieber und sagte vorher, ich ginge nicht mit, aber die Kameraden holten mich von der Koje herunter, und zwei hakten mich unter. Und - wie ein Wunder: Das Fieber ging weg, ich wurde wieder gesund. Heute liege ich mit jeder Kleinigkeit auf der Nase.

Es waren schier endlose Kolonnen, in Fünferreihen. Wer nicht weiterkonnte, bekam den Gnadenschuß. Nach stundenlangem Marsch, als die SS mit ihren Hunden müde war, brachte man uns in Scheunen unter. Vor Müdigkeit empfanden wir weder Hunger noch Durst. Am nächsten Morgen, beim Appell, wurde festgestellt, daß einige der Häftlinge fehlten. Die SS-Männer kamen mit Heugabeln und stachen ins Heu. Die Schreie der verletzten Menschen waren grauenhaft.

Nun marschierten wir weiter und wurden dann auf offene Viehwaggons geladen. Es schneite, und viele Menschen erfroren. Die Leichen wurden bei der nächsten Haltestelle abgeladen. Die Kranken mußten weiter mit. Auf dem Todesmarsch starben viele Häftlinge durch Verhungern.

Oft ist es mir unfaßbar, daß ich dieses wirklich alles erlebt habe. Wir wurden schlimmer als das Vieh behandelt.

Wir kamen nach Ravensbrück, ein bekanntes Vernichtungslager, in dem auch meine Verwandten umgekommen sind. Hier gab es keine Gaskammern, die brauchte man nicht. Hier starben die Menschen an Hunger und Schmutz. Ich erinnere mich, es lag Schnee. Wir suchten einen Platz, wo wir uns mit Schnee etwas waschen konnten, aber alles war mit Kot beschmutzt. Toiletten gab es nicht.

In diesem Lager lernte ich die Tochter einer Hamburger Kinderärztin kennen. Sie hieß Nora. Sie war erst 15 Jahre alt und erzählte mir, daß ihre Mutter und ihr kleiner Bruder in Auschwitz umgebracht worden sind. Sie sprach viel von ihrer Familie. Ich hörte ihr gerne zu - war es die Sprache, das Land, welches unsere Heimat war, war es das, was uns miteinander verband? Ich weiß es nicht. Nora war ein intelligentes Mädchen, sie sprach Englisch und Französisch.

Wie lange wir in Ravensbrück waren, entsinne ich nicht. Daten, wie Tage und Wochen, gab es für uns nicht. Jeder Tag und jede Nacht war für uns eine Ewigkeit.

Und wieder ging es weiter. In der Nähe von Leipzig mußten wir wieder in einer Munitionsfabrik arbeiten. Unsere Vorarbeiter waren polnische politische Häftlinge, man sagte, aus Warschau. Leider waren sie grausam zu uns Juden. Wir wohnten in Baracken. Die Alliierten warfen Bomben ins Lager. Dabei flogen wir von einer Seite zur anderen, aber niemand von uns wurde verletzt. Aber das Steinhaus mit der SS ging in Flammen auf. Leider hatten sie genug Ausweichmöglichkeiten. Die neuen SS-Aufseher, die kamen, waren nicht besser als die alten.

Die Fabrik wurde ebenfalls bombardiert, und wir marschierten weiter. Es kam ein Bombenhagel, bei dem mehrere Häftlinge verletzt wurden. Einem mußte man sogar das Bein abnehmen. Unter unseren Häftlingen waren auch Ärzte, und mit einer Rasierklinge trennten sie ihm das Bein ab. Die SS sah zu und bewunderte diese Menschen wohl doch, welche Kraft sie aufbrachten, einander so zu helfen.

Im Frühjahr wurde die SS vom Volkssturm abgelöst. Dadurch wurden wir in der Hoffnung bestärkt, daß der Krieg bald ein Ende haben sollte. Nora und ich stellten fest, daß an der Seite der Landstraße Gräben waren. Am Abend benutzten wir die Gelegenheit, um uns abzusetzen, und kullerten uns in den Graben. Am nächsten Morgen kletterten wir nach oben. Die Landstraße war wie ausgestorben. Kein Geklapper der Häftlingsholzschuhe mehr!

Wir hatten schrecklichen Hunger und sahen ein Spinatfeld und aßen davon. Es bekam uns sehr gut. Dann sahen wir eine Frau mit Koffern und wollten schnell weglaufen, aber sie rief uns zu, daß wir stehenbleiben sollten, weil sie uns helfen wolle. Schon an unserem Äußeren hatte sie erkannt, daß wir Häftlinge waren. Sie erzählte uns, daß sie in einem Krankenhaus in Dresden gearbeitet hätte, welches von den Bomben zerstört wurde. Sie ging mit uns in den Wald und schenkte uns jedem eine Bluse und einen Rock. Es war ein kleiner Bach dort. Sie nahm ein Handtuch heraus und sagte, wir sollten uns erstmal Gesicht und Hände waschen. Der Rock war uns natürlich viel zu weit. Sie gab uns sogar noch ein Band oder einen Gürtel, ich weiß es nicht mehr, damit wir den Rock festhalten konnten. Wir waren glücklich - hatten wir doch jetzt Zivilkleidung! Die Frau, die sehr nett zu uns war, riet uns, zum Bürgermeister zu gehen. Sie kannte sich in der Gegend sehr gut aus. Wir sollten ihm sagen, daß wir in einer Fabrik gearbeitet hätten, die bombardiert worden sei.

Der Bürgermeister, der auf seinem Revers ein Hakenkreuz trug, glaubte unsere Geschichte. Er brachte uns in einer Schule unter, in der sich auch deutsche Frauen mit ihren Kindern befanden. Sie waren vor den Bomben geflüchtet. Wir brauchten nun endlich nicht mehr zu hungern.

Man teilte uns zum Kartoffelschälen ein. Es war schon keine richtige Kontrolle mehr. Wegen der Nummer auf unserem Arm konnten wir uns nicht so waschen wie die anderen. Sie beschimpften uns als "dreckige Weiber". Wenn sie gewußt hätten, daß wir Juden aus dem KZ waren, wäre es uns sehr schlecht ergangen. Denn aus ihren Gesprächen merkten wir, daß sie Adolf Hitler wie einen Gott verehrten.

Die "Befreiung"

Wir hörten das Artilleriefeuer immer näher kommen. Wir sahen müde und verstaubte deutsche Soldaten. Die deutschen Frauen flüchteten vor dem Einmarsch der Russen, aber Nora und ich gingen der russischen Armee entgegen. Wir zeigten einem Soldaten unsere Nummer. Die Nummer sagte ihnen wohl alles. Er führte uns zum Kommandanten, der gut Deutsch verstehen konnte. Wir bekamen zu Essen und zu Trinken und konnten bis zum Abend in einem Büro bleiben. Wir baten um Hilfe, weil wir nach Belgien wollten, um nach unserer Familie zu forschen. Zwar hatten wir keine große Hoffnung, aber ...

Es war schon dunkel, als uns die Russen über eine zerbombte Brücke zu den Amerikanern brachten. Auf beiden Seiten der Straße waren Schützengräben, da saßen noch die Amerikaner schußbereit. Die Amerikaner wollten nun von uns alles wissen. Nora sprach gut Englisch. Sie gaben uns sehr viel Schokolade und andere

gute Sachen zu essen. Sie fotografierten sehr oft unsere Nummern auf dem Arm. So fühlten wir uns wieder als Nummern.

Wir wurden von den Amerikanern in einer wirklich schönen Villa untergebracht, die sie wahrscheinlich von den Deutschen enteignet hatten, aber es dauerte nur ein paar Tage, dann hieß es: weiter. Man brachte uns in ein Lager schon befreiter französischer Kriegsgefangener. Wir sahen beide so krank und abgemagert aus. Wir hörten Schüsse und meinten, es seien die Deutschen, aber es waren diesmal Freudenschüsse: Der Krieg war zu Ende! Die Deutschen hatten kapituliert. Die Menschen umarmten sich, keiner konnte es fassen. Nora und ich waren wie versteinert. Nun kam mit aller Wucht die Angst: was nun? Wir hatten doch gesehen, daß alle ins Gas gehen mußten. So habe ich gedacht, Berni ist in die Gaskammer, Rudi in die Gaskammer...

Mit anderen Kriegsgefangenen wurden wir per Eisenbahn nach Belgien gebracht. Nun meinte ich durchzudrehen, denn die Eisenbahnschienen hämmerten während der Fahrt in meinem Kopf: "Lebt Berni? Lebt Berni?" Ich konnte einfach nicht mehr abschalten. In Auschwitz konnte ich nicht weinen. Nun verlor ich die Nerven. Nora versuchte mich zu beruhigen. Wir hatten gar nicht das Gefühl der Befreiung. Na gut, wir wußten es schlägt uns keiner mehr, aber diese Angst...

Bevor wir über die Grenze nach Belgien kamen, bekamen wir wieder eine Spritze. Man hatte wohl Angst, daß wir Krankheiten übertragen könnten. Ich hatte eigentlich immer nur an Berni gedacht. Jetzt kam mir der Gedanke: Was kann mit Rudi sein? Aber ich konnte mir nicht vorstellen, daß ein Mensch fünf Jahre überleben konnte - und das hat mein Rudi. Er überlebte fünf Jahre Lager und Konzentrationslager!

Am Bahnhof in Brüssel angekommen, wurden wir von jüdischen Menschen, die sich versteckt gehalten hatten oder anders überlebt hatten, gefragt, ob wir ihre Angehörigen gesehen hätten. Sie zeigten uns Fotos. Was sollten wir ihnen erzählen? Sollten wir ihnen sagen, daß die meisten Menschen ermordet wurden? Sollten wir erzählen, wie ihre Angehörigen wahrscheinlich gelitten haben? Wir mußten stumm bleiben und sagen, wir wüßten gar nichts.

Wir wurden zur jüdischen Gemeinde gebracht. Hier erfuhr Nora, daß ihr Vater in Chile lebe, wo Nora später auch ein Zuhause fand - so hoffe ich wenigstens. Ich hatte und habe das besondere große Glück, denn mein Mann Rudi und unser Sohn Berni haben beide überlebt. Als die Gemeinde es mir sagte, es war die unerwartete Freude und Schwäche, wurde ich ohnmächtig.

Inzwischen hatten die Kameraden meinen Rudi in die Gemeinde geholt. Wir standen uns nach fünf langen Jahren gegenüber und konnten es kaum begreifen. Einer sagte zum anderen: "Du lebst? Du lebst?"

Flora Neumann wurde 1911 in Hamburg geboren. Mit 20 Jahren heiratete sie Rudi, den sie bei den "Jüdischen Jungarbeiter" (JJA) kennenlernte. 1935 bekamen sie einen Sohn, Berni. Rudi Neumann wurde zweimal wegen seiner Tätigkeit im Widerstand verhaftet und mußte Gefängnisstrafen absitzen. Nach weiteren Verhaftungen von Genossen wurde die Situation in Deutschland zu gefährlich, und Rudi emigrierte nach Belgien. Ein halbes Jahr später, im Jahr 1938, floh auch Flora mit dem dreijährigen Sohn zu ihrem Mann nach Belgien. Am 10. Mai 1940 marschierten die Deutschen in Belgien ein. Rudi wurde, wie auch viele andere Männer aus dem Widerstand, von der belgischen Regierung zum Schutz vor den Deutschen nach Südfrankreich deportiert. Die Situation spitzte sich in den folgenden Wochen und Monaten zu. Juden und Widerstandskämpfer wurden verhaftet. Als Flora die Aufforderung erhielt, sich zum Arbeitseinsatz zu melden, faßte sie den Entschluß, Berni in einem belgischen Kloster zu versteckten, um ihn zu retten. Berni überlebte dort, während der Razzien in einem Kleiderschrank versteckt. Sie selber schloß sich der Widerstandsgruppe "Brigade Blanche" an und ging in den Untergrund. Die Arbeit bestand darin, mit deutschen antifaschistischen Soldaten Kontakt aufzunehmen und Flugblätter zu verbreiten, in denen zum Widerstand und zur Beendigung des Krieges aufgerufen wurde. Im Frühjahr 1943 wurde sie durch einen Spitzel verraten und verhaftet. Sechsmonate wurde sie im Gefängnis St. Giles in Brüssel in Einzelhaft gehalten und schließlich wegen "Zersetzungsarbeit der deutschen Wehrmacht" zum Tode verurteilt. Im Januar 1943 wurde Flora Neumann nach Auschwitz deportiert. Im Januar 1945 wurde sie auf Todesmarsch geschickt. Ihr gelang zusammen mit einem jüdischen Mädchen die Flucht. Auch ihr Mann Rudi überlebte fünf Jahre Lager und Konzentrationslager.

Im folgenden dokumentieren wir ihre Aufzeichnungen über Auschwitz. Flora Neumann hat ihre Erinnerungen in einem Büchlein veröffentlicht: "Erinnern, um zu leben. - Vor Auschwitz. In Auschwitz. Nach Auschwitz",

Bezugsadresse: Alternativer Wohlfahrtsverband Sozial & Alternativ (SOAL), Rosenhofstraße 5, 20357 Hamburg (10 DM)

14. Vor 50 Jahren. Chronologie Teil 5: Mai 1945

Autor: Editorial · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:01

Diese Chronologie entstand durch die Auswertung verschiedener Quellen; darunter das Kalendarium der Geschehnisse im KZ Auschwitz von Danuta Czech, die Enzyklopädie des Holocaust, die Deutsche Chronik - Alltag im Faschismus von Heinz Bergschicker, der Endlösung-Atlas von Gilbert und verschiedene andere. Der Vergleich dieser Quellen ergab, daß manche Datumsangaben um Tage differieren. Dies liegt in einigen Fällen daran, daß Ereignisse ihrem Beginn bzw. - bei militärischen Operationen - ihrem Endpunkt zugeordnet werden. Teilweise sind die Abweichungen aber auch darin begründet, daß insbesondere in der Endphase des Krieges die Unterlagen über einige "Maßnahmen" gar nicht mehr geführt wurden und außer den Erinnerungen der wenigen Überlebenden keine anderen Quellen vorhanden sind.

Mai 1945

Die Kapitulation des Deutschen Reiches ist besiegelt. Obwohl im Pazifik der Krieg gegen Japan noch bis in den Herbst dauert, gilt der 8. Mai weltweit als der Tag der Befreiung vom Faschismus.

Chronologie

des Mai 1945

Anfang Mai 1945: Im KZ Sachsenhausen wird Max Selheim, ein KPD-Funktionär, erschossen.

1. Mai 1945: Die auf dem Todesmarsch befindlichen Häftlinge aus Sachsenhausen werden befreit. Das KZ Stutthof wird von der Roten Armee befreit. Es befanden sich dort nur noch einige hundert Überlebende.

Admiral Dönitz übernimmt die Regierung in Plön. In seinem ersten Tagesbefehl befiehlt er die Fortsetzung des Krieges im Osten; er gibt bekannt: "Gegen Engländer und Amerikaner muß ich den Krieg so weit und so lange fortsetzen, wie sie mich in der Durchführung des Kampfes gegen die Bolschewisten hindern...". Truppen, die im Osten aufgerieben werden, werden möglichst geordnet den Westalliierten zugeführt.

In Berlin versucht Goebbels, durch Vermittlung von Generalstabschef Krebs, einen Waffenstillstand auszuhandeln. Als dieser abgelehnt wird, ermorden Goebbels und seine Frau ihre fünf Kinder und begehen gemeinsam Selbstmord.

2. Mai 1945: Berlin kapituliert.

Bildung einer "geschäftsführenden Reichsregierung" unter Dönitz und Graf Schwerin von Krosigk in Plön und ab 3. Mai in Mürwik bei Flensburg.

Ausbruchsversuch der NS-Größen aus der Reichskanzlei (Bormann u.a.).

3. Mai 1945: Die letzte Registrierung einer Gefangenennummer im KZ Mauthausen, zwei Tage vor dessen Befreiung: Es ist die Nummer 139.157. Die Wache des Lagers wird einer Wiener Polizeieinheit übergeben.

Übergabe Hamburgs an die britische Armee.

In der Lübecker Bucht werden die Häftlingsschiffe "Cap Arcona" und "Thielbeck" durch einen britischen Fliegerangriff versenkt. Etwa 8.000 Häftlinge kommen ums Leben.

Die US-Armee rückt in Innsbruck ein.

4. Mai 1945: Ende der Zwangsarbeit im KZ Mauthausen. Die SS-Offiziere verlassen das Lager. Mit einer Ausnahme werden alle Häftlinge, die im Bunker und dem Krematorium hatten arbeiten müssen, umgebracht.

Vereinigung der aus Italien kommenden amerikanischen Truppen mit der 7. amerikanischen Armee am Brenner.

Kapitulation der Heeresgruppe Südwest sowie der deutschen Truppen in Holland, Dänemark und Nordwestdeutschland.

Ein Abkommen über die Kapitulation der nördlichen Gruppierung der deutschen Streitkräfte wird unterzeichnet. Dönitz schickt Generaloberst Jodl, den Chef des Wehrmachtsführungsstabes, und Generaladmiral von Friedeburg zum Oberkommandierenden der US-Truppen in Europa, General Eisenhower, um noch einmal ein Separatabkommen an der Westfront zu erreichen. Dies scheitert.

Der Bankier Hjalmar Schacht und Wilhelm Frick, "Reichsprotektor von Böhmen und Mähren", geraten in alliierte Gefangenschaft.

Reste der Heeresgruppe Weichsel fliehen nach Westen.

5. Mai 1945: Das KZ Mauthausen wird von der amerikanischen Armee befreit, ebenso das Lager Gusen, ein Nebenlager von Mauthausen. Kurz nach der Befreiung sterben noch einmal etwa 2.000 Gefangene an den Folgen der Haftbedingungen. Im Lagerkomplex Mauthausen waren im Jahr 1945 mindestens 24.739 Häftlinge neu registriert worden, die meisten von ihnen als Überlebende der Todesmärsche.

Im KZ Theresienstadt erstattet der Leiter der jüdischen "Selbstorganisation", Rabbi Murmelstein, dem SS-Kommandanten Rahm zum letzten Mal Bericht.

Tschechischer Aufstand gegen die deutsche Besetzung in Prag.

Himmler wird von Dönitz aus allen Ämtern ausgeschlossen.

In Haar bei München kapituliert die Heeresgruppe G. Die Heeresgruppe E zieht sich aus Jugoslawien zurück.

6. Mai 1945: Die "Festung Breslau" kapituliert.

Führende Nazis werden gefangengenommen, darunter Frank, Neurath, Funk, Keitel, Kaltenbrunner, Ley, Rosenberg, Krupp, Schirach und Ribbentrop.

Amerikanische Offensive gegen die Heeresgruppe Mitte in Böhmen.

7. Mai 1945: Die Gefangenen des Lagers Reichenau in den Sudeten werden auf einen Todesmarsch getrieben.

Befreiung des Ghettos Theresienstadt.

Insgesamt kamen auf den Todesmärschen zwischen dem Sommer 1944 und dem Kriegsende 250.000 Menschen zu Tode.

Generaloberst Jodl unterzeichnet in Eisenhowers Hauptquartier in Reims die "bedingungslose Kapitulation" der deutschen Wehrmacht.

8. Mai 1945: Bedingungslose Kapitulation Hitlerdeutschlands im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst vor Marschall Schukow durch Generalfeldmarschall Keitel, Generaladmiral von Friedeburg und Generaloberst Stumpf. Die Kapitulation tritt am 9. Mai in Kraft.

Die U-Boot-Basen in Frankreich werden übergeben.

8. und 9. Mai 1945: Das KZ Groß-Rosen und seine Nebenlager werden von der Roten Armee befreit. In den Frauen-Nebenlagern überlebten etwa 9.000 Frauen.

10. Mai 1945: Die Heeresgruppe Mitte ist eingeschlossen und leistet keinen Widerstand mehr. Die Heeresgruppe Kurland ergibt sich.

11. Mai 1945: Dünkirchen und mehrere Stützpunkte in der Ägäis werden übergeben.

12. Mai 1945: Restgruppen der Wehrmacht in der Danziger Bucht kapitulieren. Kreta wird übergeben.

14. Mai 1945: Übergabe einer Armee an der Weichselmündung.

23. Mai 1945: Absetzung und Verhaftung der Regierung Dönitz.

31. Mai 1945: Die amerikanische Militärregierung verkündet das Gesetz über die Auflösung der NSDAP.

15. "Schwestern vergeßt uns nicht." Frauen im KZ KZ Ravensbrück

Frauen im KZ Ravensbrück

Autor: ga. · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:22

vergeßt nicht die Toten von Ravensbrück.

Wenn ihr uns vergeßt,

war unser Sterben umsonst,

umsonst die Tränen, die wir geweint,

umsonst die Qualen, die wir erlitten.

Mit Verfolgung, Inhaftierung und Vernichtung aller ihrer Gegnerinnen und Gegner hielten die Nationalsozialisten ihr Terrorregime an der Macht.

Zu Beginn des Nationalsozialismus wurden verhaftete Frauen in die vorhandenen Gefängnisse und Zuchthäuser verbracht. Wenn dort der Platz nicht mehr ausreichte, erfolgte eine Verlegung in bestehende Lager, aus denen entweder die männlichen Häftlinge in KZs abtransportiert worden sind, oder in denen eigene Frauenbaracken eingerichtet wurden. Das betraf insbesondere Frauen, gegen die "Schutzhaft" (1) verhängt worden war. Genaue Zahlen, wie viele Frauen in KZs inhaftiert worden sind, gibt es nicht. Als sicher kann angenommen werden, daß es mehrere Hunderttausend Frauen waren, die in der Zeit von 1933 bis 1945 in KZs verschleppt wurden, der größte Teil von ihnen nach 1942.

Ende 1944 hatten die Nationalsozialisten 28 (nach einigen Quellen 27) sogenannte Hauptlager mit über 1.200 Außen- und Nebenlagern in dem von ihnen beherrschten Gebiet bauen lassen. In über 300 der Außenlager mußten Frauen Zwangsarbeit leisten, in über 800 Männer. Insgesamt waren es über 800.000 weibliche und männliche Häftlinge.

Bedingt durch neue Verhaftungswellen 1937 erhöhte sich die Zahl der "Schutzhäftlinge" erheblich. Erste Überlegungen der SS, das Lager Lichtenburg zu erweitern, scheiterten. Die Gründe für die Entscheidung, ein Frauen-KZ bauen zu lassen, läßt sich aus der mir bekannten Literatur nicht beantworten. Warum gerade dieses Frauen-KZ in Ravensbrück außer der "üblichen" Einzäunung auch noch mit einer hohen Steinmauer umgeben wurde, bleibt völlig im Bereich von Spekulation. Ab Herbst 1938 wurde am KZ Ravensbrück gebaut. Männer aus dem KZ Sachsenhausen mußten das Lager in Zwangsarbeit errichten. Im Mai 1939 war es fertiggestellt. Es wurde im Laufe der Zeit ständig vergrößert: Etliche Baracken wurden zusätzlich errichtet, die Lagermauer dreimal weiter nach außen verschoben, Außen- und Nebenlager aufgebaut.

Es gibt keine genaue Zahl, wie viele Frauen nach Ravensbrück verschleppt worden sind. Nach den vorhandenen Unterlagen dürften es mehr als 133.000 gewesen sein.

Noch am 27./28. April 1945 - zwei Tage vor dem Eintreffen der Roten Armee - wurden 20.000 Frauen von der SS auf Todesmärsche geschickt. Nur ein kleiner Teil von ihnen konnte fliehen und überlebte. Als die Rote Armee am 30. April 1945 Ravensbrück erreichte, fand sie noch 3.000 kranke und gehunfähige Häftlinge vor.

Wenn es auch bis heute kaum zur Kenntnis genommen wird, so war doch unter denen, die sich gegen das Terrorregime der Nationalsozialisten zur Wehr setzen, eine große Zahl Frauen. Der Preis für Mut und Widerstand war oft eine lange Gefängnis- oder Zuchthausstrafe. Gegen die inhaftierten Frauen wurde mit der gleichen Brutalität und Entmenschlichung vorgegangen wie gegen ihre männlichen Leidensgenossen. Oft wurden auch Mütter, Schwestern, Töchter, Lebensgefährtinnen oder Ehefrauen von Personen, derer die Nationalsozialisten nicht habhaft werden konnten, als Geiseln in Haft genommen und später dann in eines der Konzentrationslager überstellt. Ab 1937 wurde im Nationalsozialismus auch gegen Frauen die Todesstrafe verhängt.

Mohringen bei Göttingen, ursprünglich für 330 Männer eingerichtet, wurde Ende 1933 das zentrale "Schutzhaft"lager für Frauen in Preußen. Aber der Verfolgungswahn der Nazionalsozialisten führte bald zu

einer Überfüllung, und Ende 1937 wurden 867 der dort inhaftierten Frauen ins KZ Lichtenburg gebracht. Am 18. Mai 1939 endete für 867 Frauen der Transport von Liechtenstein in Ravensbrück. Ein Lager, das nach seiner Fertigstellung aus vierzehn "Wohnbaracken", zwei Baracken für die Kranken und die Frauen, an denen medizinische Versuche durchgeführt werden sollten, einem Holzbau mit Duschraum und der Lagerküche bestand - umgeben von einer hohen Steinmauer und Starkstromdrähten, in denen viele Frauen den Tod suchten, weil sie die Torturen im Lager nicht mehr aushalten konnten.

Anfangs waren im Lager hauptsächlich Frauen aus Deutschland und Österreich: Antifaschistinnen, Kommunistinnen, Sozialistinnen, aber auch Lesben (die als "Asoziale" eingewiesen wurden), Emigrantinnen, Staatenlose, Kriminelle und Prostituierte oder Bibelforscherinnen, die nicht abschwören wollten, sondern die Qualen des Lagers auf sich nahmen, weil sie die von Hitler verkündete Ordnung nicht akzeptieren wollten. Jüdinnen mußten als zusätzliche Kennzeichnung einen gelben Winkel über dem anderen Winkel tragen. Sie hatten nicht nur unter dem Antisemitismus der Aufseherinnen zu leiden.

Mit dem Überfall auf Polen begann die Verschleppung von Polinnen nach Ravensbrück, und ab Mitte des Jahres 1940 verschleppte die Gestapo aus den überfallenen westlichen Ländern Mädchen und Frauen nach Ravensbrück. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion kamen Ende 1941 die ersten sowjetischen Frauen ins Lager. Ende Februar 1943 wurden 536 Frauen aus der Roten Armee, die gegen die Nationalsozialisten gekämpft hatten, statt in Kriegsgefangenenlager nach Ravensbrück gebracht.

Ab November 1944 wurden die aus Polen deportierten Frauen und ihre Kinder (2) in Zelte gestopft, deren Boden mit völlig durchnäßten und aufgeweichten Matten ausgelegt war. Als Toiletten wurden den Menschen leere Marmeladeneimer ins Zelt gestellt.

Ravensbrück war inzwischen zum Vernichtungslager geworden. Nachdem die Gaswagen nicht mehr ausreichten, mußten die Häftlinge (3) Gaskammern bauen, die ab Ende 1944 zur Ermordung von Häftlingen benutzt wurd, und das Krematorium erweitern.

1944 waren im KZ Ravensbrück Frauen aus 23 Nationen. Ursprünglich auf der Größe von einem Quadratkilometer für 10.000 Häftlinge gebaut, war das Lager Ende 1939 und 1940 mit ca. 3.000 Häftlingen, Ende 1941 mit rund 6.000, Ende 1942 mit etwa 8.000, Ende 1943 mit 15.000 und Ende 1944 mit 43.000 Frauen, Männern und Kinder belegt. Zeitweilig waren bis zu 50% der Häftlinge in Außenlagern untergebracht und mußten für verschiedene Betriebe arbeiten.

Ankunft im Lager

Nach tagelangen Transporten und eingesperrt in völlig überfüllten Viehwaggons, kamen die Frauen psychisch und physisch völlig am Ende im Lager an. Oft genug hatten sie auf diesen Transporten nicht einmal Wasser, so daß sie ihren eigenen Urin trinken mußten, um nicht zu verdursten.

"Ich glaube nicht, daß ein Bericht imstande sein könnte, die schockierende Wirkung in Worte zu fassen, die die Inszenierung unserer Ankunft im Lager auf uns ausübte. Riesige Scheinwerfer lassen uns übergangslos aus tiefdunkler Nacht in blendende Helligkeit treten, ... auf beiden Seiten des riesigen Tores stehen SS-Frauen mit ihren Hunden an der Leine und hinter ihnen Soldaten mit auf uns gerichteten Maschinenpistolen. Die Schäferhunde bellen ohne Unterlaß. Wir treten ein, das Tor schließt sich hinter uns, und wir haben das Gefühl, unser Leben sei zu Ende. (...) Dann treibt uns eine breitschultrige Gefangene in gestreiftem Kleid in einen schwach erleuchteten Raum. Hier nun sollte sich dann schließlich und endlich unsere Verwandlung in Häftlinge vollziehen. (...) Wir sind in einem Duschraum." (6)

"Nach der Ankunft im Lager zwang man die Häftlinge ohne Rücksicht auf die Zeit oder das Wetter, Stunden und selbst einen Tag und eine Nacht hintereinander vor dem Bad zu stehen. Sie durften sich weder anlehnen noch sich hinkauern. Auch die Verrichtung der physischen Notdurft war nicht erlaubt ..." (4)

"Einige Monate nach meiner Verhaftung kam ich in die Hölle des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück. Die Lagerleitung hatte strenge Anweisung gegeben, mich von den deutschen politischen Häftlingen zu isolieren. Es gab einen Nacht- und Nebelblock. In diesem Block befanden sich alle diejenigen, auf deren Schein - von Heinrich Himmler unterzeichnet - stand: ‚Rückkehr nicht erwünscht`. Es befanden sich mit mir in diesem Block junge polnische Frauen, an denen grauenhafte medizinische Versuche für Kriegszwecke gemacht wurden ... Auf einer Seite des Blockes waren gefangengenommene sowjetische Sanitäterinnen

untergebracht. Mit diesen Frauen verband mich sehr bald eine tiefe sozialistische Freundschaft ... Ich wurde auf diesem Block schwer krank ...", schreibt Rosa Thälmann. (4) Sie gehörte zu den sogenannten "Nacht- und Nebel-Gefangenen", die zum Tode verurteilt waren und deren Angehörige zur Abschreckung über das Schicksal der Verschleppten im Ungewissen gelassen werden sollten. Diese Häftlinge wurden bei ihrer Einlieferung ins KZ nicht registriert und von den anderen Gefangenen isoliert.

Aller eigenen Kleidung und persönlicher Sachen beraubt, die Haare geschnitten oder bis auf die Kopfhaut rasiert, wurden sie neu "eingekleidet". In den ersten Jahren gehörten zur Häftlingskleidung Hemd, Schlüpfer, Unterrock, lange Strümpfe, ein gestreiftes Baumwollkleid und Schuhe oder zumindest Holzpantinen. Gab es in den ersten Jahren sowohl einen "Satz" Häftlingskleidung und alle paar Monate Wäsche zum Wechseln, war die Situation für die später internierten Frauen wesentlich schlimmer: Sie bekamen oft weder Wäsche, noch Strümpfe oder Schuhe. Frauen berichten, daß die Schuhe, die sie bekamen, mehrere Nummern zu klein waren. Im Winter litten viele Frauen darunter, daß sie weder eine warme Jacke, geschweige denn einen Wintermantel hatten, um sich gegen die Kälte zu schützen.

Wenn die Häftlinge die Ankunftsprozedur überstanden hatten, mußten sie noch den Zugangsblock überleben, bis sie auf die anderen Baracken verteilt und den verschiedenen Arbeitskommandos zugeteilt wurden. Immer wieder berichten überlebende Frauen, daß gerade Hilfe durch erfahrene Häftlinge nach der Ankunft ihnen das Leben gerettet hat. Jeder Verstoß gegen eine Regel - geschriebene oder ungeschriebene - hatte Prügel und andere Strafen zur Folge. Aber welche der gerade eingelieferten und noch unter völligem Schock stehende Frau kannte die Regeln, gegen die zu verstoßen das Leben kosten konnte?

Die Holzbaracken für die Frauen bestanden aus einem Dienstzimmer für die Blockälteste, zwei Schlafräumen mit bis zur Decke gebauten dreistöckigen Betten, einem Waschraum mit 16 Waschbecken und primitivsten Klos. Während die Frauen 1939 und 1940 teilweise noch in den Baracken vorhandene Aufenthaltsräume nutzen konnten, wurden diese Räume später genau wie die Schlafräume mit dreistöckigen Betten vollgestellt und mit Gefangenen überfüllt. Die Baracken waren geplant für jeweils 270 Frauen, wurden aber mit bis zu 2.000 Häftlingen vollgestopft. "Im Inneren der Baracken versuchen jeweils zweitausend hungrige Frauen, sich zu ihren Stubenältesten durchzudrängeln, die aus schwappenden Kübeln den ausgelaugten Kochsud der Kartoffeln für Blockälteste und Vorzugshäftlinge austeilen. Die Haller, das Zahlengenie, hat es ausgerechnet: Rund zweitausend Frauen bei vierhundertfünfzig Bettstellen pro Baracke, das macht, die Gänge mitgerechnet, knappe anderthalb Quadratmeter Bewegungsraum pro Häftling. Wir liegen zu fünft auf einer Pritsche. Sardinenbüchsenverfahren: Kopf neben Füße, immer abwechselnd." (5) 750 bis 800 Kalorien gab es für die Häftlinge täglich - oft wurde auch diese Menge nicht erreicht. 12 bis 14 Stunden Zwangsarbeit, morgens und abends Appellstehen und den Marsch zur und von der Arbeit mußten die Frauen täglich durchstehen. Verhungern war eine häufige Todesursache. Erschöpfte, kranke und sterbende Frauen mußten sich zum Schlafen ein Bett teilen. Um die dünne Suppe zu löffeln, hatten sie keine andere Möglichkeit, als sich mit ihrem Essensnapf zusammengekrümmt auf das Bett zu setzen. Es gab keinen anderen freien Platz - aber die Höhe der Betten reichte nicht einmal, um sich aufrecht hinzusetzen. Platz - sich strecken können, sich im Schlaf bewegen können - war unerfüllbarer Luxus.

Morgens um fünf wurden sie durch die "Uhle", die Lagersirene, geweckt. Vom Wecken bis zum Zählappell blieb den bis zu 2.000 Frauen, die in einer einzigen Baracke zusammengepfercht waren, gerade eine knappe Stunde. Eine knappe Stunde, in deren Verlauf alle an die 16 Waschbecken und die wenigen Toiletten mußten. Da schon bald die Überfüllung des Lagers zu einem völligen Zusammenbruch der Kanalisation führte, ließ die SS vor jeder Baracke eine Grube ausheben, über die einfach ein Brett gelegt wurde und die den Frauen als Klo dienen mußte. Weder gab es einen Sichtschutz, noch war diese Grube gegen Regen und Kälte geschützt.

Das durchorganisierte Terrorregime war auf alle Situationen vorbereitet, auch auf Besucher. Wenn Vertreter der Wehrmacht oder Direktoren der Rüstungsbetriebe, für die die Häftlinge Zwangsarbeit leisten mußten, sich einen Eindruck über "das Leben im Lager" verschaffen wollten, wurden sie in die extra dafür hergerichteten Wohnbaracken in den ersten drei Blocks geführt. Dort lebten Häftlinge aus verschiedenen Ländern, die in der Küche und in der SS-Kantine, den Büros der Lagerleitung und den verschiedenen Verwaltungsstellen des Lagers arbeiteten. Da diese Häftlinge direkt mit den SS-Männern und SS-Frauen in Kontakt kamen, wurde ihnen saubere Kleidung und regelmäßiges Waschen zugestanden. Die Vorzeigebaracken, in denen diese Häftlinge untergebracht waren, hatten saubere, rotgeziegelte Waschräume. In den Schlafräumen gab es übereinanderstehende Holzbetten mit weißen Bettlaken und blau-weiß-karriertem Bettzeug, das meistens mit

Stroh gefüllt war. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, mußten andere Lagerhäftlinge kleine Vorgärten für diese Baracken anlegen. Viele Häftlinge kannten diese Baracken nur vom Hörensagen, weil sie in anderen Teilen des Lagers lebten und noch nie bis zu den Vorzeigebaracken gekommen waren. Um so größer war das Staunen, wenn eine Arbeitskolonne zur Gartenarbeit zu den Baracken abkommandiert wurde: "Mensch, staunt Sabine, auch sie eine Flugblattverteilerin gegen den braunen Terror, nicht zu glauben. Piekfeine Gegend das, seht euch nur diese Laubenkolonie an. Baracken wie neu, keine Motten im Gebälk, heiles Glas in den Fenstern. Wo gibt's denn noch so was? Und wir bis zum Hals in Schlamm und Dreck dahinten! ‚Die im Dunkeln sieht man nicht`, zitiert Kora Brecht. Sie erhält Bestätigung von der Bräuning, die mit Aufstellen fertig ist: ‚Alles mal herhören! Unsere Lagerleitung SS-Obergruppenführer Suhren hat verfügt` ... Windstöße zerren ihr die Worte vom Mund, tragen sie, phonetisch verfremdet, über unsere Köpfe hinweg in die kalte Luft. ‚Adretter gestalten`, hören wir, ‚gefälliges Gesamtbild - fast täglich hoher Besuch - Eindruck wichtig für` ..." (5)

Kinder in Ravensbrück

Mit dem ersten Transport von 440 Roma- und Sintifrauen am 29. Juni 1939 verschleppten die Nationalsozialisten auch die ersten Kinder ins KZ Ravensbrück. Später wurden alle anderen Frauen aus den überfallenen und besetzten Gebieten mit ihren Kindern auf Transport geschickt. Zeitweise waren bis zu 400 Kinder im Lager. Sie mußten mit ihren Müttern Appell stehen, sie wurden zusammen mit ihren Müttern ermordet. Keines dieser Kinder hatte eine Überlebenschance, wie sehr sich die anderen Frauen auch bemühten, ihnen etwas mehr Essen als die zugeteilte Ration zukommen zu lassen, sie vor der Willkür der SS-Aufseherinnen zu schützen.

Die Kinder, die noch zu klein zum Arbeiten waren, mußten am Tage in den Baracken bleiben. Spielzeug, das die Frauen ihnen aus Stoff- oder Werkresten gebastelt hatten, mußten sie vor der SS verstecken: Spielzeug für Kinder war verboten. Heimlich unterrichteten die Frauen die Kinder, brachten ihnen Lesen und Schreiben bei, malten ihnen Bilder mit Gegenständen, die sie nicht kannten, um sie zu erklären: Ein Kinderzimmer mit Spielzeug. Ein Schiff. Blumen. Tiere. Puppen.

Viele schwangere Frauen waren den Ärzten ausgeliefert, die sie für medizinische Experimente benutzten. Bei Frauen, die "Rassenschande" begangen hatten und ein Kind erwarteten, wurde - auch noch kurz vor der Geburt - brutal eine Abtreibung vorgenommen. In der Zeit von 1943 bis 1945, so geht aus Aufzeichnungen hervor, sind mindestens 560 Kinder im Lager geboren worden - fast alle starben in den ersten Stunden oder Tagen nach ihrer Geburt. Kaum eines wurde älter als ein paar Tage.

Zwangsarbeit, Widerstand und Sabotage

"Vernichtung durch Arbeit" war Teil des Programmes der Nationalsozialisten und brachte unzähligen Menschen in den Lagern den Tod. Alle Erweiterungen des Lagers - Baracken und Betriebe -, die während der Jahre anfielen, mußten von den Frauen selbst geleistet werden. Als Zugmaschinen mußten sie ihre Körper einsetzen, als Werkzeuge ihre Hände. Noch heute ist in Ravensbrück die schwere Walze zu sehen, die die Frauen mit ihrer Körperkraft ziehen und mit der sie Straßen bauen mußten. "Am größten aber war die Furcht zu stürzen und mit den Beinen unter die Walze zu geraten. Wenn die Kolonne draußen gearbeitet hatte und abends ins Lager zurückkehrte, trugen die Frauen oft in ihrer Mitte eine verletzte Kameradin, deren Beine von der Walze zerquetscht worden waren oder deren Körper den unmenschlichen Strapazen nicht standgehalten hatte." (8)

Die SS gründete unter der Dachgesellschaft der "Deutschen Wirtschaftsbetriebe GmbH" verschiedene Betriebe. Einer davon, die "Gesellschaft für Textil- und Lederverwertung mbH" (eine Schneiderei und Rohrmattenflechterei), wurde 1941 nach Ravensbrück verlegt. Hier mußten die Häftlinge in zehn Stunden dauernden Tag- und Nachtschichten Bekleidung für die Waffen-SS nähen und Matten flechten. Nach kurzer Zeit wurde der Betrieb erweitert und um eine Kürschnerei, die die erbeuteten Pelze verarbeitete, ergänzt. Es folgten bald eine Zuschneiderei, eine Hand- und Maschinenstickerei, eine Weberei und eine Strohflechterei. Das Arbeitspensum, das erreicht werden mußte, war extrem hoch, und viele Frauen brachen unter den Schlägen der SS, der das Arbeitstempo nicht schnell genug war, tot zusammen.

"Einige Tage später wurden wir nach dem Zählappell zur Arbeit eingeteilt. Meine erste Arbeit war Steineklopfen im Straßenbau. Im Winter bei großer Kälte haben wir im Block Strümpfe gestrickt. Ich war in Block 8 und wurde zu verschiedenen Arbeiten eingeteilt. Zum Entladen von Lastkähnen, bei der

Anstreicher-Kolonne, bei den Gartenanlagen für die SS-Häuser sowie für die Gärtnerei. Dann in der Rohrmattenflechterei." (7)

Der Arbeitskräftemangel gerade auch in der Rüstungsindustrie führte dazu, daß außer den sogenannten Zivilarbeiterinnen und Zwangsarbeiterinnen auch KZ-Häftlinge in der Produktion eingesetzt wurden. Als im Frühjahr 1944 beschlossen wurde, die deutsche Flugzeugproduktion zu steigern, wurden verstärkt Frauen in die Außenlager zur Arbeit verlegt.

Ein Teil der Frauen aus Ravensbrück, die in der Rüstungsproduktion für Siemens & Halske arbeiten mußten, kamen in ein "eigenes" Außenlager in der unmittelbaren Nähe des Hauptlagers. Bevor die Frauen für die Rüstungsproduktion ausgesucht wurden, mußten sie sich untersuchen lassen. Nicht nur der allgemeine Gesundheitszustand wurde überprüft, sondern auch die Sehkraft und die Geschicklichkeit: wichtige Voraussetzungen für die Arbeit in der Feinmechanik. Aber die Häftlinge mußten auch alle notwendigen Erweiterungsbauten für die Fertigung leisten. Solange die Arbeitskraft der Häftlinge noch nicht verbraucht war, blieben sie in diesem Lager. Wurde die geforderte Arbeitsleistung nicht mehr erbracht, wurden sie zurück ins Hauptlager Ravensbrück gebracht. Das bedeutete den Tod. Wurde eine der Frauen bei Sabotagetätigkeiten entdeckt oder auch nur der Sabotage verdächtigt, wurde sie von der SS ermordet.

Mit mehr als 5.000 Häftlingen war das Außenlager, aus dem sich die "Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg GmbH" ihre Arbeitskräfte holten, das größte Außenlager von Ravensbrück. Dieses Lager wurde 1943 mit Häftlingen belegt, bis September 1944 war die Zahl der Häftlinge auf über 5.000 angewachsen. Frauenkörper und -hände ersetzten die Baumaschinen im Hoch- und Tiefbau: Bagger, Zuggeräte für Planierwalzen, Kräne. "Dabei werden die kompliziertesten Arbeiten, wie Zusammensetzen von Abwurf- und Kreiselgeräten, Fügungen und Stanzarbeiten, Anfertigung von Lehren und Werkzeugen, ausgeführt. Daneben führen die Frauen zur Zeit mit wenigen alten Maurermeistern und einem Bauleiter sämtliche notwendigen Verlagerungs-, Bohrungs- Ausschachtungs-, Tief- und Hochbauarbeiten durch." (6)

Ein weiteres Außenlager war Hannover-Limmer. Es lag zwischen der Fabrik "Continental Gummiwerke AG" und dem Dorf Limmer. Hier mußten die Frauen Gasmasken herstellen. Eine Gruppe von französischen Gefangenen, die im Juni 1944 nach Limmer geschickt wurden, hatten eine eigene Strategie für ihren Widerstand entwickelt. Sie beschlossen, nur die Hälfte der Anzahl Gasmasken zu fertigen, die von ihnen abverlangt wurde. Gemeinsam arbeiteten sie möglichst langsam und versuchten, auch die anderen dort arbeitenden Frauen zu bewegen, es ihnen gleichzutun. Die SS merkte sehr wohl, daß die Frauen bewußt langsam arbeiteten, fand aber keinen Ansatzpunkt einzuschreiten, da alle Frauen in etwa das gleiche Arbeitstempo hatten, keine ausbrach. Außerdem verstanden die Frauen es, die ihnen zugeschriebene Rolle als "technisch Unbegabte" auszuspielen, indem sie durch geschickte Manipulation viele komplizierte, teure und langwierige Reparaturen an Maschinen und Werkzeug verursachten. Der Versuch, mit Hilfe von Prämienscheinen für besonders hohe Stückzahlen das Arbeitstempo zu beschleunigen, schlug fehl. Obwohl sie täglich dem nagenden Hunger ausgesetzt waren, nahmen sie das Angebot nicht an.

Wie eng die Verbindungen der Betriebe, die Häftlinge aus Konzentrationslagern überstellt bekamen, in die KZs hinein war, wird deutlich an der Aussage einer ehemaligen Aufseherin aus Ravensbrück: "Die Herren suchten die Häftlinge selbst aus; zwei Häftlinge aus der Arbeitsabteilung schrieben die Nummern der ausgesuchten Häftlinge auf. Sie setzten sie alle zusammen auf eine Liste, und danach verließen die ausgewählten Häftlinge das Lager, um in den entsprechenden Betrieben zu arbeiten." (6)

Das Ende

Nachrichten von draußen drangen nur vereinzelt zu den Frauen ins Lager vor. Eindeutiger war da schon der sich häufende Bombenalarm. Auf ein Ende des Krieges warteten die Frauen nicht nur mit Hoffnung, sondern auch mit Angst. Viele konnten sich nicht vorstellen, daß die Nationalsozialisten überlebende Zeugen ihrer Vernichtungsmaschinerie dulden würden. Angst, daß die SS-Leute das Lager zerbomben oder niederbrennen und alle Häftlinge umbringen könnten, machte sich - so groß die Freude auch war, wenn Bomben in den nahegelegenen Orten einschlugen - bei jedem Bombenalarm breit. Viele Frauen waren schon so erschöpft, brauchten ihre ganze Kraft, um sich überhaupt am Leben zu halten, daß sie sich gar nichts mehr vorstellen konnten, was anders als der bestehende Zustand hätte sein können.

Wie Recht die Frauen mit ihrer Angst vor der drohenden Vernichtung hatten! Ab März 1945 schickte die SS große Gruppen von Häftlingen auf Transport. Das Lager sollte geleert werden. Abkommandierte Häftlinge mußten den Inhalt der SS-Vorratslager auf Lastwagen verladen. Aus Säcken, die den völlig entkräfteten Häftlingen aus der Hand fielen und aufplatzten, rollten Äpfel, rieselte Zucker - Lebensmittel, die die SS gehortet hatte. Am 27. April wurde das ganze Lager zum Sammelappell gerufen. Bei der vorangegangenen "Selektion" wurden diejenigen, die nicht gehfähig waren, aussortiert. Sie wurden im Lager zurückgelassen.

Soldaten der Roten Armee erreichten das KZ Ravensbrück am 30. April 1945. Im Lager trafen sie 3.000 zurückgelassene kranke und gehunfähige Männer, Frauen und Kinder.

ga.

Anmerkungen:

1) Um diejenigen, die ihre Strafe abgesessen hatten, die Möglichkeit zu nehmen, sich dem Regime erneut zu widersetzen, wurden insbesondere politische Häftlinge in "Schutzhaft" genommen. Ein Erlaß des Innenministeriums vom April 1934 übertrug die Verhängung der "Schutzhaft" ausschließlich an die Gestapo.

2) Das waren Menschen aus Polen, denen die abziehenden Truppen der deutschen Wehrmacht sichere Unterbringung im Reich und Betreuung zugesagt hatte. Alle diese Menschen wurden in die KZs verschleppt, ihrer gesamten Habe beraubt und starben durch Hunger, Krankheit und Mord.

3) Häftling oder Häftlinge bedeutet in diesem Artikel immer inhaftierte Frauen.

4) aus: Autorenkollektiv: Frauen-KZ Ravensbrück, Röderberg-Verlag Frankfurt.

5) aus: Anja Lundholm: Das Höllentor. rororo Hamburg.

6) aus: Wolfgang Benz und Barbara Distel: Solidarität und Widerstand. Dachauer Hefte 7. Verlag Dachauer Hefte, Dachau.

7) Studienkreis: Deutscher Widerstand: Informationen Heft 40, Eigenverlag Frankfurt

8) Charlotte Müller: Die Klempnerkolonne in Ravensbrück. Erinnerungen des Häftlings Nr. 10787. Dietz Verlag Berlin.

Literatur zum Thema Ravensbrück:

Füllberg-Stolberg, Jung, Riebe und Scheitenberger: Frauen in Konzentrationslagern; Bergen-Belsen und Ravensbrück. Edition Temmen, Bremen.

Autorenkollektiv: Frauen-KZ Ravensbrück, Röderberg-Verlag Frankfurt.

Wolfgang Benz und Barbara Distel: Frauen, Verfolgung und Widerstand. Dachauer Hefte 3. dtv-Verlag, München.

Wolfgang Benz und Barbara Distel: Solidarität und Widerstand. Dachauer Hefte 7. Verlag Dachauer Hefte, Dachau.

Anja Lundholm: Das Höllentor und Im Netz. Beide: rororo Hamburg.

Isa Vermehren: Reise durch den letzten Akt. rororo Hamburg.

Neus Català: In Ravensbrück ging meine Jugend zu Ende. Vierzehn spanische Frauen berichten über ihre Deportation in deutsche Konzentrationslager. Edition tranvía, Berlin.

Sigrid Jacobeit, Lieselotte Thomas-Heinrich: Kreuzweg Ravensbrück. Röderberg-Verlag, Köln.

Hanna Elling: Frauen im deutschen Widerstand 1933-45. Röderberg-Verlag Frankfurt.

Ilse Kokula: Zur Situation lesbischer Frauen während der NS-Zeit. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis 25/26, Köln.

Charlotte Müller: Die Klempnerkolonne in Ravensbrück. Erinnerungen des Häftlings Nr. 10787. Dietz Verlag Berlin.

Berger, Holzinger, Podgornik, Trallori (Hrsg.): Der Himmel ist blau. Kann sein. Frauen im Widerstand Österreich 1938-1945. Verlag für die Frau, Leipzig.

Studienkreis: Deutscher Widerstand: Informationen Heft 35, 37/38, 40, Eigenverlag Frankfurt

Andreas Lixl-Purcell (Hrsg.): Erinnerungen deutsch-jüdischer Frauen 1900-1990; V. Holocaust 1940-1945. Reclam Leipzig.

<I>P11MI>Sie sind unser aller Mütter und Schwestern. Ihr könntet heute weder frei lernen noch spielen, ja, ihr wäret vielleicht gar nicht geboren, wenn solche Frauen nicht ihre zarten, schmächtigen Körper wie stählerne Schutzschilder durch die ganze Zeit des faschistischen Terrors vor euch und eure Zukunft gestellt hätten.

Anna Seghers

Rentabilitätsberechnung Ausleihhäftlinge,, Siemens & Halske,, abzurechnen über Arbeitseinsatzstelle Buchenwald, +, +, +

Erlös aus Verleihlohn:, +, +,

tägl. Verleihlohn,, durchschnittl., + RM, 6,00 ,

abzügl. Ernährung, - RM, 0,60 ,

abzügl. Bekl.-Amort., - RM, 0,10 ,

=, + RM, 5,30 ,

durchschnittl. Lebensdauer 9 Monate = 270 Tage, +, , x 270

=, + RM, 1431,00 ,

Erlös aus rationeller Verwertung der Leiche:: durchschnittl. Gewinn an Haar,, Zahngold,, Kleidung,, Wertsachen und Geld,, abzügl. Verbrennungskosten von RM 2,00, +, +, +

, + RM, 200,00 ,

Gesamtgewinn nach 9 Monaten:, RM, 1631,00 ,

zuzügl. des Erlöses aus Knochen- und Ascheverwertung., +, +,

Ravensbrück:

Ausbildungslager für SS-Aufseherinnen

Als selbständig handelnde Subjekte sind Frauen in der alten und neueren Geschichte gar nicht oder äußerst selten zu finden. Wenn sie überhaupt zur Kenntnis genommen werden, kommen sie vor als Opfer, als Ehefrauen, als Anhängsel. Ähnlich verhält es sich mit den Täterinnen im Nationalsozialismus. Eine Mischung aus genereller Ignoranz gegenüber Frauen und dem Denken "was nicht sein darf, das nicht sein kann" ließ die Rolle der aktiv am Grauen beteiligten Frauen lange Zeit unbeachtet.

Wenn von der SS die Rede ist, dann steigen in der Vorstellung sofort Bilder von Männern in schwarzen Mänteln mit Reitpeitsche auf. Sie sind aber nur ein Teil der SS. Die bis heute immer wieder auftauchende Behauptung, daß die Aufseherinnen keine gleichberechtigten "ordentlichen" Mitglieder in der SS waren, scheint eher eine Schutzbehauptung der betroffenen Frauen oder ein besonderes Aufspielen der SS-Männer zu sein. Den Tatsachen entspricht es nicht. Die Aufseherinnen taten in den KZs genau die gleiche "Arbeit" wie die männlichen SS-Angehörigen. Sie waren allerdings in der Regel SS-Männern vom Rang her untergeordnet. Die ersten SS-Aufseherinnen kamen als Begleitung mit den Frauen aus Lichtenburg nach Ravensbrück. Im Laufe der Jahre wurden in diesem KZ über 3.900 Aufseherinnen ausgebildet und auf Außenlager und Außenkommandos verteilt. Frauen wurden direkt in den Betrieben, aber auch über Inserate geworben: "Aufseherinnen für arbeitsscheue Frauen" lautete die "Stellenausschreibung". Einzige Voraussetzung war eine "rein arische" Abstammung. Ravensbrück galt als Ausbildungslager für KZ-Aufseherinnen. Das bedeutete, neu angeworbene Frauen mußten sich hier beweisen, ihre Ausbildung bestehen. Welch zusätzliche Qual das für die Häftlinge bedeutete, läßt sich vorstellen. Nach der Ausbildung wurden die Aufseherinnen vereidigt und in die SS aufgenommen. Daß die Aufseherinnen Mitglieder in der SS waren, geht auch aus einem

Rundschreiben hervor, das anläßlich großer Verluste in den Materiallagern - durch Diebstahl von Aufseherinnen verursacht - verschickt wurde: "Die Straffälligkeit der Aufseherinnen in den Konzentrationslagern ist in der letzten Zeit erschreckend angewachsen. (...) Die Aufseherinnen sind darauf hinzuweisen, daß sie als Gefolge der Waffen-SS der SS- und Polizeigerichtsbarkeit unterstehen und mit einer harten SS- und polizeigerichtlichen Bestrafung zu rechnen haben, wenn sie sich strafbar machen."

16. Reden zu 50. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald von Jorge Semprun, Pierre Durand und Emil Carlebach

Weimar-Buchenwald: 9. April 1945 bis 9. April 1995 - Eine Rede

Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:08

Wir dokumentieren die Reden, die von Pierre Durand, Emil Carlebach und Jorge Semprun anläßlich der Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald gehalten wurden, sowie die Erklärung des Internationalen Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos zur Umgestaltung der Gedenkstätte Buchenwald. Es handelt sich dabei um wichtige Zeugnisse des Zeitgeschehens. Die Dokumente spiegeln nicht in allen Teilen die Meinung der ak-Redaktion wider. Vor allem lehnen wir jeden Versuch ab, die nationalsozialistischen Verbrechen mit denen des Stalinismus gleichzusetzen, wie dies Jorge Semprun in seiner Rede tut. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß wir die Augen vor den Phasen der Geschichte der realsozialistischen Staaten verschließen, die gerade auch aus linker Sicht einer kritischen Aufarbeitung bedürfen.

I.

Es ist nicht leicht, von dieser Tribüne aus zu reden. Nicht leicht für mich jedenfalls. Vermutlich für keinen Überlebenden von Buchenwald, denke ich, in diesem Augenblick und aus diesem Anlaß. Es ist sicher eine Ehre, daß der Ministerpräsident des Landes Thüringen, Dr. Bernhard Vogel, uns eingeladen hat, an diesem feierlichen Gedenkakt teilzunehmen. Aber in meinem Fall kommt zu dieser Ehre sogleich etwas hinzu, besser gesagt, stellt sich ihr entgegegen, nämlich ein fast beängstigendes Gefühl von Verantwortung.

Nicht nur, nicht einmal hauptsächlich deswegen, weil dieses Nationaltheater von Weimar ein privilegierter Ort ist, ein in gewissem Sinne einzigartiger Ort des politischen und kulturellen Gedächtnisses Deutschlands. Die Erinnerung an die illustren Stimmen, die hier gehört wurden, die sich hier rechtskräftig und historisch zu Wort gemeldet haben, kann einen jeden einschüchtern oder verunsichern. All das ist beeindruckend, aber dennoch sind es diese Erinnerungen, diese Geschichtsspuren, die das Gefühl der Verantwortung so lebendig werden lassen.

Das Entscheidende in diesem Zusammenhang, jedenfalls für mich: das heißt, für den ehemaligen Häftling 44904, das Entscheidende liegt weiter zurück als die Emotionen, die dieser historische Raum unvermeidlich weckt. Das Entscheidende ist die Frage, die ich mir selbst stellen muß, wenn ich zu reden beginne, und die ich mir an jedem Ort stellen muß, nicht nur in Weimar.

Ist es möglich, ist es wirklich angemessen und vertretbar, das Wort im Namen der Vermißten und Verschollenen zu ergreifen? Ist es statthaft, in dem unwiderruflichen Schweigen der so vielen Tausenden von Toten zu sprechen, die ihr Grab in den Wolken fanden, die den Gipfel des Ettersberg krönen? Wäre nicht ein meditierendes Schweigen die beste Hommage, die einzig wirklich akzeptable Ehrung für so viel schweigsamen Tod?

Alle Überlebenden, die Wieder-zum-Vorschein-Gekommenen, wir alle haben diese Verlockung des Schweigens kennengelernt; diesen Versuch, den Tumult, der aus einem mit Horror vollgestopften Gedächtnis rührt und einen hochschreckt, mittels einer Kur des Schweigens und einer geduldigen Therapie des Vergessens zur Ruhe zu bringen oder zumindest abzuschwächen. Manchmal sind wir jedoch gezwungen zu handeln - entgegen unserem Versuch zu vergessen, entgegen unserem Wunsch, uns eine neue Identität mit Hilfe der gewollten Amnesie zu schaffen; manchmal nämlich, unter bestimmten privaten oder öffentlichen Umständen, überfällt uns plötzlich die gebieterische Notwendigkeit, Zeugnis abzulegen. Dann gibt es diese jähe, innerste Notwendigkeit zu sprechen, wieder als Zeuge aufzutreten, unser Gedächtnis bis in die verborgensten Winkel zu erkunden, es leerzuräumen, zu läutern, all das mit lauter Stimme zu sagen, was wir über diese Erfahrung in den Nazilagern wissen, was wir über dieses Erleben des Todes wissen.

Vergangenheit und Gegenwart

So, zwischen diesem Versuch zu schweigen und diesem essentiell nicht endendem Versuch, alles so wahrheitsgetreu wie eben möglich zu sagen, verläuft unsere Existenz seit jenem Tag vor fünfzig Jahren, als die Ankunft der Panzer von Pattons Dritter Armee in unmittelbarer Nähe des Konzentrationslagers die entscheidenden Aktivitäten der Kampfgruppen des klandestinen Widerstands ermöglichte, die unvermittelt und bewaffnet an verschiedenen Punkten des Geländes von Buchenwald auftauchten.

"Man kann es nicht erzählen, aber man darf es nicht verschweigen", hat Elie Wiesel gesagt, er - Überlebender von Auschwitz und vom Kleinen Lager von Buchenwald. Ich werde also sprechen.

Ich übernehme also die Verantwortung, im Namen des so vielen angehäuften Schweigens, des so vielen schweigenden und anonymen Todes zu sprechen. Aber dieses tödliche Schweigen verlangt von demjenigen, der spricht - in diesem Fall von mir - äußerste Strenge, eine Wahrhaftigkeit, die jeder Prüfung standhält. Es verlangt von uns, daß wir uns nicht zufriedengeben mit der Rhetorik des mitfühlenden Gedenkens oder der Selbstzufriedenheit. Wenn wir diese Grenzen nicht überwinden, wenn wir nicht über den protokollarischen Kontext einer feierlichen Gedenkveranstaltung hinauskommen, können wir unser heutiges Ziel nicht erreichen.

Heute, ein halbes Jahrhundert nach der Befreiung von Buchenwald, gibt es meiner Meinung nach ein doppeltes Ziel.

Einerseits müssen wir eine kritische Reflexion über die Vergangenheit anstellen. Wir können und dürfen uns nicht mit unserer Rolle als Opfer oder als Held zufriedengeben. Wir können uns nicht mit diesen Rollen begnügen. Man weiß ja, daß beide den kritischen Blick vermeiden, die selbstkritische Gewissensprüfung ablehnen: Helden und Opfer sind Gestalten aus einem Guß, steif, monolithisch, ohne Widersprüche.

Die Notwendigkeit einer kritischen Reflexion über die Vergangenheit wird noch deutlicher, noch zwingender, wenn wir an unser zweites Ziel denken - seiner Bedeutung nach unser erstes Ziel -, nämlich die Übermittlung eines historischen Gedächtnisses an die nachfolgenden Generationen. Natürlich nicht nur heute: im Verlauf dieses ganzen Jahres, dieses fünfzigjährigen Gedenkens an die Niederlage des Nazismus und der Befreiung der Arbeits- und Vernichtungslager des Hitlerschen Archipels, immer liegt unser Hauptziel in dem Versuch, das Geschehene zu übermitteln und zu überliefern.

Nur wenig würde es nützen, daß wir uns hier in Weimar-Buchenwald versammeln - und morgen in Bergen-Belsen, Ravensbrück, Neuengamme oder Dachau -, wir untereinander, die alten Helden und alten Opfer, um unserer Leiden oder Großtaten zu gedenken, eingesperrt in die arrogante Einsamkeit unseres einzigartigen Schicksals, gefesselt von der Nichtübertragbarkeit unserer Erfahrung. Wenig würden diese und andere Gedenkfeiern bewirken, so feierlich und emotional sie auch sein mögen, wenn wir nicht in der Lage wären, eine Verbindung zur europäischen Jugend herzustellen, wenn es uns nicht gelänge, ihnen das Wesentliche einer Erfahrung vom Kampf gegen das radikal Böse zu vermitteln, das der Nazismus historisch verkörpert hat. Das Essentielle vermitteln, damit wir dieser Jugend helfen, sich in den Kämpfen von heute zurechtzufinden, die gegen die ethnische "Säuberung" und die "Fundamentalismen" jeder Art geführt werden müssen. Um ihnen zu helfen, alle diese Orthodoxien der Ausschließlichkeiten, der Xenophobien, des "korrekten Denkens" - diese sich ausbreitende "political correctness" - abzulehnen.

Ein großer französischer Historiker, Marc Bloch, ein Spezialist für das Mittelalter und auch ein großer Widerstandskämpfer - er wurde von den Nazis erschossen, im Juni 1944 - schrieb einmal, daß die Gegenwart die Frage der Vergangenheit stellt und formuliert und daß "die Vergangenheit die einzigartige Besonderheit der Gegenwart erhellt".

Das ist der Bezugspunkt, den unsere Reflexion, den unsere Trauer- und Gedächtnisarbeit zwischen Vergangenheit und Gegenwart herstellen muß: die Ungewißheiten unseres historischen europäischen Augenblicks vermittels der Lehren der Vergangenheit zu erhellen und zugleich die Erfahrungen von damals kritisch zu befragen mit Blick auf die Anforderungen der heutigen Zeit.

Das bedeutet eine Arbeit, die zum einen das historische Gedächtnis aktualisiert und zum anderen die Aktualität kritisch ins Gedächtnis rückt. All das muß sich in der Überzeugung äußern, die sich konkret leicht begründen läßt, nämlich, daß das "korrekte Denken" des Totalitarismus der größte Feind der Erinnerung ist: denken Sie an die Romanmetapher von George Orwell, in dessen "Ministerium der Wahrheit" die

Hauptaufgabe darin bestand, die Geschichte unentwegt neu zu schreiben, immer mit Blick auf die pragmatischen, zynischen Interessen der Gegenwart.

II.

Zu dieser allgemeinen, existentiellen Verantwortung, die aus der Tatsache des Überlebens selbst herrührt und die mich dazu zwingt - und hier handelt es sich in der Tat um einen moralischen Imperativ -, jetzt vor Ihnen zu versuchen, im Namen und an Stelle der so vielen Tausenden von anonymen oder berühmten Toten zu sprechen, zu dieser Verantwortung kommt noch eine weitere hinzu, die noch anspruchsvoller ist.

Denn der Häftling, der ich war, Nummer 44904, war ein junger Kommunist von 20 Jahren, der sechzehn Monate lang seine Erfahrungen in Buchenwald als Militanter der klandestinen Organisation machte. Der, nachdem die Periode der Quarantäne im Block 62 des Kleinen Lagers beendet war, in der Arbeitsstatistik arbeitete, das heißt in einem der neuralgischen Machtzentren besagter innerer Organisation. Natürlich gehörte ich nicht zur Führungstroika der kommunistischen spanischen Partei in Buchenwald, aber weil ich als einziger aller meiner Genossen des Deutschen mächtig war, wurde mir diese verantwortungsvolle Tätigkeit übertragen.

So lernte ich einige Probleme, einige Aktivitäten, auch einige Geheimnisse des antifaschistischen Widerstands in Buchenwald kennen. So kam es auch, daß ich einige der bedeutendsten Mitglieder der kommunistischen Nomenklatur des Lagers, einige der roten Kapos, die eine entscheidende Rolle im Leben von Buchenwald spielten, kennenlernte und mit ihnen zu tun hatte.

Die Tatsache, daß die deutschen Kommunisten - unter historischen Umständen und im Verlauf von fürchterlichen Vorkommnissen, die ich hier unmöglich aufzählen kann - die interne Macht von Buchenwald eroberten und eine nahezu hegemonische Vorherrschaft erzielten; dann die politischen und moralischen Probleme, die die Ausübung besagter Macht bedeuteten, da die Aktivitäten des antifaschistischen Widerstands sich nur entwickeln konnten im Rahmen und unter dem Mantel einer rationalen, tatkräftigen Leitung der deportierten Arbeitskräfte in den Betrieben der Nazi-Kriegsindustrie (Gustloff Werke, Deutsche Ausrüstungswerke, MiBau, Dora usw.) - all das ist bereits Gegenstand von Kommentaren, Forschungen und Polemiken gewesen.

Vor fünfzehn Jahren habe ich teilweise jenen historischen Stoff in erzählerischer Form bereits aufgearbeitet, als Versuch einer kritischen, historischen Rückbesinnung, in Was für ein schöner Sonntag! Aber 1980, als ich das Buch schrieb, kannte ich natürlich die Dokumente nicht, die erst nach der demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands zutage traten, nachdem es möglich war, Zugang zu den Archiven der SED zu bekommen.

In dieser Hinsicht, und ohne die Ergebnisse im voraus beurteilen zu wollen, die die weiteren Forschungen in deutschen oder russischen Archiven in Zukunft zeitigen können wie auch die Arbeiten des Historischen Museums der Gedenkstätte Buchenwald, scheint mir die Arbeit des Historikerteams, die Lutz Niethammer koordiniert hat und die unter dem Titel Der gesäuberte Antifaschismus: Die SED und die roten Kapos von Buchenwald publiziert wurde, von entscheidender Bedeutung.

In jedem Fall, was auch immer die Ergebnisse künftiger Nachforschungen sein werden, kann man jetzt schon einige Schlußfolgerungen über diese großen Fragen anstellen, was ich jetzt kurz tun werde und dabei das Risiko eines möglichen Schematismus auf mich nehme.

An erster Stelle muß man die Notwendigkeit des antifaschistischen Widerstands bekräftigen. Nicht nur des Widerstands ganz allgemein, abstrakt gesehen, als offenkundiger moralischer Imperativ. Man muß die Notwendigkeit des Widerstands sogar unter den konkreten Bedingungen von Buchenwald bekräftigen, innerhalb des schmalen, reellen Spielraums der existierenden Möglichkeiten und trotz der klaren Gefahren moralischer Verirrungen, die besagte Aktivitäten beinhalten...

Jacques Maritain, der große katholische Denker der thomistischen Schule, hat in einem Essay der fünfziger Jahre, Les hommes et l'Etat (Die Menschen und der Staat) geschrieben, daß in Gesellschaften, die ganz und gar von der Barbarei beherrscht sind, wie zum Beispiel die Konzentrationslager oder auch Gesellschaften, die ganz bestimmten besonderen Bedingungen unterliegen, wie denen des klandestinen Widerstands in einem besetzten Land - daß unter solchen Umständen viele Dinge, die in Hinsicht auf ihre moralische Beschaffenheit in einem normalen zivilisierten Leben objektiv Betrug bedeuten würden oder Mord oder Niederträchtigkeit, sich

dann dieser Definition entziehen und sich sogar, was ihre moralische Beschaffenheit bedeutet, in objektiv Erlaubtes und ethisch Gutes verkehren können.

Daher kann man den von den deutschen Kommunisten organisierten antifaschistischen Widerstand in Buchenwald als moralisch legitim und politisch positiv beurteilen. Innerhalb der Grenzen, die von der objektiven Situation auferlegt waren, ermöglichte er die Entfaltung einer internationalen Solidarität, die Entwicklung der Prinzipien und der Praxis einer Moral des Widerstands. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, darf und muß die Erfahrung der kommunistischen deutschen Organisation von Buchenwald vom historischen Gedächtnis des wiedervereinten Deutschlands akzeptiert werden: sie gehört zu seiner Tradition des Widerstands, zu seinem Erbe von Kämpfen gegen den Nazismus.

Trotz aller Versuche der Rückgewinnung oder späterer Manipulation durch die Autoritäten der DDR ist die antifaschistische Erfahrung von Buchenwald historisch autonom. Ihre Wurzeln liegen in den Kämpfen und in den Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung der dreißiger Jahre, sie trägt den Stempel von der Größe und dem Elend jener Zeit, ist gekennzeichnet durch die Widersprüchlichkeiten jener Epoche. Deshalb, eben weil sie autonom ist, war sie Ulbricht und seiner Gruppe aus dem Moskauer Exil sogleich verdächtig, da sie ja ausreichende Erfahrung von "Säuberungen" hatten.

Erinnerung an "rote Kapos"

Und dies ist nun die zweite Schlußfolgerung, die ich betonen möchte. Auch wenn die antifaschistische Aktivität der roten Kapos von Buchenwald und ihrer Alliierten aus verschiedenen europäischen Ländern in den klandestinen Komitees moralisch legitim und politisch effizient war - betrachtet von dem historisch determinierten und notwendigerweise partiellen und parteiischen Blickwinkel einer Strategie des Widerstands -, muß sie dennoch kritisch untersucht werden, um die erzielten Ergebnisse und den Preis an Menschen, den sie erforderte, objektiv zu beurteilen. Die Stunde ist gekommen, Schluß zu machen mit Rhetorik und Mythologien eines pseudo-universalistischen Parteigeistes, der sich als Weltgeist verkleidet.

Aber diese Frage kann nicht nur auf kollektiver Ebene angegangen werden: man muß sich ihr auch auf individueller Ebene stellen.

Der christliche Philosoph Jacques Maritain, den ich ja schon erwähnt habe, führte seine Überlegungen fort und sagte in der Tat, daß in außergewöhnlichen Situationen - wie z.B. in den Lagern -, es auch weiterhin gerechte und ungerechte Mittel im Kampf um die Ziele des Humanismus und der Brüderlichkeit gab. Er fügte hinzu, daß sich die Trennungslinie zwischen beiden verschoben habe, denn das Bewußtsein, das die Prinzipien anwendet, wandelt sich zum wirklichen Schiedsrichter, während die abstrakten Begriffe, die in einem platonischen Himmel und in einem Lexikon juristischer Fälle stehen, ihre Gültigkeit verlieren.

Innerhalb des klandestinen Apparats des kollektiven antifaschistischen Widerstands wandelte sich das individuelle Bewußtsein eines jeden Militanten, der eine verantwortliche Position innehatte oder Macht ausübte - so begrenzt sie auch gewesen sein mag -, und wurde zum Schiedsrichter und zur Quelle von gerechten oder ungerechten Entscheidungen. Wir wissen alle, sogar mit Vor- und Nachnamen, daß es Militante gab, deren Bewußtsein sich angesichts der Schwierigkeiten des Kampfes oder der Privilegien der Macht trübte, die ihre Stelle und ihre Würde verloren im Getöse eines bitteren Kampfes, der auf Leben und Tod ging.

III.

Wenn ich von dieser kritischen Neubewertung der Vergangenheit spreche - ich hoffe, daß dies klar geworden ist -, spreche ich von einem historischen Standpunkt aus: ich beziehe mich auf die beste Art und Weise, wie die Analyse dieser Vergangenheit moralisch und politisch wirksam durchgeführt werden kann, damit sie produktiv ist an Konzepten und Werten, und zwar für die demokratische Jugend von heute. Ich spreche hier nicht vom Standpunkt einer anwaltlichen Anschuldigung oder juristischen Untersuchung. So kritisch und objektiv die Arbeit auch enden mag, kann sie doch nur realisiert werden, wenn sie von einem Geist voller Verständnis und Achtung getragen wird. Sogar von Mitleid, meine ich.

Kurzum, man muß radikal anders vorgehen, als es die politischen und polizeilichen Autoritäten der DDR getan haben, als sie in den fünfziger Jahren und im Schlepptau der Schauprozesse, die man in Prag, Warschau und anderen Hauptstädten des Sowjetblocks organisierte, die Untersuchungen gegen die roten Kapos von Buchenwald, besonders gegen Ernst Busse, Erich Reschke und Walter Bartel, von neuem aufrollten.

In seinem Vortrag zum 5. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit aus kommunistischen Akten (und wenn ich diesen Titel zitiere, kann ich eine emotionale Erinnerung an meinen Freund Walter Janka nicht vermeiden) - in diesem Vortrag faßt Professor Lutz Niethammer die Anfänge und Probleme der internen Säuberung gegen die "Inlandskommunisten" zusammen, die die Gruppe von Ulbrichts Moskauer Exil in Gang brachte, sobald sich die Gelegenheit ergab.

In diesem Augenblick und von dieser Tribüne aus möchte ich nur kurz an Reschke, Busse und Bartels erinnern. Ich lernte sie in der Arbeitsstatistik von Buchenwald kennen, wohin sie häufig kamen, um mit dem Kapo Willi Seifert und auch mit Josef Frank, einem seiner Mitarbeiter, zu diskutieren. Frank wurde in Prag zum Tode verurteilt, im Prozeß gegen Rudolf Slansky. Er wurde gehenkt und seine Asche auf einer verschneiten Landstraße verstreut. Josef Frank, "Pepikou", wie ihn seine tschechischen Landsleute nannten, bekannte in dem Prozeß, in Buchenwald für die SS und die Gestapo gearbeitet zu haben. Ein falsches Geständnis, natürlich, verlogen, mittels Folterung erpreßt. Wenn Frank ein Agent des Nazifeindes gewesen wäre, stünde ich heute nicht hier, auf dieser ehrenvollen und schwierigen Tribüne. Ich hatte Frank nämlich bei einer Gelegenheit gebeten, im Jahre 1945, daß er mir helfe, eine Flucht zu organisieren, die von der klandestinen Leitung der französischen Kommunisten geplant worden war, ein Vorhaben, das bald wieder aufgegeben wurde, was mich aber direkt an den Galgen gebracht hätte, wenn Frank nicht ein so selbstloser, anständiger Militanter gewesen wäre.

Im Sog jenes Slansky-Prozesses wurden Ernst Busse und Erich Reschke für schuldig befunden und in einen Gulag deportiert, aus dem Reschke gebrochen zurückkehrte und danach erwartete, von der DDR öffentlich rehabilitiert zu werden, was jedoch nicht geschah. Ernst Busse seinerseits verschwand 1952 in dem Stalin-Lager von Workuta.

Was Walter Bartel angeht, wandte er seine ganze Energie und den Mut auf, die ihn bereits in Buchenwald ausgezeichnet hatten, um den Verhören und dem Druck der politischen Polizei der DDR Widerstand zuleisten. Da er sich so energisch weigerte, zu kapitulieren und zu bekennen, gelang es ihm, nicht nur sein Leben zu retten, sondern auch seine Würde als antifaschistischer Kämpfer zu wahren.

Willi Seifert seinerseits, Kapo der Arbeitsstatistik, machte - obwohl er von dem falschen Geständnis von Frank direkt impliziert worden war - Karriere in der Volkspolizei der DDR (um welchen Preis? auf wessen Kosten?) und wurde schließlich Generalleutnant und stellvertretender Innenminister. Und sicher ist dieses Schicksal das tragischste von allen, an die ich hier erinnert habe. Gibt es wirklich etwas Absurderes, etwas Niederträchtigeres für einen ehemaligen Häftling, ein ehemaliges Opfer, als sein Leben in der Uniform des Henkers zu beenden?

IV.

Natürlich gedenken wir heute des 50. Jahrestages der Niederlage des Nazismus, der Befreiung des Konzentrationslagers von Weimar-Buchenwald. Unsere Überlegung richtet sich deshalb vor allem auf das Verständnis der historischen Umstände, die es in einem Land wie Deutschland ermöglichten, daß Hitlers Partei die Macht ergreifen konnte.

Aber das Schicksal der Männer, die ich gerade erwähnt habe, die hier gegen den Nazismus kämpften, acht schreckliche und tragische Jahre lang, macht uns deutlich, daß man unmöglich eine hermetische Grenze ziehen kann zwischen jener glorreichen und elenden, immer aber außergewöhnlichen Erfahrung und den späteren Jahren eines in zwei antagonistische Blöcke geteilten Deutschland und einer geteilten Welt.

Außerdem errichtete man wenige Monate, nachdem die letzten antifaschistischen Häftlinge Buchenwald verlassen hatten, auf dem gleichen Platz das Speziallager Nr. 2 der sowjetischen Besatzungsmacht.

Am 1. August 1949 hielt Thomas Mann hier, in diesem Nationaltheater, seine Gedenkrede zum 200. Geburtstag von Goethe. Und im Speziallager Nr. 2 von Buchenwald rezitierte eine junge Berliner Schauspielerin den Egmont.

"Als Thomas Mann im Nationaltheater in Weimar seine Rede zum 200. Geburtstag hielt, habe ich ‚oben` in meiner Baracke den Egmont auswendig vorgetragen - die Kerkerszene ging uns allen unter die Haut" -, das schrieb mir Sigrid W. in einem Brief, wenige Tage nachdem ich meine Rede zu Verleihung des Friedenspreises in der Paulskirche in Frankfurt gehalten hatte.

Doppel-Erfahrung

"Deutschland", sagte ich dort, "ist seit seiner Wiedervereinigung das einzige Volk Europas, das sich mit den beiden totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts auseinandersetzen kann und muß: dem Nazismus und dem Stalinismus. In seinem Kopf und Körper hat es diese Erfahrungen erlebt und kann sie nur überwinden, indem es beide kritisch übernimmt und aufhebt, um so die demokratische Zukunft Deutschlands zu bereichern. Von dieser hängt ja die Zukunft eines demokratisch wachsenden Europas zu einem großen Teil ab."

Und meine Schlußfolgerung von damals, die ich heute wiederholen möchte, lautete wie folgt: "Buchenwald, besser gesagt, das Binom Weimar-Buchenwald, ist der historische Platz, der diese doppelte Aufgabe am besten symbolisiert: die der Trauerarbeit, um der Vergangenheit kritisch Herr zu werden; die der Ausarbeitung von Grundsätzen für eine europäische Zukunft, damit die Irrtümer der Vergangenheit vermieden werden können."

Die Veranstaltungen dieser Tage scheinen mir einen entscheidenden Schritt auf diesem Weg zu sein. Ein ermutigender Anfang der notwendigen Aufgabe, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf.

Daß der Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel, daß die Autoritäten des Landes Thüringen zu dieser Gedenkfeier einen Ausländer wie mich, einen Rotspanier, der der Häftling 44904 des Lagers Buchenwald war, eingeladen haben, ist ein weiterer Beweis für den offenen, demokratischen Geist, der diese Feier prägt. Er ist die Garantie dafür, daß die notwendige Übermittlung des historischen Gedächtnisses an die jungen Generationen auch in Zukunft weitergeführt wird.

Diese Rede ist am 11.4.1995 im "Neuen Deutschland" in leicht gekürzter Fassung erschienen. Wir bedanken uns für die Genehmigung zum Nachdruck.

" Laßt Euch durch schöne Worte nicht beruhigen!"

Ansprache von Emil Carlebach, 1. Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos, auf der Gedenkveranstaltung am Sonntag, den 9. April 1995, zum 50. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald.

Wir trauern um mehr als 60.000 Kameraden, Väter, Brüder, Söhne, die hier auf dem Boden dieses KZ ermordet wurden. Durch Deutsche.

Wir trauern um weitere Zehntausende, die von hier aus nach Auschwitz, nach Dora auf Todesmärsche geschickt wurden. Durch Deutsche.

Aber wir als deutsche Antifaschisten sind stolz darauf, daß wir in unbeugsamem Widerstand 21.000 Kameraden aller Nationalitäten vor der Ermordung retten konnten, unter ihnen 3.000 jüdische Menschen, 903 hilflose Kinder, die wir vor den Bestien schützen konnten, die sich unsere "deutschen Landsleute" nennen, und die sich im Zuge des Kalten Krieges wieder als nützlich für eine zukünftige Barbarei anbieten konnten.

Kein Mensch hätte in Buchenwald umkommen müssen, wenn uns nicht 1933 die angeblichen Demokraten der Weimarer Republik feige und verräterisch im Stich gelassen hätten. Die Minister und Abgeordneten, die Richter, Staatsanwälte und Beamten, die Offiziere und Polizeichefs - zu 99 Prozent hatten sie nur eines im Sinn: dabei zu sein, mitzumachen, wenn die Beute verteilt wurde.

Sie sind weiter "ehrenwerte deutsche Wirtschaftsführer". Sie sitzen im Wirtschaftsrat von Parteien, die sich demokratisch nennen. Sie heben die Hand nicht mehr zum Hitlergruß, sondern nur noch zum Kassieren ihrer blutbesudelten Dividenden.

Und die Herren Offiziere, die in Ost und West Dörfer und Städte zerbombten? Die Frauen und Kinder unter den Trümmern und in den Flammen ihrer Wohnstätten qualvoll umkommen ließen. Die Geiseln an die Wand stellten und Millionen Menschen zur Sklavenarbeit nach Auschwitz, Buchenwald, Sachsenhausen, Dachau schleppten?

Sie haben die neue Wehrmacht aufgebaut - nach zwei Weltkriegen zum dritten Mal. Sie beziehen Pension und tragen ihre Hitler-Orden weiter, denn sie haben ja "wohlerworbene Ansprüche" an den Staat, der schon wieder dabei ist, seine jetzige Wehrmacht weltweit einzusetzen. Weltweit!

Nein, das haben wir nicht gewollt, als wir hier auf dem Appellplatz den Schwur leisteten, nicht zu ruhen, bis der Letzte der Schuldigen vor den Richtern der Völker steht. Und eine Welt des Friedens und der Freiheit aufbauen zu helfen.

Es sah ja zunächst so aus, als ob unser Schwur in Erfüllung ginge: Zehn Jahre lang existierte Deutschland ohne Armee. Das Grundgesetz von 1949 kannte keine deutschen Soldaten.

Die Konzerne sollten aufgelöst werden, die Nazipartei wurde verboten, ihre Helfershelfer interniert.

Auch hier in Buchenwald wurden die Verdächtigen in denselben Stacheldraht eingesperrt, hinter dem zuvor 60.000 Kameraden umgekommen waren.

Aber dann setzte "die Wende" ein: Das war lange vor 1989: Der Mann, der das Handbuch für Auschwitz und für den Holocaust geschrieben hatte, Herr Globke, wurde der Mann, der den Staatsapparat in Westdeutschland aufbaute und seine alten Freunde wieder in Amt und Würde brachte.

Ein Altnazi, der von den Amerikanern zwei Jahre lang interniert worden war, wie die Russen hier andere internierten, der Altnazi Kiesinger, wurde gar Bundeskanzler, Chef der Regierung des von Herrn Globke zusammengestellten Staatsapparates. Und es wären noch viele Namen zu nennen.

Die Antifaschisten wurden wieder ausgegrenzt, verleumdet, verfolgt. Die aber, die nach 1945 auf alliierten Beschluß interniert worden waren, die werden nun zu "Märtyrern der Nation" hochstilisiert.

Das traf nun nicht nur uns, die Masse der unbekannten Naziopfer. Auch der Bundeskanzler Willy Brandt, Nobelpreisträger, wurde im Wahlkampf durch "demokratische" Konkurrenten als "Landesverräter" beschimpft, weil er die Uniform eines von den Nazis vergewaltigten Landes getragen hatte. Und als eine Bande von Hetzern die Parole ausgab: "Brandt an die Wand!", schickte ein sehr prominenter Minister der BRD diesen Kerlen eine Grußbotschaft.

Der Leiter der "politischen Abteilung" von Buchenwald, also der Gestapo-Chef des KZ, SS-Hauptsturmführer Leclaire, wurde Kriminalbeamter in Düsseldorf.

Der berüchtigte Rapportführer Strippel, dessen Blutspur sich von Buchenwald durch Polen und Holland zieht, bis er am Schluß noch in Hamburg jüdische Kinder an Heizungsrohren aufhängen ließ - dieser Mann wurde zunächst tatsächlich verurteilt - und dann, weil seine Strafe angeblich "zu hoch" gewesen sei, mit 125.000 Mark "entschädigt".

125.000 Mark - eine solche Summe erhielt keines der Opfer dieses deutschen Herrenmenschen.

Der Mörder Ernst Thälmanns, der SS-Stabsscharführer Otto, wurde freigesprochen - und wurde Religionslehrer!

Und die Giftgas-Verbrecher? Die Blutsäufer, die aus unserer Sklavenarbeit Millionen und Abermillionen scheffelten? Die IG-Farben? Der Siemens-Konzern? Die Flick und Krupp, die Deutsche und die Dresdner Bank, und wie sie alle hießen und heißen? Dort können die Herren Professoren die Täter suchen, nicht bei uns, den Antifaschisten.

Sie sind reich und reicher geworden an unserer Sklavenarbeit!

An den Goldzähnen, die sie unseren Vätern, Brüdern und Söhnen haben ausreißen lassen!

An den Frauenhaaren, die sie den im Gas der IG Farben erstickten Müttern, Schwestern, Töchtern haben abschneiden lassen!

Und natürlich paßte diese Gedenkstätte, dieses Mahnmal des Widerstands, der Selbstbefreiung der Antifaschisten, nicht in diese Atmosphäre. Nein: die Internierten von 1945, die sollen "angemessen gewürdigt" werden.

Wir aber, so darf es sogar gedruckt verbreitet werden, wir, die wir 21.000 Opfer der Nazis gerettet haben; wir, die wir 903 Kinder beschützt und vor der Gaskammer gerettet haben, wir hätten doch mit der SS zusammengearbeitet!?

Warum diese dreiste Lüge? Die Erklärung ist einfach: es soll vergessen gemacht werden, wer tatsächlich mit den Verbrechern und ihrem Terrorregime - bis 5 Minuten nach 12 - zusammengearbeitet hat: die Generäle und Offiziere, die Beamten und Richter, die Polizeichefs und Staatsanwälte. Sie waren Stütze und Träger des Regimes, das wir bekämpften und bekämpfen. Aber das soll totgeschwiegen werden.

Und wenn es bisher nicht gelungen ist, diese unsere Gedenkstätte zu liquidieren, aus ihr eine Nazi-Walhalla zu machen, dann danken wir das vor allem Euch, die Ihr in aller Welt, in den USA wie in Frankreich, in Israel wie in Dänemark, in Belgien, Holland wie hier in Deutschland selbst, in kameradschaftlicher Solidarität mit uns diese unsere Gedenkstätte gegen alle Anschläge verteidigt habt.

Morgen oder übermorgen seid Ihr wieder zuhause; aber laßt nicht nach in Eurer Wachsamkeit. Laßt Euch durch schöne Worte nicht beruhigen. Unser Schwur gilt heute wie vor 50 Jahren:

"Für eine Welt des Friedens und der Freiheit"

Zu Frieden und Freiheit aber gehört die Tradition des Kampfes gegen Faschismus, gegen Antisemitismus, Rassenhaß, Militarismus und Herrenmenschentum.

In diesem Kampfe waren wir vereint, in diesem Kampfe bleiben wir vereint. Denn es geht um unsere Zukunft, um die Zukunft unserer Kinder.

" ... unser Ziel wird sich verwirklichen"

Ansprache von Pierre Durand, Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos, auf der Gedenkveranstaltung am Sonntag, den 9. April 1995, zum 50. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald.

Vor 50 Jahren waren wir wieder frei. Mit der Waffe in der Hand haben wir die amerikanische Armee empfangen und ihr die SS-Leute übergeben, die wir festgenommen hatten. Gestatten Sie mir, an dieser Stelle ganz besonders herzlich die ehemaligen Angehörigen dieser Armee zu begrüßen. Wir wissen, daß unsere Befreiung ohne die Anwesenheit der 3. Armee des General Patton in Lagernähe zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Wir wissen, daß unsere Sklaverei ohne die immensen und entscheidenden Opfer der Sowjetarmee, die sich von Osten näherte, und die Anstrengungen der britischen und französischen Truppen, ohne den Einsatz der jugoslawischen Partisanen und der Widerstandskämpfer in ganz Europa mit einem schrecklichen Tod geendet hätte. Ein Dank der Anti-Hitlerkoalition, die die Welt vom Faschismus befreit hat!

Ein Dank auch unseren deutschen, seit Jahren in Buchenwald inhaftierten Kameraden, denen es gelungen war, trotz unzähliger Schwierigkeiten eine wirkungsvolle Widerstandsbewegung zu gründen, ohne die die Häftlinge aus ganz Europa, die wir waren, nicht hätten überleben können und den Kampf für die Unabhängigkeit ihrer Heimat und für die Freiheit nicht hätten fortsetzen können. Ein Dank den Verantwortlichen des Illegalen Internationalen Komitees unter der Leitung von Walter Bartel, an dem bedeutende Kämpfer aus der Sowjetunion, Frankreich, Polen, der Tschechoslowakei, Italien, Jugoslawien, Österreich, Belgien und Holland mitwirkten und die unseren Kampf in den schwärzesten Stunden weiterführten.

Es lebe der 50. Jahrestag der Befreiung!

Wir danken allen, die gerade so ergreifend zu uns gesprochen haben. Ich möchte zum Abschluß eine Erklärung verlesen, die von den Präsidenten der Internationalen Komitees der nationalsozialistischen Konzentrationslager einstimmig angenommen wurde und auf den Festveranstaltungen zum 50. Jahrestag in allen Lagern und hier heute zum ersten Mal verlesen wird.

Sie zeugt von unserer Solidarität, unserer Einheit, unserer internationalen Freundschaft über die Jahre hinweg. Sie liefert den Beweis, daß die ehemaligen Häftlinge und Deportierten der nazistischen Konzentrations- und Vernichtungslager sich nicht spalten lassen und eine moralische Kraft darstellen, die weiterhin ihre Rolle in dieser Welt von heute, die voller Gefahren ist, spielen kann und muß.

(Verlesen der Erklärung)

Vor 50 Jahren haben wir hier an demselben Ort den Schwur von Buchenwald geleistet, den ich damals die Ehre hatte, vor den 21.000 Überlebenden des Lagers in französisch zu verlesen. Wir haben darin die

Bestrafung der Verantwortlichen gefordert, der Mörder von so vielen unserer Kameraden. Wir erklären darin, daß wir in unserem Kampf für Demokratie und Gerechtigkeit nicht eher ruhen würden, bis auch der letzte der Schuldigen vor den Richtern der Völker steht.

Wir halten diesen heiligen Schwur fest. Wir halten an ihm fest und verdeutlichen ihn im letzten Satz, wo wir sagen, daß unser Ziel eine Welt des Friedens, der Brüderlichkeit und des Glücks für die gesamte Menschheit ist.

Ein Dank noch einmal allen, die heute gekommen sind. Unter diesem Himmel von Buchenwald, der so lange von dem Rauch des nazistischen Krematoriums geschwärzt wurde, gedenken wir den Tausenden von Leichen, die hier am Tag unserer Befreiung angehäuft waren, wir gedenken derer, die noch in den Außenkommandos und in Dora-Mittelbau starben, den Zweigstellen der Hölle, sowie jener, die noch auf den Todesmärschen getötet wurden. Alle gemeinsam erweisen wir heute zuerst unseren Toten die Ehre.

Aber wir vergessen nicht die Zukunft. Solange wir leben, werden wir darin unseren Platz als Kämpfer für die Freiheit und den Frieden ausfüllen. Brüder und Schwestern, liebe Kameraden, Euer Ziel, unser Ziel wird sich verwirklichen!

Erklärung

Das Internationale Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos stellt fest, daß die Vorbereitungen zur Gestaltung des Lagers Buchenwald und seiner Umgebung den Beschluß des Europäischen Parlaments vom 11. Februar 1993 und die Verpflichtungen verletzen, die die "Historikerkommission" eingegangen ist, die mit der Konzeption beauftragt war.

Der Beschluß des Parlaments stellt formal fest, daß keine "Vermischung" der Gedenkstätte des nazistischen Konzentrationslagers mit der möglichen Nutzung des Ortes nach 1945 stattfinden darf. Die Kommission hat das akzeptiert. Dem Beschluß des europäischen Parlaments haben alle politischen Parteien Deutschlands vorbehaltlos zugestimmt, sowohl die der Regierungskoalition als auch die der Opposition.

Dennoch wird auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers gegenwärtig ein "Dokumentationszentrum" (das eine Ausstellung über die Situation im Ergebnis der alliierten Beschlüsse nach 1945 beinhalten wird) eingerichtet, diesseits der durch den Stacheldraht festgelegten Grenze. Es ist ein Ausgang zur Gedenkstätte vorgesehen, der den Zugang gewährleistet.

Dabei handelt es sich um eine eindeutige Verletzung des Beschlusses der europäischen Abgeordneten und der Verpflichtungen, die die Historikerkommission eingegangen ist. Da die deutschen Abgeordneten betroffen sind, würde dies bedeuten, daß sie ihr gegebenes Wort brechen.

Das Internationale Komitee verlangt von den zuständigen Behörden, daß ihr Vorhaben bezüglich des "Dokumentationszentrums" in der Form geändert wird, daß der Beschluß vom 11. Februar 1993 und die Verpflichtungen der Kommission eindeutig und vollständig eingehalten werden.

Buchenwald, den 8. April 1995.

17. Der Frontsoldat spricht. Die Geschichte aus der Sicht des Dr. Alfred Dregger

Autor: Js. · Rubrik: Militarismus; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:02

Der folgende Artikel, fertiggestellt am 24.4., sollte ursprünglich mit dem Satz beginnen: "Wenn nichts dazwischen kommt - eine plötzliche ‚Krankheit etwa` - wird er am 7. Mai in München als Hauptredner für die rechtskonservative ‚Initiative 8. Mai` auftreten: Alfred Dregger. Der rechte Mann am rechten Platz: In der ‚Hauptstadt der Bewegung` (Nazi-Jargon) wird einer ans Rednerpult treten, den Zeit seines Lebens nichts aus der Bahn werfen konnte...." Nun ist etwas dazwischen gekommen: Nach erheblichem Druck aus der CDU hat Dregger seinen Auftritt abgesagt - wegen Differenzen über den Ablauf der Veranstaltung, die daraufhin ebenfalls abgesagt wurde. Unser Dregger-Porträt verliert dadurch vielleicht seinen aktuellen "Aufhänger", nicht aber seine Wichtigkeit: Der Mann ist noch lange nicht am Ende, und auch seine neu-rechten Freunde werden sich von ihrem Mißerfolg nicht entmutigen lassen.

Alfred Dregger, "deutscher Politiker; CDU; MdB; Dr. jur." (Munzinger-Archiv, 23.5.1992), war mehr als neun Jahre lang Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ist seit 1991 deren Ehrenvorsitzender. 1920 in Münster geboren, rückte er nach dem Abitur zum Arbeitsdienst, dann als Fahnenjunker zur Wehrmacht ein. Er wollte Berufsoffizier werden. Noch heute spricht er von "seiner Truppe", dem Infanterieregiment 58. Die Welt preist einen "Mann mit dem Mut zur Popularität", einen deutschen Helden: "Dregger kämpfte im Frankreichfeldzug, wo er mit dem EK II ausgezeichnet wurde. Weitere Stationen waren Danzig, (...) dann die Kriegsschule in Potsdam, die er als Leutnant verließ. Es folgten Einsätze seiner schweren, bespannt und berittenen Maschinengewehrkompanie in der Normandie und in Nordnorwegen. Den Rußlandfeldzug, bei dem Dregger viermal verwundet wurde, machte er bis zum Ende mit. Noch heute hat er die Brust voller Granatsplitter. Und auch seine Peroneus-Lähmung - sein rechter Fuß hängt herunter - stammt aus dem Krieg. Ein Schuß traf ihn ins Bein." (Die Welt, 23.4.1994)

"Aus dem Schatten

Hitlers treten"

Als die Wehrmacht in einem Zeit-Artikel als "größte Mord- und Terrororgansiation der deutschen Geschichte" bezeichnet wurde, protestierte Dregger unverzüglich beim Herausgeber: "Der Dienst der Frontsoldaten habe nicht Hitler, dem Verderber Deutschlands, gegolten, sondern dem Vaterland, ‚das wir nicht preisgeben wollten`." (Die Welt, 23.4.1994) Hatte er Deutschland, das er nicht "preisgeben" wollte, von 1939 bis 1945 mit der Waffe "verteidigt", so wechselte er nach seinem Einstieg in die Politik das Kampffeld. Der Feind blieb derselbe: der "internationale Kommunismus, der ganz Europa in ein großes Konzentrationslager verwandeln würde, wenn wir es nicht verhindern" (Wahlrede vom 21.8.1976; FR, 27.8.1976).

1982, als die Union mit der Parole von der "geistig-moralischen Wende" gegen die in den letzten Zügen liegende sozialliberale Koalition Stimmung machte, setzte Dregger erneut Akzente. "Ich rufe alle Deutschen auf, aus dem Schatten Hitlers herauszutreten - wir müssen normal werden", tönte er und warnte vor "antideutschem Chauvinismus": "In den zwölf braunen Jahren waren die Verbrechen weniger nicht der Wille aller!" (FR, 26.2.1982) Mit seiner Ansprache zum Volkstrauertag 1986, die allgemein als Replik auf die berühmte Weizsäcker-Rede zum 8. Mai 1985 verstanden wurde, provozierte er auch Teile seiner eigenen Partei. Es müsse endlich Schluß sein "mit der uns von den Siegermächten aufgezwungenen Geschichtsbetrachtung", forderte Dregger in seiner Gedenkrede, in der vorrangig Deutsche als zu betrauernde Kriegsopfer vorkamen: "Es geht nicht an, die toten deutschen Soldaten den anderen Opfern als ‚Täter` gegenüberzustellen, wie es leider geschehen ist." (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Bulletin, 18.11.1986)

Deutsche Opfer: unwissend, unschuldig, betrogen

Im Juli 1991, 50 Jahre nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, bat die Welt-Redaktion zwei Kriegsgegner von einst, ihre Sicht der Geschichte und der daraus zu ziehenden Lehren zu Papier zu bringen: "Alfred Dregger und Sergej Achromejew, Marschall der Sowjetunion, lernten sich Anfang 1991 in Moskau

kennen - und schätzen. Es gab manches, was sie miteinander verband. Beide gehören der gleichen Generation an. Beide waren Kriegsteilnehmer; als junge Bataillonskommandeure hatten sie sich an der Ostfront gegenübergestanden. Beide waren auch mehrfach verwundet worden." Marschall Achromejew hielt in seinem Beitrag einerseits fest: "Feindschaft und Animosität gehören der Vergangenheit an"; gleichzeitig hob er aber hervor, daß der "erbitterte und unversöhnliche Krieg ... nur in einem uneingeschränkten Sieg der einen und in der Zerschlagung und bedingungslosen Kapitulation der anderen seinen Ausgang finden konnte." (1)

Ganz anders äußerte sich der deutsche Frontkämpfer Dregger, der zwar auch allerhand Unverbindliches über eine "gesamteuropäische Friedensordnung" daherschwätzte, in der Bewertung der Geschichte aber beinhart blieb: "Der Krieg, an dem Marschall Achromejew und ich als junge Offiziere teilgenommen haben, war die Folge einer auf totalitärer Anmaßung, auf Gewalt und Unrecht gegründeten Politik. Unsere Völker, die Völker der Sowjetunion und das deutsche Volk, haben in diesem Krieg die meisten Opfer bringen müssen." Im unmittelbaren Anschluß wird der Gedanke von den im Leid vereinten deutschen Aggressoren und ihren sowjetischen Opfern noch einmal wiederholt: "Deshalb war dieser Krieg unser Krieg; der Krieg, dessen Leidtragende vor allem unsere Völker gewesen sind."

Wer sich "totalitärer Anmaßung" etc. schuldig machte, wird hier nicht offen benannt. Daß aus Dreggers Sicht die Kriegsschuld ebenso verteilt ist wie das Leid, blieb an dieser Stelle - vielleicht mit Rücksicht auf den neu gewonnenen sowjetischen Freund - unausgesprochen. Bei seiner Bundestagsrede am 1. September 1989 (dem 50. Jahrestags des deutschen Überfalls auf Polen) war Dregger weniger zurückhaltend gewesen: "Es war Hitler, der, nachdem er die Macht in Deutschland an sich gerissen hatte, den Zweiten Weltkrieg entfesselte. Und es war Stalin, der das durch den Pakt mit Hitler ermöglicht hat." Irgendwelche Protestbekundungen sind im Protokoll weder an dieser noch an anderer Stelle vermerkt.

In seiner Beschreibung des Kriegsgeschehens hob Dregger als Besonderheiten die, verglichen mit dem Ersten Weltkrieg, "neuen Dimensionen" hervor: den "grausamen Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung"; "die nicht weniger grausame Vertreibung der Zivilbevölkerung"; schließlich, "schändlicher noch als alles andere", "die schrecklichen Ausrottungsmorde, die im Schatten des Kriegsgeschehens und unter dessen Tarnung vor allem an den Juden Europas verübt wurden." So waren die Deutschen einerseits Opfer von "Luftkrieg" und "Vertreibung" und dürfen als solche nicht verurteilt werden: Sie sind durch ihre Leiden genug gestraft. Andererseits, das legt Dreggers geschickte Wortwahl nahe, haben sie von den "Ausrottungsmorden" nichts gewußt - die waren so geschickt "getarnt", daß selbst Bataillonskommandeure an der Ostfront nichts davon mitbekommen haben. (Für die 6. Armee, die in Stalingrad kapitulierte, ist im übrigen nachgewiesen, daß die "Richtlinien über das Verhalten der Truppe in Rußland" bis auf die Ebene der Bataillone verteilt wurde; darin wurden "bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden" als vorrangig zu "erledigende" Feindgruppen genannt.) (2)

"Mein Kurs war immer gleich"

Das Lügengebäude vom anständigen deutschen Soldaten muß - aus Staatsräson - auch 50 Jahre nach Kriegsende aufrechterhalten werden, obwohl die aktive Beteiligung der deutschen Wehrmacht am Völkermord längst unwiderlegbar bewiesen ist. Generäle, Offiziere und Soldaten aller Dienstgrade haben Hitlers Kriegsziele - die Ausrottung des "jüdischen Bolschewismus" und die Ermordung aller europäischen Juden - mit Begeisterung und unvorstellbarer Brutalität verfolgt. Dreggers bedauernde Formulierung, daß "damals" Menschen "zum Werkzeug wahnhafter Ideologien" geworden seien, enthält nicht die leiseste Andeutung von Selbstkritik. Auf der Suche nach "den tieferen Ursachen dieser furchtbaren Geschehnisse" hat er die Lösung längst gefunden: "Ich sehe die tiefste Ursache in der Abkehr von Gott". Seine Partei, die gleich 1945 das Christentum zu ihrem Markenzeichen machte, hat also - diese Schlußfolgerung soll das Publikum ziehen - frühzeitig die Lektion der Geschichte gelernt, während auf der anderen Seite der Front die gottlosen Kommunisten noch bis vor kurzem die Geschicke bestimmten.

Daß Gottvertrauen allein es nicht bringt, hat der CDU-Ehrenvorsitzende wiederholt hervorgehoben. "Geistige Orientierung" biete vor allem die Nation, die dem Menschen "Heimat ist, auch geistige und kulturelle Heimat, in der er Geborgenheit findet". "Geistig, kulturell und auch politisch" besitze die deutsche Nation ein reiches Erbe: "Unsere Geschichte umfaßt nicht zwölf, sondern zwölfhundert Jahre." Wer sich als Fortsetzer dieser Tradition begreift, ist auch durch Unmutsäußerungen nicht aus der Ruhe zu bringen: Als er sich während seiner Bundestagsrede zum deutsch-polnischen Verhältnis (21.6.1990) als "deutscher Patriot" bezeichnete,

vermerkte das Protokoll "Oh-Rufe bei der SPD". Darauf schien Dregger nur gewartet zu haben. Barsch wies er die Zwischenrufer zurecht. "Ich habe mich immer dazu bekannt. Sie können ruhig heulen. Tun sie das. Ich habe mich immer dazu bekannt, bin ich immer gewesen. Mein Kurs war immer gleich."

Es besteht nicht der geringste Anlaß, das zu bezweifeln.

Js.

Anmerkungen:

1) zitiert in Alfred Dregger: Einigkeit und Recht und Freiheit. Beiträge zur deutsch-europäischen Einheit, München (Universitas) 1993. Aus diesem Buch wurden auch alle weiteren Zitate entnommen.

2) vgl. Bernd Boll/Hans Safrian: Auf dem Weg nach Stalingrad. Die 6. Armee 1941; in Hannes Heer/Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg (Hamburger Edition) 1995, S. 263f.

Die " selbstbewußte Nation"

"Initiative 8. Mai 1945": CDU/CSU und Neue Rechte in einem Boot

Am 7. April wurden, exklusiv für die Leserinnen und Leser der FAZ, in wenigen Worten die Lehren der neueren deutschen Geschichte zusammengefaßt. Unter der Überschrift "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" erschien eine viertelseitige Anzeige folgenden Wortlauts:

"Im Grunde bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind." Die Paradoxie des 8. Mai, die der erste Bundespräsident unserer Republik, Theodor Heuss, so treffend charakterisierte, tritt zunehmend in den Hintergrund. Einseitig wird der 8. Mai von Medien und Politikern als "Befreiung" charakterisiert. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch den Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes. Ein Geschichtsbild, das diese Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder relativiert, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein, die wir Deutschen in der europäischen Völkerfamilie werden müssen, um vergleichbare Katastrophen künftig auszuschließen.

Es folgten - neben einem Spendenaufruf für das "Sonderkonto Demokratie" - auf 80% der bezahlten Fläche Namen und Funktionen von 296 UnterzeichnerInnen. Darunter finden sich Politiker der staatstragenden Parteien ebenso wie prominente Republikaner und Mitarbeiter der rechtsextremen Jungen Freiheit: Von der CSU Peter Gauweiler, Friedrich Zimmermann und Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger; von der CDU Heinrich Lummer und Alfred Dregger; die Berliner FDP-Rechten Alexander von Stahl, Manfred Kittlaus und Wolfgang Mleczkowski; Ex-Verteidigungsminister Hans Apel (SPD); die stellvertretenden Rep-Vorsitzenden Ottmar Wallner und Ingeborg Seifert; der ehemals grüne "Friedensforscher" Alfred Mechtersheimer. Zu den Verfassern der Erklärung und Wortführern des Bündnisses gehören die Welt-Redakteure Rainer Zitelmann (37) und Heimo Schwilk.

Die bisher einmalige Aktionseinheit löste umgehend Ermahnungen aus, den kostbaren "Konsens der Demokraten" nicht durch Extratouren zu gefährden. "Es tut mir wirklich weh, Sie in dieser Gesellschaft zu sehen", hielt Ex-Minister Horst Ehmke (SPD) dem prominentesten Unterzeichner, dem Ehrenvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger, vor. Genauso argumentierte der SPD-Vorstand: Hier seien "Mitglieder der Bundesregierung und zahlreiche Politiker aus den Koalitionsparteien" von den "Extremisten der ‚Neuen Rechten`" instrumentalisiert worden: "Wer Verantwortung in der Politik trägt, darf solchen Leuten nicht auf den Leim gehen." Erfolg hatte dieser Appell nur gegenüber einem aus den eigenen Reihen. Hans Apel distanzierte sich nachträglich: "Ich habe meine Unterschrift zurückgezogen, weil ich diese Gesellschaft nicht mehr mag."

Der Inhalt der neu-rechten Erklärung war nicht Gegenstand der "scharfen Kritik der SPD" (Mediendeutsch). Dabei ist die Lügenhaftigkeit des Textes jedem sofort offensichtlich, der oder die im Gedenkjahr 1995 auch nur einen kleinen Teil der einschlägigen Sendungen und Zeitschriftenserien zur Kenntnis genommen hat. Der "Vertreibungsterror", die Bombardierung Dresdens und anderer Großstädte, die Ohnmacht gegenüber dem

Vordringen der Roten Armee waren herausragende Themen der Medienkampagne, in denen die Deutschen des Jahres 1945 sich immer wieder als bemitleidenswerte Opfer präsentieren. Wer hier von drohendem "Vergessen" spricht, macht deutlich, daß ihm die Aufrechnung deutscher Verbrechen gegen die "Verbrechen der anderen" noch nicht weit genug geht. Er verlängere, schreibt Ralph Giordano, "das alte Verdrängungsargument ‚Wir haben von nichts gewußt` in seine neue Variante ‚Wir wissen noch immer nichts`" und betreibe "eine geradezu zwanghafte Relativierung der NS-Verbrechen". (taz, 18.4.1995)

Nachdem auch von CDU-PolitikerInnen (Süssmuth, Laurien u.a.) öffentlich Kritik an der "Einseitigkeit" des Aufrufs geübt worden war, wurde Dregger offenbar massiv unter Druck gesetzt. Zwar gab Kohl in verschlüsselter Form grünes Licht für die Annäherung an das rechtsextreme Lager, als er erklärte, der 8. Mai müsse "Raum für vielerlei Empfindungen bieten. Keiner hat das Recht festzulegen, was Menschen an diesem Tag in ihren Erinnerungen zu denken haben." Gleichzeitig riet er, ebenso wie Fraktionsvorsitzender Schäuble, Dregger von der Teilnahme an der Münchner Veranstaltung dringend ab. "Die Parteispitze habe argumentiert, ein Auftritt Dreggers am 7. Mai in München werde die Aufmerksamkeit der Medien so sehr fesseln, daß die offizielle Gedenkfeier in Berlin nur eine untergeordnete Rolle gespielt hätte." (FR, 29.4.)

Letzteres konnte nicht in Dreggers Sinne sein, hatte er doch schon vorher erklärt: "Ich begrüße die Feierlichkeiten, die für den 8. Mai in Berlin geplant sind, und werde daran teilnehmen." Es gehe nicht um "Niederlage oder Befreiung", sondern um "Versöhnung" - "Versöhnung" nicht nur mit den ehemaligen Kriegsgegnern, sondern auch mit dem Geschichtsbild des Frontsoldaten Alfred Dregger (siehe obenstehenden Artikel).

Js.

18. Wehrmacht und Vernichtungskrieg. Zwei wichtige Neuerscheinungen

Autor: Js. · Rubrik: Militarismus; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:05

"Wehrmacht und Nationalsozialismus sind desselben geistigen Stammes. Sie werden weiter Großes für die Nation leisten, weil sie dem Vorbild und der Lehre des Führers folgen, der in seiner Person den echten Soldaten und Nationalsozialisten verkörpert." Das nicht mißzuverstehende Bekenntnis stammt aus einem Erlaß, den Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch, Oberbefehlshaber des Heeres von 1938 bis Dezember 1941, Ende 1938 zur politischen Erziehung seiner Offiziere herausgab. Nach der Niederlage soll das nicht mehr gegolten haben: Derselbe von Brauchitsch malte in seiner "Denkschrift der Generäle" für die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse das Bild einer ganz anderen Armee: unpolitisch, unwissend, unbeteiligt oder in Opposition stehend.

Zum Beweis werden gern "unverdächtige" Zeugen aufgeboten: Angehörige ehemals feindlicher Staaten, die den deutschen Generälen "feines Benehmen" (gentlemanliness) bescheinigen - so der britische Militärhistoriker Liddell Hart, der regelmäßig als Entlastungszeuge benannt wird. So auch von Alfred Dregger, der in seiner skandalösen Bundestagsrede zum "Volkstrauertag" 1986 antrat, "die Ehre unserer toten Soldaten zu schützen". (Dokumentiert im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 18.11.1986) Dregger wörtlich (man beachte die genauen Quellenangaben!): "Ich verweise auf Sir Liddle Hart (falsche Schreibweise im Manuskript; Anm. Js.), den führenden britischen Militärhistoriker (Düsseldorf, Econ-Verlag 1966), und auf den sowjetischen Marschall Schukow (Gedanken und Erinnerungen 1969). Beide rühmen Disziplin und Tapferkeit unserer Soldaten, Liddle Hart auch ihre Haltung der Zivilbevölkerung gegenüber (S. 143)." Auch US-Präsident Eisenhower, im Kriege amerikanischer Oberbefehlshaber in Europa, habe, so Dregger weiter, "am 23. Juni 1951 in Gegenwart Adenauers" betont, "der deutsche Soldat habe seine Ehre nicht verloren". Ähnlich habe sich Frankreichs Staatspräsident De Gaulle, "die Seele des französischen Widerstands im Kriege", "in seiner ritterlichen Art am 20. Juni 1961 in Paris dem deutschen Bundespräsidenten gegenüber" geäußert: "Jedes der beiden Völker will die Erinnerung an den entfalteten Mut und an die erlittenen Opfer bewahren, insofern die Ehre der Kämpfenden hierbei unangetastet geblieben ist."

Der Gedanke, daß Hitlers Kriege auch ohne Massenmorde an der Zivilbevölkerung und an gefangenen Soldaten verbrecherisch gewesen wären, kommt dem Frontkämpfer Dregger nicht. Ein seltsames Versäumnis für jemanden, der die "verfassungsmäßige Ordnung" der BRD mit so viel Nachdruck zu verteidigen gewohnt ist: Immerhin stellt Grundgesetzartikel 26 schon die Vorbereitung eines Angriffskrieges unter Strafe.

Die - leider authentischen - Ehrenerklärungen westlicher Politiker zugunsten der Wehrmacht müssen allerdings im historischen Kontext gesehen werden. Mit dem Zerfall der Anti-Hitler-Koalition erforderte die gemeinsame Frontstellung des Westens gegenüber der Sowjetunion, "alte Feindschaften" zu vergessen. Jetzt fügten sich "jene Elemente der Wehrmachtspropaganda, in denen sie als Bollwerk der Zivilisation gegen den Bolschewismus dargestellt worden war, hervorragend in die Strategie der neuen westlichen Allianz ein", schreibt der israelische Militärhistoriker Omer Bartov: "Während der Kalte Krieg und die Angst vor dem Kommunismus der Vorstellung den Weg bereiteten, die Rote Armee sei eine durch und durch politische Institution, bildeten sie ironischerweise auch die Grundlage für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, in deren Gefolge es politisch notwendig wurde, die Verquickung von Wehrmacht und Nationalsozialismus zu vertuschen." (Bartov: 206)

Hinzu kommt, daß im Krieg an der Westfront zumindest in den ersten Jahren das Kriegsrecht noch weitgehend respektiert wurde. In einigen Fällen wurden hier sogar Wehrmachtsoldaten wegen Vergewaltigung zum Tode verurteilt, während die gleichen Taten im Ostkrieg durch "Aufklärung" der Truppe eingedämmt werden sollten: Eindringlich wurden die Soldaten vor der Heimtücke der "Judenweiber" und der Gefahr der Ansteckung mit Geschlechtskrankheiten gewarnt. Später eskalierte der Terror gegen die Zivilbevölkerung auch im Westen. In Italien war die Wehrmacht nach dem "Verrat" des ehemaligen Verbündeten an einer Reihe von Massakern beteiligt. In Jugoslawien und Griechenland wurden nach Italiens Ausscheiden aus dem Krieg im September 1943 Tausende italienischer Kriegsgefangener von der Wehrmacht ermordet.

Im Osten dagegen begannen die Verletzungen des Kriegsrechts mit dem 1. September 1939, dem Überfall auf Polen. In einem Befehl vom 10.9.1939 ordnete Generalmajor Walter Braemer, Kommandeur des rückwärtigen Armeegebiets 580 und Befehlshaber von Bromberg (Bydgoszcz), "Vergeltungsmaßnahmen" an, nachdem an verschiedenen Stellen der Stadt auf Wehrmachtsoldaten geschossen worden war: "1 Soldat wurde verwundet. Ich befehle daher das Erschießen von 20 Geiseln auf dem Marktplatz. Die Erschießung findet zu Mittag statt." Als "Ergebnis der bisherigen Säuberungsmaßnahmen" hält Braemer fest: "Ungefähr 120 Personen wurden erschossen. 900 Personen (Pöbel) wurden verhaftet. Diese Personen wurden von den übrigen Internierten abgesondert. Sie stehen dem Sondergericht für Schnellverfahren zur Verfügung." Die Sondergerichtsbarkeit war fünf Tage zuvor durch eine Verordnung von Brauchitschs eingeführt worden. Der Historiker Werner Röhr zählt die Sondergerichte in Poznan, Katowice, Inowroclaw und Bydgoszcz "zu den blutigsten". (Nacht über Europa: 75) In den Jahren 1940-1944 fällten Sondergerichte allein im annektierten Teil Polens über 1.000 Todesurteile.

"Zum Schutz der Truppe" nahm die Wehrmacht den Massenmord an Zivilisten auch selbst in die Hand. In einem Befehl vom 10.9.1939 ordnete Generaloberst Fedor von Bock, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, an: "Wird aus einem Dorf hinter der Front geschossen und ist das Haus, aus dem das Feuer kam, nicht festzustellen, so wird das ganze Dorf niedergebrannt, sofern es zur Unterbringung der Truppe nicht gebraucht wird."

"Weltanschauungskrieg" gegen den "jüdischen Bolschewismus"

Schon bei der Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion (22. Juni 1941) war klar: Der kommende Krieg würde ein Vernichtungskrieg sein, in dem das Völkerrecht, die Haager Landkriegsordnung und die von der traditionsbewußten Generalität reklamierte "Ritterlichkeit" bei der Behandlung des Gegners keine Rolle mehr spielen würden. Schon im März 1941 hatte Hitler seine Generäle instruiert, daß der Krieg mit der Sowjetunion als "Weltanschauungskrieg" zu führen sei. Der sowjetische Staat solle nicht besiegt, sondern mittels "brutalster Gewalt" zerschlagen werden. Kommunistische Funktionäre und "jüdisch-bolschewistische Intelligenz" seien zu "liquidieren", um den Feind seiner geistigen Elite zu berauben. Im sogenannten "Kommissarbefehl", den "Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare" der Roten Armee (erlassen am 6.6.1941), wurde der Mord an Wehrlosen verbindlich festgelegt: "In diesem Kampfe ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch. (...) Die Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen diese muß daher sofort und ohne weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden."

Im "Gerichtsbarkeitserlaß" von Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel war bereits am 13.5.1941 auch gegen "feindliche Zivilpersonen" der kürzest mögliche Prozeß angeordnet worden. "Freischärler" - gemeint waren Partisanen und Widerstandskämpfer - seien "durch die Truppe im Kampf oder auf der Flucht schonungslos zu erledigen". Auch "alle anderen", nicht näher definierten "Angriffe feindlicher Zivilpersonen" gegen Wehrmachtsoldaten seien "mit den äußersten Mitteln bis zur Vernichtung des Angreifers niederzukämpfen". Voraussehbare Exzesse wurden von vornherein entschuldigt: "Für die Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist." Generell wurde als mildernder Umstand bei der "Beurteilung solcher Taten" auf die Kriegsniederlage 1918, die "spätere Leidenszeit des deutschen Volkes" und die "zahllosen Blutopfer" des Nationalsozialismus verwiesen. Es müsse berücksichtigt werden, daß all das "entscheidend auf bolschewistischen Einfluß zurückzuführen war und daß kein Deutscher dies vergessen hat."

An der Ausformulierung beider Erlasse waren Generäle des Heeres - darunter Eugen Müller, Walter Warlimont und Franz Halder - maßgeblich beteiligt. Ihre Entwürfe gingen teilweise noch weiter als die Endfassungen. Wenn Generäle und Wehrmachtsoffiziere später gegen die Umsetzung dieser Befehle intervenierten, geschah das in der Regel aus Sorge um die Disziplin der Truppe oder aus taktischen Erwägungen. Es drohte "Verrohung"; die maßlosen Greueltaten trieben den Partisanen ständig Nachwuchs und Unterstützer zu; bei "wilden" Plünderungen wurden ungeheure Werte vernichtet, die der Besatzungsmacht die Versorgung "aus dem Lande" erschwerten. Durchsetzen konnten sie sich mit solchen Appellen zur Mäßigung nur in Ausnahmefällen. Der "Exzeß", die "sinnlose Gewalt" war Wesensmerkmal dieses Krieges.

Omer Bartov sieht den tieferen "Sinn" der blutigen Raserei darin, daß sie ein "Ventil" bot "für die Wut und Frustration, die sich, bedingt durch die strenge Disziplin, die steigenden schweren Verluste und die Aussichtslosigkeit des Krieges, in den Männern angestaut hatten". (Bartov: 96) Die gemeinsam begangenen Greueltaten hätten den "Zusammenhalt unter den Tätern gestärkt" und, verbunden mit strenger Disziplin in den Schlachten gegen die Rote Armee, erst die besondere Kampfkraft der Wehrmacht geschaffen: "Das Ostheer wurde also durch eine Kombination aus eiserner Disziplin im Feld und einer allgemeinen Lizenz zur barbarischen Behandlung des Feindes zusammengehalten." (Bartov: 113)

In Rechtfertigungsschriften von Wehrmachtsführern, die sich nach 1945 als harte, aber faire Kämpfer darzustellen versuchten, wird mitunter entschuldigend auf einen Generationskonflikt verwiesen. Die anständigen älteren Offiziere, die schon für das Kaiserreich gekämpft hatten, seien durch die nachrückenden Wehrpflichtigen und jungen Offiziere in ihrer Opposition behindert worden. So schrieb Panzergeneral Heinz Guderian in seinen 1950 erschienenen Memoiren: "... jeder neue Jahrgang, der zu den Fahnen trat, kam aus der Hitlerjugend und war bereits im Arbeitsdienst und in der Partei auf Hitler verpflichtet worden. Auch das Offizierskorps wurde von Jahr zu Jahr stärker mit jungen Nationalsozialisten durchsetzt." Richtig daran ist, daß die im Nazireich Herangewachsenen in der Hitler-Jugend weltanschaulich geprägt, d.h. ideologisch verhetzt waren: Für sie waren die Russen "Untermenschen", und die Juden waren verantwortlich für alle Übel dieser Welt.

Aber auch die altgedienten Generäle des Kaiserreichs konnten nach 1933 ohne vorherige Gehirnwäsche für ihren neuen Führer Dienst tun. Antisemitismus und Herrenmenschentum waren ihnen ebenso eigen wie die Bereitschaft, für die "Schmach von Versailles" blutige Rache zu nehmen. Ihr wesentlicher Vorbehalt gegen Hitler - der Standesdünkel gegenüber dem "Weltkriegsgefreiten" und Radaupolitiker - schwand spätestens mit dessen Blitzkriegstriumphen.

Weltanschaulich gab es zwischen Hitler und seinen Generälen tiefe Übereinstimmung. So formulierte Generaloberst Erich Hoepner, später an der Verschwörung des 20. Juli 1944 beteiligt, in einem Tagesbefehl an seine Soldaten: "Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus." Generalfeldmarschall von Manstein, Oberbefehlshaber der 11. Armee, suchte in einem Befehl vom 20.11.1941 etwaige Skrupel der Truppe auszuräumen: "Für die Notwendigkeit der harten Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors, muß der Soldat Verständnis aufbringen."

Mittäter bei der

Ermordung der Juden

Die Wehrmacht beschränkte sich aber keineswegs auf die Rolle des verständnisvollen Zuschauers. Sie leistete ab dem ersten Tag des Krieges gegen die Sowjetunion Beihilfe zum Massenmord an den Juden. Diese Aufgabe war ihr - wenn auch in allgemeiner Form - in aller Öffentlichkeit zugewiesen worden. Hitler hatte in seiner berüchtigten Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 für den kommenden Krieg den Untergang der Juden angedroht: "Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa." Daß die Wehrmacht als das wesentliche Kriegsinstrument an dem Vernichtungswerk nicht teilhaben würde, war gegen alle Logik.

Mit Beginn des Krieges erhielt das Heer genauere Anweisungen. In den eroberten Gebieten hatten Orts- und Feldkommandanturen folgende Aufgaben: "a) Erfassung der Beute, insbesondere sämtlicher Handfeuerwaffen, b) Verhaftung der Partisanen, c) Sicherstellung der Juden, d) Stimmung der Bevölkerung, e) Minenfelder, f) Kriegsgefangene." Der Historiker Hannes Heer folgert aus dieser Aufgabenstellung: "Die Juden galten also - nach den Partisanen - als zweitwichtigste Feindgruppe. Ihre ‚Sicherstellung` gehörte zu den normalen Aufgaben der Besatzungstruppen." Um den Tatbeitrag der Wehrmacht zu bezeichnen, knüpft Heer an den von Jean Améry geprägten Begriff des "ersten Schlages" an. Améry, jüdischer KZ-Häftling, hatte geschrieben: "Der erste Schlag bringt dem Inhaftierten zu Bewußtsein, daß er hilflos ist - und damit enthält er alles Spätere schon im Keime." Heer folgert: "Die Wehrmacht hat dem osteuropäischen Judentum diesen ‚ersten Schlag` versetzt. Sie hat den einzelnen Juden depersonalisiert und entwürdigt und damit

Hunderttausende in den ‚Abfall` verwandelt, der von Einsatzgruppen, Polizei und Waffen-SS dann systematisch weggeräumt wurde." (Heer/Naumann: 60)

Es gab aber auch eine noch direktere Beteiligung der Wehrmacht an der Ermordung von Juden. Generalmajor Bechtolsheim, im Nazijargon "Kommandant in Weißruthenien", brachte das Prinzip des "Alles ist erlaubt" in einem Lagebericht vom 10.9.1941 zum Ausdruck: "Die jüdische Bevölkerung ist bolschewistisch und zu jeder deutschfeindlichen Haltung fähig. Zu ihrer Behandlung bedarf es keiner Richtlinien." In der Praxis kam es zu einer durchaus planvollen Arbeitsteilung von Wehrmachtsorganen mit der SS, dem SD (Sicherheitsdienst), Polizeitruppen und der Geheimen Feldpolizei (GFP).

Beim Massaker von Babi Yar, am Stadtrand von Kiew, leistete die Wehrmacht aktive Beihilfe: Wie auch in vielen anderen Fällen erließ der Stadtkommandant einen Aufruf an die jüdische Bevölkerung, der von der Propaganda-Kompanie produziert wurde. Auf 2.000 Plakaten wurden alle Juden von Kiew - Männer, Frauen und Kinder - aufgefordert, sich am 29. September 1941 um 8 Uhr morgens an einer bestimmten Stelle zu sammeln. Zuwiderhandlungen würden durch Erschießen bestraft. In der Schlucht Babi Yar wurden innerhalb von zwei Tagen 33.000 Menschen erschossen, die von Polizei und SS zusammengetrieben worden waren. Ausführende Täter waren Angehörige des SS-Sonderkommandos 4a, die hernach die "überaus geschickte Organisation", insbesondere die massenhafte Plakatierung, lobten.

In unzähligen Fällen waren Wehrmachtsoldaten auch unmittelbar Tatausführende. Viele befolgten die Mordbefehle ihrer Vorgesetzten voller Begeisterung. Das belegen die prahlerischen Selbstbezichtigungen in Feldpostbriefen an die Familie. Bereitwillig wurden die antisemitischen Stereotypen der offiziellen Propaganda reproduziert, stolz die eigenen Untaten geschildert. So schrieb "Franzl", am 6.7.1941, zwei Wochen nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion, aus Tarnopol an seine Eltern: "Gestern waren wir mit der SS gnädig, denn jeder Jude, den wir erwischten, wurde sofort erschossen. Heute ist es anders, denn es wurden wieder 60 Kameraden verstümmelt gefunden. Jetzt müssen die Juden die Toten aus dem Keller herauftragen, schön hinlegen und dann werden ihnen die Schandtaten gezeigt. Hierauf werden sie nach Besichtigung der Opfer erschlagen mit Knüppeln und Spaten. Bis jetzt haben wir zirka 1.000 Juden ins Jenseits befördert aber das ist viel zu wenig für das, was die gemacht haben." (vgl. die Dokumentation von Walter Manoschek über das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen 1939-1944)

Massaker an Partisanen, Gefangenen und Zivilisten

Hannes Heer verwendet für die Realität der ersten Kriegsmonate den Begriff vom "Partisanenkampf ohne Partisanen". Stalins Aufruf "zur Entfachung des Partisanenkampfes" vom 3.7.1941 hatte zunächst kaum nennenswerte Folgen. Daß die Wehrmacht dennoch Zehntausende als "Partisanen" exekutierte, hängt mit ihrer völlig willkürlichen Begriffsdefinition zusammen. Neun Zehntel dieser "Partisanen" waren unbewaffnet, meistens handelte es sich um ZivilistInnen, die einer "feindseligen Einstellung" verdächtig erschienen; die Wörter Partisan und Jude waren weitgehend austauschbar. Auch versprengte Rotarmisten hinter der Front wurden als "Freischärler" sofort exekutiert. Die Behauptung der deutschen Führung, die Völker der Sowjetunion vom Bolschewismus befreien zu wollen, wurde durch diese Art der Kriegführung binnen kurzem widerlegt. Die gesamte Zivilbevölkerung wurde zum Feind, gegen den jede Art von Übergriff erlaubt war.

Im Generalplan Ost war die Vertreibung von 31 Millionen Menschen vorgesehen. Daß die meisten von ihnen dabei umkommen würden, war einkalkuliert. Die rücksichtslosen Plünderungen, das Abschlachten des Viehs und die "Evakuierung" der Dörfer führten, ohne daß dabei Schüsse fallen mußten, zum Massensterben durch Hunger und Kälte. Im Winter 1941/42 wurden die schlecht ausgerüsteten deutschen Truppen per Befehl zur "Selbsthilfe" verpflichtet. Wärmende Winterkleidung und gefütterte Stiefel durften und sollten bei denen beschafft werden, die sie besaßen: Bauern oder Kriegsgefangenen, auch wenn diese damit in den sicheren Tod geschickt wurden. "Die Ausbeutung und die Zerstörung der russischen Wirtschaft erfolgten großenteils auf Befehl und in disziplinierter Form", schreibt Omer Bartov (Bartov: 117). "Wilde" Requisitionen waren dadurch nicht ausgeschlossen. Sie wurden in der Regel toleriert und nur dann abgestellt, wenn sie Versorgungsprobleme für die Truppe verursachten. Daß Teile der Zivilbevölkerung durch die Plünderungen zum Hungertod verurteilt waren, blieb der deutschen Besatzungsmacht nicht verborgen. In einem Bericht der 12. Infanteriedivision ist davon die Rede, daß im Winter 1941/42 "russische hungernde Zivilisten deutsche Dienststellen um Abhilfe oder um Erschießung baten."

Einen ernsthaften Interessenkonflikt gab es bei der Ausbeutung der ZwangsarbeiterInnen. Während sie einerseits die an die Front geschickten deutschen Arbeiter ersetzen sollten, machte andererseits die Wehrmacht massenhaften Bedarf geltend, den sie teilweise auch selbst decken konnte. Oft wurden völlig unausgebildete ZwangsarbeiterInnen zum Minenräumen eingesetzt - eine über kurz oder lang unweigerlich den Tod bringende Arbeit.

Auch an der Rekrutierung der 2,8 Millionen zivilen ZwangsarbeiterInnen für das Reich war die Wehrmacht beteiligt: "Rund die Hälfte von ihnen hatte die Wehrmacht im Operationsgebiet selbst aufgebracht." (Heer/Naumann: 101) In der Praxis bedeutete die Rekrutierungsarbeit Selektion: Arbeitsfähige wurden aussortiert, Alte, Kranke und Kinder ihrem Schicksal überlassen. Nach dem fest eingeplanten Sieg in Stalingrad sollten die dort erwarteten 800.000 Menschen selektiert werden: "Die Arbeitsfähigen sollten ausgesondert und dem Reichseinsatz oder anderen deutschen Bedarfsträgern vor Ort zugeführt werden. Den Rest wollte man ‚in die Steppe` leiten." (ebd.)

Die Brutalität, mit der die sowjetischen Kriegsgefangenen behandelt wurden, ist ein weiterer Beleg dafür, daß der nazistische Rassenwahn auch in der Wehrmacht tief verankert war. Nicht nur Juden, auch "Slawen" und insbesondere "Asiaten" waren für die Truppe "Untermenschen", von denen allenfalls eine Minderheit eine zudem befristete Daseinsberechtigung hatte: als Arbeitssklaven der die Welt beherrschenden germanischen Herrenmenschen. Schon die reinen Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Von 5,7 Millionen sowjetischen Gefangenen überlebten 3,3 Millionen nicht. "Nutzlose Esser" ließ man zielstrebig verhungern. Verwundeten wurde nicht nur jegliche medizinische Versorgung verweigert; in vielen Fällen wurden sie umgebracht. Das Bild, das in den "Mitteilungen für die Truppe" (Juni 1941) von den politischen Kommissaren der Roten Armee gezeichnet wurde, scheint ein Großteil der deutschen Soldaten auch "dem Russen" generell zugeschrieben zu haben: "Es hieße die Tiere beleidigen, wollte man die Züge dieser zu einem hohen Prozentsatz jüdischen Menschenkinder tierisch nennen."

Proteste gegen die Greueltaten blieben marginal. Vereinzelt warnten Offiziere vor der damit verbundenen "Verrohung", die "deutscher Soldaten unwürdig" sei und die die militärische Disziplin untergrabe. Ernsthafte Folgen hatte das für die Täter nicht. Zwar wurden im Zweiten Weltkrieg insgesamt 13.000 bis 15.000 deutsche Soldaten von Kriegsgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet. Es gibt aber keinerlei Hinweise, "daß Soldaten in der Sowjetunion wegen Plünderns oder gewalttätiger Übergriffe gegen Einheimische abgeurteilt, geschweige denn hingerichtet wurden." (Bartov: 110)

Hitlers Armee -

Vorläuferin der Bundeswehr

Die Tatsache, daß jeder Wehrmachtsangehörige den Eid auf Adolf Hitler abgelegt hat, wird von interessierter Seite gern heruntergespielt. Das sei halt ein Befehl gewesen - praktische Auswirkungen habe er kaum gehabt. Selbst der Historiker Hans Mommsen, im Historikerstreit einer der Widersacher Noltes und Hillgrubers, trägt zur Legende von der unpolitische Armee bei, wenn er schreibt: "Die Mentalität des durchschnittlichen Landsers war von Nüchternheit, Ablehnung der realitätsfernen Propagandatiraden und dem festen Willen geprägt, selbst zu überleben." Tatsächlich war neben dem Antisemitismus und dem Rassismus der quasi-religiöse Glaube an den genialen Führer wesentliche ideologische Säule der Wehrmacht. "Das Realitätsbild der deutschen Soldaten", schreibt Omer Bartov, "wurde von zwei miteinander verknüpften Faktoren geprägt: der immer radikaleren Entmenschlichung des Gegners und parallel dazu der Vergöttlichung Hitlers." Gerade die Frontsoldaten waren "unter Hitlers Ergebenen die ersten - und die letzten, die seiner Ideologie zynisch gegenüberstanden." (Bartov: 253)

Der Führer-Mythos trug wesentlich zum Durchhaltewillen an der Front bei. Bei amerikanischen Umfragen unter deutschen Kriegsgefangenen gaben zwei Drittel der Befragten an, sie hätten noch Ende November 1944 an Hitler geglaubt. In Briefen und bei Heimaturlauben teilten sie diese Überzeugung der Familie mit und stärkten die Opferbereitschaft an der "Heimatfront".

Angesichts der Faktenlage ist es nur schwer nachvollziehbar, daß sich die Legende von der "sauberen" Wehrmacht ein halbes Jahrhundert lang erhalten konnte. Die Prognose des Oberkommandos der Wehrmacht in seinem letzten Lagebericht vom 9. Mai 1945 ging schneller in Erfüllung als gedacht: "Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung

finden." Der bald einsetzende Kalte Krieg lieferte scheinbar Indizien dafür, daß die Deutschen eigentlich doch für eine gute Sache gekämpft hatten. In der Politik, aber auch im Alltagsgespräch, in Zeitschriftenserien und verklärenden Erinnerungsbüchern blieb der Feind derselbe, der "Bolschewismus", der aus naheliegenden Gründen von seinem bisherigen Attribut "jüdisch" getrennt wurde. Über diese historische Kontinuität schreibt Omer Bartov: "Der größte Sieg der deutschen Armee wurde auf dem Feld der Politik errungen, denn hier gelang es (...), aus dieser mörderischsten Militäraktion der deutschen Geschichte so gut wie unangefochten zurückzukehren." (zitiert bei Heer/Naumann: 32) Der Krieg blieb zwar - wegen der eigenen Opfer - eine Katastrophe, ein Bruch mit der Vergangenheit war aber nicht notwendig. Das von Linksradikalen erdachte zynische Sprichwort "Von deutschem Boden soll nie wieder ein verlorener Krieg ausgehen" bringt, bei aller Vereinfachung, die kollektiv gezogenen Lehren auf den Punkt. In den Worten des Historikers: "Die kollektive Erinnerung an den Krieg ist also die Erinnerung an einen furchtbaren Schicksalsschlag, an ein Ereignis apokalyptischen Ausmaßes, gegen das man machtlos war und das Tod und Leid über ungezählte Menschen brachte." (Bartov: 276)

Bis heute wird von Leuten, die sich berufen fühlen, "der Nation" einen Dienst zu erweisen, daran gearbeitet, die vermeintlichen Lehren der Vergangenheit zu aktualisieren. Einer größeren Öffentlichkeit fiel das insbesondere auf, als 1986 demokratische Intellektuelle wie Jürgen Habermas und Micha Brumlik gegen "das Umschwenken deutscher Konservativer zum aggressiven Nationalismus" (Brumlik) aufstanden. Der "Historikerstreit" war eröffnet. Wer die Befehle der Wehrmachtsführung aus den Jahren 1941ff. mit den Aufsätzen der Nolte und Hillgruber vergleicht, muß über die Geistesverwandtschaft erschrecken: Krieg und Völkermord - in der Nazi-Sprache "Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitisch-asiatische Überschwemmung" - wurden bei Nolte zur ",asiatischen` Tat", die Hitler und "die Nationalsozialisten" nur deshalb vollbrachten, "weil sie sich und ihresgleichen als potentielle Opfer einer ‚asiatischen` Tat betrachteten". Aus den Durchhalteappellen des Jahres 1945 formulierte Hillgruber die "verantwortungsethische Position der Befehlshaber, Landräte und Bürgermeister, aus deren Sicht alles darauf ankam, wenigstens einen schwachen Schleier von Sicherungen an der ostpreußischen Grenze aufzubauen, um das Schlimmste zu verhindern: die drohende Orgie der Rache an der deutschen Bevölkerung..."

Hillgrubers kategorische Forderung an die Deutschen, sich ohne Wenn und Aber mit denen zu identifizieren, die den Krieg und den Massenmord in den KZs verlängern halfen, war in ihrer reinsten Form nicht mehrheitsfähig. Wer dieser Tage den Fernseher einschaltet, wird auf verschiedenen Programmen mit einem Gebräu der Marke "Hillgruber light" konfrontiert: Deutsche Opfer der selbstverschuldeten Katastrophe, die sich - legt man die letzten Kriegsmonate zugrunde - ziemlich glaubwürdig als schutzlose Verteidiger gegen eine Übermacht von Feinden präsentieren dürfen. Diese Art der moralischen Wiederaufrüstung und ihre Bedeutung für künftige deutsche Waffengänge wären - in einer der nächsten ak-Ausgaben - genauerer Betrachtung wert.

Js.

Quellen:

Omer Bartov: Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges; Reinbek (Rowohlt) 1995

Philippe Burrin: Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord; Frankfurt/Main (Fischer) 1993

Hannes Heer, Klaus Naumann (Hrsg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944; Hamburg (Hamburger Edition) 1995

"Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung; München (Piper) 1987

Walter Manoschek (Hrsg.): "Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung". Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen 1939-1944, Hamburg (Hamburger Edition) 1995

Wolfgang Michalka (Hrsg.): Deutsche Geschichte 1933-1945. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik; Frankfurt/Main (Fischer) 1994

Nacht über Europa. Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945); Dokumentenauswahl und Einleitung von Werner Röhr; Köln (Pahl-Rugenstein) 1989

Trümmer in Minsk

Wehrmacht und Vernichtungskrieg

Zwei wichtige Neuerscheinungen

Omer Bartov:

Hitlers Wehrmacht

Das Buch des israelischen Militärhistorikers Omer Bartov beansprucht nicht, eine umfassende Darstellung der deutschen Armee und ihrer Stellung zum Naziregime zu sein. Der Autor will vielmehr "unser Verständnis der Nazifizierung deutscher Soldaten" verbessern helfen. Bei seinem Deutungsversuch verzichtet er keineswegs auf die Darstellung der wesentlichen Fakten. Aus den Befehlen der Armeeführung und aus Feldpostbriefen von Frontsoldaten zitiert er ebenso breit wie aus den lügenhaften Memoiren der Generäle, die in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft der Legende von der "sauberen" Wehrmacht Nahrung gaben.

Bewußt konzentriert Bartov sich auf den Krieg im Osten: "Ich behaupte, daß die Erfahrungen an dieser Front für die deutsche Wehrmacht als Ganzes entscheidend waren, ja sogar für die deutsche Gesellschaft in und nach dem Krieg." Unter dem Eindruck des Historikerstreits hat Bartov den größten Teil seiner Ideen überdacht und neu formuliert. Den Geschichtsrevisionisten und Apologeten weist er die Übernahme nazistischer Propagandaelemente nach.

Detailliert setzt Bartov sich mit der sogenannten "Primärgruppentheorie" auseinander: Danach wäre die Wehrmacht eine weitgehend unpolitische Armee gewesen, die vor allem durch eine feste soziale Ordnung zusammengehalten wurde. Bartov weist nach, daß die angeblich festen Halt gebenden "Primärgruppen" durch den Widerstand der Roten Armee schon in sehr kurzer Zeit zerschlagen waren: "Daß das Westheer trotz der Existenz von ‚Primärgruppen` nur in wenigen Fällen bis zuletzt Widerstand leistete, während das Ostheer trotz des Fehlens der ‚Primärgruppen` bis zum bitteren Ende kämpfte, hatte hauptsächlich ideologische Gründe."

Im dritten Kapitel, "Die Pervertierung der Disziplin", arbeitet der Autor das funktionale Element der scheinbar sinnlosen Gewalttaten heraus, die von Wehrmachtsoldaten an Zivilisten verübt wurden. Erst durch eine "Kombination aus eiserner Disziplin im Feld und einer allgemeinen Lizenz zur barbarischen Behandlung des Feindes" seien die "eindrucksvollen Leistungen an der Front" und die "beispiellosen Zerstörungen" möglich geworden. Historisch fragwürdig ist Bartovs These, daß erst "die Entmodernisierung der Front" - durch den unerwartet heftigen Widerstand der Roten Armee - und der Zerfall der "Primärgruppen" zur Eskalation des Terrors gegen die sowjetische Zivilbevölkerung führten. Die Fakten zeigen, daß der Feldzug im Osten vom ersten Tag an als Vernichtungskrieg geführt wurde.

Das mit über 100 Seiten längste Kapitel, "Die Verzerrung der Wirklichkeit", belegt die ideologische Verhetzung von Generälen, Offizieren und Soldaten - und die Fortexistenz des Feindbildes über die Niederlage hinaus. Nicht erst seit Beginn des Rückzuges wurde der Ausrottungs- und Vernichtungsfeldzug zum Verteidigungskrieg umgelogen. Verbreitet, wenn nicht repräsentativ, war die Sichtweise, die in dem Brief eines Unteroffiziers von Mitte Juli 1941 zum Ausdruck kommt: "... wenn diese Bestien, die hier unsere Gegner sind, nach Deutschland gekommen wären, wäre ein Morden eingetreten, wie es die Welt noch nicht gesehen hätte." Obwohl spätestens seit Kriegsende allgemein bekannt ist, daß diese einzigartigen Mordtaten von Wehrmacht, SS, SD und deutschen Polizeitruppen begangen wurden, ist die These vom deutschen "Präventivkrieg" nach wie vor verbreitet. Diese Kontinuität überzeugend herausgearbeitet zu haben, ist ein besonderes Verdienst des Autors.

Das Buch ermöglicht als Werk "aus einem Guß" auch Laien einen Einstieg in das Thema. Es ist trotz der Faktenfülle gut lesbar. Allein die behandelten Scheußlichkeiten zwingen mitunter dazu, es aus der Hand zu legen.

Omer Bartov: Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges; Deutsch von Karin Miedler und Thomas Pfeiffer; Rowohlt-Verlag, Reinbek, April 1995, 335 Seiten, DM 42,-

Hannes Heer/Klaus Naumann:

Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944

Während Omer Bartovs Buch durch seine flüssige Erzählweise und Argumentation beeindruckt, glänzt der von Heer und Naumann herausgegebene Band "Vernichtungskrieg" durch die wissenschaftlich exakte Behandlung von Einzelaspekten. Die knapp 700 Seiten sind auf 30 Aufsätze aufgeteilt. 29 Autorinnen und Autoren haben an dem Buch mitgearbeitet. Hannes Heer ist, wie eine Reihe weiterer AutorInnen, Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung; das Projekt des Instituts "1995/1945 - Angesichts unseres Jahrhunderts" wird koordiniert von Klaus Naumann. Der Titel des Buches ist identisch mit dem einer vom Institut erarbeiteten Ausstellung.

Von den Einzelbeiträgen sollen hier einige besonders bemerkenswerte zumindest erwähnt werden: "Killing Fields. Die Wehrmacht und der Holocaust" und "Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf" von Hannes Heer; "Auf dem Weg nach Stalingrad. Die 6. Armee 1941/1942" von Bernd Boll und Hans Safrian; "Geheime Feldpolizei - die Gestapo der Wehrmacht" von Klaus Geßner; "Die Idee des Vernichtungskrieges. Clausewitz - Ludendorff - Hitler" von Jan Philipp Reemtsma; "Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion" von Christian Gerlach; "Wie führen Frauen Krieg?" von Gaby Zipfel; "Vorwärtsverteidigung. Die ‚Denkschrift der Generäle` für den Nürnberger Gerichtshof" von Manfred Messerschmidt; "Strategische Erinnerungen. Die Memoiren deutscher Offiziere" von Friedrich Gerstenberger; "‚Harmlose Idealisten und draufgängerische Soldaten`. Militär und Krieg in den Illustriertenromanen der fünfziger Jahre" von Michael Schornstheimer.

Die Aneinanderreihung von Artikelüberschriften kann die Bandbreite der behandelten Themen nur annähernd deutlich machen. Denjenigen LeserInnen, die das Buch von vorn bis hinten durchlesen wollen, wird einiges abverlangt. Die unvermeidlichen Wiederholungen wirken da fast schon erholsam: Man stößt auf Bekanntes, das nun unter einem anderen Blickwinkel behandelt wird.

Was fehlt, ist ein Blick auf das Jahr 1995. Welche Rolle spielt die Legende von der "sauberen Wehrmacht" heute, da die deutsche Politik die historisch bedingten Fesseln endgültig abstreifen und ihre Truppen wieder fern der Landesgrenzen zum Einsatz bringen will? Könnte die Rekonstruktion der historischen Wahrheit, auch und gerade in popularisierter Form, zur Behinderung des neuen Militarismus beitragen? Diese Fragen werden in dem voluminösen Werk nicht einmal explizit gestellt, geschweige denn beantwortet. Die Kontinuitäten deutscher Politik über 1945 hinaus enden hier meist in den sechziger Jahren. Daß antifaschistische und antimilitaristische Geschichtswissenschaft ebensolcher Politik nur Materialien an die Hand geben kann und soll, mag "im Prinzip" richtig sein. Angesichts der desolaten Lage der Linken ist die Selbstbeschränkung eines Instituts, das im Unterschied zu den chronisch unterfinanzierten linken Zeitschriften über beträchtliche Mittel verfügt, aber nur schwer verständlich.

Über dem Genörgel soll der Anspruch, den sich die Herausgeber gestellt haben, nicht unterschlagen werden: "In der Bilanz fehllaufender Entwicklung ist von Defiziten und politischer Moral zu reden, von Unbußfertigkeit und Schlußstrichrhetorik. Und doch ist dies nur die eine Seite. Die Klage über Versäumnisse darf nicht im Selbstbezug enden. In eine Bilanz gehören gerade auch jene Opfergruppen der Wehrmacht, die als solche bisher keinen Namen gefunden haben - Juden und Partisanen, Kriegsgefangene und Verwundete, Angehörige der Zivilbevölkerung und Geiseln, Frauen und Kinder. Unter den Opferzahlen des Vernichtungskrieges sind sie mitgezählt, aber als spezielle Opfer einer speziellen Tätergruppe sind sie in unserer Erinnerung nicht anwesend. Dieser Band ist auch ein Versuch, das zu ändern."

An dem Versuch möchte sich auch der Rezensent beteiligen: durch einen dringenden Appell, dieses Buch zu lesen.

Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944; Hamburger Edition, März 1995, 695 Seiten, DM 68,-

Js.

19. Guatemala: Abkommen über Rechte der Maya-Bevölkerung

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:13

Regierung und Guerilla beschleunigen Friedensverhandlungen

Am 31. März unterzeichneten die Guerillaführung und die Regierungsdelegation ein "Abkommen über die Identität und die Rechte der Indígena-Bevölkerung". Kurz darauf reiste UNO-Generalsekretär Boutros-Boutros Ghali nach Guatemala, um Druck zu machen, damit der von der UNO vorgelegte Verhandlungsfahrplan eingehalten wird. Wir stellen das bislang bedeutendste Teilergebnis des guatemaltekischen Friedensprozesses vor. Sollte es verwirklicht werden, könnte es den Anfang vom Ende der seit 500 Jahren anhaltenden rassistischen Diskriminierung der indianischen Bevölkerungsmehrheit markieren. Es bleibt jedoch die entscheidende Frage, ob es gelingt, die in Teilabkommen fixierten Gesprächsergebnisse tatsächlich auch umzusetzen.

Das Abkommen über die "Identität und die Rechte der Indígena-Bevölkerung" (1) hat einen Kernpunkt der Probleme Guatemalas zum Gegenstand: Die seit der Unterwerfung durch die spanischen Kolonialherren anhaltende rassistische Diskriminierung der indianischen Bevölkerung. In Guatemala besteht die paradoxe Situation, daß Minderheiten die Bevölkerungsmehrheit bilden. Etwa 2/3 der insgesamt 10 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner sind Nachkommen der Maya oder der Xinca. Die Indígenas gehören 22 unterschiedlichen Ethnien an, die mehreren Sprachgruppen zuzuordnen sind. Sie leben in der Regel in vernachlässigten Landgemeinden. Weite Teile des Hochlandes sind indianisch geprägt. Obwohl dort zum Teil weit über 90% der Einwohnerschaft Nachkommen der Ureinwohner sind, haben sie bisher nicht einmal kommunale Mitsprachemöglichkeiten. Denn die örtlichen Belange werden gewöhnlich von Kaziken, zumeist Weißen oder Mestizen, zu deren eigenen Vorteil geregelt. Insbesondere können sie über die staatlichen Mittel verfügen, die den Kommunen zugewiesen werden. Die kommunale Mitwirkung der Indígenas bestand seit jeher lediglich darin, unentgeltliche Arbeiten für den Staat zu entrichten (z.B. Straßenbau) und Steuern zu bezahlen.

Kaziken, Militärs und lokale Reiche bilden das Dreieck der Macht, das weite Teile des Landes beherrscht. In der Hauptstadt, in der etwa 1/5 der Gesamtbevölkerung lebt, ist die Machtstruktur zwar differenzierter, aber für die Maya-Nachkommen keinesfalls günstiger. Denn die dort lebenden Indianer sind zumeist Kriegs- oder Armutsflüchtlinge und müssen sehen, wie sie in den Elendsgürteln ihr Überleben organisieren. Als kollektiver Faktor mit eigenständigen Forderungen treten sie in der Hauptstadt bisher noch nicht in Erscheinung. Es gibt nicht einmal gesicherte Daten darüber, wieviele in der Hauptstadt leben.

Die Indígenas stehen in jeder Hinsicht am Rande der Gesellschaft. Mit Ausnahme einer zahlenmäßig kleinen Gruppe wohlhabender Händler gehören sie durchgängig zu den Ärmsten der Armen. Wichtige Posten im Staat werden nahezu ausschließlich von Weißen oder Mestizen besetzt. Bei Entscheidungen, welche die Zukunft des ganzen Landes betreffen, hatten die Indígenas bisher nichts zu sagen. Das soll nun anders werden, so der politische Kern des Abkommens zwischen der "Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas" (URNG) und der Regierung.

Das Abkommen

Nachfolgend fassen ich die Grundaussagen des Abkommens zusammen, das in sieben Kapitel gegliedert ist. Im spanischen Original, das mir vorliegt, ist es 20 Seiten lang. (2) Ich zitiere aus der Einleitung, welche die historische Bedeutung des Abkommens thematisiert und bringen Auszüge aus den Kapiteln I) "Identität der indianischen Völker", II) "Kampf gegen die Diskriminierung", III) "Kulturelle Rechte" und IV) "Bürgerrechte, politische, soziale und ökonomische Rechte".

In der Einleitung des Vertragstextes heißt es:

"Das Thema Identität und Rechte der indianischen Völker ist ein grundlegender und historisch entscheidender Punkt für die Gegenwart und Zukunft Guatemalas. Die indianischen Völker schließen die Völker der Maya, der Garífunas und der Xinca ein. Das Volk der Maya weist unterschiedliche soziokulturelle Ausdrucksformen auf, die eine gemeinsame Wurzel haben. Aufgrund ihrer Geschichte, der Eroberung, der Kolonisierung, aufgrund von Vertreibungen und Migrationen hat die guatemaltekische Nation einen multiethnischen, multikulturellen

und vielsprachigen Charakter. Die Unterzeichner respektieren die Identität sowie die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte der Maya, Garífunas und Xinca im Rahmen der Einheit der Nation und der Unteilbarkeit des Territoriums des Staates Guatemala.

Die indianischen Völker wurden besonders unterdrückt und auf vielfältige Weise diskriminiert. Aufgrund ihrer Herkunft, Kultur und Sprache wurden sie ausgebeutet und ungerecht behandelt. Ebenso wie andere Schichten der Gesellschaft werden sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage ungleich und ungerecht behandelt. Diese historische Realität beeinträchtigte und beeinträchtigt diese Völker zutiefst. Es wird ihnen die volle Ausübung ihrer Rechte sowie ihre politische Beteiligung vorenthalten. ... Solange dieses Problem der guatemaltekischen Gesellschaft nicht gelöst ist, kann sie ihre wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Potenzen niemals vollständig entfalten. ... Das vorliegende Abkommen versucht Strukturen, Bedingungen, Möglichkeiten und Garantien für die Beteiligung der indianischen Völker zu schaffen und zu erweitern."

In Kapitel I) "Identität der Indígena-Völker" wird zunächst festgehalten, daß es diese Völker gibt, daß sie sich durch eine lange Tradition des Widerstandes auszeichnen, daß sie eigene Sprachen sprechen und eine eigene Kultur haben. Die 21 Ethnien, die als Maya-Nachkommen gelten, werden aufgezählt. Außerdem werden die Xinca sowie die Garífunas aufgeführt. Die Regierung verpflichtet sich zu einer Verfassungsreform, in der die Identität dieser Völker "im Rahmen der nationalen Einheit Guatemalas" anerkannt wird.

In Kapitel II) "Kampf gegen die Diskriminierung" heißt es, daß die "historische Diskriminierung der indianischen Völker" nur zu überwinden sei, wenn sich "bei allen Bürgern das Bewußtsein, Haltungen und das Verhalten" verändere. Dabei müsse zu Beginn das unzweideutige Eingeständnis stehen, daß es diese Diskriminierung gebe und daß sie überwunden werden müsse, um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Die Regierung wird im Parlament ein Gesetzesvorhaben einbringen, welches "ethnische Diskriminierung als Straftat" klassifiziert. Sie wird entsprechenden internationalen Konventionen beitreten und die Gesetzgebung daraufhin überprüfen, ob sie diskriminierende Implikationen hat. Außerdem werden eine kostenlose juristische Beratung für Einkommensschwache sowie Institutionen zum Verteidigung der Indígenas eingerichtet. Dem besonderen Schutz und der Förderung der indianischen Frauen ist ein eigener Abschnitt gewidmet. Sexuelle Nötigung soll als Straftatbestand sanktioniert werden, wobei die Nötigung einer indianischen Frau als straferschwerend bewertet werden soll.

In Kapitel III) "Kulturelle Rechte" wird eine Vielzahl von Maßnahmen aufgelistet, um den "Respekt, die Anerkennung und die kulturellen Werte der Indígenas" zu fördern. Der Staat müsse, "im Unterschied zur Vergangenheit", Hindernisse aus dem Weg räumen und die Kultur- und Erziehungspolitik dementsprechend neu ausrichten.

Die zweisprachige und interkulturelle Erziehung soll gefördert werden. Alle indianischen Sprachen sollen an Schulen unterrichtet werden. Staatliche Dienstleistungen sollen in den jeweiligen Sprachen der Region erbracht werden. Zweisprachige Richter und Übersetzer vor Gericht sollen ausgebildet werden.

Die bisher in aller Regel spanischen Ortsnamen können durch Mehrheitsbeschluß geändert werden. Die religiösen Riten der Maya, die jahrhundertelang scharf unterdrückt wurden und nur unter größter Geheimhaltung praktiziert werden konnten, werden ebenso respektiert wie ihre heiligen Orte. Die Maya-Tempel, die bisher als museale Zonen unter Staatsaufsicht stehen, sollen für religiöse Riten zugänglich gemacht werden.

Das Bildungswesen soll tiefgreifend reformiert werden, um allen das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Bildung zu sichern. Der Haushaltsansatz soll erhöht, das Schulwesen dezentralisiert, eine Maya-Universität eröffnet und ein System der Ausbildungsförderung aufgebaut werden.

In Kapitel IV) "Bürgerrechte, politische, soziale und wirtschaftliche Rechte" wird eine Verfassungsreform angekündigt, die Guatemala als "multiethnische, multikulturelle und vielsprachige" Nation definiert. In diesem Rahmen sollen die besonderen Formen der Selbstorganisation der indianischen Gemeinden respektiert und gefördert werden. Dazu sollen Gemeinden weitgehende Autonomierechte zugesprochen werden. Der Staat soll nach linguistischen Kriterien dezentralisiert werden. Traditionell leben die Indígenas in genau definierbaren Siedlungsräumen (Siehe Karte). Allerdings haben die kriegsbedingte Vertreibung sowie die Armutsmigration zu Bevölkerungsverschiebungen geführt, die sich mit diesen Kriterien nicht fassen lassen.

Die Partizipation der Indígenas soll auf allen Ebenen gefördert werden. Entsprechende Gesetze werden in Beratung mit Indígena-Vertretern vorbereitet. Was die Landfrage betrifft, soll diese im Laufe der weiteren Friedensgespräche unter dem Punkt "Sozio-ökonomische Aspekte und Agrarsituation" mitbehandelt werden. Dessen ungeachtet wurde festgelegt, daß der Staat die Verpflichtung habe, den indianischen Gemeinden Land zu übertragen und deren Landrechte zu regulieren und zu legalisieren. Sollte die Ausbeutung natürlicher Ressourcen die indianischen Gemeinden schädigen, müssen diese vorher konsultiert und gegebenenfalls entschädigt werden. Abschließend fordern beide Seiten die UNO auf, die Umsetzung dieser Vereinbarung, die bei Abschluß des Friedensvertrages in Kraft tritt, zu verifizieren.

UNO: Schneller verhandeln

UNO-Generalsekretär Boutros-Boutros Ghali legt sich persönlich ins Zeug, damit die langwierigen Friedensverhandlungen zwischen Guerilla und Regierung nach diesem Teilabkommen zu einem schnellen Ende kommen. Das verheißt nichts Gutes. Denn der Ägypter, der mit rechtsgerichteten und pro-imperialistischen bewaffneten Bewegungen wie der angolanischen UNITA stets viel Geduld hatte, drängt darauf, daß bis zum 31. Juli der Friedensvertrag unter Dach und Fach ist. Dieser Plan ist unrealistisch, wenn man bedenkt, daß der Friedensprozeß bisher äußerst zäh war und sich schon Jahre hinzieht. Hinzu kommt, daß der von der UNO erzeugte Zeitdruck der Verhandlungsstrategie der Guerilla eindeutig schadet. Es war seit jeher Verhandlungstaktik der Regierung, zuerst Zeitspannen zu fixieren und erst hinterher über die umstrittenen Themen zu reden. Die URNG hingegen ist daran interessiert, die Einzelthemen möglichst genau auszuformulieren, damit der Regierung nach ihrer Entwaffnung nur möglichst kleine Schlupflöcher bleiben, um die Abkommen zu unterlaufen. Die Regierung indessen will allgemein gehaltene, schnell erstellte Dokumente, damit ihr Hauptziel, Waffenstillstand und Entwaffnung der Guerillakräfte, so bald als irgend möglich erreicht ist. Denn ähnlich wie in El Salvador wiegen auch noch so gute Argumente der Opposition wesentlich weniger, wenn in der gesamtgesellschaftlichen Kräftekonstellation auf ihrer Seite der Druck der Waffen fehlt. Dieses Argument ist um so gewichtiger, als in Guatemala im Vergleich zu El Salvador der Organisationsgrad der zivilen Oppositionsbewegungen geringer zu veranschlagen ist.

Der UNO-Generalsekretär und der von ihm beauftragte US-Diplomat Marrack Goulding verschärften seit Ende letzten Jahres ihren Druck auf die Guerillabewegung. Der Ägypter drohte Ende Dezember in einem Brief mit dem Rückzug der UNO aus dem Verhandlungsprozeß. Er stellte sogar die weitere Arbeit der UNO-Menschenrechtsbeobachter (MINUGUA) zur Disposition, falls die Guerilla nicht binnen kürzester Zeit an den Verhandlungstisch zurückkehre. Im Januar setzten sich die Pressionen fort. Der härtere Kurs wurde nunmehr auch von der mexikanischen Regierung offen mitgetragen. Da sich die URNG-Führung in Mexiko-Stadt aufhält und auf das Wohlwollen der mexikanischen Regierung angewiesen ist, hat dies durchaus Bedeutung. Im Februar verschärfte sich die Lage, als die mexikanische Armee in Chiapas gegen die Zapatisten aufmarschierte und die guatemaltekische Armee die andere Seite der Grenze militarisierte, um ein mögliches Ausweichen der Zapatisten zu verhindern. Schließlich legte das UNO-Hauptquartier Ende Februar einen äußerst enggesteckten Zeitplan vor, der vorsieht, daß bis Ende Juli alle wichtigen Themen mit unterschriebenen Abkommen abgehakt sind und daß dann die Waffen schweigen. Die URNG soll sogar, in welcher Form auch immer, aus dem Stand an Wahlen teilnehmen, die im Herbst stattfinden. Das genaue Datum steht noch nicht fest. Es ist offenkundig, daß die Rolle der URNG im Grunde nur darin bestehen kann, den Wahlprozeß zu legitimieren. Unter den gegebenen Bedingungen hat sie keine Chance, die Wahlen maßgeblich zu beeinflussen. Dennoch gibt es Äußerungen von führenden Kommandanten, daß die URNG sich am Urnengang beteiligen wolle.

Nach einigem Zögern akzeptierte die URNG-Generalkommandantur den UNO-Zeitplan. Über die interne Diskussion der Guerillaführung dringt kaum etwas nach außen. Es sind aber deutliche Nuancen in den öffentlichen Stellungnahmen festzustellen. Dies deutet darauf hin, daß es Meinungsverschiedenheiten gibt, die derzeit jedoch noch nicht offen ausgetragen werden. Während beispielsweise Gaspar Ilom (URNG-ORPA) das Teilabkommen über die Indígena-Frage - wie auch schon andere von beiden Seiten unterschriebenen Dokumente - sehr postiv kommentierte, hatte Pablo Monsanto (URNG-FAR) wenige Tage zuvor noch vom drohenden Scheitern der Gespräche gesprochen und die militärische Stärke der URNG hervorgehoben.

Schwere Hypotheken

Die Problematik der unterdrückten indianischen Bevölkerungsmehrheit ist in kaum einem offiziellen Dokument so gründlich dargelegt, wie in dem in Mexiko D.F. unterzeichneten Abkommen. Die skizzierten Ansätze zur Bekämpfung der Diskriminierung sind für guatemaltekische Verhältnisse einzigartig. So günstig war die Papierlage noch nie. Insofern kann das Abkommen als bisher wichtigstes Teilergebnis der Friedensverhandlungen und als bemerkenswerter Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Indígenas bewertet werden. Dennoch besteht zu Euphorie kein Anlaß. Auf mehreren Ebenen sind Schwierigkeiten zu erwarten:

- Der Vertragstext ist eine Absichtserklärung der Regierung. Die nötigen Verfassungs- und Gesetzesreformen müssen vom Parlament erst noch verabschiedet werden. Die Regierung versprach, sich dafür einzusetzen. Der Präsident hat aber keine Parlamentsmehrheit hinter sich. Der Kongreß entbehrt nicht nur der Legitimität (lediglich 20% Wahlbeteiligung), er wird auch von rechtskonservativen und rechtsradikalen Kräften beherrscht, deren Reformwille generell äußerst gering zu veranschlagen ist. (3) Der gegenwärtige Parlamentspräsident ist der ehemalige Diktator Efraín Ríos Montt. Dessen Putschregierung war in den Jahren 1982/83 für grauenhafte Massaker unter der indianischen Landbevölkerung verantwortlich. Es deutet viel darauf hin, daß der nächste Kongreß, der im Herbst gewählt wird, ähnlich zusammengesetzt sein wird.

- Selbst wenn Verfassungs- und Gesetzesreformen vorgenommen werden, zeigt jede Erfahrung, daß zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit mitunter Abgründe klaffen. Dies gilt überall, aber mehr noch in Ländern Lateinamerikas. Ein Blick ins benachbarte Chiapas genügt, um sich ein Bild zu machen, was das bedeutet. In Mexiko hatte die indianische Bevölkerung ungleich mehr gesetzlich festgeschriebene Rechte, als dies im benachbarten Guatemala der Fall war. Das wirkliche Leben war und ist jedoch für die indianischen Campesinos in Chiapas so unerträglich, daß sich viele den Zapatisten anschlossen, um ihre Lage zu verbessern.

- Die rassistische Diskriminierung der Maya-Nachkommen gehört zu den Grundfesten der Staats- und Gesellschaftsordnung Guatemalas. Schon aus diesem Grund können Gesetze, so wichtig sie auch sind, nicht mehr als ein Anfang auf dem Weg in eine neue Gesellschaft sein, in der alle Kulturen, Sprachen und Gebräuche gleichberechtigt koexistieren.

- Die Unterdrückung der Indígenas ist nur eines der Kardinalprobleme des Landes. Ohne eine tiefgreifende Agrarreform, die Demokratisierung des Landes, die Entmilitarisierung des Alltags sowie die effektive Garantie der Menschenrechte wird es keinen Ausweg aus der chronischen Krise des Landes geben.

Ob all das wie vorgesehen in wenigen Monaten auszuhandeln sein wird, scheint mir sehr zweifelhaft. Um so mehr, als die Erfahrungen mit den Friedensprozessen in El Salvador, Nicaragua, Palästina oder anderswo zeigen, daß Zeitmangel zu Formelkompromissen führt und daß diese nach Abschluß des Friedensvertrages zum Gegenstand heftigen Streits werden. Aber noch stehen die nächsten Gesprächsrunden erst bevor.

Al., Nürnberg

Anmerkungen:

1) Die Nachkommen der indianischen Ureinwohner bezeichnen sich selbst als "Indígenas". Der geläufigere Begriff "Indio/India" hat in Lateinamerika einen abwertenden Beigeschmack. Er wird von Weißen und Mestizen häufig als Synonym für "unzivilisiert, ungebildet oder roh" verwendet.

2) Alle Zitate aus dem Originaltext des Abkommens: "Acuerdo sobre identidad y derechos de los pueblos indígenas", Mexico D.F. 31.03.1995. Eigene, nicht autorisierte Übersetzung.

3) Siehe: Frieden mit der Ultrarechten? In: ak 371, Okt. 1994, S. 16

Unter dem Titel "Guatemala. Lautloser Aufstand im Land der Maya" erschien 1994 im ISP-Verlag ein Buch über Guatemala. Neben Reportagen und Gesprächen mit Rigoberta Menchú sowie den wichtigsten Guerillachefs ist unter dem Titel "Lieben heißt sterben - Der Ruf nach dem starken Mann" auch ein Interview mit Ríos Montt enthalten.

Albert Sterr, Guatemala. Lautloser Aufstand im Land der Maya. ISP-Verlag (Köln) 1994, 287 S., DM 36.-. ISBN 3-929008-72-6.

20. "Wir werden die Menschenrechtsverletzungen der Regierung nicht hinnehmen"

Autor: Chile AG, Braunschweig · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:09

Hunger- und Durststreik der politischen Gefangenen in Chile

"Wir werden die Menschenrechtsverletzungen der Regierung nicht hinnehmen"

Am 4. April 1995 traten in Chile 72 männliche politische Gefangene aus dem Hochsicherheitsgefängnis (HSG) und acht weibliche politische Gefangene aus dem Männerknast San Miguel, wo alle politischen gefangenen Frauen inhaftiert sind, in einen unbefristeten Hunger- und Durststreik. Außerdem besetzten vier Angehörige das Büro der regierungsamtlichen chilenischen Menschenrechtskommission und schlossen sich dort dem Streik an. Die Gefangenen erklärten, den Streik bis zur letzten Konsequenz fortzusetzen, damit die Regierung ihre Forderungen zur Humanisierung der Knastordnung erfülle.

In dem Hochsicherheitsknast sitzen 85 der insgesamt 150 politischen Gefangenen des "demokratischen" Chiles. Sie gehören vor allem den bewaffnet kämpfenden Organisationen Movimiento Lautaro, FPMR und MIR (EGP-PL) an, bzw. werden beschuldigt, Mitglieder dieser Organisationen zu sein. Der Hunger- und Durststreik, an dem sich aus gesundheitlichen Gründen nicht alle Inhaftierten beteiligen konnten, wurde nach fünf Tagen erfolgreich beendet. Die Regierung sah sich gezwungen, auf alle Forderungen einzugehen und die Knastordnung umgehend und tiefgreifend zu verändern. Zwar wurde die Isolationshaft nicht generell abgeschafft, aber wesentliche Elemente der "weißen Folter" konnten entschärft werden.

Der Hochsicherheitsknast und der Widerstand dagegen

Der Hochsicherheitsknast (CAS, Carcel de Alta Seguridad) ist eines der modernsten Gefängnisse Lateinamerikas. Konzipiert und gebaut wurde es mit europäischer Beratung (v.a. durch den italienischen Geheimdienst und die Sonderabteilung GEO der spanischen Polizei) in menschenverachtender Stammheim-Manier, als Spezialgefängnis für "Terroristen" und Verurteilte nach dem Betäubungsmittelgesetz. Faktisch befinden sich dort bis heute ausschließlich politische Gefangene.

Im Februar '94 wurden die ersten Gefangenen gewaltsam und unter Schußwaffeneinsatz hierher verlegt. Bereits im Vorfeld hatten Mobilisierungen der Angehörigen und Solidaritätsorganisationen gegen den Hochsicherheitsknast stattgefunden. Unmittelbar nach der Verlegung traten die Gefangenen und einige der Angehörigen in einen Hungerstreik. Angesichts der relativ geringen Unterstützung der Öffentlichkeit und der absolut unnachgiebigen Haltung der Regierung mußte dieser jedoch nach ca. 40 Tagen ergebnislos abgebrochen werden. Schon damals ging es um die Humanisierung der Haftbedingungen. Die Bedingungen im HSG stellen für Chile eine völlig neue Qualität dar: Die Gefangenen haben sämtliche Rechte verloren, die sie sich zuvor durch Hungerstreiks, Knastaufstände und Unterstützungsaktionen von draußen erkämpft hatten. Sie sind in Kleingruppen isoliert und haben keine Möglichkeit mehr, gemeinsam zu diskutieren, Sport zu treiben, sich weiterzubilden oder zu arbeiten (um damit einen wichtigen Beitrag zum Familieneinkommen zu leisten). Im gesamten Gebäude (außer in den Zellen) dienen mehr als 50 Fernsehkameras der totalen Überwachung. Besuche sind nur noch den nächsten Angehörigen gestattet und zudem auf zwei Stunden im Monat reduziert. Trennscheibe und direkte Kontrolle durch protokollierende Knastpolizei stellen zusätzliche Schikanen dar.

In dem Gefängnis arbeiten nicht nur Knastbullen der Gendarmeria, sondern auch Agenten der sogenannten "Direktion für Öffentliche Sicherheit". Diese Einrichtung besteht erst seit zwei Jahren. Sie steht unter Leitung des Hardliners Isidro Solis (Partido Radical, PR), dem direkt Verantwortlichen für die Ermordung von drei politischen Gefangenen im Oktober 1992. Die Direktion übernimmt geheimdienstliche Aufgaben, und ihr obliegt die Koordination der verschiedenen Polizeiapparate Carabineros und Investigaciones. Außerdem versorgt sie das Innenministerium mit Informationen, Studien und Analysen zur "öffentlichen Sicherheit", u.a. über die bewaffnete Linke aus MIR, FPMR und Movimiento Lautaro und hat eine wichtige Beratungsfunktion bei der Beurteilung der "Antiterrorismuspolitik" des Innenministeriums. An der Konzeptionierung des HSG war sie maßgeblich beteiligt. Ihre Aufgabe im Hochsicherheitsknast ist es, verdeckte Operationen durchzuführen, um einen Keil zwischen die Gefangenen zu treiben und sie in ihrer politischen Identität zu brechen: So wurde

beispielsweise unter Federführung der "Direktion" eine Art Kronzeugenregelung innerhalb des Knastes eingeführt. Sie verspricht Hafterleichterung bzw. Umverlegung in den normalen Vollzug für Gefangene, die Verrat an ihren GenossInnen üben. Vergünstigungen für die einen, Strafen für die anderen, willkürliche Anschuldigungen und Verhängung von Sonderstrafen gegen "Anführer" usw. zielen auf die Spaltung der Inhaftierten. Der chilenische Soziologe Tomás Moulin schreibt in der großen Tageszeitung, "La Epoca", am 27.2.1995: "In diesem Hochsicherheitsgefängnis sind die Gewohnheiten und Traditionen des chilenischen Vollzugssystems, die innerhalb der stets harten Realität eines Gefängnisses das Leben der Gefangenen oftmals menschlicher machten, brutal verändert worden ... ." Auch die offizielle Menschenrechtskommission der Abgeordnetenkammer empfahl, die Gefängnisordnung zu humanisieren, ohne daß diese Empfehlung jedoch zu irgendwelchen Konsequenzen geführt hätte.

Im allgemeinen sind Interesse und Solidarität der Öffentlichkeit für die "neuen" politischen Gefangenen sehr gering. Trotzdem lehnen viele Menschen die Haftbedingungen im HSG aus humanitären Gründen ab. Besonders zur Zeit der "Einweihung" im Februar 1994 gelang es den Angehörigen und Solidaritätsorganisationen, eine relativ große Öffentlichkeit und Medienpräsenz zu erreichen. Dieses Interesse flaute jedoch im Laufe der Wochen wieder ab, und der Hochsicherheitsknast wurde zunehmend "Normalität". Trotzdem führten die Gefangenen und ihre Angehörigen die Protestaktionen fort. Unter den gegebenen Bedingungen lehnten es die Gefangenen ab, Besuch zu empfangen. Die Besuchsräume mit den Trennscheiben konnten nicht zum Einsatz gebracht werden. Außerdem weigerten sich sowohl die Gefangenen im HSG als auch die inhaftierten Frauen im Männerknast San Miguel ab Ende August 1994, zu Gerichtsverhandlungen zu erscheinen (75% der Gefangenen sind in U-Haft). Für jedes Nichterscheinen wurde eine einmonatige Besuchssperre verhängt. Trotzdem wurde die Aktion weitergeführt.

Der Hunger- und Durststreik im April 1995

Mitte März 1995 verschärfte sich die Situation im HSG. Der zeitweilig amtierende Innenminister Marcelo Schilling (Sozialistischen Partei, PS) ordnete neue Modalitäten im Umgang mit den Gefangenen an. Zu den alltäglichen Schikanen des normalen Knastpersonals kam jetzt noch der Terror der Sondereinheiten GEAM (Grupo Especial Antimotines, Aufstandsbekämpfungseinheit der Knastpolizei) und der GOT (Grupo Operativo Tactico) hinzu. So wurden die Gefangenen bei den Umschlüssen morgens und abends mit entsicherten Maschinenpistolen, die ihnen an den Kopf gehalten wurden, aus den Zellen geholt. Dies wiederholte sich an drei Tagen. Am 22. März wurden drei der Gefangenen von den Sondereinheiten zusammengeschlagen. Anschließend wurde gegen sie eine 30tägige Strafisolationshaft verhängt. Diese findet in schallisolierten Betonzellen von 6 qm Größe statt. Es gibt kein Bett, nicht einmal eine Matratze. Die Zellen sind kaum belüftet und die Gefangenen sind dort 24 Stunden am Tag eingeschlossen. Zudem kam aus dem Innenministerium und von der Gendarmeria die Drohung, einige der Gefangenen wegen ihrer "besonderen Aggressivität" in die Psychiatrie einzuweisen. Es fanden ständig gewaltsame und entwürdigende Durchsuchungen statt. Dabei mußten sich die Gefangenen vollständig ausziehen, sie wurden gedemütigt und körperlich angegriffen. In dieser Situation sahen sich die Gefangenen und ihre Angehörigen dazu gezwungen, zur letzten Konsequenz des unbefristeten Hunger- und Durststreiks zu greifen. Aus der Hungerstreikerklärung der Gefangenen aus der FPMR und des MIR (EGP-PL) vom 3.4.1995: "Es ist mehr als ein Jahr vergangen, seit dieser moderne ‚Campo de Concentracion` eingeweiht wurde. In dieser Zeit wurden einerseits permanent unsere Rechte verletzt: das Recht auf Familienbeziehungen, PartnerInnenbeziehungen und soziale Beziehungen, das Recht auf Arbeit, Bildung, medizinische Versorgung und auf Sport. ... Angesichts dessen sehen wir uns nun in der moralischen und politischen Verpflichtung, ab Dienstag, den 4. April, 0.00 Uhr, in einen trockenen Hungerstreik zu treten (also ohne Aufnahme von Flüssigkeit). Diesen Streik werden wir so lange fortsetzen, bis eine Lösung gefunden wird, die der Repression innerhalb des Knastes (Ausnahmezustand) ein Ende setzt und in der auf unsere Forderungen ... eingegangen wird". Und aus der Erklärung der gefangenen Frauen in San Miguel vom 3.4.1995: " ... der Sieg ist unser, und wir werden weder die Brotkrumen, die uns die Regierung anbietet, akzeptieren, noch die Menschenrechtsverletzungen, die diese korrupte Regierung begeht, zumal es die Regierung selber ist, die jegliche Lösung dieses Konfliktes verhindert. Wir machen das Innenministerium und die ‚Sicherheitsabteilung` der Gendarmeria für jedes Menschenleben verantwortlich, die dieser Streik im ‚Campo de Concentracion` oder im Gefängnis San Miguel möglicherweise kostet."

Anlaß für den beschriebenen "Ausnahmezustand im Knast", also die besondere Repression seit Mitte März, war offensichtlich eine Entdeckung, die die Gefangenen kürzlich im HSG machten und über AnwältInnen an

die Öffentlichkeit brachten. Überall im Knast, auch in den Zellen, Duschräumen, Toiletten und Räumen für Anwaltsgespräche, hatten sie versteckte Überwachungsmikrofone gefunden. Eine derartige totale Kontrolle ist in chilenischen Gefängnissen bisher absolut unüblich gewesen. Zudem war der Menschenrechtskommission des Kongresses seitens der Gendarmeria ausdrücklich versichert worden, daß derartige Abhörvorrichtungen nicht eingesetzt würden. Damit war klar, daß die Gendarmeria, ein offizielles Regierungsorgan, die Menschenrechtskommission, offen belogen hatte.

Über diesen "Mikrofonskandal" war es möglich, wieder eine gewisse Öffentlichkeit für die Situation im HSG herzustellen. Die Situation für die Gefangenen war also relativ günstig. Hinzu kam, daß zur selben Zeit das Innenministerium und die "Direktion für öffentliche Sicherheit" in der Öffentlichkeit kein gutes Bild abgaben. Durch die Enttarnung eines innerhalb des Landes operierenden Agenten, der auch Regierungskreise bespitzelt hatte, waren sie in eine peinliche Situation geraten. Auch in anderen Bereichen entwickelten sich parallel weitere Konfliktherde, mit denen die Herrschenden fertig werden mußten. So gab es ein Wiederaufbrodeln der seit Jahren schwelenden Arbeitskonflikte im Gesundheits- und Bildungsbereich (z.B. ein zweitägiger Streik im Gesundheitswesen).

Zudem war es den Solidaritätsorganisationen gelungen, die aktuelle Situation auch außerhalb Chiles bekannt zu machen und dort Protest zu mobilisieren. Zahllose Faxe und Briefe aus dem Ausland erreichten Justiz- und Innenministerium sowie den Regierungssitz Moneda. Dadurch wurde bewiesen, daß es auch international eine Öffentlichkeit für die Vorfälle im HSG und Solidarität mit den politischen Gefangenen gibt. Angesichts der Bemühungen der chilenischen Regierung, sich dem Ausland als demokratischer Staat darzustellen, in dem die Menschenrechte nach der Militärdiktatur Pinochets wieder geachtet werden, haben diese Proteste sicherlich eine gewisse Wirkung gehabt, zumal es auf diesem Gebiet einiges zu vertuschen gibt: In der Nach-Pinochet-Ära von 1990-1994 sind 70 Linke durch Repressionskräfte umgebracht worden. In Chile sitzen insgesamt 150 politische Gefangene im Gefängnis, fast alle aus der Zeit nach Pinochet. Zudem sind auch noch mindestens drei politische Gefangene inhaftiert, die gegen die Militärdiktatur gekämpft haben. Die Verbrecher von damals sind jedoch weiterhin in Amt und Würden, u.a. auch im Justizministerium. Die "wilde" Repression Pinochets ist unter der demokratischen Regierung der Concertación sogar noch institutionalisiert worden. So sind jetzt beispielsweise Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl legal möglich, ebenso Verhaftungen auf Verdacht. Durch diese Praxis sind allein zwischen 1993 und 1994 mehr als 350.000 Menschen, v.a. Jugendliche, kurzzeitig festgenommen worden (EinwohnerInnenzahl 13 Mio.). Nach Verhaftungen wird auf den Polizeirevieren eine bis zu 15tägige Kontaktsperre verhängt. In dieser Zeit werden die Gefangenen häufig gefoltert, und zwar mit denselben bestialischen Methoden wie unter Pinochet: mit Strom, Aufhängen an den Händen, Schlägen, Entzug von Nahrung, Schlaf, Wasser, Kleidung, Fesselungen über lange Zeit, Scheinerschießungen, Bedrohung von Familienmitgliedern usw. (1) Zudem steht die Militärjustiz immer noch über den zivilen Gerichten. Erst vor wenigen Tagen wurde ein ehemaliger politischer Gefangener, der seine von einem Zivilgericht gegen ihn verhängte 200tägige Strafe bereits abgesessen hatte, erneut verhaftet. Er steht nun wegen desselben Tatvorwurfs (Verstoß gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz) vor einem Militärgericht und muß mit 5-20 Jahren Haft rechnen.

Die konkreten Ergebnisse des Streiks

Der Hunger- und Durststreik der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen wurde nach fünf Tagen erfolgreich beendet. Die Regierung sah sich gezwungen, auf die Forderungen der Gefangenen einzugehen. Sie können jetzt arbeiten (dafür soll eine Werkstatt eingerichtet werden), Sport treiben und gemeinsam lernen. Ein direkter Kontakt zu UniversitätsdozentInnen soll ermöglicht werden. Ferner haben sie Anrecht auf drei Besuche im Monat (je 4 Stunden) von fünf Familienangehörigen. Außerdem dürfen die eigenen Kinder jeden Sonntag fünf Stunden zu Besuch kommen. Darüber hinaus ist der "Intimkontakt" mit PartnerInnen, auch zwischen den Knästen, ohne Aufsicht erlaubt. Ein neuer Besuchsraum soll eingerichtet werden. In den Zellen dürfen die Gefangenen Kunst-, Poesie- und Literaturwerkstätten unterhalten. Außerdem wurden die Sondereinheiten GEAM aus dem Knast abgezogen.

Wie lange diese erkämpften Rechte Bestand haben werden, hängt sicherlich davon ab, ob und in welchem Umfang die "Terroristenhetze" und die Politik der Sicherheitsdirektion mit dem Ziel der Spaltung und Isolierung der Gefangenen und ihrer Organisationen in Zukunft in der chilenischen Gesellschaft greifen wird. Es gilt auf jeden Fall, die Entwicklung weiter aufmerksam zu verfolgen und auch in der BRD Solidarität mit dem chilenischen Knastkampf zu üben. Dies ist auch für die Angehörigen und die Menschen aus den

Solidaritätsorganisationen wichtig, da sie stets mit der Bedrohung leben, aufgrund ihrer Arbeit selber als "Terroristen" diffamiert, verhaftet und gefoltert zu werden. Aus der Erklärung zum Ende des Hungerstreiks der Gefangenen aus den Organisationen FPMR und MIR (EGPL-PL) vom 7.4.1995: "Wir rufen alle auf, die an die Würde und die Rechte des Volkes glauben und dafür kämpfen, wachsam gegenüber jeglichem Versuch (der Regierung) zu sein, unsere erkämpften Rechte zu mißachten. Speziell geht es dabei um die Besuchsordnung, die Knastordnung und die Beendigung des ‚Ausnahmezustands`. Wir wissen, daß die beste Garantie um das Erreichte zu sichern, die Mobilisierung des Volkes für die Respektierung seiner Würde und seiner Rechte sein wird."

Den Streikerfolg sehen die Gefangenen selber "nur" als einen Etappensieg. Ziel ist und bleibt die Abschaffung des Hochsicherheitsgefängnisses.

Chile AG Braunschweig

Anmerkung:

1) Anhang zum Bericht über Menschenrechte 1990-1994, ODEP und "Bericht über Menschenrechtsverletzungen in Chile unter der Regierung von Patricio Aylwin (90-93)"

21. Die BRD als Geisterreiter im Klimaschutz. Die große VerKohlung

Autor: hhH., Berlin · Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:06

Des Kanzlers neue Ökokleider bestehen in der Tat aus nichts als heißer Luft. Daß die in Deutschland erreichte Reduzierung des CO2-Ausstosses um 15% ausschließlich dem Niedergang der ostdeutschen Industrie und Braunkohleförderung geschuldet ist, wußten natürlich auch die Delegierten der Berliner Vertragsstaatenkonferenz und reagierten entsprechend genervt auf das Selbstlob des deutschen Kanzlers. Daß Kohl das Basisjahr der deutschen CO2-Reduzierungsabsichten von 1987 auf 1990 umdatierte, ist dem Druck der anderen Industriestaaten zu verdanken. Ein Grund, Kohl zu loben? Angesichts der unzureichenden Politik der deutschen Regierung gehört schon ein gutes Stück Wirklichkeitsferne dazu. Als einziges Industrieland war Deutschland nicht einmal in der Lage, seinen Emissionsbericht wie gefordert mit Zahlen von 1990 und Prognosen für das Jahr 2000 auszustatten. Das Ergebnis wäre auch reichlich peinlich ausgefallen.

Das Sündenregister

Beispiel Stromverbrauch: Seit 1994 ist der Stromverbrauch um knapp ein Prozent auf 438 Milliarden Kilowattstunden gestiegen. Damit liegt Deutschlands Stromverbrauch auch in Europa weiterhin ganz vorn.

Beispiel regenerative Energiequellen: Nach Recherche der Zeitschrift "Windenergie aktuell" wird in Deutschland das technisch nutzbare Potential erneuerbarer Energien (mit Ausnahme von Wasserkraft, Deponiegas und Restholz) zu weniger als ein Prozent genutzt. Der Bundesverband erneuerbare Energien hat vorgerechnet, daß mit einem Investitionszuschuß in der Größenordnung von zwei bis vier Mrd. DM (verteilt auf fünf bis sieben Jahre) eine Kraftwerksleistung auf der Basis erneuerbarer Energien erreicht werden könnte, die vier 500-Megawatt-Kohlekraftwerken oder zwei Atomkraftwerken entspreche. Die zehn bis dreißig Millionen, die die Bundesregierung auszugeben bereit ist, sind dagegen nicht viel mehr als eine Alibihandlung. Wenn die Bundesrepublik ihre CO2-Emissionen bis 2050 tatsächlich um die notwendigen 80% senken will, müßte der Anteil regenerativer Energiequellen sogar um 75% steigen (bei gleichzeitiger Einführung von Kraft-Wärme-Kopplung in Kleinkraftwerken und radikalen Energiesparprogrammen). Die dafür erforderlichen politischen Schritte wären Energiesteuern und ein neues Energieplanungsrecht (in dem beispielsweise eine kostendeckende Einspeisungsvergütung für erneuerbare Energie, Kraft-Wärme-Kopplung etc. verankert ist). Nichts davon ist von dieser Regierung zu erwarten.

Beispiel Verkehrssektor: Der anthropogene (durch den Menschen verursachte) Treibhauseffekt wird zu einem Fünftel durch Auspuffrohre und Flugzeugtriebwerke verursacht. In den letzten 20 Jahren hat sich der Verkehrsanteil am CO2-Ausstoß der Bundesrepublik nahezu verdoppelt. Allein zwischen 1987 und 1992 betrug der Zuwachs 17%. Nur ein Viertel aller Haushalte ist noch ohne Auto. Statistisch gesehen ist im letzten Jahre jedeR BundesbürgerIn mindestens einmal geflogen. Nach Kriterien der "Nachhaltigkeit" ist Deutschland deutlich übermotorisiert. Allein in Nordrhein-Westfalen gibt es so viele Automobile, wie in ganz Schwarz-Afrika. Unterschiede im Lohnniveau und die Subventionspolitik der EU treiben vor allem den Güterverkehr in die Höhe. 1993 wurden 822 Mio. Tonnen Güter durch Deutschland transportiert, davon fast 500 Mio. Tonnen auf der Straße. Nach dem ersten gesamtdeutschen Verkehrswegeplan der Bundesregierung werden die Weichen auf noch mehr Verkehr gestellt. In den kommenden 15 Jahren ist der Bau von 11.500 km neuer Fernstraßen vorgesehen (davon zwei Drittel in den alten Bundesländern). Falls die Bundesregierung ihre Pläne verwirklichen sollte, bedeutet dies eine Zunahme des PKW-Verkehrs um 30% und des LKW-Verkehrs um 95%. Der innerdeutsche Flugverkehr würde demnach um 142% steigen, die zu Fuß zurückgelegten Wegstrecken gleichbleiben und der Fahrradverkehr um ein Fünftel sinken. Wirkungsvolle Gegenmaßnahmen wie ein Tempolimit, eine Erhöhung der Benzinsteuer oder die Umlage der KFZ- auf die Mineralölsteuer sind nach wie vor nicht in Sicht. Eine Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt dann auch zu dem Ergebnis, daß "die auf verschiedenen politischen Ebenen gefaßten Beschlüsse zur Senkung der gesamten CO2-Ausstoßes um 30% bis zum Jahr 2005 angesichts der zu erwartenden Zunahme der Emissionen des Straßenverkehrs als illusorisch anzusehen (sind)". Weil jetzt bereits Fahrzeuge zugelassen werden, die noch 2005 fahren werden, ist es nach Ansicht des DIW sogar schon zu spät für eine Trendwende. Daran wird auch die freiwillige "Selbstverpflichtung" der Automobilindustrie wenig ändern, mit der der durchschnittliche Kraftstoffverbrauch für Neuwagen in den nächsten zehn Jahren um ein Viertel gesenkt

werden soll. Angesichts der zu erwartenden Zunahme des Straßenverkehrs um ein Drittel würden die Emissionen immer noch zunehmen.

Auch über Deutschlands Wolken ist die Freiheit, die Erdatmosphäre zu belasten, weiterhin grenzwertlos. Der Energieverbrauch im Luftverkehr stieg in der Bundesrepublik zwischen 1987 und 1993 um die Hälfte an und wird einer Studie des Wuppertaler Instituts für Klima, Energie und Umwelt zufolge bis 2005 gar 180% betragen. Zwar liegt der Anteil des Flugverkehrs an den CO2-Emissionen bei 11% gegenüber 80% beim Straßenverkehr. Doch zu vernachlässigen ist auch das nicht. Zumal die von den Flugzeugen ausgestoßenen Stickoxide zusätzlich - zu etwa 3 bis 4% im Sommer und zu 7 bis 8% im Winter - zur Vermehrung des Treibhausgases Ozon in der Troposphäre und dem Abbau der Ozonschicht in der Stratosphäre beitragen.

Würde die Bundesregierung ihre eigene Klimaschutzrhetorik ernst nehmen, müßte sie zumindest die Steuerfreiheit für Flugbenzin aufheben. Als Nebeneffekt stünden allein durch die Mehreinnahmen des vergangenen Jahres über sechs Mrd. Mark zusätzlich für den Klimaschutz zur Verfügung. Flugreisen sind - im Gegensatz zu Bahnreisen - von der Mehrwertsteuer befreit und die europäischen Luftfahrtgesellschaften wurden allein von 1991 bis 1993 mit 5,4 Mrd. DM Staatsgeldern bedacht. Ganz zu schweigen von Zuschüssen für die Luftverkehrsforschung und für infrastrukturelle Maßnahmen! Derzeit werden z.B. viele Schienen-Anbindungen an Flughäfen geplant, die unter dem Haushaltstitel "Verbesserung des öffentlichen Verkehrs" verbucht werden. Umweltministerin Merkel hatte Anfang Februar in einem Interview immerhin eine Rücknahme der Steuerfreiheit für Flugbenzin angekündigt. Doch schon wenige Stunden später kam das Dementi des Kanzlers. Der befand sich gerade auf dem Rückflug aus Washington und pfiff seine Ministerin passenderweise gleich aus dem Jet heraus zurück. In der "Namentlichen Abstimmung" über den daraufhin von den Grünen in den Bundestag eingebrachten Gesetzentwurf für eine Flugbenzinsteuer für Inlandsflüge stimmte die Ministerin gegen ihre eigene Ankündigung. Wie übrigens auch - bis auf drei Ausnahmen - die Fraktion der SPD, die einen eigenen Gesetzentwurf einbrachte, nach der die Steuerbefreiung auf Flugbenzin beibehalten, aber auf die Bahn ausgedehnt werden sollte.

Selbstverpflichtungs- Hokuspokus

Kern einer wirksamen Klimaschutzstrategie müßte eine deutliche Preiserhöhung für alle nichtregenerierbaren Energieträger sein. Doch bei einer derartig "heftigen Oppositionspolitik" der SPD ist es kein Wunder, daß die Regierungskoalition von der CO2- und Energiesteuer, die sie schon vor der letzten Legislaturperiode vereinbart hatte, inzwischen nichts mehr wissen will. Die Zauberformel der Bundesregierung heißt jetzt: Freiwilliger Verzicht. Der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans Olaf Henkel, hatte angeboten, daß einige Branchen ihren CO2-Ausstoß bis 2005 "um ein selbstbestimmtes Maß" verringern könnten, wenn die Bundesregierung auf neue Vorschriften und Steuern verzichten würde. Die Bundesregierung griff den ihr zugeworfenen Ball auf, und am 10. März präsentierte sie das Angebot der Deutschen Wirtschaft, den CO2-Ausstoß bis 2005 "je nach Branche um bis zu 20%" zu senken. Einige derjenigen Branchen, deren CO2-Bilanz in der Zwischenzeit wohl eher "um bis zu 20%" ansteigen dürfte, wie die der Fluggesellschaften oder der Agroindustrie, nahmen an der "Selbstverpflichtung der Deutschen Wirtschaft" lieber nicht teil. Der Bundesregierung genügte der Selbstverpflichtungs-Hokuspokus allemal, und sie erklärte prompt, "ordnungsrechtliche Maßnahmen zur Klimavorsorge einstweilen zurückzustellen". Neben der Energiesteuer betrifft das auch die Wärmeschutzverordnung sowie Festlegungen eines Mindestwirkungsgrades bei Kraftwerken. Kein Wunder, daß die Bundesregierung in Berlin keine Prognose über die Klimarelevanz ihrer Politik vorlegen konnte. "Verpflichtungserklärungen" der Wirtschaft wären wohl kaum als Basis-Daten anerkannt worden.

hhH./Berlin

Anmerkungen:

1) "Land unter" vom 4.4.1995

2) ND vom 3.4.1995

3) Zitiert nach "Land unter" vom 27.3.1995, S. 3.

Schutzpatron der Regenwälder?

Weil unser Kanzler Kohl auf dem 1986er G-7 Treffen "seinem Freund Georg Busch" die Dringlichkeit von Maßnahmen erklärte, den Raubbau an den Regenwäldern einzuschränken, gilt unser Kanzler als "Schutzpatron der Regenwälder". Doch im Gegensatz zu Österreich, wo nur noch Tropenholz eingegeführt werden darf, das nachweislich aus Plantagenwirtschaft oder "schonender Bewirtschaftung" stammt, sind Einfuhrbeschränkungen in Deutschland nach wie vor tabu. Die Liste anderer nach Deutschland eingeführter Produkte, für deren Herstellung Urwälder (nicht nur in den Tropen) zerstört werden, ist lang. Ein Drittel des Blechs, aus dem hier ex-und-hopp getrunken oder in dem bei uns autogefahren wird, entstammt der "In-Wert-Setzung" des brasilianischen Regenwaldes. Henkel-Produkte waschen nicht nur die Wäsche weißer als weiß. Die Palmölplantagen, welche die Firma Henkel als "nachwachsende" Rohstoffquelle für ihr Seifenfett angibt, machen auch die Regenwälder in Malaysia und auf den Philippinen grüner als grün. Ein Drittel der nutzbaren Fläche Malaysias ist bereits mit Ölpalmen bepflanzt. Will der Henkelkonzern auf diese Weise die eigenen CO2-Bilanzen mittels Investitionen in den Ausbau der Palmölplantagen Malaysias "reinwaschen"? Bis zum Jahr 2000 sollen die Plantagen von 1,7 auf 2,55 Mio. Hektar ausgeweitet und dafür intakte Regenwälder gerodet werden. Die hier noch lebenden Waldvölker können dann sehen, wo sie bleiben. Die Anlage von Eukalyptusplantagen für die Papierherstellung auf zuvor gerodeten Regenwaldflächen ist bereits im Gespräch für "joint implementation" Projekte. Dabei soll die Fähigkeit der Eukalyptusbäume, Kohlenstoff zu binden, dafür herhalten, die CO2-Bilanzen der Länder zu verbessern, welche die Plantagen - im Interesse ihrer eigenen Papierindustrie - finanzieren.

hhH.

22. Eine große Familie? Die NGOs und Business-NGOs auf dem Klimagipfel

Autor: Ann Stafford · Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:20

Über NGOs und Business-NGOs auf dem Klimagipfel

Vom 28. März bis zum 7. April 1995 fand die erste Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention statt. Dieser Klimagipfel in Berlin war ein noch größerer Mißerfolg als erwartet. Die Delegierten haben lediglich beschlossen, daß sie bis 1997 weiter diskutieren wollen. Sie wollen zwar CO2 reduzieren, aber sie wissen nicht, ob bis 2005, 2010 oder gar 2020. Sie berücksichtigen "die Notwendigkeit, ein starkes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu gewährleisten". Zudem wurde die Einführung einer Pilotphase für "gemeinsam umgesetzte Aktivitäten" (die neue Umschreibung für Joint Implementation) beschlossen. Diese Aktivitäten können vorerst nicht den Reduktionsverpflichtungen des Nordens angerechnet werden.

Die Delegierten des Klimagipfels konnten sich nicht auf das konkrete Reduktionsziel einer 20%igen CO2-Reduktion für die Länder des Nordens einigen, wie es der Protokollentwurf der kleinen Inselstaaten (AOSIS) forderte. Dieser Vorschlag wurde auf der Konferenz von mindestens 72 anderen Ländern des Südens unterstützt, auch von China und Indien. Eine ad hoc-Gruppe wurde eingesetzt, die bis Anfang 1997 ihre Arbeit so beenden soll, daß deren Ergebnisse auf der 3. Vertragsstaatenkonferenz beschlossen werden können. Zur 2. Vertragsstaatenkonferenz in Montevideo (Uruguay) bräuchten die UNO-Delegierten also nicht hinzufliegen, denn dort wird lediglich über die Verfahrensregeln diskutiert, erst 1997 in Kyoto (Japan) geht es wieder um konkrete Beschlüsse - wer weiß, ob dann das Verhandlungsergebnis nicht noch mehr verwässert wird?

Ungleiche Geschwister

Die NGOs fielen nicht immer durch Kritik des desolaten Verhandlungsverlaufs und der fehlenden Ergebnisse auf. Zu Beginn der Konferenz beschwerten sie sich, daß sie nicht in den großen Plenarsaal durften, sondern nur auf die Galerie. Daraufhin wurden sie auch unten zugelassen. Als Kohl sprach, spendeten die NGOs begeistert Beifall und lobten die Rede. Als ob unser Kanzler seine Worte nicht spätestens beim nächsten Weltwirtschaftsgipfel oder G7-Treffen vergessen würde.

Die meisten NGOs haben sich im Vorfeld der Konferenz gegen "Joint Implementation" ausgesprochen. Während der Konferenz haben sie sich jedoch vor allem darauf konzentriert, die Verabschiedung eines Protokolls oder Mandats zu fordern und haben fleißig Lobbyarbeit geleistet. Sie haben mit VertreterInnen der Weltbank diskutiert, haben auf die Delegierten aus Europa und den USA eingeredet - aber sie waren nicht alleine: Ebenso lobbyiert haben die Business-NGOs, die in der sogenannten "Global Climat Coalition" (GCC) zusammengeschlossen sind. Sie vertreten Konzerne der Kohle-, Erdöl-, Automobil- und Chemieindustrie und andere Unternehmen aus den USA, wie z.B. Dow Chemical Company, American Automobile Manufacturers Association, Shell Oil Company, Union Carbide, Exxon, Texaco Inc. und die Goodyear Tire & Rubber Company. Deren Hauptsorge ist die Erhaltung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit im Norden. Sie haben die weltgrößte kommerzielle Wetterfirma "Accu-Weather" damit beauftragt zu beweisen, daß die globale Erwärmung gar nicht so stark zunehme und daß auch die Anzahl der Stürme und Naturkatastrophen nicht ansteige ("aber lokale Medien können nun schnell über schlimme Wetterereignisse in entfernten Winkeln des Planeten berichten"). Alles in allem bezweifelt die GCC, daß anthropogene Treibhausgasemissionen zum verschärften Treibhauseffekt beitragen. Des weiteren glaubt sie, daß viele der diskutierten regulierenden Maßnahmen zur Einschränkung von Treibhausgasemissionen "zu Wettbewerbsvorteilen für unsere internationalen Handelspartner führen würden auf Kosten von Arbeitsplätzen und des Wirtschaftswachstums in den USA". Im übrigen würde ja "mehr als 80% der erwarteten Zunahme an Treibhausgasen in den nächsten 100 Jahren vor allem aus den Entwicklungsländern stammen und nicht aus den USA, Japan oder der EU", meint die GCC.

Neuorientierung bei den NGOs

Bei einigen NGOs bahnt sich jetzt eine Neuorientierung an. Einige unter ihnen, wie z.B. der WWF, streben Koalitionen mit Unternehmen an, "denn nur mit ihnen, und nicht gegen sie, ist der Umbau zu leisten". Sie liefern Beweise, daß der ökologische Umbau der Wirtschaft diene und neue Arbeitsplätze schaffe. Nach dem

Motto "if you can't beat them, join them" werden nun von den Umweltgruppen Töne angeschlagen, die sich von den Hochglanzbroschüren der Unternehmen nur unmerklich unterscheiden: Schließlich haben schon etliche Firmen angefangen, aus dem Ökotrend Kapital zu schlagen, seien es Hoechst, Shell oder Opel ("Wir haben es verstanden"). Sie alle werben auf einmal mit dem Umweltschutz, als hätten sie ihn erfunden.

Am vorletzten Konferenztag zeigten TeilnehmerInnen der internationalen alternativen Klimakonferenz "The Greenhouse Gathering" auf, wie die Klimapolitik von Wirtschaftsinteressen überrollt wird: Eine Dampfwalze, welche die EU-Verkehrspolitik symbolisierte, wälzte als Bäume, Blumen und Delegierte verkleidete AktivistInnen nieder. Aber die meisten NGOs im ICC konzentrierten sich so intensiv auf den Verhandlungsprozeß, daß sie nicht auf Themen wie Verkehrspolitik eingingen, die in der Welt draußen eine gewichtige Rolle spielen. Verheerend war auch das mangelnde Eingehen auf die Atomkraft, die jetzt als "saubere" Energie verkauft werden soll.

Unter den vielen in- und ausländischen Unternehmen und Interessensvereinigungen, die sich auf der Konferenz tummelten, war z.B. auch die Europäische Kernenergiegesellschaft, die eine Pressekonferenz über die potentielle Rolle der Kernenergie bei der CO2-Reduktion veranstaltete. Und in ihrem Fazit nach der Klimakonferenz betonte Bundesministerin Angela Merkel wieder den wesentlichen Beitrag der Kernenergie zum Klimaschutz. Ob die NGOs, die neue Umweltpartnerschaften mit der Industrie eingehen, noch Zeit finden werden, gegen die Renaissance der Atomenergie beim Klimaschutz zu protestieren? Werden sie ausschließlich über CO2-Reduktion, Energieeffizienz, betriebswirtschaftliche Innovationen und andere technologische Lösungen für die Klimaproblematik diskutieren? Damit wären wir wieder beim gegenwärtigen Trend in der Umweltpolitik, in der offenbar die Notwendigkeit entscheidender struktureller Veränderungen zunehmend aus der Diskussion gedrängt wird.

Ann Stafford

23. 100 Tage KP-Regierung in Nepal. Interview mit Madhav Nepal, stellvertr. Premier

Autor: Peter Borgwardt · Rubrik: Nepal · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:14

Madhav Nepal ist stellvertretender Premierminister, Außenminister und Verteidigungsminister von Nepal sowie Generalsekretär der Kommunistischen Partei Nepals (Vereinigte Marxisten-Leninisten). Mit ihm sprach am 21.3.1995 Peter Borgwardt.

Die KP Nepal (Vereinigte Marxisten-Leninisten) hat Ende 1994 die Wahlen in Nepal gewonnen. Können Sie die Geschichte Ihrer Partei kurz skizzieren?

Marxistisch-leninistische Kräfte gibt es in Nepal seit 1930. Aber erst Ende der 40er Jahre entstand die marxistisch-leninistische Bewegung im eigentlichen Sinne. Die Partei existiert seit 1949. Neben der KP Nepals gab es damals eine große liberale Partei, die Nepalesische Kongreßpartei. Diese beiden Parteien kämpften gegen das autokratische System. So gab es damals drei Kräfte: die Kommunisten, die Reformisten und die autoritären Kräfte. Bis heute haben wir im Prinzip das gleiche Szenario. 1950 gab es eine große Massenbewegung gegen die Rana-Dynastie. Für 10 Jahre bestand ein Mehrparteiensystem. Dann gab es wieder eine absolute Monarchieherrschaft von 1962 bis 1990. In dieser Zeit war die KP im Untergrund. In der Massenbewegung von 1990 wurde dann der autoritäre Rat besiegt. Immer versuchte die KP Nepals, eine Massenlinie zu befolgen. Es gab aber auch revisionistische Tendenzen in der Partei, ja sogar Korruption. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 versuchten die Revisionisten verstärkt, in der Partei hochzukommen. Während der Kulturrevolution in China kam es zu einer Spaltung. Die alte Führung folgte treu dem Moskauer Kurs, auf der Gegenseite stand die Jugend. Sie war begeistert von den Mao Tsetung-Ideen und setzte sich das Ziel, die Partei als eine marxistisch-leninistische Partei neu aufzubauen. Viele unserer Genossen sind ermordet worden. Viele waren in den Gefängnissen und wurden gefoltert. ... Am 26.12.1978 war es dann so weit, daß die KP Nepal (Marxisten-Leninisten) gegründet werden konnte. Damals war es eine kleine Gruppe. Zwei andere Parteien waren stärker, eine revisionistische auf der einen Seite und andererseits eine linkssektiererische Gruppe. Doch im Wettbewerb zwischen den verschiedenen KPs wurden wir die stärkste. ...

Bevor die KP Nepal (UML) zur Regierungspartei wurde, war sie die stärkste Oppositionspartei in Nepal. Wie ging diese Entwicklung vor sich?

1990 entstand eine große Massenbewegung, und es gelang, den autoritären Rat zu stürzen. Die Marxisten-Leninisten konnten wieder offen arbeiten und vereinigten sich zur KP Nepals (UML). Die Kräfte der Massenbewegung erhielten die Verantwortung übertragen, eine Regierung zu formen. Weil die KP Nepals (UML) die entscheidende Kraft in dieser Massenbewegung war, wurde auch sie eingeladen, ein Partner innerhalb der Regierung zu sein. Natürlich taten dies die reaktionären Kräfte nicht aus eigenem Antrieb. Sie waren einfach gezwungen, uns zu beteiligen. Wir stellten dann ein Drittel der Minister, wie auch die anderen zwei beteiligten Kräfte, die Kongreßpartei und die Königstreuen. Es wurde eine Kommission gebildet, die eine Konstitution ausarbeiten sollte. Ich selbst war an dieser Kommission beteiligt. 1991 gab es dann allgemeine Wahlen, und wir gewannen ein Drittel aller Sitze. Insgesamt 21% der Stimmen. Zusammen mit den anderen linken Organisationen und Parteien hatten wir 26%. Die Kongreßpartei kam auf 27%, es war eine Differenz von nur 70.000 Stimmen. ... Wir wurden die Hauptoppositionspartei. Unser heutiger Premierminister Man Mohan Adhikari war damals Oppositionsführer im Unterhaus, ich im Oberhaus. Wir führten den Kampf gegen die Anti-Volkspolitik der Kongreßpartei ... Wir standen Seite an Seite mit Arbeitern, Bauern, kleinbürgerlichen Schichten und nationalen, patriotischen Kräften, ebenso mit den echten Demokraten. Die Sympathien waren mit uns, während sich innerhalb der Kongreß-Partei ein innerer Kampf entwickelte. So entstand die Situation, daß Neuwahlen, die sogenannten Interimswahlen, notwendig wurden. ... Vom Nationalen Parteitag unserer Partei erhielten wir im Mai 1994 den eindeutigen Auftrag, eine Regierung der Demokraten und Patrioten zu bilden.

Wie würden Sie diese Situation charakterisieren? War sie revolutionär, vorrevolutionär oder überhaupt noch nicht revolutionär?

Es war ein Durchgangsstadium. Zur Revolution gehört mehr, vor allem müssen wir die revolutionären Kräfte konsolidieren, und auch die Macht des Volkes. Durch die Unterstützung des Volkes waren wir aber erst einmal

fähig, die Wahlen zu gewinnen. Jetzt haben wir die Voraussetzungen zu schaffen für einen radikalen Übergang. Augenblicklich sehen wir uns in einer dualen Herrschaft. Die KP ist in der Regierung, aber auch die alte Bürokratie ist noch da und die Armee. Das ist ein gewisses Kräftegleichgewicht.

Sie sprechen von einer dualen Herrschaft. Eine solche Situation kann nicht lange anhalten. Dient die Übernahme der Regierung der Vorbereitung auf eine neudemokratische Revolution?

Wir befinden uns in der Vorbereitung der neudemokratischen Revolution. Es ist eine einzigartige Situation. Wir sind eine Minderheitenregierung, können aber doch viele Angelegenheiten entscheiden. Allerdings ist kein Gesetz zu verabschieden ohne die Hilfe anderer Parteien. Wir treiben die Fragen dennoch voran. Ein Prozeß der Landreform ist begonnen worden, um gegen die feudalen Grundherren und ihre Privilegien zu kämpfen. Das ist nicht leicht. Wenn aber die Opposition dagegen arbeitet, mobilisieren wir die Nation, mobilisieren wir die Massen von Osten bis Westen. Natürlich stehen wir auch den Großmächten des Imperialismus gegenüber. Da gibt es drei Kräfte. Einmal die internationalen Geldmagnaten, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die Asiatische Entwicklungsbank. Dann die hauptsächlichen Mächte USA, Deutschland, Japan. Sie üben viel Druck aus. Gerade komme ich von einem Treffen mit den Botschaftern von Deutschland, Frankreich und Italien. Sie wollen uns gewinnen für eine unbefristete Fortführung des Atomwaffensperrvertrages. Interessanterweise wollen alle drei Botschafter das gleiche zur gleichen Zeit. Auch die Japaner suchen uns auf, und wir sollen für sie stimmen, damit sie im UNO-Sicherheitsrat einen Platz bekommen. Wenn wir nein sagen, stoppen sie jegliche finanzielle Hilfe. Die Frage ist, ob sich Nepal so etwas leisten kann. Wir sagen nicht direkt nein, sondern wir weisen daraufhin, daß auch Indien, Deutschland oder Brasilien Interesse haben an einem Platz im UN-Sicherheitsrat. ... Wir haben mit Indien Widersprüche wegen seiner expansiven Politik. Mit solchen Nachbarn zu leben, ist sehr schwierig. Ich war in Indien, und wir wollen versuchen, die ungleichen Verträge von 1951 zu lösen. ...

Auf einer Funktionärskonferenz Ihrer Partei, die ich kürzlich besuchen konnte, wurde über eine entstandene Verwirrung an der Basis berichtet. Um was geht es dabei?

In der entstandenen Verwirrung geht es um die Rolle der Partei in der veränderten Situation. Wir haben ja immer als Oppositionspartei gekämpft. Wegen der fremdartigen Situation müssen wir nun Kompromisse eingehen. Viele Leute an der Basis erwarten nun aber einen totalen Krieg gegen die Reaktionäre. Sie wollen eine schnelle Lösung der Probleme wie der Arbeitslosigkeit, der Ausbeutung und Armut. Sie wollen, daß die Entwicklungsarbeit in kurzer Zeit bewältigt wird und alle Reaktionäre bestraft werden. Doch wir können nur Schritt für Schritt Erfolge erzielen.

Um das geplante Staudammprojekt Arun III gibt es internationale Aufmerksamkeit. Wie steht die Regierung zu diesem Projekt?

Mit bestimmten Veränderungen sind wir für die Durchführung, also für den Bau dieses Projektes. Dabei müssen wir auf unsere Interessen schauen. Wir lehnen solche Auflagen des IWF ab, wie z.B. im Gegenzug 14 nationale Industrien zu privatisieren. Außerdem verlangen wir Zinssenkungen und eine Senkung der Straßenbaukosten. ...

Nach dem Wahlsieg der KPN (UML) stand in deutschen Zeitungen, sie sei nur noch dem Namen nach eine marxistisch-leninistische, in Wirklichkeit aber eine sozialdemokratische Partei. Ist das eine gezielte Manipulation, um weltweit Druck auf Ihre Partei auszuüben?

Auf jeden Fall. Unsere Gegner verfolgen international zwei Ansätze, um unsere Farbe zu verändern. Einmal verlangen sie, daß wir offen nach ihrer Pfeife tanzen sollen, das ist natürlich unmöglich. Dann bezichtigen sie uns des Extremismus. Wir müssen einen klaren Kopf behalten und Freunde und Feinde kennen. Unsere Freunde sind die marxistisch-leninistischen Parteien. Aber ihre Kraft und Stärke reichen nicht aus. Wir brauchen auch Verbündete, zum Beispiel unter den Sozialdemokraten, unter Grünen, unter Menschenrechtsorganisationen und unter den blockfreien Ländern. ...

Was antworten Sie direkt, wenn die KP Nepals (UML) als sozialdemokratisch bezeichnet wird?

Ich antworte, daß wir keine Sozialdemokraten sind. Die Sozialdemokratie hat die wichtigsten Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus abgeschafft. Sie ist ein Satellit der reaktionären Kräfte. Aber es gibt innerhalb der

Sozialdemokraten Rechte und Linke. Diese Widersprüche sollten wir nicht ignorieren, das wäre nicht marxistisch-leninistisch.

Der Bourgeoisie möchte ich allerdings zu bedenken geben: Solange auf dem höchsten Berg der Erde die rote Fahne weht, ist auch das Prestige der marxistisch-leninistischen Ideen noch nicht am Boden!

24. Die Saarlandbrigade: eine Eliteeinheit der NATO

Autor: AKTION 3. WELT Saar · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Militarismus; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:41

Kalender

Freie Nürnberger Kunstsession

Zum achten Mal präsentiert sich die Freie Nürnberger Kunstsession einem wohlwollenden Publikum. Diesmal stellen aus: ANA (Autonome Nürnberger Akademie), Das Loch, Die Quintessenzen sowie EinzelkünstlerInnen.

5.-27.5.95 im Komm, Königstr. 93, Nürnberg.

Tote auf Urlaub

Emil Carlebach, Blockältesteter des Judenblocks 22 im KZ Buchenwald, liest aus seinem Buch "Tote auf Urlaub. Kommunist in Deutschland - Dachau und Buchenwald 1937-1945".

6.5., 11 Uhr, Großer Hörsaal FH Karlshorst, Treskow-Allee, Berlin; 8.5., 19.30 Uhr, Haus Gallus, Frankenallee, Frankfurt; 10.5., 19.30 Uhr, Türkisches Zentrum, Friedrich-Ebert-Str. 37, Essen; 11.5., 20 Uhr, Merlin, Augustenstr. 27, Stuttgart; 12.5., 20 Uhr, Lagerhalle, Raum 7, Rolandsmauer 26, Osnabrück; 16.5., 19 Uhr, TH Hamburg-Harburg, Haus II B, Raum 1520, Denckestr. 15, Hamburg; 17.5., 19 Uhr, Bürgerhaus Ohlendorf, Am Ohlenhof, Bremen; 30.5., 16 Uhr, Volkssolidarität, Hölderlinstr. 2, Zwickau; 31.5., 18 Uhr, Solingen-Keller, Poststr. 7, Aue.

Antisemitismus

Das DGB-Bildungswerk Thüringen und das Fritz Bauer Institut veranstalten ein Seminar zum Thema "Vom Vorurteil zur Vernichtung - Traditionen des Antisemitismus".

8.-12.5., Hilders (Rhön). Kontakt: DGB- Bildungswerk Thüringen, Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt.

Ökologie

Das Buch "Kreisläufe und Kreislaufstörungen der Erde" des Hamburger Professors Grimmel, der auch in linksökologischen Kreisen Ansehen genießt, ist der AG Ökologie und Faschismus der Hochschul-Antifa so bös aufgestoßen, daß sie, nachdem Grimmel schon von ihr mit dem "Braunen Punkt" bedacht wurde, nun zu einer Infoveranstaltung über dieses Werk einlädt.

11.5., 18 Uhr, Café Knallhart, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park, Hamburg.

BesetzerInnenkongreß

In Referaten, Filmen und Arbeitsgruppen soll es gehen um die Geschichte der BesetzerInnenbewegung, deren aktuelle Situation und die Perspektiven, Kiezpolitik, Öffentlichkeitsarbeit, Rechtslage usw.

12.-14.5., Leipzig. Infos und Anmeldung: Vorbereitung BesetzerInnenkongreß, p.A. Conne Island, Koburger Str. 3, 04277 Leipzig.

Flucht und Arbeit

In Fortsetzung des Kongresses "Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten" werden im Mai und Juni eine Reihe von Folgeveranstaltungen durchgeführt.

16.5., 19.30 Uhr: "Projekt Heimattarif" - Das Beispiel Billigflaggen und Zweitregister (Referent: Ulf Christiansen, International Transport Workers Federation.

30.5., 19.30 Uhr: Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt. Referentin: Christamaria Weber, AG gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung.

Werkstatt 3, Nernstweg 32, Hamburg.

Alltag in Palästina

Ali H. Qleibo, palästinensischer Anthropologe und Autor des Buchs "Wenn die Berge verschwinden. Die Palästinenser im Schatten der israelischen Besatzung", einer einzigartigen Mischung, schreibt Amos Oz, "aus anthropologischer Dokumentation, Familiengeschichte, Reisebericht aus der eigenen Heimat und mitreißendem dichterischen Bekenntnis", wird im Mai/Juni an etlichen Orten der BRD und der Schweiz zu hören sein. Außer für Hamburg stehen die Veranstaltungsräume in den einzelnen Städten noch nicht fest, können aber (ebenso wie etwaige noch freie Termine für andere Orte) erfragt werden beim Palmyra-Verlag, Georg Stein, Tel. 06621- 165409.

16.5., Saarbrücken; 18.5., Heidelberg; 19.5. Stuttgart; 20.5., Bern; 22.5., Freiburg; 23.5., Frankfurt; 24.5., Darmstadt; 29.5., Berlin; 30.5., 17-19 Uhr, Hörsaal S, Universität Hamburg; 1.6., Göttingen; 2.6., Mannheim; 6.6., Bielefeld; 7.6., Münster; 8.6., Bottrop; 9.6., Oldenburg; 12.6., Dortmund; 13.6., Basel.

Film Forum Freiburg

Das 6. Film Forum Freiburg zeigt etwa 50 Filme und Videos aus und über außereuropäische Kulturen. Am Forum nehmen teil FilmemacherInnen und EthnologInnen, die ihre Filme vorstellen. Als Gäste werden erwartet Filmschaffende aus Vietnam, Indien, den USA und europäischen Staaten.

23.-28.5. Kommunales Kino, Urachstr. 40, 79102 Freiburg. Unter dieser Anschrift ist auch das vollständige Programm zu erhalten.

Juden in Hamburg-Altona

Der ehemaligen Juden in Hamburg-Altona gedacht wird mit einer Performance von Jens Huckeriede im ehemaligen jüdischen Volksheim in der Wohlersallee. Dem Prolog - Garcia Lorcas "Jüdischer Friedhof" - folgen u.a. ein Interview mit Miriam Gillis-Carlebach, ein Auszug aus Peter Weiss' "Ermittlung" und jiddische Lieder gesungen und gespielt von der Jiddistin Dorothea Greve und Stefan Goreiski.

24.5., 21.45, im ehemaligen jüdischen Volksheim, Wohlersallee 58, Hamburg.

Entwicklungsman(n)ie

Der diesjährige Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) steht unter dem Thema "Entwicklungsman(n)ie - Patriarchat und Solidaritätsbewegung". Die Themen der Foren sind: Fluchtursachen vor Ort bekämpfen?; Demokratische Verhältnisse weltweit durchsetzen?; Sichtwechsel; "Nachhaltige Entwicklung" - eine Wende in der Entwicklungspolitik?; Rasse, Klasse und Geschlecht.

25.-28.5., Wuppertal. Anmeldungen (allerschleunigst) an: BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg.

Jüdische Displaced Persons im Nachkriegsdeutschland

In München wird die erste große Konferenz in der Bundesrepublik zur Situation der jüdischen Überlebenden nach Kriegsende, der sog. jüdischen DPs, stattfinden. ReferentInnen aus Israel, Österreich, den USA und der BRD werden die politische und soziale Situation der Überlebenden vor allem in den damaligen US-Zonen präsentieren und mit ehemaligen DPs, Wissenschaftlern und Interessierten diskutieren. Veranstalter der Konferenz sind das Fritz Bauer Institut, Frankfurt; das Institut für Zeitgeschichte, München; die Literaturhandlung, München; das Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck; die Gedenkstätte Yad Vashem, Israel; das American Jewish Archives, USA.

19.-21.7., München, Stadtmuseum. Info: Fritz Bauer Institut, Bockenheimer Landstr. 104, 60323 Frankfurt.

25. Das Asylland Schweiz und seine Flüchtlingspolitik bis 1945

Von Gaston Haas

Autor: Gaston Haas · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:07

"Nicht daß wir keine Emigranten aufgenommen hätten, doch Größe zeigt sich nur, wenn man zu seinem Versagen steht. Zu unserem Davonkommen gehört die Schuld; gerade hier erweist sich die Schweiz als klein, kleiner noch als auf der Landkarte. Sie sieht ihre Vergangenheit nur heldisch und human, sie will schuldlos davongekommen sein."

Friedrich Dürrenmatt

Was Friedrich Dürrenmatt Ende der sechziger Jahre notierte, hatte mit dem Bild wenig zu tun, das die offizielle Schweiz nach außen propagierte: Eine Insel der Freiheit, ein Hort für die Verfolgten, ein Fels der Menschlichkeit inmitten kriegerischer Brandung wollte sie sein. Als "einig Volk von Brüdern" (wo blieben die Schwestern?) präsentierte sie sich. Die Kriegsgewinnerin (Kriegsgewinnlerin, wie Dürrenmatt schrieb) sah sich als Opfer, obwohl sie auf wundersame Art von Kriegshandlungen verschont geblieben war.

Dieses Image des wehrhaften, aber barmherzigen Kleinstaates wird bis heute sorgsam gepflegt: humanitäre Tradition des Roten Kreuzes, Neutralität, funkelnde "Diamant"-Feiern, leuchtende 700-Jahr-Feier. Dabei hatte der glänzende Lack schon früh böse Kratzer abbekommen. Anfang der fünfziger Jahre enthüllte der "Beobachter", daß der J-Stempel in den Pässen reichsdeutscher Juden auf Begehren der Schweiz eingeführt worden war. Der Bericht Ludwig, von der Regierung nach der Artikelserie in Auftrag gegeben, kritisierte die Flüchtlingspolitik zwischen 1933 und 1945 genauso wie der Bonjour-Bericht, das Buch "Das Boot ist voll" und andere Publikationen mehr.

Trotzdem wurde in diesem Land öffentlich nie ernsthaft und auf breiterer Basis über die jüngste Vergangenheit nachgedacht. Hatten sich die Verantwortlichen wirklich nichts vorzuwerfen, wie sie nach dem Krieg immer wieder beteuert hatten? War Dr. Heinrich Rothmund, Chef der Polizeiabteilung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) und "Erfinder" des J-Stempels, wirklich nur ein einsames schwarzes Schaf in einer ansonsten makellos weißen Herde?

Verzweifelte Versuche

Wußte man in der Schweiz tatsächlich nicht, was mit den Juden geschah? Oder wurden vielmehr Informationen zurückgehalten, unterdrückt, verdrängt und schließlich vergessen? Und wenn dem so war: Wer war dafür verantwortlich? Reichten die Sympathien für Hitlers Rassenideologie in der Regierung, in diplomatischen Kreisen oder der Armee doch tiefer, als man der Öffentlichkeit nach dem Krieg weismachen wollte? Wahr ist wohl, daß alle diese Komponenten in der einen oder anderen Form eine Rolle spielten.

Ein besonders unrühmliches Beispiel dafür lieferte im Sommer 1942 Dr. Heinrich Rothmund. Am 15. Juli hatten die Deutschen in Zusammenarbeit mit der französischen Miliz Jagd auf die Pariser Juden gemacht. Wer sich der Verhaftung entziehen konnte, floh aus Paris in die unbesetzte Zone Frankreichs - oder in die Schweiz.

Dr. Rothmund, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Schweiz vor der "Verjudung" zu schützen, mußten sich die Haare gesträubt haben. Im Jura registrierten die überforderten Grenzwächter zahllose illegale Grenzübertritte. Berichte über professionelle Schlepper, die täglich Dutzende von Flüchtlingen von Frankreich herüberschmuggelten, machten die Runde. In Bern herrschte Krisenstimmung.

Am 4. August 1942 informierte Bundesrat von Steiger, Vorsteher des EJPD, seine Regierungskollegen über das weitere Vorgehen in der Flüchtlingspolitik. Man entschied sich für die harte Linie. Zivilflüchtlinge, so hielt ein Entschluß fest, seien in Zukunft vermehrt zurückzuweisen, selbst wenn den betroffenen "Ausländern daraus ernsthafte Nachteile (Gefahren für Leib und Leben) erwachsen können". Als immer mehr Menschen die Flucht in die Schweiz wagten, ließ Dr. Rothmund schließlich die Grenzen schließen. "Flüchtlinge nur aus Rassegründen, z.B. Juden", galten nicht als politische Flüchtlinge und wurden abgewiesen oder ausgeschafft.

Kaltschnäuzig schickte die Schweizer Landesregierung Flüchtlinge in den Tod. Die Formulierung "Gefahren für Leib und Leben" war eine schamlose Untertreibung.

Seit Ende Juli lag der Polizeiabteilung ein interner Bericht vor, der die Lage der Juden im deutschen Einflußbereich zusammenfaßte. Der Verfasser war zum Schluß gekommen, daß Rückweisungen jüdischer Flüchtlinge kaum mehr zu verantworten waren: "Die übereinstimmenden und zuverlässigen Berichte über die Art und Weise, wie die Deportationen durchgeführt werden, und über die Zustände in den Judenbezirken im Osten sind derart gräßlich, daß man die verzweifelten Versuche der Flüchtlinge, solchem Schicksal zu entrinnen, verstehen muß."

Die Schweiz allerdings konnte "die verzweifelten Versuche" nicht nachvollziehen. Bundesrat von Steiger, der 1942 das Wort vom vollen Boot geprägt hatte, heuchelte nach dem Krieg Ahnungslosigkeit: "Wenn man gewußt hätte, was sich drüben im Reich abspielte, hätte man den Rahmen des Möglichen weiter gespannt." Eine offensichtliche Lüge. Das Eingeständnis der Schuld hätte dem Image der Schweiz schwer geschadet. Ein von seinem eigenen Departement ausgearbeiteter Bericht zur Flüchtlingspolitik während der Kriegsjahre wurde nie veröffentlicht. Noch 1951 bemerkte von Steiger an einer Bundesratssitzung mit umwerfender Arroganz: "Wir denken nicht daran, den Bericht zu veröffentlichen (...). Die Veröffentlichung hätte wohl eine Diskussion zur Folge, die der Sache an sich bestimmt nichts nützen, sondern wiederum Unruhe in eine Frage bringen würde, die heute wohl im wesentlichen als geregelt angesehen werden darf."

Dabei verfügten die Schweizer Behörden während des Krieges schon früh über Informationen, die keinen Zweifel an den deutschen Zielen zuließen. Einer der ersten Schweizer Diplomaten, die ausführlich über NS-Verbrechen in Deutschland berichteten, war Franz Rudolph von Weiss, Konsul in Köln. Bereits Ende 1940 verfaßte er einen Bericht über das "Euthanasie"-Programm im Reich, das die "Vernichtung unwerten Lebens" zum Ziel hatte. Der Konsul schieb: "Vor einigen Monaten schon zirkulierte hier das Gerücht, daß Insassen von epileptischen und Heil- und Pflegeanstalten auf geheimnisvollem Wege beseitigt würden. (...) Noch vor nicht langer Zeit bestätigte ein mir befreundeter Chirurg diese Nachricht, ohne daß er nähere Angaben darüber machen durfte."

Außenminister Pilet-Golaz visierte die Politischen Berichte gewissenhaft, doch es geschah nichts. Das heißt, nicht ganz: 1942 verfaßte die Schweizer Gesandtschaft in Berlin einen Bericht über den Kölner Konsul, worin dieser bei seinen Vorgesetzten als "Schwarzmaler" diffamiert wurde ...

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 schwoll der Strom der Nachrichten über deutsche Greueltaten gegen Juden weiter an. Der Schweizer Botschafter in Rumänien, René de Weck, begann kurz vor Kriegsausbruch ein politisches Tagebuch zu führen. Zusammen mit den regelmäßig nach Bern übersandten "Rapports Politiques" entstand eine einzigartige Chronologie des Grauens über die Verbrechen in den besetzten Ostgebieten.

So zitierte de Weck im Oktober 1941 einen italienischen Offizier, der aus Odessa zurückgekehrt war. Die Deutschen hätten alle Juden dieser Stadt umgebracht. Und vom brasilianischen Botschafter stammte die Information, daß der "antisemitische Kreuzzug" bis zu diesem Zeitpunkt 280.000 Opfer gefordert habe. Die Grausamkeiten überträfen bei weitem die türkischen Massaker an den Armeniern, über die sich Anfang des Jahrhunderts ganz Europa entsetzt hatte, schrieb de Weck. Doch das EJPD schwieg. Als die Nachrichten aus Bukarest schließlich versiegten, hatte das einen einfachen Grund: In den von de Weck betreuten Gebieten gab es keine Juden mehr.

Informationen flossen aber auch aus anderen Quellen. Deutsche Deserteure von Wehrmacht und SS wurden von Schweizer Offizieren eingehend befragt, die detaillierten Verhörprotokolle sorgsam archiviert. Obwohl sich die Armee vor allem für militärische Informationen interessierte, fehlte in kaum einem Protokoll der Hinweis auf deutsche Kriegsverbrechen. Einige der Informationen deckten sich mit früheren Erkenntnissen. Andere waren so detailliert, daß sie unmöglich erfunden sein konnten. Zudem zweifelten die Verhöroffiziere ganz selten an der Glaubwürdigkeit ihrer Informanten.

Die Gleichgültigkeit, mit der man in der Schweiz den Mord an den Juden aufnahm, illustriert eine Verhörnotiz vom September 1942: Lakonisch hielt der Offizier fest, daß der "Einvernommene in fast allen größeren Städten Judenerschießungen" gesehen habe, "wie sie bereits in mehreren vorangehenden Berichten geschildert wurden".

Den Gipfel des Zynismus erreichte jedoch der Schweizer Militärattaché in Helsinki, Major Lüthi. Dieser schickte Ende 1943 den Bericht eines Balten nach Bern, der nach eigenen Angaben an der Ermordung von rund 16.000 Juden beteiligt war. Er habe sich entschlossen, das Armeekommando zu informieren, weil er glaube, "daß die Vorkommnisse doch ein bißchen Wahrheit aufweisen können", so Lüthi. Sein Informant schilderte die systematischen Massenerschießungen und kam zu dem Schluß, daß mit der Zeit das "Hinrichtungsverfahren jedoch humaner geworden" sei. "Human" bedeutete Ersticken durch Auspuffgase, die ins Innere eines speziellen Lastwagens geleitet wurden ...

Symbolischer Protest

Das Schicksal der Juden interessierte die maßgeblichen Stellen nicht. Im Gegenteil: Gewisse Aussagen hochgestellter Persönlichkeiten unterscheiden sich in er Wortwahl kaum vom deutschen Vorbild des "Stürmers". Etwa wenn der Oberst und Bundesrichter Eugen Hasler dem Leiter der 1. Schweizer Ärztemission, Eugen Bircher, einen Brief schrieb, in dem er seine Begeisterung für das Unternehmen freien Lauf ließ. In der Schweiz müsse man endlich erkennen, daß "auch in unserem Interesse Allergrößtes vollbracht wird und daß unsere Herzen mit den jungen weißen Menschen schlagen, die todesmutig als Träger europäischer Kultur nach Osten vordringen". Und wenn der Chefarzt des Schweizerischen Roten Kreuzes, Oberst Hugo Remund, sich zum Thema Juden äußerte, hätten ihm deutsche Rassetheoretiker begeistert zugestimmt: "Vom Moment an, wo sich die Juden in einem nicht mehr zu verantwortenden Maße (...) vermehrt haben, begann der Antisemitismus zu blühen."

Wer es wagte, das Vorgehen der Behörden zu kritisieren, mußte damit rechnen, regelrecht fertiggemacht zu werden. Konsul von Weiss wurde als "Schwarzmaler" diffamiert; der "Nation"-Redakteur Surava bezahlte seinen Einsatz für jüdische Ferienkinder, die nach Frankreich zurückgeschickt werden sollten, mit der systematischen Zerstörung seiner Karriere; der Arzt Dr. Rudolf Bucher, der an öffentlichen Vorträgen erzählte, was er an der Ostfront gesehen und gehört hatte, wurde als "nicht normal (...) in seinem Geltungsbedürfnis und seinem Haß gegen die deutsche Rasse" geschildert, als "gefährlicher Phantast", dessen "Benehmen ein psychiatrisches Gutachten" rechtfertige. Der Autor dieser Zeilen war Dr. Albrecht von Erlach, Gründungsmitglied des "Komitees für Hilfsaktionen", das den Einsatz der Schweizer Ärztemissionen auf deutscher Seite initiiert hatte.

Ähnliche Beispiele finden sich in den Akten des Bundesarchivs viele. Sie zeichnen das Bild einer kleinen und opportunistischen Schweiz, die mit der Zurückweisung der Juden auch ihre Ideale der Menschlichkeit aufgab.

Eine spürbare Änderung der schweizerischen Aufnahmepraxis erfolgte erst gegen Ende des Krieges, als die Niederlage Nazideutschlands offensichtlich war. So entschloß sich die Polizeiabteilung im Juli 1944 - Schweizer und ausländische Zeitungen hatten ausführlich über die Deportationen Hunderttausender von Juden aus Ungarn nach Auschwitz berichtet -, die Weisungen aus dem Jahre 1942 zu entschärfen. Anfang November 1944 leitete Alt-Bundesrat Jean-Marie Musy Verhandlungen mit hohen Repräsentanten des Dritten Reiches zur Freilassung von Juden. Die Deutschen willigten ein - auf der Basis "Lastwagen und Geld gegen Menschen". Die Finanztransaktionen dieses Menschenhandels wurden über Konten auf Schweizer Banken abgewickelt.

Es dauerte aber bis zum 6. Februar 1945 - die Amerikaner machten sich gerade daran, den Rhein zu überschreiten -, ehe der Bundesrat bei der deutschen Regierung gegen die Vernichtung der Juden protestierte. Ein Protest mit symbolischem Charakter. Ein Protest, der so spät kam, daß man ihn eigentlich ignorieren kann.

Gaston Haas ist Autor des Buches "Wenn man gewußt hätte, was sich drüben im Reich abspielte ..." Helbing & Lichtenhahn, Basel 1994. Der vorliegende Artikel erschien am 23.2.1995 in der "Weltwoche" (Zürich).

26. Die zweite Wandlung der Sozialdemokratie

Von Marcel van der Linden

Autor: Marcel van der Linden · Rubrik: SPD; Arbeiterbewegung international; Zeitgeschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:03

Marcel van der Linden ist Herausgeber der International Review of Social History des Amsterdamer Internationalen Instituts für Sozialgeschichte (IISG). Sein Forschungsschwerpunkt ist die Vergleichende Arbeitergeschichtsschreibung. Er ist (gemeinsam mit Gottfried Mergner) Herausgeber der Aufsatzsammlung Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung (Berlin 1991) und Autor des "nützlichen Wegweisers durch die SU-Interpreten" Von der Oktoberrevolution zur Perestroika. Der westliche Marxismus und die Sowjetunion Frankfurt 1992. (Rezension in ak 347, S. 33) Van der Lindens vergleichende Analyse der Entwicklung der sozialdemokratischen Parteien Nord- und Mitteleuropas erschien zuerst in dem niederländischen "Jahrbuch für sozialistische Diskussion und Analyse" Kritiek (Bd. 4, 1995). Wir veröffentlichen diesen Aufsatz in einer vom Autor in einer (vor allem im Anmerkungsteil) für den ak gekürzten Fassung. Die Übertragung aus dem Niederländischen besorgte Klaus Mellenthin.

Seit Jahren schon rufen Freund und Feind, das Ende der Sozialdemokratie sei nahe. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre schrieb der marxistische Historiker Eric Hobsbawm, der "Vormarsch" der Labour Party sei zum Stillstand gekommen. Einige Jahre später behauptete der liberale Soziologe Ralf Dahrendorf, die Sozialdemokratie habe sich überlebt. Politologen melden einen allgemeinen Abwärtstrend der Wahlergebnisse. Und auch im eigenen Kreis meinen prominente Mitglieder dann und wann, das Ende der Sozialdemokratie sei in Sicht.

Bei näherem Hinsehen erweisen sich diese Einschätzungen als übertrieben. Selbstverständlich kann niemand bestreiten, daß die internationale Sozialdemokratie seit den siebziger Jahren schwere Zeiten durchmacht. In Schweden z.B. wurde die Partei 1976 nach vierundvierzig Jahren fast ununterbrochener Regierungsteilnahme auf die Oppositionssitze verwiesen. Die britische Labour Party hat unter Premierministerin Thatcher harte Schläge einstecken müssen. Und auch die Wahlergebnisse der SPD wiesen in den achtziger Jahren einen Abwärtstrend auf.

Demgegenüber steht jedoch, daß es auch noch immer Erfolge bei den Wahlen gibt. 1982 bekam Schweden wieder eine sozialdemokratische Regierung; die Labour Party holte während der Kommunal-Wahlen 1994 wieder kräftig auf; und die SPD erholte sich bei den Bundestagswahlen im selben Jahr wieder einigermaßen. Es geht also nicht so sehr um einen unaufhaltsamen Niedergang, sondern um Instabilität. Der finnische Politologe Risto Sänkiaho weist in diesem Zusammenhang auf eine Verschiebung von "diffuser" zu "spezifischer" Wahlentscheidung hin. Um eine diffuse Entscheidung handele es sich, wenn Menschen sozialdemokratisch wählen, weil sie der Meinung sind, daß sie auf die eine oder andere Weise zu dieser Partei "gehören", zum Beispiel weil sie aus einem "roten Nest" kommen oder weil die Partei immer soviel für "einfache Menschen" getan habe. Um eine spezifische Entscheidung handele es sich, wenn die Wähler bei jeder Wahl prüfen, inwieweit die Partei die "richtigen Angebote" macht: "Die sozialdemokratischen Parteien können deshalb nicht mehr davon ausgehen, daß sie ihren traditionellen Anhang einfach deshalb halten können, weil sie die traditionellen Vertreterinnen der Arbeiterklasse sind oder wegen ihres Eintretens für die Arbeiter in der Vergangenheit. Sie werden, wollen sie die Unterstützung durch die Wähler behalten, zunehmend auf deren spezifische Forderungen eingehen müssen." (1)

Weil dieser Verlust traditioneller Wählerbindung auch bei anderen Parteien auftritt, ist das Heer der Wechselwähler in den letzten dreißig Jahren in ganz Westeuropa stark gewachsen. Einmal wirkt sich das für eine sozialdemokratische Partei gut aus, ein anderes Mal nicht. Langfristig gibt es jedoch nur geringe Verschiebungen des Stimmenanteils. Aus Tabelle 1 ist zu ersehen, daß die Wahlergebnisse in den fünfziger Jahren zwar einen absoluten Höhepunkt bildeten, von einem allgemeinen Niedergang in der folgenden Periode aber keine Rede sein kann.

Bei der unterstellten "Krise" der Sozialdemokratie geht es vor allem um eine Veränderung der Beziehung zwischen Partei und Anhängern. Da diese Veränderung in etlichen Ländern auftritt, muß deren Ursache nicht in erster Linie in "Fehlern" der Parteiführungen gesucht werden, sondern in umfassenden gesellschaftlichen

Entwicklungen. Im folgenden werde ich diesen größeren Komplex von Faktoren untersuchen. Dabei werde ich mich auf neun Parteien im Norden der Alpen konzentrieren (Dänemark, Norwegen, Schweden, Westdeutschland, Großbritannien, Niederlande, Belgien, Österreich und Schweiz); die süd- und osteuropäischen Parteien haben eine recht andere Geschichte und bedürfen gesonderter Studien.

Die meisten sozialdemokratischen Parteien entstanden während der "großen Depression" (1873-95) am Ende des vorigen Jahrhunderts: 1875 in Deutschland, 1876 in Dänemark, 1885 in Belgien, 1887 in Norwegen, 1888 in der Schweiz, 1889 in Österreich und Schweden, 1894 in den Niederlanden. Nur die Parteien in Finnland (1899) und Großbritannien (dort als Partei erst 1918 konsolidiert) kamen später.

Der Umstand, daß die Parteien überwiegend während der großen Depression gegründet wurden - oft erst nach mehreren vergeblichen Versuchen - beeinflußte auch ihren Charakter. Sie waren schon bei ihrer Entstehung partiell in der Defensive; ihr primäres Ziel war die Wahrung des Erreichten. Alle Parteien waren auch von Anbeginn parlamentarisch orientiert. Ihr Streben war zuerst und vor allem auf die Erlangung des allgemeinen Wahlrechts gerichtet. Sie nahmen an, daß, wäre dies Ziel einmal erreicht, die Gesellschaft mit einer Mehrheit der Stimmen grundlegend verändert werden könnte. In diesem Sinne wird die Sozialdemokratie sicher zurecht als eine die bürgerliche Emanzipation der Arbeiterklasse anstrebende Bewegung charakterisiert.

Anders als ein alter Mythos es will, waren die westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien auch vor dem Ersten Weltkrieg nicht revolutionär. Ihre Politik gründete auf einer Verbindung zweier Elemente: einem Minimalprogramm (allgemeines Wahlrecht, gute Sozialleistungen usw.) und dem sozialistischen Endziel (das jedoch in der Praxis meist nur eine geringe Rolle spielte). Eine Strategie, die beide Elemente logisch und konkret miteinander verband, fehlte. Die angestrebte Eroberung der Macht war nach Ansicht der Partei nicht davon abhängig, ob sie im richtigen Moment die richtigen Anstöße gab, sondern wurde als historisch unvermeidliches Ergebnis eines ohnehin wachsenden Anhangs von Arbeitern und verbündeten Schichten gesehen. Wir können in dieser Periode von reformistischen Arbeiterparteien sprechen.

Das allgemeine Wahlrecht für Männer wurde - auch gefördert von Landwirten und/oder den Verlauf des Ersten Weltkriegs - in allen Fällen bis spätestens 1919 durchgesetzt. Damit hatten die sozialdemokratischen Parteien ihr primäres Ziel erreicht, und es hatte den Anschein, als ob sie für einige Zeit ihr Pulver verschossen hätten.

Die erste Wandlung

Auf den wirtschaftlichen Niedergang vor allem während der zweiten großen Depression seit 1929 mit ihrer beispiellos hohen Arbeitslosigkeit hatten die Parteien anfangs keine Antwort. Die drei schwedischen Minderheitsregierungen der zwanziger Jahre zum Beispiel waren ratlos: "Ungeachtet ihrer Bemühungen, mit einer humaneren Sozialpolitik das ärgste Elend der Arbeitslosen zu erleichtern, gingen die Sozialdemokraten auch davon aus, daß die Industrie die Flaute auf dem Arbeitsmarkt nur durch substantielle Lohnsenkungen auf der ganzen Linie überwinden könne. Ebensowenig zogen die Sozialdemokraten das heilige Prinzip in Zweifel, daß die Ausgaben der Regierung so gering wie möglich und deren Budgets ausgeglichen sein sollen." Diese Haltung widerspiegelte die innere Widersprüchlichkeit der Parteiführung: "Sie akzeptierten die marxistische Kritik an der ‚Irrationalität` des Kapitalismus auf der makro-ökonomischen Ebene, aber strebten in der Praxis gleichzeitig danach, eine ‚harmonische` kapitalistische Wirtschaft zu schaffen, in der - so unterstellten sie - alle Ressourcen, einschließlich der Arbeit, effizient zugewiesen werden." (2)

Ähnliche Verwirrung herrschte auch bei den ersten beiden britischen Labour-Regierungen (1924 und 1929-1931) und bei der deutschen Koalitionsregierung unter Führung des Sozialdemokraten Hermann Müller (1928-1930). Der Anhang blieb ungeachtet dessen meist treu (auch wenn besonders die deutsche und die britische Partei mit Verlusten bei den Wahlen zu kämpfen hatten), aber eine klare Perspektive wurde vermißt. Bezeichnend waren die Worte des Luiker Abgeordneten Francois Sainte bei dem Kongreß der Belgischen Werklieden Partij 1933: "Vor einigen Jahren hatten sie (die Arbeiter) unbegrenztes Vertrauen Ihnen gegenüber. Heute nicht mehr. Man steht noch auf unserer Seite, aber hat das Vertrauen ersetzt." (3)

Bei der Suche nach einer anderen politischen Praxis spielten zwei Gesichtspunkte eine wichtige Rolle. Und zwar zum einen der Gedanke, daß die Anarchie der ungehemmten kapitalistischen Konkurrenz durch eine geplante Wirtschaft ersetzt werden müsse. Diese Auffassung war nicht allein von den früheren Diskussionen über die Sozialisierung der Schlüsselindustrien inspiriert, sondern auch von der Einführung von Fünf-Jahres-Plänen in der Sowjetunion. Zum anderen verbreitete sich die Meinung, daß der Staat antizyklisch

in einen wirtschaftlichen Prozeß eingreifen müsse - eine Auffassung, die fast ausschließlich Keynes' General Theory (1936) zugeschrieben wird, jedoch schon um 1930/32 von verschiedenen (sozialdemokratischen und anderen) Ökonomen vertreten wurde.

Besondere Erwähnung verdient das aus dem Jahr 1932 stammende Arbeitsbeschaffungsprogramm des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbandes. Dieser Plan, nach seinen Autoren Woytinski, Tarnow und Baade auch WTB-Plan genannt, sah eine beträchtliche Erhöhung der Staatsausgaben für u.a. Wohnungs- und Straßenbau vor, die durch Kredite finanziert werden und mit strenger Preiskontrolle und einer gezielten Zoll- und Einfuhrpolitik einhergehen sollten. Diese Maßnahmen bezweckten eine drastische Senkung der Arbeitslosigkeit und gleichzeitig einen Konjunkturaufschwung durch eine Anhebung der Kaufkraft. Die SPD verhielt sich gegenüber diesen antizyklischen Vorschlägen recht abweisend, da sie ihrer Politik in diesen Jahren widersprachen: Einerseits forderte sie in ihrem Programm ein konsequent antikapitalistisches Auftreten zugunsten der Lohnbezieher und Arbeitslosen, fühlte sich aber andererseits durch die Nazi-Gefahr genötigt, das konservative Brüning-Kabinett zu tolerieren, um ein größeres Übel zu verhindern. Der ADGB-Plan war jedoch weder antikapitalistisch, noch unterstützte er die rechte Regierung, so daß er insgesamt nicht in diese Taktik paßte.

Kurze Zeit später wurden SPD und ADGB von den neuen nationalsozialistischen Machthabern zerschlagen. Hitler entwickelte in der Folge eine Wirtschaftspolitik, die - bemerkenswerterweise - der Politik entsprach, die der US-amerikanische Präsident Roosevelt im Zusammenhang seines New Deal in Gang setzte: Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben durch zivile öffentliche Arbeiten und, etwas später, durch die Vergrößerung des militärischen Apparats und "deficit spending". In Schweden entwickelten die Sozialdemokraten (die seit 1932 eine Koalitionsregierung mit den Agrariern bildeten) eine ähnliche Politik.

Angesichts dieser Entwicklungen wurde auch den Ideen des belgischen Sozialdemokraten Hendrik de Man, der für einen auf die Stärkung des Staatsapparats zielenden "Plan" plädierte, mehr Interesse entgegengebracht. "Pläne der Arbeit" wurden von den sozialdemokratischen Parteien in Belgien (1933), den Niederlanden (1935) und der Schweiz (1935) angenommen.

Diese neuen Ideen stießen anfangs auf Widerstand - in manchen Parteien mehr als in anderen. Wurde in Schweden die antizyklische Politik schon schnell teilweise realisiert, dauerte es in anderen Ländern bis nach 1945, bis der neue Kurs zur praktischen Ausführung kam. Insofern gegenüber dem "sozialen Keynesianismus" Vorbehalte bestanden hatten, wurden diese im wesentlichen durch den Zweiten Weltkrieg beseitigt, in dem - vor allem in Großbritannien und den USA - sichtbar geworden war, zu welcher wirtschaftlichen und militärischen Kraft ein aktiveres Staatsauftreten führen kann.

Die Anziehungskraft des Keynesianismus schien bald groß, ja unwiderstehlich. Der alte Reformismus, in dessen Minimalprogramm und Endziel den Arbeiterinteressen der Vorrang gegeben worden war, und in dem das Kapital als Gegner, der zu immer weitergehenden Zugeständnissen gezwungen werden müsse, aufgefaßt wurde, wich einer politischen Praxis, die sich auf die systematische Zusammenarbeit mit eben diesem Kapital richtete. Der Keynesianismus hatte von sozialdemokratischer Warte vier wichtige Vorzüge:

a) Ermöglichung der Beherrschung der Wirtschaft von oben, über den Staat. Sozialismus und Markt konnten nun miteinander versöhnt werden, denn während das Privateigentum an den Produktionsmitteln auch weiterhin bestand, war es doch möglich, dem Maß der Arbeitslosigkeit und die Einkommensverteilung zu steuern.

b) Bestätigung des Gleichheitsdenkens, denn er zeigte, daß das Wirtschaftswachstum durch die zunehmende Konsumption von breiten Schichten der Bevölkerung gefördert wird.

c) Ermöglichung einer schnelle Kapitalakkumulation und die Versöhnung von Unternehmern und Arbeitern.

d) Die Regierungen sind in der Lage, einen Teil des gesellschaftlichen Produkts für die Ausdehnungen der Sozialleistungen zu verwenden, ohne das wirtschaftliche Gleichgewicht anzutasten.

Der Übergang zum Keynesianismus wurde nicht unmittelbar Teil der Programmatik der sozialdemokratischen Parteien. "Es ist eine Sache für Sozialdemokraten in der Regierung, die keynesianische Politik zu übernehmen - üblicherweise ruhig und ohne Fanfaren. Es war eine ganz andere Sache, eine Ideologie keynesianischer Sozialdemokratie zu übernehmen." (4) Die Schweden, die auch praktisch den Anfang gemacht hatten,

ersetzten schon 1944 ihr altes Programm von 1920 (in dem noch von "Ausbeutung" und "Klassenkampf" die Rede gewesen war) durch einen Text, der dem Umstand Rechnung trug, daß die Partei jetzt in der Regierung saß. Die dänischen Sozialdemokraten entlehnten bei ihrer Programmrevision einen großen Teil der Gedanken den Schriften von Keynes, Myrdal und Hansson, und dem Sozialliberalismus von Beveridge. Die österreichische Partei gab den Marxismus 1958 auf; die schwedische, die westdeutsche und die niederländische Partei folgten ein Jahr später.

Die Übernahme des sozialen Keynesianismus in Praxis und Theorie veränderte den Charakter der sozialdemokratischen Parteien eingreifend. Aus reformistischen Arbeiterparteien hatten sich Reformparteien mit Arbeiteranhang entwickelt. Sogar die Idee des sozialistischen Endziels jenseits des Kapitalismus wurde verbannt. In Schweden zum Beispiel wurde bei der Programmdiskussion 1944 zum letzten Mal von führenden Mitgliedern der Partei der Begriff "Sozialismus" verwendet.

Dieser Feststellung muß jedoch sofort hinzugefügt werden, daß die sozialdemokratischen Parteien sich zwar prinzipiell mit dem Kapitalismus ausgesöhnt hatten, damit aber noch keine "normalen" bürgerlichen Parteien geworden waren. Auch nach der Wandlung unterschieden sie sich durch ihren sozialen, organisatorischen Charakter von anderen Parteien. Überall hatten die Parteien in ihrer reformistischen Phase ein umfassendes Netzwerk verbündeter Organisationen geschaffen: Sportclubs, Frauenvereine, Vereinigungen von Naturfreunden, Konsumenten-Kooperativen, Zeitungen, Theatergruppen usw. Und selbstverständlich gab es auch eine enge Bindung zwischen Parteien und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Nur in Großbritannien waren die Verhältnisse etwas anders, denn obwohl auch dort diese Art von Organisationen bestand, waren diese weniger als in anderen Ländern direkt an die Partei gebunden. Dies alte Netzwerk blieb auch nach der Wandlung vorerst intakt. Die Bedeutung dieses Netzwerks für die Stabilität der Parteien kann kaum überschätzt werden. Solange die Partei ihre Mitglieder nicht allein rein politisch beeinflußte, sondern in verschiedenerlei Weise auch in deren alltäglichem Leben wirkte, konnte die Bindung der "Basis" an die "Spitze" besonders stark bleiben. Zu recht konstatierte zum Beispiel Theo Pirker, daß die deutsche Sozialdemokratie lange Zeit "heftigste Kämpfe literarischer und fraktioneller Art durchstehen, Abspaltungen überstehen und die unwahrscheinlichsten Wiedervereinigungen vornehmen (konnte), weil die Arbeiterbewegung eben nicht von der Theorie und Ideologie her beherrscht war, sondern das vielfältige Netz von Vereinigungen und Beziehungen von Individuen und Gruppen inner- und außerhalb der Arbeiterklasse gewesen ist." (5)

Auch darf nicht übersehen werden, daß eine gewisse Kontinuität zwischen den Jahren vor und nach der ersten Wandlung bestand. Herbert Kitschelt bezeichnet als verbindendes Element "die Verpflichtung, zentralisierte Mechanismen der politischen Verwaltung als Schlüssel zur Verbesserung der Organisation der Gesellschaft verstärkt einzusetzen." (6)

In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Sozialdemokratie auch in ihrer zweiten Entwicklungsphase sowohl vom Liberalismus (der den Markt und Verträge auf freiwilliger Basis betont) wie auch vom Konservativismus (der Primärgruppen, direkte Kontakte zwischen Mitbürgern usw. hervorhebt).

Das beispiellose Wachstum des Kapitalismus bis zum Beginn der siebziger Jahre, die daraus abgeleitete Auffassung von der augenscheinlichen "Richtigkeit" der sozial-keynesianischen Politik, und die Dichte der sozialdemokratischen Netzwerke hatten zum Ergebnis, daß die sozialdemokratischen Parteien sich im allgemeinen behaupten konnten, obwohl deren Entwicklung recht unterschiedlich verlief.

Die zweite Wandlung

Der Effekt der sozial-ökonomischen Faktoren, der den relativen Erfolg der Sozialdemokratie in ihrer zweiten Phase ermöglicht hatte, schlug auf die Dauer in sein Gegenteil um. Die langanhaltende und ertragreiche Kapitalakkumulation der fünfziger und sechziger Jahre hatte einschneidende Folgen, die erst allmählich, und vom Beginn der siebziger Jahre an spektakulär das "Milieu", in dem die Parteien operierten, veränderte. Konkret gab es mindestens fünf wesentliche Veränderungen:

- Die ökonomische Internationalisierung, die sich in der zunehmenden Bedeutung des grenzüberschreitenden Handels, der Migration und der Kapitalbewegungen zeigte, schwächte das ökonomische Steuerungsvermögen nationaler Regierungen. Der belgische sozialdemokratische Minister Louis Toback beschrieb diese neue Situation unlängst wie folgt: "Als Minister hat man nicht mehr die Instrumente, um die Wirtschaft des eigenen

Landes zu gestalten. Man hat keinen Hammer. Man hat keine Sichel. Man hat nicht einmal eine Säge. Innerhalb der belgischen Grenzen - oder der niederländischen - kann man die Zinshöhe nicht bestimmen. Die Inflation nicht. Die Energiepreise nicht. (...) Ein belgischer Minister hat derzeit ebensowenig Macht wie dreißig Jahre zuvor ein Stadtrat in Antwerpen. Das soll nicht heißen, daß man nichts Sinnvolles tun könne. Aber es ist bescheiden. Man teilt die Regenschirme aus, wenn es regnet. Die Sonnenschirme, wenn die Sonne scheint. Aber das Wetter kann man nicht beeinflussen." (7)

- Das geringere, in manchen Fällen sogar stagnierende oder für kurze Zeit negative Wirtschaftswachstum, das spätestens mit der "Ölkrise" 1973 sichtbar wurde, verminderte den für die Umverteilung verfügbaren Teil des gesellschaftlichen Produkts beträchtlich. Durch sinkende Steuereinnahmen und steigende öffentliche Ausgaben entwickelte sich eine "fiskale Krise", wodurch - in der Logik des Systems - schmerzhafte Sparmaßnahmen unvermeidlich wurden.

- Die Zusammensetzung der Klassen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern änderte sich: Der Anteil der "klassischen" Arbeiterklasse an der Berufsbevölkerung verringerte sich schon seit den fünfziger Jahren erheblich, während "neue" Gruppen von Lohnabhängigen schnell wichtiger wurden.

- Der Kapitalismus der Nachkriegszeit brachte eingreifende kulturelle Umschichtungen mit sich. Die rasch gewachsene Kaufkraft führte nicht nur zu einem historisch einmaligen Wohlstandsniveau großer Teile der lohnabhängigen Bevölkerung, sondern auch zu wesentlichen sozialkulturellen und psychologischen Veränderungen. Eine ganz neue Form der Individualisierung kam auf, Frauen und Jugendliche entwickelten ein neues Verständnis ihrer gesellschaftlichen Position usw.

- Von den sechziger Jahren an wurde allmählich immer deutlicher, daß das ungestüme Wirtschaftswachstum auch unvorhergesehene und nachteilige Wirkungen hat, so wie insbesondere die dramatisch angestiegene Umweltverschmutzung.

Diese Entwicklungen wirkten sich auch auf die sozialdemokratischen Parteien aus - nicht überall im selben Tempo, aber überall in die selbe Richtung. Die beiden "Stützen" der sozial-keynesianischen Phase wurden durch den sozial-kulturellen und wirtschaftlichen Umschlag untergraben. Die sozialdemokratischen "Netzwerke" lösten sich auf, weil die verbündeten Organisationen untergingen oder sich verselbständigten - eine Entwicklung, die sich auf vielen Gebieten durchsetzte. Die typischen Sänger-, Bühnen-, Sport- und Naturvereinigungen waren zu einem von vornherein aussichtslosen Kampf gegen die Individualisierung und die neue Massenkultur gezwungen; sie verloren den Kontakt mit der Jugend, tauschten ihr Repertoire gegen etwas Moderneres ein oder gaben ihre direkte Bindung an die Partei völlig auf.

Durch das Aufkommen des Fernsehens und durch die zunehmende Konzentration u.a. bei den Tageszeitungen sahen sich viele sozialdemokratische Medien zur "Trivialisierung" gezwungen oder in den kommerziellen Untergang gedrängt. In Schweden schlug das "Zeitungssterben" in den sechziger Jahren zu. In Belgien hatte insbesondere die von der Belgischen Sozialistischen Partei abhängige sozialistische Presse in den siebziger Jahren große Schwierigkeiten. In der BRD wurde die letzte große sozialdemokratische Tageszeitung (die Hamburger Morgenpost) 1980 an einen Pressekonzern verkauft. In den Niederlanden war die überregionale Tageszeitung Het Vrije Volk erst auf eine Regionalzeitung reduziert und danach über eine Fusion liquidiert worden. Ähnliche Entwicklungen gab es in anderen Ländern. Gleichzeitig verschwanden auch andere Organisationen aus dem sozialdemokratischen Netzwerk, so wie u.a. Jugendorganisationen. Insgesamt ist festzustellen, daß sich die sozialdemokratischen Lager zwischen dem Ende der fünfziger und dem Ende der siebziger Jahre weitgehend aufgelöst haben. Manchmal war dies auch zum Teil die Folge der Parteipolitik, wie in Dänemark, wo die Partei bewußt an der Auflösung der eigenen Subkultur mitwirkte.

Die Verschiebungen in der Klassenstruktur führten zu einer veränderten sozialen Zusammensetzung von Mitgliedern und Wählern. So konstatierte Sainsbury unlängst über den schwedischen Fall, daß die Klassenzusammensetzung der Schwedischen Arbeiterpartei während der letzten drei Jahrzehnte sehr viel heterogener geworden sei.

In der österreichischen Partei fand in den siebziger Jahren ein massenhafter Zustrom von "neuen Mittelschichten" statt (die übrigens in den achtziger Jahren zum Teil wieder austraten). Auch verminderte sich das Engagement der Parteianhänger. Ein österreichischer Beobachter beschrieb diese Veränderung 1979 wie folgt: "Die alte Partei mit ihrem enormen historischen Sendungsbewußtsein, dem Gefühl, Vollstrecker einer

geschichtlichen Notwendigkeit und Gestalter einer neuen Welt zu sein, hatte eine hochmotivierte idealistische Mitgliedschaft. Das angespannte innenpolitische Klima in der Ersten Republik, die latente Bürgerkriegssituation wirkte verstärkend auf die politische Bewußtheit und Identität. Elemente dieser Motivation sind auch heute noch zu finden. Doch ein Großteil der Mitgliedschaft der SPÖ ist entideologisiert, ihre Bereitschaft zum persönlichen Engagement und Partizipation ist merklich geringer geworden. Das primäre politische Motiv des Eintritts ist bei vielen Mitgliedern ersetzt durch ein aus dem Lebenszusammenhang kommendes, wie etwa die Erwartung der Erfüllung des Wunsches nach einer preiswerten kommunalen Wohnung oder nach beruflichem Fortkommen, sie sind ‚Interessensozialisten` geworden." (8)

Die Konsumenten-Kooperativen - von den schnell vorrückenden Kaufhäusern, Supermärkten usw. in die Enge getrieben - gingen unter (z.B. in den Niederlanden und in der BRD) oder entwickelten sich mehr und mehr zu rein kapitalistischen Betrieben (wie die schwedische Konsumgenossenschaft KF, wo die Angestellten in den siebziger Jahren mehrere "wilde" Streiks organisierten).

Unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise entfernten sich zudem Parteien und Gewerkschaften voneinander. Andrew Taylor folgerte auf Grund einer vergleichenden Studie: "Während der achtziger Jahre wurde das traditionelle sozialdemokratische Projekt - Vollbeschäftigung, öffentliche Ausgaben und konzertierte Politik - durch Massenarbeitslosigkeit, industrielle Umstrukturierung und das Aufkommen der Neuen Rechten untergraben. Veranlaßt von ihren Problemen bei den Wahlen überprüften die sozialdemokratischen Parteien ihre Politik und Strukturen, übernahmen den ‚Markt`-Sozialismus und warfen die traditionellen Anliegen der Sozialdemokratie über Bord. Dies führte dazu, daß die Beziehung zu den Gewerkschaften in Frage gestellt wurde, was bei diesen natürlich Mißtrauen hervorrief." (9)

Die nachlassende Bindung wurde im Fall zweier Parteien, in der Gewerkschaftsmitglieder in der Vergangenheit automatisch auch Parteimitglieder waren, unübersehbar deutlich: Die schwedische Partei beschloß 1987, daß diese Regelung spätestens Ende 1990 aufgehoben werden müsse; die 1993 durchgeführte Abschaffung der "block vote" der Gewerkschaften in der Labour Party hat dieselbe Bedeutung.

Hiermit ist schon der zweite "Pfeiler", dessen Stützkraft immer mehr nachließ, angesprochen: der soziale Keynesianismus. Die alte auf Umverteilung "von oben nach unten" gerichtete Politik verlor von der Mitte der siebziger Jahre an ihre Glaubwürdigkeit. Scharpf - ein sehr gemäßigter Kommentator - folgerte, daß spätestens seit dem Ende der siebziger Jahre Vollbeschäftigung nur noch zu erreichen sei, wenn dem Kapital weitgehende Konzessionen gemacht würden, und zwar durch eine "massive Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkommen". (10) Wollte die Sozialdemokratie ihre Rolle als (sozial empfindender) Mitgestalter des Kapitalismus auch weiterhin spielen, dann war sie jetzt zu "unpopulären" Maßnahmen gezwungen.

War diese Anhäufung von Problemen schon sehr beeindruckend, kam noch ein weiteres wesentliches Moment hinzu: Es entstand eine ganze Reihe qualitativ neuer politischer "Probleme", von der Demokratisierungsbewegung und dem Jugendprotest zur zweiten feministischen Welle und der Umweltproblematik. Auf diese neuen Entwicklungen - die selbstverständlich auch in anderen etablierten politischen Strömungen viel Unruhe und Unsicherheit verursachten - hatten die sozialdemokratischen Parteien keine überzeugenden Antworten. Die Ohnmacht der Sozialdemokratie wurde u.a. durch das Aufkommen der "Grünen" deutlich, zu denen die Beziehungen oft äußerst gespannt waren.

Alle diese Entwicklungen hängen miteinander zusammen. Die sozialdemokratischen Parteien sahen sich vor Herausforderungen gestellt, auf die mehr oder weniger gleichzeitig Antworten gefunden werden mußten. Wie konnten die Parteien ihr Ansehen als Sozialreformer aufrechterhalten, während der politische Spielraum, um "gute Dinge für die Menschen" zu tun, stetig geringer wurde? Wie konnte ein Ausgleich zwischen dem traditionellen Zentralismus und den basisdemokratischen Strömungen gefunden werden, wie zwischen dem Feminismus und der überkommenen Männerkultur, und wie konnte die Umweltbewegung ernst genommen werden, ohne das Streben nach Wirtschaftswachstum (unter kapitalistischen Verhältnissen doch die Voraussetzung für soziale Umverteilung) aufzugeben?

Die Entwicklung einer in sich geschlossenen Strategie wurde nicht allein dadurch erschwert, daß ein Ausgleich zwischen vielerlei gegensätzlichen Interessen gefunden werden mußte, sondern auch durch die veränderte Parteikultur, die sich sowohl in der oben aufgezeigten Auflösung des traditionellen eigenen Netzwerks zeigte wie auch in den internen Parteiverhältnissen. Allgemein kann gesagt werden, daß die Bindung zwischen dem

Anhang und den Parteien geschwächt ist. Die oben zitierten Bemerkungen über den verringerten Einsatz der "einfachen Mitglieder" belegen dies ebenso wie die stark gewachsene Anzahl von Wechselwählern, die sich mal für diese, dann für jene Partei entscheiden. Auch die Überalterung der Mitgliedschaft stellt die sozialdemokratischen Parteien vor schwerwiegende Probleme. Von den Mitgliedern der niederländischen sozialdemokratischen Partei zum Beispiel sind nur noch 1,5 Prozent jünger als dreißig Jahre. Und auch die Mitgliederzahl sinkt: Während der Niedergang in manchen Staaten (z.B. Dänemark) schon in den sechziger Jahren einsetzte, begann er anderenorts viel später (in Schweden z.B. seit 1984), aber der Trend ist überall der selbe (siehe Tabelle 2). Hinzu kommt, daß ein Einfluß der proletarischen Mitglieder kaum noch vorhanden ist; in Abteilungsversammlungen sieht man sie immer weniger und Mitglieder höherer Parteigremien sind sie selten.

Es ist nicht erstaunlich, daß dieser enorme "Problemdruck" in der Sozialdemokratie zu großer Uneinigkeit und Unsicherheit geführt hat. Fest steht, daß die Parteien dabei sind, ihren Charakter ein zweites Mal zu ändern. Sie lassen die Phase der Reformparteien mit Arbeiteranhang immer deutlicher hinter sich und bemühen sich um eine neue Identität. Was wird das Ergebnis dieser Suche sein?

Eine neue Strategie könnte auf eine beschleunigte europäische Einigung zielen - in der Hoffnung, daß dadurch ein neuer sozialer Keynesianismus auf höherem Niveau möglich wird. Der Kerngedanke ist hierbei, daß die Bildung einer europäischen Währungseinheit mit einem gemeinsamen Kapitalmarkt und einem europäischen Währungsfond eine Art Gleichgewicht mit dem Dollar-Kapitalmarkt schaffen könne, wodurch die Chancen auf eine gleichgewichtigere Entwicklung von Zinsen, Kapitalimport und Wechselkursverhältnissen im Weltmaßstab größer würden. Die Möglichkeit der Realisierung einer solchen fortgeschrittenen europäischen Einigung - bei verminderter Macht der nationalen Regierungen - ist kurz- und auch mittelfristig gering, u.a. weil die verschiedenen europäischen Staaten nicht alle unter dem selben Kostendruck stehen, was wiederum auch eine Folge der unterschiedlichen nationalen Arbeitsverhältnisse ist. Dadurch ist keineswegs ausgeschlossen, daß die sozialdemokratischen Parteien mit aller Kraft auf die Förderung der europäischen Einigung hinarbeiten würden, aber praktische Folgen für die Politik würde dieser Kurs vorerst nicht haben.

Eine andere Strategie könnte es sein, den Aktienerwerb der Lohnabhängigen im privaten Sektor anzuregen. So würde versucht werden können, den Folgen einer nach-keynesianischen Politik (die auf die einseitige Stärkung des nationalen Kapitals gerichtet ist) ein soziales Image zu geben, weil so auch ein Teil der Arbeiterklasse zu "kleinen Kapitalisten" gemacht würde. Was die Arbeitnehmer an Lohn verlieren, wird ihnen dann als Dividende zurückerstattet. Diese Konstruktion sei, wie Scharpf anmerkt, das Produkt von "Träumereien am Schreibtisch", denn der internationale Trend laufe in dieser Krisenzeit in die entgegengesetzte Richtung: Die Vermögensverteilung werde gerade immer unausgewogener. Darüber hinaus würde eine solche Strategie ein erneutes Bündnis mit den Gewerkschaften erfordern, wobei diese sich bereit erklären müßten, in allen Sektoren Senkungen der Reallöhne im Tausch für zukünftige unsichere Dividenden hinzunehmen - ein unwahrscheinliches Szenario.

Es bleibt eine dritte Möglichkeit: eine Umwandlung der "sozialen" zur "demokratischen" Politik. Sind strukturelle wirtschaftliche Verbesserungen für die Lohnabhängigen nicht erreichbar, kann versucht werden, auf nicht-materieller Ebene einen Ausgleich anzubieten. Kitschelt, einer der bedeutendsten Analytiker auf diesem Gebiet, meint, daß dies die logische Richtung sei: Die Sozialdemokratie könne ihre Zukunft sichern, sofern sie weniger Nachdruck auf eine zentral regulierte Umverteilung lege und sich für Formen der "direkten" und "plebiszitären" Demokratie mehr öffne, das heißt, wenn sie mehr liberale und konservative Elemente in ihre Strategie einbeziehe: "Die Möglichkeit einer erfolgreichen postsozialistischen Wiederherstellung von sozialistischen Parteien muß wohl gesucht werden in einer anderen Verbindung und einem anderen Gleichgewicht zwischen individueller Autonomie bei Markttransaktionen, der spontanen Bildung kollektiver Identitäten in Primärgruppen oder freiwilliger Organisierung und zentralisiertem Sozialmanagement durch öffentliche und private Bürokratien. Bei diesem Gleichgewicht muß die politische Demokratie auch zu einer Vielfalt von Einrichtungen und Formen der Einflußnahme entwickelt werden, was die Sozialdemokratie in der Vergangenheit vernachlässigt hat." (11)

Solche Töne sind von mancher Seite zu hören. Eine Entwicklung in diese Richtung liegt nahe, da eine starke Betonung von "Individualität", "Liberalität" und "Demokratie" mehrere Vorteile bietet. Sie entspricht nicht nur der modernen konsumorientierten Mentalität, sie ermöglicht auch Koalitionen mit denen, die die Bedeutung der "neuen Themen" hervorheben - und sie lenkt die Aufmerksamkeit ab von den sozialökonomischen

Verteilungsproblemen. Kurzum: Es ist durchaus denkbar, daß eine solche Orientierung eine neue Phase in der Geschichte der sozialdemokratischen Parteien einleiten könnte, eine Phase, in der der Unterschied zu links-liberalen Strömungen immer undeutlicher werden würde.

Diese Entwicklung hätte jedoch einen Makel: Der traditionelle proletarische Anhang würde den Parteien noch weitergehend entfremdet. Obwohl große Teile dieser sozialen Gruppe für die Verlockung bestimmter Aspekte eines sozialdemokratischen Liberalismus sicher nicht unempfänglich sind, wiegt für sie die unmittelbare materielle Not (Wohnung, Arbeit, usw.) im allgemeinen doch am schwersten. Ihre Entfremdung von den sozialdemokratischen Parteien würde bei diesem Kurs nur noch weiter zunehmen. Das müßte nicht per se ungünstig sein, wenn daraus eine Verschiebung nach links entstehen würde. Aber weil links von Sozialdemokratie in den hier erwähnten Ländern keine ernsthafte Alternative besteht (neben "grünen" Bewegungen, die genauso gleichgültig gegenüber den untersten Schichten der Arbeiterklasse sind und "linkssozialistischen" Parteien, die nur Varianten darstellen, gibt es nur sehr kleine radikal-sozialistische Parteien), liegt die Befürchtung nahe, daß das politische Resultat Indifferenz sein würde oder eine Verschiebung zum rechten Populismus oder sogar Faschismus. Der Preis sozialdemokratischer Selbsterhaltung könnte sehr hoch ausfallen.

Quellen und Anmerkungen

1) Risto Sänkiaho, "Political Remobilization in Welfare States", in: Russell J. Dalton, Scott C. Flanagan und Paul Allen Beck (Hg.), Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment? (Princeton University Press, Princeton, 1984), S. 73.

2) Winton Higgins, "Ernst Wigforss: The Renewal of Social Democratic Theory and Practice", Political Power and Social Theory, 5 (1985), S. 207-250, 216.

3) Belgische Werklieden Partij, Officieele Referaten [...] van het XXXXVIIe Congres (De Wilde Roos, Brüssel, 1933), S. 50.

4) Stephen Padgett und William E. Paterson, A History of Social Democracy in Postwar Europe (Longman, London und New York, 1991), S. 22-23.

5) Theo Pirker, "Vom 'Ende der Arbeiterbewegung'", in: Rolf Ebbighausen und Friedrich Tiemann (Hg.), Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? (Westdeutscher Verlag, Opladen, 1984), S. 39-51, 45.

6) Herbert Kitschelt, "The Socialist Discourse and Party Strategy in West European Democracies", in: Christiane Lemke/Gary Marks (Hg.), The Crisis of Socialism in Europe (Duke University Press, Durham/London, 1992), S. 191-227, 199.

7) Vrij Nederland, 13. August 1994

8) Alfred Pfabigan, "Die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ)", in: William E. Paterson und Kurt Th. Schmitz (Hg.), Sozialdemokratische Parteien in Europa (Verlag Neue Gesellschaft, Bonn, 1979), S. 125-138, 132.

9) Andrew J. Taylor, "Trade Unions and the Politics of Social Democratic Renewal", in: Richard Gillespie und William E. Paterson (Hg.), Rethinking Social Democracy in Western Europe (Frank Cass, London, 1993), S. 133-153, 148-149.

10) Fritz W. Scharpf, Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Das "Modell Deutschland" im Vergleich (Campus, Frankfurt/Main und New York, 1987), S. 306.

11) Kitschelt, "The Socialist Discourse", S. 205.

Tabelle 1:

Sozialdemokratische Wahlergebnisse 1920-94 (in Prozent), +, +, +, +, +, +, +

, 1920-29, 1930-39, 1940-49, 1950-59, 1960-73, 1974-90, 1990-94

Belgien , 36.7, 33.1, 30.7, 35.9, 27.2, 28.2, 25.5*

Dänemark , 34.5, 43.9, 39.1, 40.2, 33.3, 32.2, 37.4*

Deutschland (W), 24.5, 21.2, 29.2*, 30.3, 41.0, 40.2, 35.5**

Großbritannien, 32.5, 34.3, 47.8, 46.3, 45.1, 34.3, 34.4*

Niederlande, 22.0, 21.7, 27.0, 30.7, 25.9, 31.5, 24.0*

Norwegen, 25.5, 38.0, 43.4, 47.5, 42.9, 38.7, 37.0*

Österreich, 39.3, 41.1*, 41.7, 43.3, 46.3, 47.0, 39.1

Schweden, 36.0, 43.8, 48.8, 45.6, 46.8, 43.9, 38.2*

Schweiz, 25.5, 27.5, 27.4, 26.5, 24.3, 22.7, 19.0*

* Nur eine Wahl in der betreffenden Periode. / ** BRD (nur alte Bundesländer wegen Vergleichbarkeit)

Quellen: T.T. Mackie/R. Rose,, The International Almanac of Electoral History (Macmillan: London,, 1974); Wolfgang Merkel,, "After the Golden Age. Is Social Democracy Doomed to Decline?",, in: Christiane Lemke und Gary Marks (Hg.), The Crisis of Socialism in Europe (Duke University Press: Durham/London,, 1992),, S. 141; Keesings Historisch Archief., +, +, +, +, +, +, +

Tabelle 2:

Mitgliederzahlen sozialdemokratischer

Parteien 1960-90

in Prozent der Wahlberechtigten, +, +, +, +, +, +, +, +

, A*, B, D, DK, GB, NL, N, S

1960, , , , 9.1, , , , 14.7

61, , 3.3, 1.7, , , , 7.0,

62, 14.5, , , , , , ,

63, , , , , , 2.1, ,

64, , , , 7.4, 2.3, , , 15.8

65, , 3.4, 1.8, , , , 6.2,

66, 14.3, , , 6.0, 2.2, , ,

67, , , , , , 1.8, ,

68, , 3.3, , 5.5, , , , 15.0

69, , , 2.0, , , , 6.1,

1970, 14.3, , , , 1.7, , , 14.8

71, 14.1, 3.8, , 5.0, , 1.2, ,

72, , , 2.3, , , 1.1, ,

73, , , , 3.8, , , 5.4, 15.4

74, , 4.0, , , 1.7, , ,

75, 13.8, , , 3.5, , , ,

76, , , 2.4, , , , , 17.3

77, , 4.0, , 3.1, , 1.2, 5.5,

78, , 4.1, , , , , ,

79, 13.9, , , 2.9, 1.6, , , 18.9

1980, , , 2.3, , , , ,

81, , 4.1, , 2.8, , 1.1, 5.1,

82, , , , , , 1.0, , 19.3

83, 13.1, , 2.1, , 0.7, , ,

84, , , , 2.6, , , ,

85, , 3.6, , , , , 5.6, 18.6

86, 12.3, , , , , 1.0, ,

87, , 3.5, 2.0, 2.6, 0.7, , ,

88, , , , 2.5, , , , 17.0

89, , , , , , 0.9, 4.0,

1990, 11.5, , , , , , ,

Quelle: Richard S. Katz,, Peter Mair u.a.,, "The membership of political parties in European democracies,, 1960-1990",, European Journal of Political Research,, 22 (1992),, Appendix,, S. 338-344. Angaben für die Schweiz fehlen.

*) A = Österreich, +, +, +, +, +, +, +, +

27. ... und ein bißchen weise. Autonomie-Kongreß 1995: Bestandsaufnahme autonomer Politik

Autor: KUK · Rubrik: Autonome; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:04

Die Autonomen sind erwachsen geworden! Diesen oberflächlichen Eindruck konnte gewinnen, wer Kongreßprogramm und äußeres Erscheinungsbild der TeilnehmerInnen zum Maßstab nahm: in Ehren ergraute KämpferInnen, Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder, eine Jugendetage für den autonomen Nachwuchs, veganes oder vegetarisches Essen und keine Spur vom einheitlichen Schwarzer-Block-outfit. Auch die Vielzahl der Arbeitsgruppen und der unverkennbare Wille, gemeinsam zu diskutieren, unterstrichen die Ernsthaftigkeit des Unternehmens. Die Anstrengungen der OrganisatorInnen wurden belohnt: 2.400 Menschen zahlten DM 20,- für den Einlaßbutton. Der Beweis, daß es immer noch eine beachtliche autonome Szene gibt, war somit erbracht. Der Kongreßverlauf zeigte dann sowohl Lernprozesse als auch verbissenes Festhalten an autonomen (Un-)Tugenden auf, die von traditionellen Linken immer kritisiert worden sind.

Ein erster Erfolg konnte bereits vor Kongreßbeginn verzeichnet werden. Nachdem die Leitung der Humboldt-Uni ihre Raumzusage zurückgezogen hatte (siehe ak 377), stand die Kongreßinitiative ohne Veranstaltungsort da. Ihre Drohung, sich über Ostern einfach Uniräume zu nehmen, brachte Bewegung in die Sache. Die Angst vor dem Sachschaden, den ein Polizeieinsatz auf Hochschulgelände gegen über 2.000 Autonome hätte nach sich ziehen können, förderte die Einsicht bei den Oberen. Gegen Zahlung von DM 18.000,- (für acht Wachschutzleute, die die Rechneranlagen bewachen sollten) erklärte sich die Technische Universität (TU) bereit, das Mathegebäude für den Kongreß zu öffnen. Schließlich einigte man sich auf DM 9.500,-, die tatsächlich aufgebracht wurden. Damit waren die äußeren Voraussetzungen für den Autonomiekongreß geschaffen, der am Karfreitag nach anderthalb Jahren Vorbereitung endlich beginnen konnte.

Der Autonomiebegriff

Der Arbeitsgruppe zum Autonomiebegriff lag ein 8-Punkte-Papier vor, mit dem der Versuch einer Definition des autonomen Selbstverständnisses unternommen wurde. Darin werden die Bereitschaft zu Selbstbestimmung und Eigenverantwortung als Voraussetzung für den Kampf um Freiheit von Fremdbestimmung angesehen. Unter Autonomie wird die Entscheidung eines Menschen oder einer Gruppe von Menschen verstanden, "ihre Geschicke aus einer Verantwortung für das ganze heraus selbst in die Hand zu nehmen." (Autonomie-Kongreß-Reader II, S. 6) Bei dem politischen Kampf gegen Mißstände ginge es weniger um die Frage nach Schuld, sondern nach Verursachung. Es gebe weder eine Instanz noch einen absoluten Maßstab für Recht und Unrecht, der für alle verbindlich sei. Wichtiger als die Suche nach Tätern und Opfern innerhalb eines politischen, sozialen oder persönlichen Konfliktes sei es, die eigenen Spielräume zu erkennen, die für die Veränderung der Verhältnisse gegeben seien. Die 4. These formuliert eine klare Absage an eine "objektive und ewige Wahrheit" und versucht eine gesellschaftliche Analyse: "Alle Menschen und Menschengruppen organisieren ihre Verhältnisse und erklären sich die Zusammenhänge aus der Perspektive ihrer Interessen. Das festzustellen heißt nicht etwa, alle Interessen in gleicher Weise für berechtigt zu halten." (a.a.O., S. 7) Der eigene Standpunkt ergebe sich aus der (ablehnenden) Haltung, die gegenüber anderen Theorien eingenommen werde. Denn diese zum Teil als absolut gültig hingestellten Theorien verschleiern nur ihre Subjektivität und Interessensgebundenheit. Ein autonomes Verständnis von Theorie hingegen sei der Versuch, Praxis zu begreifen, "wobei es zwangsläufig nur um die eigene Praxis, bzw. den eigenen Blick auf die allgemeine Praxis gehen kann. Trotzdem ist Theorie nicht beliebig, weil wir untereinander streiten und sich so ein gemeinsames Verständnis herausbildet." (ebd.) Dafür sind die Autonomen bisher jedoch den Beweis schuldig geblieben. Über die immer wieder erfolgreiche Arbeit an einzelnen Kampagnen hinaus ist es eben nicht gelungen, eine politische Strategie zu bestimmen, mit der andere von der eigenen Sichtweise der gesellschaftlichen Verhältnisse überzeugt werden können. Wie kann die Bereitschaft der Menschen geweckt werden, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zu übernehmen? In welchem Verhältnis steht Autonomie zu den real existierenden kapitalistischen Verhältnissen? Wie soll sich die autonome Bewegung zu anderen linken und fortschrittlichen Kräften verhalten? Diese und andere Fragen fanden auch in der Arbeitsgruppe keine Antworten.

Der größte Teil der Diskussion kreiste um die Frage, ob es eine objektive Wahrheit gebe. Zwischen den mindestens drei Ansätzen, die sichtbar wurden, war jedoch keinerlei Vermittlung möglich. Der einzige Genosse, der für eine materialistische Geschichtsbetrachtung ("Das Manko der autonomen Bewegung besteht in ihrer Geschichtslosigkeit und in der Überbetonung subjektiver Erfahrungen") eintrat, fand überhaupt keinen Anklang. Unverständnis ("zu abgedrehte Diskussion") riefen auch einige Studenten des Berliner Otto-Suhr-Instituts hervor, die die Gelegenheit nutzten, vor größerem Publikum ihre Seminarweisheiten zum besten zu geben. Die größte Zustimmung fanden diejenigen, die traditionell argumentierten: "Die von jenseits der Barrikade will ich nicht überzeugen, sondern mit meinem entschiedenen Handeln konfrontieren und damit Handlungsspielräume erkämpfen." Eine Teilnehmerin formulierte als Fazit der eher mißlungenen AG: "Diese Diskussion hat mich mehr von den Leuten getrennt als zusammengebracht."

Patriarchatskritik I (Theorie)

Gut 100 Leute beteiligten sich an einer AG, in der Männergruppen ihre Erfahrungen austauschen wollten. Seit den 70er Jahren gibt es solche Gruppen, in denen Männer über sich selber reden und ihr patriarchales und/oder sexistisches Verhalten zu überwinden versuchen. Das Einleitungsreferat enthielt eine Reihe interessanter Thesen: Männer werden nur durch die Erfahrung kollektiver oder individueller Konfrontation mit Frauen dazu gebracht, in Männergruppen zu gehen. Hinzukommen muß aber die persönliche Entscheidung, sein Verhalten oder seine Einstellung ändern zu wollen. Es besteht immer die Gefahr, daß Männer in die alte Rolle zurückfallen. Sie müssen sich selbst mit patriarchalen Strukturen auseinandersetzen. Dabei kann es zu einem "antifeministischen Umkippen" kommen, das sich in einer aggressiven Ausgrenzung von Frauen oder einer bornierten Männertümelei ("Von Frauen lasse ich mir nichts mehr sagen. Ich will einen eigenen Männerstandpunkt entwickeln!") äußern kann. Dem kann begegnet werden, indem Diskussionen der feministischen Bewegung als Orientierung dienen und indem immer wieder ein Austausch mit Außenstehenden erfolgt, der über etwaige Fehlentwicklungen Aufschluß gibt. Anreiz für viele sind die in Aussicht stehende "Lust auf Befreiung" und ein "anderer Blick auf die Welt", eine "antipatriarchale Optik" gewissermaßen, die nur in Männergruppen gewonnen werden kann. Da Männer in der Öffentlichkeit über sich und ihre Beziehungen zu Frauen meistens lügen, brauchen sie einen "notwendig geschützten Raum", um offen sprechen zu können: "Männer haben Brüche, Empfindlichkeiten und Verletzbarkeiten, die hinter öffentlichen Masken (Stärke, Distanziertheit, coolness, Kontrolle) versteckt werden. Erst im Schutzraum fallen die Masken."

Die Diskussion in der AG verlief trotz der großen Zahl der TeilnehmerInnen erfreulich konkret und kontrovers. Breiten Raum nahm in der Diskussion die Frage ein, ob der von Männergruppen eingeforderte "Schutzraum" so genannt werden dürfe. Der Begriff suggeriere, daß Männer von irgend etwas bedroht seien. Damit drohe das Täter-Opfer-Verhältnis auf den Kopf gestellt zu werden. Eine Frau wollte wissen, wovor Männer sich eigentlich schützen müßten: "Das Patriarchat ist in den Köpfen, nicht in den Männer-Frauen-Beziehungen. Mich interessieren nicht die Theorien, die in solchen Gruppen entwickelt werden, sondern nur, ob und wie Männer ihr Verhalten ändern." Vorgeschlagen wurde, statt von Schutzraum lieber von Vertrauens- oder Entwicklungsraum zu sprechen.

Von Frauen wurde wiederholt die Frage gestellt, ob die Abschottung der Männergruppen tatsächlich notwendig sei. Darauf wurde entgegnet, daß bestimmte Diskussionen, zum Beispiel über sexistisches und gewalttätiges Verhalten oder über frauenfeindliche Phantasien und Wünsche, in Gegenwart von Frauen nur sehr schwer zu führen seien, weil die Angst, abgekanzelt und als Sexist in die Ecke gestellt zu werden, zu Redehemmungen und zu einer "Zwangsmoral" führe. Weitere Gefahren, die in Männergruppen lauern, bestehen darin, daß die Welt nur noch unter dem Gesichtspunkt der Patriarchatskritik gesehen werde. Als Ziele der Arbeit von Männergruppen wurde genannt:

- die Bereitschaft erarbeiten, Männerkumpanei aufzukündigen und in dieser Richtung gesellschaftlich zu intervenieren.

- die Bereitschaft entwickeln, ein Stück patriarchaler Macht abzugeben.

Wenig Verständnis fand ein Mann, der auf die Behauptung, es gebe keine antisexistischen und antipatriarchalen Männer, sichtlich beleidigt reagierte: "Was heißt denn hier sexistisch und patriarchal? Das sind doch nur Worthülsen. Damit habe ich mich noch nie beschäftigt. Kann mir das mal jemand erklären?" Er erntete wütende Zurufe, sich gefälligst selber damit zu befassen.

Patriarchatskritik II (Praxis)

Trotz der im Vergleich zu anderen linken Gruppen recht großen und sich auch Gehör verschaffenden Zahl "männerbewegter" Männer gilt auch für die Autonomen: die meisten Männer gehören zur "silent majority", die betreten schweigt, wenn die Patriarchatskeule herausgeholt wird. Zwar finden sie das alles irgendwie richtig und wollen keinesfalls auf die Frauen verzichten, wissen aber nicht so recht, was nun von ihnen erwartet wird und sind froh, wenn wieder zur Tagesordnung übergegangen wird. Daneben gibt es eine eher kleine Zahl von Idioten, die nichts merken (wollen), die unbeirrt an ihren Mackergebaren festhalten und selbstkritische Männerstatements schon mal mit Zwischenrufen wie diesem kommentieren: "Für den Debattenbeitrag erhältst Du zwei Anti-Pat-Punkte!" So weit, so schlecht, aber nicht unbedingt neu.

Neu war hingegen, daß die autonomen Frauen wenig Bereitschaft zeigten, sich einen männerdominierten Kongreß aufzwingen zu lassen. Dies zeichnete sich bereits in der Vorbereitungsphase ab, als Frauengruppen aus der Kongreßplanung ausstiegen. Hamburger Feministinnen schickten einen wütenden Brief, in dem sie mit Blick auf die Inhalte von einem autonomen Männerkongreß sprachen. Während der Vorbereitung sei es nicht gelungen, feministische Themen als zentrale Bestandteile zu verankern. Die wichtigsten Diskussionen der vergangenen Jahre (Kampagne gegen Sexismus in der Linken, Öffentlichmachung von Kindesmißhandlern, Vergewaltigern, Vergewaltiger-Verteidigern, feministische Perspektiven von Befreiung) fänden sich auf dem Kongreß nicht wieder. Die Erklärung endet mit einer deutlichen Warnung: "Ihr solltet aufpassen, daß die Neubestimmung der undogmatischen linksradikalen Bewegungen nicht ohne euch vonstatten geht. ... Wenn ihr nicht willens oder fähig seid, euch mit dieser Neubestimmung auseinanderzusetzen, dann verläuft hier tatsächlich eine deutliche Trennungslinie!"

Auf dem Eingangsplenums des zweiten Tages verschafften sich dann diejenigen Gehör, die deutliche Kritik am Verlauf einiger AGs des Vortages übten. "Machohaftes Redeverhalten" und männerdominierte Diskussionsstrukturen seien vielfach zu beobachten gewesen. Wenn Frauen dies kritisierten, hätten sie kaum Unterstützung durch Männer gefunden. Eine Cintezza (weibliche Form von Sinti) beklagte die Ignoranz, die auf dem Kongreß und in den AGs den Problemen von MigrantInnen entgegengebracht werde. Sie forderte konkrete Verhaltensänderungen und eine größere Sensibilität gegenüber einem Diskussionsklima, in dem Frauen und MigrantInnen sich kein Gehör verschaffen könnten. Da ein Scheitern des Kongresses an diesem Punkt drohte, wurde beschlossen, in drei kleineren Plenen (Frauen, Männer, gemischt) Veränderungsvorschläge zu erarbeiten. Um das immer wieder kritisierte männliche Redeverhalten zu bekämpfen, wurde vorgeschlagen, konkrete Beispiele sofort zu benennen. Tatsächlich konnte in nachfolgenden Veranstaltungen des öfteren beobachtet werden, daß selbstverliebte Debattenredner sofort aufgefordert wurden: "Faßt Euch kürzer und bezieht Euch aufeinander!"

Organisierung

Kritik an fehlenden Strukturen gibt es bei den Autonomen seit langem. Einzelne Gruppen, wie FelS (Für eine linke Strömung) oder die Göttinger Antifa (M) haben daraus Konsequenzen gezogen und verbindlichere Organisationsstrukturen aufgebaut. Ähnliches gilt für die autonomen Antifa-Gruppen, die in der AA/BO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation) zusammengeschlossen sind. Eine sehr grundsätzliche Kritik zu diesem Thema hat die Gruppe FelS entwickelt (Autonomie-Kongreß-Reader II, S. 22 f.). Sie spricht von undemokratischen und nicht reformierbaren Strukturen innerhalb der autonomen Bewegung. Ihr Fazit lautet: "Das Konzept, von der Ein-Punkt-Bewegung zur kontinuierlichen Politik im gesamtgesellschaftlichen Rahmen zu kommen, ist gescheitert." Notwendig sei es, sich im Austausch mit anderen Gruppen eine gesamtgesellschaftliche Analyse zu erarbeiten. Verbindlichkeit, Bündnisfähigkeit und bundesweite Organisation werden auch von der Antifa (M) eingefordert. Vor allem gegen die Göttinger polemisierten die Veranstalter der AG Organisierung. Sie unterzogen die alte KPD, die Komintern-Politik und die kommunistischen Parteien des Nachkriegseuropas einer scharfen Kritik ("Bremser der radikalen Massen(arbeiter)bewegung", "auf den Erhalt des bürgerlichen Staates orientiert") und unterstellten der Antifa (M), die KP-Organisierungsform zum dritten Mal seit 1945 wiederbeleben zu wollen. Die Folgen davon seien ein Anbiedern an reformistische Kräfte ("Bündnisfähigkeit"), der Verzicht auf einen gemeinsamen Diskussionsprozeß und das Reklamieren eines Avantgardeanspruchs.

Viel Zeit wurde auf die Frage verwendet, ob es akzeptabel sei, autonome OrdnerInnen aufzustellen, die z.B. bestimmte Abmachungen (Alkoholverbot) auf Demonstrationen durchsetzen. Manche sehen in solchem

Delegieren von Verantwortung bereits einen Widerspruch zum Ideal einer befreiten Gesellschaft. Alle Beteiligten seien aufgefordert, für die Durchsetzung bestimmter Normen Sorge zu tragen. Ein anderer Streitpunkt war die Frage nach Verbindlichkeit und Kontinuität. Ein Teilnehmer sagte, Organisationsdebatten kämen immer dann auf, wenn eine Bewegung keine Kraft mehr habe. Doch eine Organisation gewährleiste nicht automatisch Verbindlichkeit und Kontinuität. Daß eine kontinuierliche politische Arbeit wünschenswert sei, wurde nicht von allen bejaht. Die BefürworterInnen beklagten, daß Power und Gegenmacht, die an einzelnen Punkten sichtbar werden (Anti-Olympia-Kampagne, Länderspiel Deutschland-England), sehr schnell wieder in sich zusammenfallen würden. Wichtige Themen blieben unbearbeitet, weil sie wenig zugkräftig erscheinen. Einmal erarbeitete Inhalte drohen mit dem Ende einer Kampagne verlustig zu gehen. Eine Frau warf die Frage auf, ob der Grund für die momentane autonome Schwäche an inhaltlichen Defiziten oder an fehlenden Strukturen liege. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß viele Frauen sich nicht an der Organisationsdebatte beteiligten, weil sie sich ausgegrenzt und nicht angesprochen fühlten. Auch für die AG Organisierung galt, daß unterschiedliche Vorstellungen aufeinanderprallten, eine in die Zukunft weisende Orientierung aber nicht sichtbar wurde. Als Alternative zu einer (bundesweiten) Organisierung wurde lediglich die lokale Vernetzung von special-interest-groups vorgeschlagen. Informationen ließen sich auf diese Weise schneller austauschen.

Bewertung des Kongresses

Die drei linksalternativen Tageszeitungen schwankten in ihrer Einschätzung des Kongreßverlaufs. Zwar waren sie von dem "bunten Treiben in postmodernen Räumen" (taz, 18.4.) sichtbar beeindruckt, die politische Bewertung fiel dann aber weniger freundlich aus: Die "Junge Welt" sprach von einem autonomen Kirchentag ohne die nötigen Kontroversen: "Neue Antworten auf die brennenden Fragen der Zeit gab es erwartungsgemäß nicht." (18.4.) In der taz (18.4.) fragte sich Uwe Rada angesichts dürftiger Resultate besorgt, wie lange es die Autonomen wohl noch geben werde: "Wer sich eine Debatte um eine oppositionelle Politik jenseits der Parteipolitik von Bündnisgrünen und PDS und der institutionalisierten Politik der Bürgerinitiativen erhofft hatte, sah sich enttäuscht." (Damit sprach Rada genau das Manko an, das taz-LeserInnen bei der täglichen Zeitungslektüre erleben.) Das ND sah eine linksradikale Eiersuche und stellte frustriert fest: "Der Zersplitterung der radikalen Linken konnte der Kongreß kaum entgegenwirken." (18.4.)

Die TeilnehmerInnen focht dies jedoch nicht an. Auf dem Abschlußplenum herrschte eine relativ gute Stimmung. Die Bewertungen reichten von "schön, daß es stattgefunden hat" über "zu harmonisch, zu wenig gestritten" bis hin zu "so schlimm war es gar nicht", angesichts der eher niedrigen Erwartungen im Vorfeld. Einige fanden es gut zu sehen, daß es eine ganze Reihe von autonomen Strukturen gibt und die Leute nach wie vor etwas auf die Beine stellen. Neue Themen, neue Ansätze seien sichtbar geworden. Die Frauen und Lesben begrüßten, daß es für sie eine eigene Etage gegeben habe. Kritischere Stimmen bemerkten, daß die TeilnehmerInnen erst am dritten Tag damit begonnen hätten, einander zuzuhören und ein Defätist war schließlich der Meinung, mit den politischen Ergebnissen des Kongresses könne man nicht ins 21. Jahrhundert gehen. Eine Solidaritätsdemonstration für die drei wegen des mutmaßlichen Bombenanschlags auf den Grünauer Abschiebeknast untergetauchten Genossen bildete am Montag den Abschluß des Kongresses.

KUK.

28. Die Autonomen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Autonome; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:37

Die Szene ließ sich die Gelegenheit zum autonomen Familientreffen nicht entgehen. Die über 3.000 TeilnehmerInnen wollten vor allem ihre autonome Identität pflegen. Statt einer gemeinsamen Perspektivdebatte wurde der Kongreß ein autonomer Jahrmarkt, auf dem TierrechtlerInnen, HomöopathInnen, Männerbewegte, HausbesetzerInnen, WagenburgbewohnerInnen und KollektivwirtschaftlerInnen ihre Thesen vorstellten. Als Erfolgskriterium wurde auf dem Abschlußplenum die harmonische Stimmung mit Applaus gefeiert, die es in den drei Tagen ermöglicht hatte, die unterschiedlichen Ansätze unter einem Dach zu verbinden.

Die verschiedenen tatsächlichen oder vermeintlichen Widersprüche und Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft wurden in Workshops und Arbeitsgruppen thematisiert. Doch über die Beschreibung dieser Unterdrückung kam mensch kaum hinaus. Nur in wenigen Arbeitsgruppen wurde über Gesellschaftsanalyse gesprochen. Zwar wird theoretische Arbeit, anders als in den 80er Jahren, nicht mehr per se denunziert: Der autonome Mainstream setzt aber nach wie vor auf das Primat der eigenen Erfahrung gegenüber theoretischen Erkenntnissen und bestreitet die Existenz einer objektiven Realität. "Objektivität ist Terror" war dann auch der vielbeklatschte Slogan eines Referenten in einer gutbesuchten Arbeitsgruppe. "Wahrheit" ist nach dieser Lesart, was ein Kollektiv oder eine Gruppe zur Wahrheit erklärt, und das sei einer ständigen Änderung unterworfen. Den vermeintlich Undogmatischen scheint dabei entgangen zu sein, daß diese Setzung einer Wahrheit durch Gruppen oder Kollektive ein zutiefst autoritärer Akt ist. Allen, die nicht zu dieser Gruppe gehören, muß dann notfalls die "Wahrheit" aufgezwungen werden. Im Mittelalter war die katholische Kirche jahrhundertelang auf diese Weise wahrheitssetzend tätig. Für das Erkennen einer objektiven Wahrheit hingegen zählt ganz undogmatisch nur das bessere Argument.

Der Austausch von Argumenten für diese oder jene Position war auf dem Kongreß verpönt und hätte die oben beschriebene Harmonie gestört. Wenn es wirklich zu gravierenden, inhaltlichen Differenzen kam, z.B. über das Menschenbild der VeganerInnen (Menschen, die keinerlei von Tieren stammende Nahrung zu sich nehmen; Anm. ak), wurde mit dem Hinweis: "das ist eben deine und das ist unsere Wahrheit" jeder Auseinandersetzung der Boden entzogen.

Folgerichtig ist im autonomen Diskurs der Begriff "Revolution" noch nebulöser als früher und wird zunehmend abgelehnt. Die gesellschaftliche Umwälzung wird zwar gefühlsmäßig noch als richtig und wichtig befunden. Doch was die Einzelnen darunter verstehen, bewegt sich häufig auf der Ebene grüner Realpolitik. Für die Eine ist es "Kampf den Autos", für die Andere ein neues Verhältnis zwischen Mensch und Tier, die Dritte verbindet damit Werte, wie soziale Gerechtigkeit, keine Kriege, mehr Umweltschutz.

Gerade weil sich diese Forderungen inhaltlich durchaus in grün-alternativer und neuerdings auch PDS-Programmatik wiederfinden, ist die Abgrenzung von diesem Spektrum ungebrochen. Oft wird sie mit der durchaus richtigen Einschätzung verbunden, die reformistischen Parteien würden die Autonomen nur aufsaugen und integrieren wollen. Allerdings wird meist nicht hinterfragt, was denn so schlimm daran ist, wenn diese Forderungen integriert werden können.

Die Angst vor reformistischer Hegemonie verhindert auch die notwendige Diskussion darüber, wie politische Teilziele heute in einem breiten Bündnis mit ReformistInnen durchgesetzt werden können. In einer von ca. 80 Personen besuchten Arbeitsgruppe der nicht-autonomen Berliner Broschürengruppe kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Gralshütern autonomer Schlagwörter und GenossInnen, die sich über die Durchsetzung reformistischer Teilziele bei Beibehaltung einer revolutionären Strategie Gedanken gemacht hatten. Der Broschürengruppe wurde Reformismus vorgeworfen, weil sie das autonome Dogma von der "Zerschlagung des Knastsystems" hinterfragte und darauf hinwies, daß unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen die Abschaffung aller Knäste nicht nur nicht möglich, sondern auch nicht wünschenswert sei. Am gleichen Tag war in der Kongreßzeitung "KonPreß" der Beitrag einer autonomen Frauen- und Lesbengruppe kommentarlos zu lesen, der dazu aufrief, Druck auf die brasilianische Justiz zu machen, um die Verurteilung eines mehrfachen Frauenmörders zu erreichen. Ein weiteres typisches Beispiel: Einerseits wurde auf der Veranstaltung das autonome Dogma des Wahlboykotts hochgehalten, andererseits

am Rande über die autonome Kommunalwahlliste FNEP aus Rüsselsheim debattiert, die ein Jahr lang in der hessischen Stadt eine CDU-Oberbürgermeisterin unterstützte.

Die Abschlußaktion bedeutete den Höhepunkt des autonomen Symbolismus. Wenige Tage vor dem Kongreß hatten nach Staatsschutzangaben mehrere Berliner Autonome versucht, den im Bau befindlichen Abschiebeknast in Berlin-Grünau in die Luft zu sprengen. Bei der unmittelbaren Tatvorbereitung sollen sie entdeckt worden sein. Seitdem hat der Staatsschutz mehrere Wohnungen durchsucht und drei Genossen zur Fahndung ausgeschrieben. Ein politisches Verhalten des Autonomiekongresses dazu wurde für notwendig erachtet. Heraus kam neben einer Geldsammlung für die Gesuchten allerdings nur reiner Symbolismus: eine überdimensionale Pappmaché-Rakete, die auf der Abschlußdemonstration mitgeführt wurde, ging mit lautem Knall vor dem Abschiebeknast in die Luft. Hier überlagerte der Happening-Charakter der Aktion die inhaltlichen Fragen, wie die Bewegung mit dem Repressionsversuch gegen Genossen umgeht und wie eine politische Bewegung gegen Abschiebeknäste in Gang gesetzt werden kann.

Nicht nur das Raketen-Happening weckte Erinnerungen an den legendären Tunix-Kongreß, wo sich im Januar 1978 an der TU-Westberlin über 20.000 Menschen trafen. Es war der Höhepunkt der Spontibewegung, die sich bald in diverse alternative und grüne Listen aufgliederte. Das Sponti-Organ Pflasterstrand zog damals folgendes Resümee über Tunix: "So aber kamen etwa 20.000, die haben zwar nix gefunden, die wußten aber, warum sie es suchen". Die 3.000 TeilnehmerInnen des Autonomiekongresses suchten nicht mehr das Gemeinsame.

Wie sieht die Zukunft der Autonomen aus? Ein Teil wird mit den Resten der Alternativbewegung verschmelzen. Trotzdem wäre es kurzschlüssig, die Autonomen nun für tot zu erklären, wie die Spontis nach Tunix. Eher ist zu erwarten, daß die autonome Bewegung durchaus auch das 21. Jahrhundert erlebt. In einem von altautonomen Theoretikern der Frankfurter l.u.p.u.s.-Gruppe vor kurzem veröffentlichten Buch wurde ein Kritikpapier abgedruckt, das mit den Unverbindlichkeiten und Fehlern autonomer Politik abrechnet, vom vollständigen Scheitern autonomer Strategien spricht und deren baldiges Ende vorhersagt. Doch der Text ist fast neun Jahre alt und wurde für die Libertären Tage 1987 geschrieben. Er würde mühelos als aktueller Beitrag durchgehen. Eine Bewegung, die neun Jahre nach ihrem vermeintlichen Scheitern noch einen Kongreß mit 3.000 Personen veranstaltet, wird auch noch fünf Jahre länger existieren.

Peter Nowak

29. Lebenswege - 15 Biographien zwischen Europa und Lateinamerika. Rezension

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Lateinamerika allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:40

Buchbesprechungen

"El pueblo unido jamás será vencido! - Das einige Volk wird niemals besiegt werden". Die älteren LeserInnen dieser Zeitung werden sich erinnern, wie dieser Slogan der chilenischen Opposition auch in der BRD-Linken eine gängige Formel war. In allen größeren und vielen kleineren Städten gab es ChilenInnen - allzu bald kamen UruguayerInnen, ArgentinierInnen u.a. dazu -, die viel dazu beitrugen, daß die Verhältnisse in ihrem Heimatland Gegenstand der politischen Aufmerksamkeit hier wurden.

Das war gar nicht so neu. In den 30er und 40er Jahren hatten Flüchtlinge vor dem Naziterror in Lateinamerika umfangreiche antifaschistische Aktivitäten entwickelt. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die Organisation "Das andere Deutschland", die seit 1935 in Buenos Aires wirkte. Pieter Siemsen, Nelly Meffert und Alfredo Bauer kommen aus diesem Zusammenhang im Buch zu Wort. Osvaldo Bayer, ein Argentinier, der 1976 ins BRD-Exil kam, beschreibt die Erwartungen so: "Deutschland war 1945 unsere ganze Hoffnung. Die Hoffnung der Utopisten. Dieses geschlagene Volk, erniedrigt, vergewaltigt, moralisch und materiell zerstört, bis zum Geht-nicht-mehr verhöhnt, sollte neu aus der Asche entstehen. Die Realpolitik endete mit einer Katastrophe und wird immer mit einer Katastrophe enden. Es wäre in jenen Jahren für die Deutschen nicht utopisch gewesen, eine Utopie aufzubauen." (S.67f)

Aber es wurde nichts aus der neuen Zukunft in der Heimat der Flüchtlinge, weder dort noch hier. Es blieb bei der Realpolitik. Und diese trieb und treibt weiterhin Menschen ins Exil. "Lebenswege" macht 15 dieser Menschen sichtbar, ihre Fluchtgründe und neuen Hoffnungen, ihre Überlebensstrategien und Einsamkeiten, aber manchmal auch ihre Veränderungen und ihr Wurzelfassen im neuen Leben. Nicht selten entstehen dabei für die Betroffenen neue Identitäten und Fremdheiten, die sie von allen und allem trennen, den Menschen und den Orten des neuen wie des alten Zuhause. Ernesto Kroch, der Deutschland nach Gefängnis und KZ wegen antifaschistischer Aktivitäten hatte verlassen können, mußte 1982 als aktiver Gewerkschafter vor Uruguays Militärdiktatur fliehen - nach Deutschland. "Exil in der Heimat" ist der bezeichnende Titel seiner Autobiographie (S.41f).

Ortswechsel, selbst mehrfache und erzwungene, Leben in zwei Welten bedeuten aber keineswegs Orientierungslosigkeit. Im Gegenteil, bei manchen ExilantInnen schärfen sie den Blick. Pedro Holz, 1938 in Berlin geborener Chilene, der später in Bochum im Exil war, sieht seine "Kulturschocks" im jeweils neuen Land als Basis, auf der er eine umfassende Kritik kapitalistischer Verhältnisse entwickelt. (S.157) Für Esther Andradi "öffnete sich" nach ihrer Flucht 1975 aus Argentinien nach Peru "eine Tür"; sie fand dort den Weg "zur ersten feministischen Gruppe in meinem Leben..., und damit hat sich mein Leben verändert" (S.125). Erst seit ihrem Wechsel nach Berlin schreibt die Journalistin auch belletristische Texte.

Die chilenische Malerin Cecila Boisier formulierte diese Erfahrung so: "Auch wenn die Fremdheit schmerzhaft und zerstörend wirken kann, birgt sie doch gleichzeitig Kreativität. Diese Kreativität kann einen Prozeß der Selbstentdeckung und Gestaltung des eigenen Lebens entfalten." (S.178)

Das Leben in zwei Welten bleibt auch für diejenigen eine Realität, die nach Wegfall der Fluchtgründe im Exilland bleiben. Dabei gibt es allerdings den bedeutsamen Unterschied, daß die in Lateinamerika Gebliebenen nicht den Rassismus spüren, den die in der BRD Lebenden sehr wohl erfahren. Selbst Germán Meneses, aus Peru stammender ehemaliger Bundestagsabgeordneter, war innerhalb und außerhalb des Parlaments vielfach davon betroffen.

So konnte Omar Saavedra Santis, der chilenische Schriftsteller, der von Mitte der 70er Jahre bis 1994 in Rostock gelebt hat, in seinen Romanen den faschistischen Alltag glaubwürdig beschreiben, ohne ihn selbst erlebt zu haben, weil es eine Konstante von damals zu heute gibt: "Die Deutschen sind alle gute Menschen, die Tragik hier ist, daß die Verbrechen von guten Menschen begangen werden." (S.172)

Selbstverständlich gab und gibt es auch die andere Seite, das bewußt andere Verhalten, Menschlichkeit und Widerstand. "Vielen ... wäre die Flucht nie geglückt, wenn es nicht Menschen gegeben hätte, die ihnen dabei geholfen und sich damit selbst in Gefahr begeben hätten. Ob es der Wehrmachtsoffizier war, der Pieter Siemsen die erforderlichen Papiere besorgte, der Kulturattaché der deutschen Botschaft, der Osvaldo Bayer ... aus Buenos Aires herausbrachte, oder der mexikanische Diplomat Gilberto Bosques, der Steffi Spira (die ebenfalls interviewt wird - WR) und unzähligen anderen zwischen 1940 und 1942 aus der Mausefalle Marseille heraushalf." (S.9) Dieser Gilberto Bosques ist eine faszinierende Persönlichkeit: er war schon aktiver Teilnehmer an der mexikanischen Revolution von 1910 und ist inzwischen 103 Jahre alt. Anna Seghers setzte ihm in ihrem Roman "Transit" ein literarisches Denkmal.

Sie tat damit genau das - wie auch Gert Eisenbürgers Buch -, was nötig und möglich war, um die scheinbaren Sieger der Geschichte nicht triumphieren zu lassen, denn: "Stets war es das wichtigste Anliegen der Verfolger, die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen und zu verschleiern." (Leni Alexander, jüdische Musikerin, die erst Deutschland und dann Chile verlassen mußte, S.146)

Daß dies nicht gelingt, wenn Menschen sich wehren, das zeigt vielleicht kein Lebensweg besser als der von Mauricio Rosencof: Er wurde 1933 in Uruguay als Sohn polnischer jüdischer Emigranten geboren, wurde auf diesem Hintergrund sozusagen "automatisch" Kommunist, dann Tupamaro, saß zwölf Jahre als Geisel der Militärdiktatur in Einzelisolation, ist nach wie vor bei den Tupamaros aktiv und arbeitet als Schriftsteller. Als überzeugter Atheist ist er sich trotzdem - Ilja Ehrenburg zitierend - seiner Wurzeln bewußt: "Solange ein einziger Antisemit auf der Welt ist, bleibe ich Jude." (S.193)

Werner Rätz

Gert Eisenbürger (Hg.)

Lebenswege. 15 Biographien zwischen Europa und Lateinamerika, Hamburg (Verlag Libertäre Assoziation) 1995,

240 Seiten, 24,- DM

30. Hausbesetzung im Osten. Annotation

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:15

Im September 1990 besetzten etwa 15 junge Leute aus dem linksalternativen Spektrum in Halle das Haus Kellnerstraße 10a. Ihr Ziel war es, das Haus nach stadtökologischen Gesichtspunkten zu rekonstruieren und zu einem soziokulturellen Wohn-und Arbeitsprojekt zu gestalten. Fast fünf Jahre nach dem hoffnungsvollen Beginn dieses Projektes und (wahrscheinlich) kurz vor seinem verstadtplanten Ende ziehen die Mitglieder des Vereins "Kellnerstraße e.V." Bilanz. Herausgekommen ist eine Zusammenstellung von Erklärungen, Zeitungsartikeln, Berichten, Korrespondenzen usw. Das Sonderheft des Hallenser Szene-Infos "Subbotnik in LA" ist wahrscheinlich eine einzigartige Dokumentation über Entstehung, Entwicklung, politisches Selbstverständnis und derzeitige Lage der HausbesetzerInnenszene im östlichen Teil Deutschlands.

Das Projekt Kellnerstraße 10a stellte bei Gründung eine Alternative zur städtebaulichen Ignoranz und zum Größenwahn der DDR-Oberen dar und stieß demzufolge bei einem Teil der Hallenser durchaus auf Sympathie. Der Umschwung kam erst mit einer unsäglichen Pressekampagne gegen den "Schlupfwinkel militanter Autonomer und Drogendealer". Sie setzte ein, nachdem das alternative Selbstverwaltungsprojekt als möglicher Störfaktor bei der beginnenden Verunstaltung der Innenstadt von Halle erkannt wurde.

Gerd Bedszent

31. Stationen einer nicht gewollten Vereinigung. Die Verschmelzung des Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) mit der PDS

Autor: he., Hamburg · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:23

In ak 378 vom 5.4.95 schreibt KUK zum Thema "Exorzismus bei der PDS". Gegenstand des Artikels ist vor allem der Streit, der innerhalb der PDS um den Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) entstanden ist. Der BWK konstituiert sich seit 1993 in den westlichen Landesverbänden der PDS als "Arbeitsgemeinschaften in und bei der PDS". Der Autor erweckt den Eindruck, als gehe es in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um eine Ausgrenzung der BWK-Mitglieder aus der PDS. Da die Verhältnisse wieder einmal etwas komplizierter sind als schwarz-weiß, soll im folgenden ein kurzer Überblick über die Tätigkeit des BWK in bezug auf die PDS gegeben werden. Daraus wird ersichtlich werden, daß es bei dieser Auseinandersetzung gerade nicht um die Tätigkeit von Mitgliedern des BWK innerhalb der PDS geht, sondern um den Anspruch des BWK, als geschlossene Organisation Teil der westlichen Landesverbände zu werden und diese damit zu einem Zusammenschluß zweier Parteien werden zu lasen.

Zurückgehen muß man auf das Jahr 1990. Mit der beschlossenen deutschen Vereinigung und den damit anstehenden ersten gesamtdeutschen Wahlen stellte sich für alle westdeutschen linken/kommunistischen/sozialistischen Parteien (DKP, BWK, VSP, MLPD) die Frage, ob sie ihre bis dahin gepflegten Kandidaturen, dann in Konkurrenz zur PDS, aufrecht erhalten wollten. Wesentlich unter Federführung des BWK wurde der Versuch gestartet, der PDS für die westlichen Länder "Rote Tische" als Bündnispartner anzudienen. Diese bestanden im Kern aus den oben genannten Parteien. Politisches Ziel dieser Offerte war, die politsche Außenvertretung der PDS in den Westländern zu übernehmen. Begründet wurde dies mit der "notwendigen Zusammenführung" aller linken/sozialistischen Kräfte. Dieses Vorgehen wurde von der PDS abgelehnt. Statt dessen versuchte sie zunächst ihr Glück mit dem gemeinsam mit westdeutschen Linken gegründeten Projekt Linke Liste/PDS, das dann direkt in Landesverbände der PDS umgewandelt wurde. Erfolg im Sinne des Erfindergedankens war diesem Versuch nicht beschieden. Dennoch wurde in der Folgezeit an dem Weg festgehalten, in den westlichen Ländern eigene Landesverbände aufzubauen und nicht den Weg über den Zusammenschluß mit den sozialistischen/kommunistischen Parteien zu gehen. Hierfür erntete die PDS vor allem die Kritik der Rest-DKP (diese war nach dem Ausschluß ihres Erneuererflügels Anfang 1990 innerhalb kurzer Zeit von 40.000 auf ca. 8.000 Mitglieder geschmolzen), die sich - in Erinnerung an treue Dienste für die SED - als ersten und wahrhaftigen Bündnispartner der PDS ansah. Die Organisationen der "Roten Tische", ausgenommen die MLPD, verzichteten dann 1990 auf eigene Kandidaturen zur Bundestagswahl und riefen zur Wahl der PDS auf.

Das hier beschriebene Verfahren wurde bis ins Jahr 1993 fortgesetzt, wesentlich auf Betreiben der DKP und des BWK; die VSP hatte sich zwischenzeitlich aus diesem Zusammenhang herausbegeben. Einen sichtbaren Erfolg errangen BWK und DKP damit 1993 bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen. Dort kandidierte in den großen Städten eine Linke Liste, die sich im wesentlichen aus Mitgliedern der DKP, des BWK und der PDS zusammensetzte. Dieses Bündnis kam gegen den ausdrücklichen Wunsch des PDS-Parteivorstandes zustande. Daß dieses Bündnis von seiten der PDS möglich wurde, hatte seinen Grund wesentlich darin, daß in der PDS Niedersachsen eine Gruppe ehemaliger DKPler den Ton angibt, die sich selbst als der Kommunistischen Plattform nahestehend begreifen. Zum anderen wurden die Regeln des PDS-Statuts ausgenutzt, die eine Beeinflussung von außen sehr leicht machen. Laut Statut der PDS haben Sympathisanten, d.h. Nichtmitglieder, auf Versammlungen der PDS volles Stimmrecht, soweit es nicht um Statuten- und Finanzfragen geht (eingeschränkt ist auch das passive Wahlrecht innerhalb der Partei). Auf Landesversammlungen der PDS Niedersachsen stimmen so häufig mehr Nichtmitglieder als Mitglieder ab, wobei erstere von KennerInnen oftmals doch einer anderen Mitgliedschaft zugeordnet werden können. Diese nach außen offene Form der Organisation, gedacht zur Einbeziehung von Menschen, die der parteiförmigen Organisation wenig abgewinnen können, zeigte so in der Praxis schnell auch ihre Schwächen. Dennoch brachte die Listenbildung in Niedersachsen für DKP und BWK nicht den erhofften Durchbruch, sondern blieb bundesweit die Ausnahme.

Der BWK zog hieraus Anfang 1993 eine Schlußfolgerung, die in gewisser Weise eine Kehrtwendung darstellte. Auf seiner Bundestagung wurde zustimmend eine Entschließung "Positionsentwicklung im BWK zur Organisation sozialistischer Politik" zur Kenntnis genommen, in dem zunächst das Scheitern aller Versuche des BWK, in den 80er Jahren einen Zusammenschluß der kommunistischen/sozialistischen Organisationen zu bewerkstelligen, konstatiert wurde. (Anfang der 80er war ein Versuch gescheitert, einen Zusammenschluß mit der KPD/ML herbeizuführen; ebenso mißlang Mitte der 80er der Versuch, eine Plattform aller verblieben sozialistischen Organisationen und Zirkel zu installieren; Ende der 80er scheiterte der BWK schließlich mit seinem Versuch, mit der VSP (hervorgegangen aus der KPD/ML und der GIM/IV. Internationale) eine neue Organisation zu bilden; die dann mit der DKP aufgenommen Gespräche kamen nicht mehr an den Punkt einer organisatorischen Vereinigung.)

In dem Papier von 1993 heißt es dan weiter: "Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß die Satzung der PDS und das Programm der PDS sowohl die Vertretung verschiedener Interessen und Meinungen zuläßt, wie sie auch zu dem erforderlichen Klärungsprozeß einlädt." Daraus wurde nun geschlußfolgert, woran in der PDS bei der Beschlußfassung wohl kaum jemand gedacht hatte: "Nach der Beschlußfassung über die Satzung und das Programm der PDS besteht die Einladung an die Organisationen bzw. Personenzusammenhänge, die in der BRD linke Politik repräsentieren, von ihnen gewünschte Klärungsprozesse im Politikzusammenhang der PDS zu betreiben." Und um es für die eigenen Mitglieder noch einmal deutlich zu bestätigen: "Inzwischen ist nach dem Verlauf des Parteitages der PDS auch sicherer, daß die Folgerungen, die hier aus der Satzung und dem Programm der PDS gezogen werden, mit dem politischen Wollen der PDS-Mitgliedschaft übereinstimmen." Gefragt hatte die PDS bzw. ihre Mitglieder zu diesem Zeitpunkt noch niemand, aber es ging bei dieser Bekräftigung auch gar nicht um die Übereinstimmung mit der PDS, sondern um die Bedenken in der eigenen Mitgliedschaft, denn "die Mitarbeit von Mitgliedern des BWK in der PDS hat im BWK Befürchtungen ausgelöst, es solle eine Auflösung des BWK betrieben werden. Das wäre der schlechteste Weg, die Einladung zu einer gemeinsamen sozialistischen Politik, die die PDS ausgesprochen hat, wahrzunehmen. Der politische Erfahrungs- und Richtungszusammenhang, den der BWK darstellt, wird sich eher klarer ausprägen können." (Alle Zitate aus: "Ergebnisse und Materialien", 1/93)

Dieser Positionsfindung (das Papier trägt die Unterschrift von Martin Fochler) folgte der "Beschluß über die Zusammenarbeit mit der PDS". Darin heißt es: "Die Bundesdelegiertenkonferenz sieht mit der Verabschiedung des Programms durch die PDS feste Grundlagen für Zusammenarbeit, besonders bei der Erarbeitung von Inhalten parlamentarischer Politik und in den anstehenden Wahlkämpfen, gegeben. Sie stellt mit Befriedigung fest, daß die Satzung der PDS eine Zusammenarbeit ermöglicht, die die Vielfalt linker Politik bestehen läßt." Der Übergang zur PDS sollte jedoch vorsichtig und in Rücksichtnahme auf die PDS-Landesverbände im Westen selbst erfolgen: "Gliederungen des BWK, die ihre Zusammenarbeit mit der PDS unter Rückgriff auf satzungsmäßige Angebote der PDS (Zusammenschlüsse) ausbauen wollen, müssen sich u.a. deswegen vergewissern, ob von den entsprechenden Gliederungen der PDS ein solcher Schritt ebenfalls gewünscht wird" (zitiert nach: "Informationsdienst PDS/Linke Liste", 7/93, Hamburg).

Nun folgte Schlag auf Schlag die Umwandlung der Landesverbände des BWK in "Arbeitsgemeinschaften BWK in und bei der PDS", wobei es die Dynamik und der Glaube, die alles geschehe auf Einladung der PDS, dann nicht immer zuließen, das selbstgesteckte Ziel einzuhalten, dies nur in Übereinstimmung mit den betroffenen Gliederungen der PDS zu tun.

Nach den selbstgesetzten Regeln ging noch das Pilotprojekt in Hamburg über die Bühne. Im Arbeitsausschuß des Landesverbandes Hamburg (d.h. dem Vorstand) fand der BWK volles Verständnis für seine Position. Verabschiedet wurde dort am 5.4.93 ein Beschluß, nach dem dieser Schritt nicht nur unterstützt, sondern ausdrücklich als wegweisend für linke Zusammenarbeit in den westlichen Bundesländern gelobt wurde. Verhaltener fiel die Beschlußfassung der Landesversammlung am 8.5.93 aus, die lapidar feststellte: "Die Landesversammlung der PDS/Linken Liste Hamburg stellt fest, daß der durch die Landesversammlung des BWK Hamburg geäußerte Absicht, sich als Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS/Linken Liste zu konstituieren, nichts entgegensteht." (Abstimmungsergebnis 25:1:1). Ein gleicher Beschluß folgte unmittelbar in Rheinland-Pfalz.

Zug um Zug folgten die übrigen Landesverbände. Dabei wurde jedoch in der Regel auf die selbst auferlegte Zurückhaltung verzichtet. Organisatorisch läuft die Vereinigung der beiden Parteien in der Regel so ab: Einige Mitglieder des BWK treten in die PDS ein und gründen dort eine "AG BWK in der PDS". Sodann wird innerhalb

des Rest-BWK eine Urabstimmung veranstaltet, die zum Inhalt hat, den jeweiligen BWK-Landesverband mit der "AG BWK in der PDS" zu verschmelzen, woraus dann die "AG BWK in und bei der PDS" wird. In Zahlen sieht das in Hamburg etwa so aus, daß zunächst sieben der ca. 50 Mitglieder des BWK in die PDS eintraten. Diese AG hat damit alle statuarischen und politschen Rechte in der PDS, bei Umgehung der eigentlichen Mitgliedschaft.

Zur politischen Zielsetzung gibt es ein Musterschreiben, das für alle AG-Gründungen herangezogen wird. Außerhalb der notwendigen Formulierung, daß sich die jeweilige AG innerhalb des Rahmens des Statuts der PDS gründet und bewegt, enthält diese Mustersatzung jeweils nur einen Hinweis auf die PDS: "4. Die Arbeitsgemeinschaft arbeitet im Rahmen der politischen Grundsätze der PDS und unterstützt ihre Tätigkeit." In bezug auf den BWK (der weiterhin als Bundesorganisation erhalten bleibt) wird festgehalten: "7. Die Arbeitsgemeinschaft orientiert sich an den allgemeinen Zielen, Zwecken und Grundsätzen des ‚Bundes Westdeutscher Kommunisten - Bundeskonferenz`. 8. Die Arbeitsgemeinschaft unterstützt die publizistischen Vorhaben der GNN-Verlage." (Hier zitiert nach der Gründungserklärung in Hessen)

Zum Problem wurden diese AG-Gründungen aber für die PDS erst, als sich der BWK anschickte, dieses Verfahren auch dort zu vollziehen bzw. einzufordern, wo es keine einvernehmliche Lösung mit den Gremien der jeweiligen Landesverbände gab. Jetzt vergaßen die BWK-GenossInnen ihren eigenen Beschluß, die AG-Gründungen nur zu vollziehen, wenn diese auch "von den betroffenen Gliederungen gewünscht werden". Statt dessen forderten sie schlicht das Recht auf die Anerkennung durch die Landesverbände. Erst von diesem Zeitpunkt an wurden erste Anträge an Landesschiedskommission und an die Bundesschiedskommission gestellt, diese Art der Parteienvereinigung auf die Vereinbarkeit mit der Satzung hin zu überprüfen.

Für das Vorgehen des BWK, die anfängliche Zurückhaltung aufzugeben, gibt es eine einfache und naheliegende Erklärung. Er selbst verliert seinen Parteicharakter, weil er sich nicht mehr an den Wahlen zum Bundestag und den Landtagen beteiligt (nicht mehr beteiligen kann). Ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt in einer umfangreichen Publizistik und dem Aufbau eines Verlagswesens (GNN-Verlage). Beides wird zu einem großen Teil aus den Mitgliedsbeiträgen des BWK finanziert. Dabei spielt es eine große Rolle, ob diese Mitgliedsbeiträge steuerbegünstigt abzusetzen sind. Mit dem Verlust des Parteicharakters könnte der BWK keine steuerabzugsfähigen Spendenbescheinigungen mehr ausstellen. Möglich ist das jedoch dann wieder, wenn die Mitgliedsbeiträge und die Spenden an den BWK formell über die PDS laufen, als Beiträge und zweckgebundene Spenden an die "Arbeitsgemeinschaften BWK". Formell, nach Parteiengesetz und eigenem Statut, unterstützt damit die PDS derzeit die gesamte Publizistik des BWK. In Zahlen ausgedrückt: Der Hamburger Landesverband der PDS weist für das Jahr 1994 ein Finanzvolumen von DM 190.000 aus, Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen vom Bundesvorstand. Knapp 60.000 werden der AG BWK zugewiesen zur Unterstützung ihrer Arbeit. Das ist überhaupt nicht zu beanstanden, weil diese 60.000 DM auch von den Mitgliedern dieser AG aufgebracht werden. Bei diesen Relationen zwingt sich jedoch die Frage auf, in welcher Verantwortlichkeit der Landesverband zu dieser Tätigkeit steht.

Anfang 1993 fand ein Treffen zwischen Mitgliedern des Bundesvorstandes der PDS und Mitgliedern des BWK statt. Dort wurden von seiten der PDS Bedenken gegen die AG-Bildung vorgetragen, jedoch keine prinzipiellen Satzungsbedenken. In einem Schreiben an den BWK vom Mai 1993 wurden drei politische Einwände aufrecht erhalten. Erstens wurde der Sichtweise des BWK widersprochen, die PDS sei ein Dachverband für linke Organisationen. Zweitens wurde beanstandet, daß vom BWK nicht dargelegt worden ist, was er in die PDS politisch einbringen möchte, sondern daß er sich nur auf die nach Satzung der PDS bestehende Möglichkeit beruft, AGs zu bilden. Direkter gefragt wurde, welchen Nutzen die PDS von der Konstituierung dieser AGs haben solle, da die Vorteile offenkundig sehr einseitig verteilt seien. Drittens wurde dem Vorhaben widersprochen, die AGs innerhalb der PDS als eingetragene Vereine zu konstituieren (was damals beim BWK im Gespräch war), da eine AG in der PDS juristisch und politisch nur von dieser vertreten werden könne und die PDS ihre politische Souveränität nicht an einen Verein abgeben könne. Auf dieses Schreiben hat es von Seiten des BWK keine Antwort mehr gegeben, es sei denn mensch sieht die Gründung der AGs in der sowieso beabsichtigten Form als Antwort an.

Mittlerweile ist vom Bundesvorstand beim Bundesschiedsgericht ein Antrag eingereicht worden, zu klären, ob diese Art der AG-Gründung mit dem Statut vereinbar ist. Im Vorstand wird mehrheitlich Gegenteiliges vertreten. Ausdrücklich geht es dabei nicht um diejenigen, die Mitglieder in der PDS und dem BWK sind, denn Doppelmitgliedschaften sind ausdrücklich erlaubt. Zur Problematik heißt es in der Begründung für diesen

Antrag: "Wir gehen davon aus, daß sich die PDS auf der Grundlage ihres Parteiprogramms, verschiedener Wahlprogramme und ihrer politischen Tätigkeit eine eigene Identität als linkssozialistische Partei - als Partei des demokratischen Sozialismus - erworben hat und diese ausbaut. Ein solches Verständnis läßt es zu, daß innerhalb dieser Partei sich Einzelpersonen, Strömungen, Plattformen und Fraktionen bewegen, die sich zum Programm der PDS, zu den Wahlprogrammen und sonstigen politischen Aussagen und Beschlüssen des Parteitages bekennen. Das schließt das Recht ein, in einem demokratischen Meinungsbildungsprozeß in der Partei dazu beizutragen, Beschlüsse bzw. das Programm zu verändern.

Etwas anderes ist es, wenn die PDS als politisches Dach unterschiedlicher linker Richtungen betrachtet wird, die unter diesem Dach ihre Selbständigkeit und eigene Identität fortsetzen wollen, ausbauen und auf dieser Grundlage mit anderen Gliederungen der PDS kooperieren oder nicht. Eine solche Betrachtungsweise, die aus den Dokumenten des BWK und seiner politischen Praxis herauszulesen ist, führt letztlich dazu, daß die Erkennbarkeit der PDS als eigene Organisation zumindest in einzelnen betroffenen Landesverbänden abnimmt und die PDS nur noch als Summe ihrer sehr unterschiedlichen bis sich gegenseitig ausschließenden politischen Gliederungen erscheint. (...) jeder von uns weiß oder sollte wissen, daß sich die Linke im Westen schon lange vor dem Zusammenbruch der realsozialistischen Länder in einer tiefen Krise befand und diese Krise bis heute im Verhältnis zur PDS wirkt. Die Talsohle linker Politik im Westen scheint noch lange nicht durchschritten zu sein. Setzt man dies voraus und gesteht sich gegenseitig zu, daß es keine ‚Königswege` gibt, wie es im Beschluß des 4. Parteitages zur Arbeit in den westlichen Bundesländern heißt, ist es auch legitim, gerade für Mitglieder noch bestehender linker Zusammenhänge nach Übergangsformen in der Kooperation mit der PDS zu suchen. Genau diese Überlegungen entspricht die Formulierung in unserem Statut, die eine Doppelmitgliedschaft zuläßt." (Antrag an die Bundesschiedskommission)

Dies alles zusammen macht das "Problem BWK in der PDS" aus. Dazu gibt es auch Stimmen führender PDS-Politiker, die dieses Problem am liebsten administrativ gelöst wissen wollen. Andererseits gibt es auch deutliche Unterstützung der Position des BWK, so in den Landesverbänden Hamburg, Niedersachsen und NRW, aber auch bei Teilen der östlichen Landesverbände, die dem mehr traditionalistischen Politikansatz des BWK durchaus nahestehen. Nur die eine Seite zu betrachten und damit den BWK als die verfolgte Unschuld aufzubauen, erfaßt nur einen Nebenstrang der Auseinandersetzung.

he., Hamburg

32. Artenschutz im ak. Ein Kommentar zur Auseinandersetzung um den BWK in der PDS

Autor: Heinrich Eckhoff · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:34

Eine Zeitung wie der ak soll Partei ergreifen für alle Unterdrückten, Verfolgten und Diskriminierten. In diesem Sinne nahm der Autor KUK in der letzten Ausgabe des ak seine Aufgabe ernst und geißelte den "Exorzismus bei der PDS". Nun ist nichts dagegen einzuwenden, ein scharfes Wort gegen die Manie zu richten, das tatsächliche und vermeintliche Sektierertum der K-Gruppen-Linken - in diesem Falle des BWK - für die Schwierigkeiten der PDS, im Westen Fuß zu fassen, verantwortlich zu machen. In gewisser Hinsicht bin ich mit dem Autor denn auch in der Schlußfolgerung einig, daß ein solch zum Programm erhobener "antisektiererischer" Kampf die PDS derzeit im Westen eher schwächen denn stärken wird. Dennoch hätte es nicht nur die Fairneß geboten, die ak-LeserInnen nicht nur über die "Verfolgung" des BWK innerhalb der PDS zu informieren, sondern auch über dessen eigenes Handeln. Erst dann kann politisch geurteilt werden, ob es sich beim Vorgehen des PDS-Bundesvorstandes um eine Wiederholung der Unvereinbarkeitspolitik der SPD und der Ausgrenzungspolitik innerhalb der Grünen handelt.

Linke Politik ist zum großen Teil Organisierung von Interessen und Entwurf von gesellschaftlichen Gegenmodellen, eine Partei ein Mittel sie zu verbreiten und durchzusetzen. Dementsprechend muß eine Partei entscheiden mit wem und mit welchen Mitteln ihre poltischen Ziele zu verfolgen sind. Diese Entscheidung muß auch dann getroffen werden, wenn es um das Zusammenwirken verschiedener linker Organisationen geht Konkret muß die Frage erlaubt sein: Ist dieser BWK für die Verfolgung der politischen Ziele der PDS ein Gewinn oder nicht? Wird schon diese Frage als Ausgrenzungspolitik denunziert, wird man keine rationale Auseinandersetzung fördern können.

Selbstverständlich nimmt sich jede linke Organisation das Recht heraus, zu entscheiden, mit wem sie sich organisatorisch verbinden will. Es wäre geradezu absurd anzunehmen, der KB hätte es zugelassen, daß beispielsweise die SAG sich zu einer Arbeitsgemeinschaft des KB hätte erklären und in dessen Namen Politik machen können. Dabei geht es nicht einmal um den leidigen Vorwurf der Unterwanderung, sondern um die Frage, wer mit welcher Politik die Partei/Organisation repräsentiert.

Für die kommunistische/sozialistische Linke der 70er Jahre hat es neben den vielgeschmähten skurrilen vor allem rationale Gründe gegeben, weshalb mensch sich in einer Vielzahl von Parteien organisierte. Die Politikansätze solcher Organisationen wie der DKP, dem KBW oder des KB waren so unterschiedlich, daß eine gemeinsame Organisation nicht in Frage kam. Aus gutem Grund hat der KB auch noch Mitte der 80er Jahre alle Ansinnen abgelehnt, die dann in die Krise gekommene kommunistische/sozialistische Bewegung organisatorisch zu vereinigen. Dies galt insbesondere für die Versuche des BWK, mit dem ein gemeinsamer politischer Ansatz kaum zu finden war. (Dies gilt nicht unbedingt für die theoretische Arbeit.)

Dieses Recht, zu entscheiden, mit wem man sich organisatorisch vereinigt und mit man in enger organisatorischer Verbindung seine politische Zukunft gestalten will, muß selbstverständlich auch der PDS zugestanden werden. Wie aus meinen nebenstehenden Ausführungen zu "Stationen einer nicht gewollten Ehe" hervorgeht, geht es bei der Auseinandersetzung in der PDS ja nicht um die Frage der Doppelmitgliedschaft von BWK und PDS, sondern um eine Verschmelzung beider Parteien, bei vollständiger Aufrechterhaltung der alten Strukturen des BWK.

Es muß auch die Frage erlaubt sein, ob es der PDS nützt (und eben nicht nur dem BWK), im Westen von einem Dachverband der kommunistischen Parteien und Zirkel der 70er Jahre repräsentiert zu werden. Kein Mensch aus dem politischen Zusammenhang des früheren KB würde ernsthaft auf die Idee kommen, die politische Zukunft in einem Zusammenschluß mit der DKP und dem BWK zu suchen, weil aufgrund aller Veröffentlichungen erkennbar ist, daß dabei keine andere Politik herauskommen würde als sie schon in den 70er Jahren von diesen Organisationen betrieben wurde. Warum sollte die PDS an diesen Organisationen besonderen Gefallen finden? Die einzig logische Begründung wäre, weil die PDS Sammelbecken der Restlinken sein sollte. Das genau will sie nicht sein.

In einer Zeitung wie dem ak die Politik der PDS zu kommentieren ist ein schwieriges Unterfangen. Es gibt verbreitete Auffassung in der Linken, daß aus der PDS bestenfalls eine sozialdemokratische Partei werden könne. Dieser Einschätzung entsprechend wird auf die Bestätigung der befaßten Vorurteile gewartet. Diese Stimmung bedient der Artikel im ak 377: Jetzt hat man die PDS dabei erwischt, daß sie radikal linke Positionen ausgrenzt. Vorbehalte in wichtigen Fragen linker Politik gab es auch andere. So zur Atomkraft, zur Asyl- und Flüchtlingspolitik, zur Frage des § 218. Es hat der PDS wenig geholfen, daß sie in ihren programmatischen Grundlagen in diesen Fragen weitgehend dem Standard der Westlinken entspricht. Hätte sie jedoch auf einem dieser Politikfelder gefehlt, hätte es einen großen Aufschrei gegeben - weil dann eben bewiesen gewesen wäre, daß die Entscheidung zur Abgrenzung die "richtige" gewesen ist.

Das Problem der von einer Zeitung wie dem ak repräsentierten Linken ist genereller und wird am Beispiel der PDS nur abgearbeitet. Es geht gar nicht um die Frage, durch Kritik die Politik der PDS zu beeinflussen, es geht kaum um die Frage, richtiges von falschem zu unterscheiden, sondern es geht vor allem um die Bestätigung des zuvor gefällten Urteils, daß "richtige Linke" mit dieser Partei am besten nichts zu schaffen haben. Dies aber ist nur eine Verlängerung der Haltung, die sich schon im Verhältnis zu den Grünen herausgebildet hat. Da gleichzeitig keinerlei Anstrengungen unternommen werden, eigene Perspektiven sozialistischer Organisation anzubieten, entspricht dies einer passiven Förderung des Desorganisationsprozesses der sozialistischen Linken.

Eine Kritik, die an der Förderung sozialistischer Organisation und der Verbreitung linker/sozialistischer Ideen Interesse hat, müßte sich gerade die oben aufgeworfene Frage stellen und dahingehend beantworten, ob der BWK die politischen Voraussetzungen für die Herausbildung einer sozialistischen Massenpolitik im Sinne der PDS mitbringt. Dann käme man beispielweise bei der konkreten Untersuchung auf einen so einfachen Sachverhalt wie das Agieren des BWK im PDS-Landesverband Hamburg, dem Verband, in dem die größte politische Übereinstimmung zwischen der Führung des Verbandes und dem BWK besteht. Nicht zufällig fiel die Gründung der AG BWK im April 1993 zusammen mit einer kurze Zeit später gefällten Entscheidung für die Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Unter dem Stichwort "Offener linker Dialog" wurde für diese Wahlen ein Bündnis zusammengestellt, das von der PDS, über den BWK, die DKP und die AL bis hin zur MLPD reichte, wobei wiederum nicht zufällig mit Christiane Schneider die "Chefin" des BWK zur Spitzenkandidatin erkoren wurde. (Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich darauf hinweisen, daß sie sich nicht danach gedrängt hat, aber "objektiv" diese Linie am besten repräsentierte.) Das konkrete Ergebnis war die Halbierung des bei den Bundestagswahlen erreichten Ergebnisses (5.000 statt 10.000 Stimmen); ein Jahr später erreichte die PDS bei den Bundestagswahlen 20.000 Stimmen. Die Diskrepanz zwischen diesen Ergebnissen kann nur die wegerklären, wem Wahlerfolge eh suspekt sind.

Die Frage, ob der PDS die Verschmelzung mit dem BWK nützt, oder ob ihre Abweisung eine weitere Form der Unvereinbarkeitspolitik gegenüber radikal linken Ideen ist, wird sich "objektiv" gar nicht beantworten lassen, sondern davon bestimmt sein, ob das Interesse der PDS zum Gegenstand gemacht wird, oder man sich den Artenschutz der übrig gebliebenen K-Gruppen der alten BRD zu eigen macht.

Heinrich Eckhoff

33. Am Problem vorbei. Widerspruch zu "Exorzismus in der PDS" (ak 377)

Widerspruch zu: "Exorzismus bei der PDS" (ak 377)

Autor: Claudia Gohde · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:25

"Exorzismus bei der PDS" heißt der Titel einer tendenziösen Beschreibung der Auseinandersetzung innerhalb der PDS um die Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) in und bei der PDS". Darin werde ich, Claudia Gohde, namentlich als besondere Betreiberin eines Ausschlusses dieser AG bzw. ihrer Mitglieder denunziert. Ich möchte an dieser Stelle keine Generaldebatte um die Frage der Beziehungen PDS/BWK führen. Der Autor des Artikels hat es nicht für nötig befunden, sich zu dieser Angelegenheit bei mir persönlich zu informieren, während er den Weg zu Winfried Wolf und Christiane Schneider durchaus gefunden hat (obwohl ich für einen Autor dieser Zeitung sicher immer noch leichter zu erreichen bin). Der Artikel informiert in verschiedener Hinsicht tendenziös und arbeitet mit Suggestionen, die ich für meine Person in dieser Zeitung nicht im Raum stehen lassen möchte.

Zunächst einige Fakten zur Grundlage der Auseinandersetzung. Der BWK ist bis 1994 formell eine Partei gewesen, in dieser Hinsicht hatte er formell eine gleichberechtigte Struktur mit der PDS. Der BWK schließt sich nunmehr in den westlichen Bundesländern in Form seiner Landesverbände der PDS an. Dabei gibt es jedoch weder einen abgesprochenen Parteienzusammenschluß noch den Eintritt der BWK-Mitglieder in die PDS. Es vollzieht sich vielmehr so, daß ein kleiner Teil der BWK-Mitglieder in die PDS eintritt, dort eine Arbeitsgemeinschaft bildet und danach als BWK Landesverband mit der PDS-Arbeitsgemeinschaft verschmilzt. Die gesamten BWK-Strukturen bleiben erhalten, der größere Teil der BWK-Mitglieder wird nicht Mitglied der PDS. Der BWK funktioniert in seinen alten Strukturen, genießt aber als jetzt formierte AG alle statuarischen Rechte innerhalb der PDS. In diesem Akt wird vom Bundesvorstand ein einseitig vollzogener Parteizusammenschluß gesehen, der zumindest problematisch ist. Der BWK beansprucht dabei statuarische und satzungsmäßige Rechte, die in anderem Zusammenhang einen anderen Sinn haben sollten. Erstens war der Zusammenschluß von Mitgliedern der PDS zu AGs und Plattformen ausdrücklich gedacht als Aufhebung des Fraktionsverbots, wie es in der SED herrschte; es geht also um den Zusammenschluß von Mitgliedern zum Zwecke der richtungsmäßigen oder fraktionellen Tätigkeit in der PDS. Der BWK will jedoch als Verband gar nicht in der PDS arbeiten, sondern nur die mit diesem Status verbundenen Parteirechte (in bezug auf Finanzen u.ä.) erhalten. Zweitens erkennt das Statut der PDS Nichtmitgliedern weitgehende Rechte von Mitgliedern zu, sofern sie sich regelmäßig an z.B. Arbeitsgemeinschaften der PDS beteiligen. Dieser Gedanke, gedacht für eine 120.000 Mitglieder starke Partei im Osten, die sich reorganisieren muß, wird durch den BWK karikiert, indem die Nichtmitgliedschaft zum Programm erhoben wird.

Dieses Vorgehen hat selbstverständlich nur in den westlichen Landesverbänden eine Bedeutung. Da ich innerhalb des Vorstands für diesen Bereich verantwortlich zeichne, bin ich von einigen PressevertreterInnen, deren Interesse an der West-PDS nicht selten von dem Vorurteil geleitet ist, daß die PDS im Westen eine Ansammlung von Loosern und Ewiggestrigen sei, angesprochen worden und habe mich zu diesem für die PDS realen Problem geäußert. Daß die Presseberichterstattung dann nicht so ausfällt, wie frau es gerne hätte, dürfte auch LeserInnen und AutorInnen dieser Zeitung nicht unbekannt sein. Aber selbst die Äußerungen in der Berliner Zeitung sind dann von KUK im ak noch tendenziös und verfälschend zusammengezimmert worden. KUK zitiert einen Artikel der Berliner Zeitung, worin die Redakteurin mich mit dem Satz wiedergibt: "Die PDS im Westen muß sich neue Mitglieder suchen." Diese Aussage ist eigentlich so naheliegend beim gegenwärtigen Stand der Mitgliedschaft der PDS im Westen (gut 2.000 Mitglieder), daß sie eben nur durch das fälschende Zusammenziehen mit einem weiteren Zitat aus diesem Artikel anrüchig wird: "Leute aus elitären Gruppen, Maoisten, Trotzkisten, Leninisten und Stalinisten (...) Ehemalige aus der DKP" würden die Hälfte der Mitgliedschaft der PDS-West ausmachen, werden nicht personell benannte Stimmen aus dem Vorstand zitiert. Suggeriert wird nun, ich würde daraus die Konsequenz ziehen, die Mitglieder mit dem Parteibuch des BWK müßten raus und durch andere ersetzt werden. Richtig ist, daß auch ich für einen Parteiaufbau im Westen keine Perspektive darin sehe, wenn die PDS sich vor allem aus Mitgliedern von Anfang der 70er Jahre gebildeten linken/kommunistischen Organisationen zusammensetzt, weil dies in der Regel nicht mit einem

Neuanfang verbunden ist, sondern in erster Linie mit der Traditionspflege. Für einen Autoren aus dem politischen Spektrum des ak scheint mir auch nachvollziehbar zu sein, daß die Gewinnung neuer Menschen für die Idee des Sozialismus schwieriger wird, wenn sie nach außen vor allem durch politische Ideen aus der DKP und dem BWK repräsentiert wird. In diesem Sinne steht die Äußerung, daß die PDS im Westen nur Erfolg haben wird, wenn es ihr gelingt, mit neuen Mitgliedern eine neue und eigene politische Identität herauszubilden. Die TraditionskommunistInnen und -sozialistInnen sind dabei ein Problem, weil sie die PDS vor allem und in erster Linie als Überlebensinsel ihrer zerstörten Organisationshoffnungen sehen. Darum habe ich in dem Gespräch mit der Berliner Zeitung auch gesagt, daß ich den Ansatz des BWK als Verband konservativ finde, denn er will vor allem die alten Strukturen bewahren. Ausnehmen möchte davon ausdrücklich all diejenigen, die Mitglieder geworden sind und in der PDS mitarbeiten; insofern gibt es in dieser Hinsicht auch nicht den von KUK konstruierten Widerspruch zu anderen Vorstandsmitgliedern.

Allerdings ist der "Zustrom" aus den genannten Verbänden keineswegs die Ursache für das Problem der PDS im Westen, übrigens ebenso wenig wie für vermeintliches oder tatsächliches Sektierertum in den westlichen Landesverbänden der PDS, sondern das liegt vielmehr in dem zu geringem Zuspruch einer linken Partei in der gegenwärtigen Lage. Weil ich dies so sehe, habe ich auch keine administrativen Mittel empfohlen, sondern darauf hingewiesen, daß nur mit der Gewinnung von neuen Mitgliedern eine andere Partei als die Summe aus DKP, BWK und VSP entstehen kann. Richtig ist aber auch, daß es auch Stimmen gibt, die dieses Problem am liebsten administrativ lösen möchten.

Dies kann in bezug auf meine Person nur als "Exorzismus" denunzieren, wer entweder böswillig ist oder das politische Problem für die PDS gar nicht erkennen will, weil es so schön einfach ist, sie beim "Ausgrenzen linker Stimmen" zu entlarven.

Claudia Gohde

34. Richtigstellung und Widerruf - Hilfe! Schon wieder Gremliza! - Aufruf zum Kostensharing

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:24

Zur oben abgedruckten Richtigstellung verurteilte uns jetzt das Hamburger Landgericht in zweiter Instanz. Gleichzeitig sprach es H.L. Gremliza DM 5.500 Strafgeld zu. Für uns kommen noch einmal ca. 3.000 DM Anwaltskosten oben drauf.

Im April 1994 berichteten wir über die Wende bei der "Jungen Welt", insbesondere über das Engagement Gremlizas. Dabei stellten wir selbst einige nicht richtige Behauptungen auf, andere übernahmen wir aus dem "Neuen Deutschland". Hermann L. Gremliza schickte uns einen Widerruf, den wir nicht in der von ihm diktierten Fassung abdruckten. Statt dessen widerriefen wir in richtigstellender Weise, schrieben, was falsch gewesen war und was u.E. richtig wäre. HLG verklagte uns auf Abdruck des von ihm formulierten Textes. In erster Instanz erhielten wir vor Gericht Recht, wurden allerdings schon damals zu einem Strafgeld in Höhe von DM 3.000 verurteilt, weil wir irrtümlicherweise die inkriminierte Ausgabe des ak weiter versandt hatten (u.a. an eine Buchhandlung, die zum Konzern Schmidt & Partner gehört, in dem bis vor einigen Wochen die "Junge Welt" erschien). Das Gericht urteilte damals, daß wir in allen wesentlichen Punkten eine Richtigstellung vorgenommen hätten und nicht gezwungen werden könnten, den von Gremliza vorgelegten Text abzudrucken.

Jetzt hat sich die Auffassung geändert. Zum Verhängnis wurden uns zwei Formulierungen in der Berichterstattung über den Vorfall. Wir hatte in ak 366 geschrieben: "Das hat uns denn doch vom Hocker gerissen. Unumwunden müssen wir zunächst zugeben, daß alle Formulierungen so nicht zu halten sind, jedenfalls, wenn man es mit Gremliza oder einem Gericht zu tun hat." Und in einer Presseerklärung formulierten wir: "Zugeben wollen wir, daß alle inkriminierten Behauptungen juristisch nicht zu halten sind... Gremlizas Forderung nach Widerruf grenzt in mancher Hinsicht, wie sich zeigte, an Haarspalterei, um die zu streiten sich nicht lohnt und die uns nur durch die Strafgeldandrohungen aufgezwungen wird." Dies nun nahm Hermann L. Gremliza zum Anlaß, dem Gericht darzulegen, wir würden es mit der Richtigstellung nicht ernst nehmen - eine Ansicht, die sich das Gericht jetzt zu eigen machte. Es erklärt, daß entgegen unserer Auffassung die "entstandene Rufbeeinträchtigung des Klägers" fortwirke: "Der ‚Widerruf` in ‚ak` Nr. 366 für sich genommen wäre deshalb geeignet gewesen, die Rufbeeinträchtigung entfallen zu lassen. Diese Wirkung hat die Beklagte (ak, die Red.) jedoch insbesondere durch den unter dem Beitrag angebrachten Hinweis ‚Weiteres zum Thema auf Seite 30` und dem auf Seite 31 abgedruckten Artikel ‚Warum gleich die Keule, Herr Gremliza?` wieder zunichte gemacht. Der Leser des ‚Widerrufs`, der dem Hinweis auf Seite 30 folgt und sodann auch die auf Seite 31 plazierte Berichterstattung zur Kenntnis nimmt, erfährt nämlich, daß aus Sicht der Beklagten die Formulierungen zwar so nicht zu halten seien, ‚jedenfalls, wenn man es mit Gremliza oder einem Gericht zu tun hat`. In der Ausgabe 369 (...) weist die Beklagte nochmals darauf hin, daß sie einige Behauptungen aufgestellt habe, ‚die tendenziell, aber nicht in der juristischen Form stimmten`. Die Beklagte hat ihren Lesern damit zu verstehen gegeben, daß sie sich lediglich aus juristischen Gründen zur Abgabe der Unterlassungsverpflichtungserklärung durchgerungen und zum Abdruck der Widerrufserklärung ‚durchgequält`(...) habe, aber eigentlich inhaltlich an den Behauptungen festhalte."

Vielleicht hätten wir besser das Gericht aus dem Spiel gelassen und uns nur mit Gremliza angelegt. Das Gericht modifizierte zwar das Widerrufsbegehren Gremlizas in der Sache, aber dies betrifft nicht den Kern. Eine Skurrilität am Rande: Gremlizas Anwalt führte als einen Grund für eine nochmalige Veröffentlichung des Widerrufs an, daß den in ak 366 abgedruckten die ak-Redaktion unterschrieben habe und nicht die den ak herausgebende Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative. Pikanterweise hatte Gremlizas Anwalt diese jedoch in Form ihres Geschäftsführers Heinrich Eckhoff verklagt, den es als Geschäftsführer schon seit Monaten nicht mehr gab, allerdings als Verantwortlichen für die Redaktion. Wenn das nun keine Haarspalterei ist.

Aufruf zum Kostensharing

8.000 DM sind für uns ein herber Schlag, um so bitterer, als es nicht um einen Rechtsstreit von politischer Wichtigkeit geht. Es hat sich nun durchgesetzt, womit Gremliza im Editorial von konkret (6/94) drohte, daß er mit Hilfe der sonst so verachteten deutschen Justiz empfindliche Schläge verteilen möchte. Gezielt hat er sich

ein Organ ausgesucht, das so wirklich in der Existenz zu treffen ist. Andere Zeitungen und Verlage, von denen Ähnliches behauptet wurde, sind so nicht verfolgt worden. Wir können die Kosten nicht aus unseren laufenden Einnahmen bestreiten und rufen deshalb dazu auf, uns zweckgebunden für diesen Fall zur Seite zu springen. Spenden bitte mit dem Hinweis "HLG" auf das Spendenkonto: Heinrich Eckhoff, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 464584-204.

35. Stellungnahmen zur ak-Debatte

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak378/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:39

Verständlich und bewegungsnah

Die Krise zeichnet sich seit geraumer Zeit auch für den Leser ab. Insbesondere wird das an der seit ein bis zwei Jahren z.T. deutlich nachlassenden Qualität der Beiträge sichtbar. Wie es dazu kommt, habt ihr selbst beschrieben.

Dennoch ist der ak für mich, der nicht aus dem KB-Dunstkreis kommt, eine wichtige Zeitschrift. Es ist die einzige linke Monatszeitschrift, die ich systematisch und vollständig lese, obwohl ich auch noch andere abonniert habe. Dies gilt insbesondere nach dem fast totalen Ausfall der Konkret.

ak hat zwei Vorteile. Sie ist relativ verständlich geschrieben, man kann sie auch noch nach einem Arbeitstag lesen. Außerdem ist sie relativ nah an Bewegungen dran, soweit es diese noch gibt. Kurz und gut, ich würde mir wünschen, daß ihr weitermacht. Ob die Probleme durch einen Kongreß über linke Publizistik angegangen werden können, weiß ich nicht. Ich bin da eher skeptisch, aber das müssen die ZeitungsmacherInnen entscheiden.

Vielleicht könnten auch andere Finanzierungsformen als die jährlichen Spendenaufrufe entwickelt werden. Ich zumindest könnte mir vorstellen, mich auch an einer längerfristigen Finanzierung von ak zu beteiligen.

Mit besten Grüßen,

Bernhard W., Frankfurt/M.

Seriöse Berichterstattung

Vorab: Gleichzeitig mit dieser Zuschrift überweise ich nochmals 50 DM für den Erhalt der Zeitung.

Da Euch aber die Meinung der geneigten LeserIn wichtig ist (auf die Umfrageergebnisse bin ich neugierig), zusätzlich mal einige Überlegungen zum ak. Ich beziehe eine ganze Menge an linken Publikationen (außer ak sind das etwa Konkret, SoZ, Sozialismus, ND-Wochenende und kleinere Zeitschriften). Für mich rangiert ak ganz oben, weil im Schnitt eine fundierte, seriöse Berichterstattung vorhanden ist, der es nicht wie Konkret auf irgendwelche Knalleffekte ankommt. Bis hin zu den für Euch und den LeserInnen vielleicht lästigen Fußnoten. Mit Euren Artikel kann man oft "weiterarbeiten", d.h. es wird auf weitere Quellen verwiesen.

Sehr positiv über die letzten Jahre die Artikel zum Verhältnis der Linken zur jüdischen Frage (zuletzt ak 377, Enzo Traverso), die Artikel zu Gefangenen, zu Lateinamerika.

Zu unkritisch war für meine Begriffe das Verhältnis zur PDS, die m.E. eine harte, aber nicht denunzierende Kritik von links braucht.

Generell ist für mich die Erhaltung von linken Publikationen ein elementar wichtiger Punkt, um mittelfristig auch organisatorisch wieder etwas Linkes auf die Beine zu stellen.

Noch zu Eurer Umfrage: Ich erwarte von ak nicht die allround-top Informationen. Es gibt Themen, bei denen Ihr schon traditionell schwach seid: gewerkschaftlicher Bereich. Das macht aber nix. Es gibt andere Blätter, z.B. Sozialismus, die das abdecken. Für mich ist der ak schon in der jetzigen Art von hohem Gebrauchswert.

Mit freundlichem Gruß,

Dietrich M., Frankfurt/M.

36. Quelldatei 10bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak378/10bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:10bu

Bildunterschriften:

1946 - Rudi, Berni und Flora.

"Nach dem Krieg mußten wir mit der Wahrheit fertig werden. Rudi hat fast alle seine Verwandten verloren, so wurden auch seine Eltern und fünf seiner Geschwister in KZ-Lagern ermordet, bei mir sah es nicht viel anders aus."

1935: Flora mit Berni, noch in Hamburg

Die beiden Schwestern: Flora und Paula.

Paula, geb. 1909, ermordet 1942 im KZ Auschwitz

1942, die Schwester Paula, kurz vor der Deportation

Die Nichte von Flora, Rita,

Hier ein Bild vom ersten Schultag, Auch sie in einem KZ ermordet

Rudis jüngste Schwester Hilde

Flora Neumann

37. Projekt für eine Neue Nichtverbreitungspolitik

Von Huub Jaspers

CD-Datei: daten/aksuche/ak378/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:27

Das Transnational Institute (TNI) in Amsterdam hat Anfang 1994, zusammen mit dem World Information Service on Energy (WISE) Amsterdam, ein "Projekt für eine Neue Nichtverbreitungspolitik" (Project for a New Non Proliferation Policy, NNPP Project), gestartet, dem vier Kerngedanken zugrunde liegen:

1. Das Auslaufen des NPT sollte auf jeden Fall als Anlaß genutzt werden, um zu versuchen, die ganze Nuklearfrage erneut ins politische Bewußtsein der Bürger zu rücken und eine Handlungsperspektive aufzuzeigen sowie konkrete Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

2. Was gebraucht wird, ist eine Kombination von lokalen, regionalen und nationalen Initiativen auf der einen Seite und von internationaler Koordination und Zusammenarbeit sowie der Entwicklung einer internationalistischen Sichtweise auf der anderen Seite.

3. Es wird höchste Zeit für eine grundsätzliche Diskussion zwischen verschiedenen sozialen Bewegungen, die es in den letzten Jahrzehnten in einer Reihe westlicher Länder gegeben hat, und die alle in verschiedener Hinsicht mit der NPT-Problematik zu tun hatten. Gemeint sind vor allem: die Friedensbewegung, die Umweltschutz-Bewegung und die "Dritte Welt"-Solidaritätsbewegung.

4. Einer der Schwerpunkte des NNPP-Projekts ist es, VertreterInnen aus der sogenannten "Dritten Welt", vor allem Nicht-Regierungs-VertreterInnen, die Möglichkeit zu bieten vor einem westlichen Publikum ihre Sicht der NPT-Problematik darzulegen.

Handlungsmöglichkeiten

Initiativen von Bürgern, von Nicht-Regierungsorganisationen (Non-Governmental Organizations, NGOs) und von sozialen Bewegungen sind notwendig, weil die Politik der meisten und auf jeden Fall der Regierungen des Westens, so stark von eigenen Machtinteressen geprägt ist, daß davon kein erfolgversprechendes Nichtverbreitungskonzept für die nächsten Jahre und Jahrzehnte erwartet werden kann. Wer nur mit dem anklagenden Finger auf andere zeigt und gleichzeitig selbst fortlaufend ein schlechtes Beispiel gibt, ist nicht glaubwürdig und trägt nicht zu einer dauerhaften Lösung des Problems bei.

Natürlich erwachsen reale Gefahren und Bedrohungen aus der Tatsache, daß immer mehr Atomwaffenstaaten hinzukommen. Diese Tendenz der horizontalen Proliferation muß gestoppt werden. Aber nicht in der einseitigen Weise, wie die westlichen Regierungen unter Führung der USA und leider auch Kräfte aus der Friedensbewegung oder deren Umfeld dies tun. Natürlich war und ist, um nur ein Beispiel zu nennen, Saddam Hussein ein Diktator, und stellte sein Atomprogramm für viele seiner Nachbarn ein Drohpotential dar. Dennoch war der Golfkrieg eine Barbarei und der falsche, Weg dieser Gefahr zu begegnen. Wenn wir derartige Kriege als Folge von Atomwaffen-Proliferation künftig verhindern wollen und gleichzeitig der horizontalen Proliferation als solche entgegen wirken wollen, dann dürfen wir nicht warten bis der nächste Konflikt eskaliert und die Kriegsmaschinerie in die Gänge kommt. Denn dann wird es zu spät sein, dann werden Warnungen, Einwände und Gegenstimmen nicht mehr gehört werden. Wir müssen jetzt handeln und in einer ausgewogenen und den Tatsachen gerecht werdenden Weise die Atomwaffen-Proliferation bekämpfen. Das heißt: die aller Staaten und nicht nur die einzelner, dem Westen nicht gefälliger, Staaten.

National und international

Notwendig ist eine Kombination von nationalen und internationalen Ansätzen. Die Erfahrungen mit dem NPT haben gezeigt, daß eine effektive weltweite Nichtverbreitungspolitik nicht allein eines internationalen Regimes bedarf, sondern durch den Willen zur eigenen Selbstbeschränkung und eine entsprechende Politik aller beteiligten Staaten gestützt werden muß. Dabei leistet jeder Staat, der ernsthaft einen Beginn damit macht, langfristig einen besseren Beitrag zur Nichtverbreitung als jene Staaten, die vor allem darauf aus sind, anderen Staaten Beschränkungen aufzuerlegen. Auch eine lückenlose Kontrolle der Einhaltung des Vertrags kann keinesfalls von einer internationalen Behörde wie derzeit der IAEA gewährleistet werden, es sei denn in einer weltweiten Diktatur. Notwendig ist eine vielfältige, breit getragene, demokratische Kontrolle von oben wie von

unten, bei der auch lokale Bürgerinitiativen und bestimmte Berufsgruppen (Wissenschaftler, Journalisten usw.) eine wichtige Rolle spielen können.

Allerdings ist zugleich eine internationale Koordination, Zusammenarbeit und Herangehensweise erforderlich. Ich will, um dies zu veranschaulichen, ein Beispiel aus meiner persönlichen Erfahrung anführen. Ich bin seit über zehn Jahren in Nuklearfragen auf internationaler Ebene aktiv und habe die Erfahrung gemacht, daß die Auffassungen, Analysen und Herangehensweisen in verschiedenen Ländern, sogar in benachbarten Ländern hier in Westeuropa, aufgrund der historischen, kulturellen und politischen Unterschiede, immer noch erstaunlich groß sind. Ich war vor einigen Jahren als Vertreter einer niederländischen Friedensorganisation Mitglied des Trägerkreises der bundesdeutschen Kampagne "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!", die ich immer noch für einen hervorragenden Ansatz halte. Dabei habe ich verschiedene Male erlebt, wie einige meiner deutschen Freunde und Freundinnen, die ich sehr schätzte und schätze, derart überzeugt von der Gefahr einer deutschen Atommacht waren, daß sie andere Initiativen in anderen Ländern gegen andere nukleare Gefahren (zum Beispiel eine Kampagne gegen mit Atomwaffen ausgerüstete US-Kriegsschiffe in dänischen Gewässern) mit einem Satz vom Tisch fegten. Ich bin der Meinung, daß dies als umgekehrte nationale Überheblichkeit bezeichnet werden muß: Nicht "Deutschland, Deutschland über alles", sondern Deutschland als die größte Gefahr für die Welt, und die deutschen Linken als Retter. Einmal wurde sogar ernsthaft argumentiert, die deutsche Linke müßte, um dem neuen deutschen Großmacht-Streben Einhalt zu gebieten, aufgrund der historischen Erfahrungen alle nur möglichen Bündnisse mit Deutschland-kritischen Kräften im Ausland suchen, inklusive konservativer Kräfte wie Margaret Thatcher. Derartige Überlegungen sind aus einer internationalistischen Perspektive betrachtet völlig verfehlt. Oder was hätte der Erfinder dieses Gedankens wohl einem britischen Linken zu sagen?

Ich sage, um nicht falsch verstanden zu werden, noch einmal: Ich schätze die innerdeutschen Kritiker deutscher Atommacht-Gelüste sehr. Eine deutsche Atombewaffnung wäre, langfristig und weltweit betrachtet, wirklich viel folgenschwerer als eine koreanische oder eine irakische Atombewaffnung. Ich bin auch der Meinung, daß meine Freundinnen und Freunde hier gut daran tun, daß sie den diskriminierenden Charakter des NPT nur mit Bedacht kritisieren. Denn sie sollten wirklich verhindern auf die Seite derer gestellt zu werden, die sich selbst vom NPT diskriminiert fühlen, die selbst gerne eine Atommacht wären. In dieser Frage haben linke NPT-Kritiker in anderen Ländern es etwas leichter.

Mit Rücksicht auf diese nationalen Unterschiede ist ein kontinuierlicher Austausch erforderlich, gegenseitige Offenheit, Respektierung und die Bereitschaft voneinander zu lernen.

Drei Bewegungen

Es wird höchste Zeit für eine intensive Diskussion zwischen Friedensbewegung, Umweltschutz-Bewegung und "Dritte-Welt"-Bewegung zum Thema NPT. Diese drei Bewegungen haben traditionell sehr unterschiedliche Einschätzungen zu diesem Thema. Wenn ich das einmal so vereinfacht und global sagen darf, hat die Friedensbewegung den NPT im Kern meist positiv bewertet und verteidigt, während von den anderen beiden Bewegungen vorwiegend Kritik und Ablehnung kam. Die Anti-AKW-Bewegung sah und sieht den Vertrag und die seine Einhaltung kontrollierende IAEA als pro-nukleare Institutionen an, und die "Dritte-Welt"-Bewegung lehnt den Vertrag wegen seines diskriminierenden Charakters ab.

Ich denke, es ist an der Zeit, nicht in den jeweiligen Kategorien dieser verschiedenen Bewegungen zu verharren, sondern den Versuch zu unternehmen, nach immerhin 25 Jahren NPT-Erfahrung eine umfassende Bilanz zu ziehen. Dabei ist eine offene und lebendige Debatte zwischen den drei Bewegungen von größter Bedeutung. Denn es gibt einen Schatz an Erfahrungen und Kenntnissen, die endlich zusammen gebracht werden sollten.

Sichtweisen des Südens

Wenn wir sagen, VertreterInnen aus der "Dritten Welt" sollte Gelegenheit geboten werden, ihre Auffassung zum NPT darzulegen, dann gehen wir selbstverständlich nicht davon aus, daß es nur eine Sichtweise des Südens zu diesem Thema geben würde. Es gibt im Süden vermutlich genau so viele Auffassungen zum NPT wie im Norden oder im Westen. Je nachdem, ob es sich um Regierungsvertreter oder um Oppositionelle handelt, um ein Land mit oder ohne Atomprogramm, um ein Land, das dem NPT beigetreten ist oder nicht, um ein Land das intensiv kolonisiert gewesen ist oder nicht, um ein Land, das unter seinen Nachbarn starke

Feinde hat oder nicht, und so weiter und so fort, werden wir mit unterschiedlichen Auffassungen konfrontiert sein..

Allerdings gibt es einen sehr wichtigen Punkt, den die meisten VertreterInnen aus dem Süden teilen, und zwar ihre mehr oder weniger scharfe Kritik am "diskriminierende Charakter des NPT". Diese Feststellung wird ja oft ausgesprochen. Aber mensch muß sich einmal vorstellen, was es eigentlich bedeutet, daß der NPT bestimmten Staaten implizit zugesteht, ein so immenses Machtinstrument, wie es die Atombombe darstellt, zu besitzen, während der Vertrag dies allen anderen Staaten rigoros verbietet. Wenn wir hier irgendein anderes Beispiel nehmen würden, irgendein im Effekt vielleicht sogar wesentlich weniger bedeutsames Mittel oder Recht, das dem einen zugestanden wird und dem anderen prinzipiell verweigert, dann würden wohl alle ohne große Bedenken von Rassismus oder Apartheid sprechen. Und es fragt sich doch wirklich, aus welchen Gründen diejenigen, die den bestehenden Atommächten das Recht auf den Besitz von Atomwaffen zugestehen, anderen Staaten dieses Recht verweigern? Sind die anderen schlechter, unrationaler, unzuverlässiger, gefährlicher als zum Beispiel die USA?

Wir beziehen die Position, daß, wer eine glaubwürdige, zukunftsorientierte Nichtverbreitungspolitik entwickeln will, die Sicherheitsinteressen der Staaten des Südens genauso ernst nehmen muß wie die der westlichen Welt. Wenn wir der Meinung sind, daß Atomwaffen diesen Sicherheitsinteressen nicht dienlich sind bzw. durch diese Interessen nicht legitimiert sind, dann gilt das für alle Staaten, angefangen beim eigenen und bei den eigenen Freunden. Nur auf dieser Grundlage ist eine langfristig effektive Nichtverbreitungspolitik vorstellbar.

38. Quelldatei 31.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak378/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:31

Strukturanpassung

Als "Strukturanpassung" wird schöngeredet, daß sich der "Markt" nach der Implosion des Realsozialismus nun ungehemmt global ausbreiten kann. Demgemäß hält sich die US-Wirtschaft vor ihrer Haustür in Lateinamerika schadlos. In Mexiko scheint die Zeit reif, das Land "zu kaufen"; in Nicaragua führt die "Strukturanpassung" zum sozialen Desaster; Costa Rica ist einer gnadenlosen "Entwicklungshilfe" ausgesetzt. In Guyana wird indes das weltweit erste "Alternative Strukturanpassungsprogramm" vorgestellt.

ila - Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika (Thema: Strukturanpassung). H. 184, April 1995. A4, 68 S., 7 DM.

Unternehmer im Osten

Die Verheißung, daß jeder, der nur tüchtig genug sei, eine Karriere als Unternehmer machen könne, war ein wichtiger Teil der ideologischen Mobilmachung zugunsten der Marktwirtschaft in den "gewendeten" Staaten des ehemaligen Realsozialismus. Die "Geburt einer Klasse: Unternehmer im Osten" ist der Schwerpunkt der vom alternativ-sozialistischen Osteuropakomitee Graz herausgegebenen Quartalsschrift Ost-West-Gegeninformationen. Aller Beachtung wert ist auch das in der aktuellen Ausgabe enthaltene zwanzigseitige Tschetschenien-Dossier, in dem u.a. über die Vorgeschichte des Konflikts und die "Abwege der tschetschenischen Sezession" informiert wird.

Ost-West-Gegeninformation. 7. Jg., Nr. 1/95. A4, 52 S., 40 öS. Jahresabo 30 DM. Bestelladresse: Dezentrale, Prokopigasse 2/1, 8010 Graz, Österreich.

Völkermord an den Armeniern

Vor 80 Jahren, im April 1915, begann der Völkermord an den Armeniern. Im Schutz des Ersten Weltkriegs konnte die türkische Regierung sich sicher fühlen, ungestört ihren Genozid-Plan umzusetzen, zumal sie im wilhelminischen Kaiserreich einen ihren Handlungen wohlwollend gesonnenen Partner hatte. Im Schwerpunkt der April/Mai-Ausgabe von Mittelweg 36 unternimmt Taner Akcam den Versuch, auf der Basis bislang ungenutzter Quellen die Umsetzung der Mordpläne zu rekonstruieren. Wolfgang Gust stellt die Beteiligung des deutschen Kaiserreichs am Völkermord dar. Und Bernd Greiner porträtiert Henry Morgenthau sen., der als Botschafter der USA in jenen Jahren in der Türkei vergeblich intervenierte.

Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung. H. 2, April/Mai 1995. 96 S., 18 DM.

Bevölkerungspolitik

Bevölkerungspolitik "von Anfang an" stellt die Hamburger Frauenzeitung dar. Ausgehend von den ersten Erwägungen über die erwünschte Bevölkerungsgröße in der Antike über den Beginn der wissenschaftlichen Erforschung der Bevölkerung im 17. Jahrhundert bis zur Bevölkerungskonferenz 1984 in Mexiko wird in die Problematik eingeführt. In einem weiteren Beitrag wird klargestellt, daß Bevölkerungspolitik "mit Feminismus nichts zu tun" hat. In einem den Komplex abschließenden Artikel wird die Medienberichterstattung zur Weltbevölkerungskonferenz in Kairo analysiert.

Hamburger Frauenzeitung. Nr. 44, März-Juni 95, A4, 68 S., 6 DM.

Analysen zur "Bevölkerungspolitik als Entwicklungsstrategie" und zu Theorien über Bevölkerungsentwicklung enthält

Die Brücke. Forum für antirassistische Politik und Kultur. H. 82, März-April 1995. 96 S., 10 DM.

Buchenwald

Die Gedenkveranstaltung am 9. April 1995 zum 50. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald wird, vermehrt um einen Pressespiegel, in einer Broschüre dokumentiert, die zum Einzelpreis von 5 DM (bei Abnahme von mind. 10 Ex. je 3,50 DM) zu erhalten ist. Von der Rede Emil Carlebachs in Buchenwald ist eine

Video-Aufnahme angefertigt worden, die gegen Zahlung von 35 DM abgegeben wird. Lieferung nur gegen Vorkasse in Briefmarken oder als Scheck, Portoanteil von 2,50 DM beifügen.

Bezug: Buchhandlung Che & Chandler, Breite Str. 47, 53111 Bonn.

Atomwaffen

"Atomwaffen abschaffen!" ist die selbstverständliche Forderung des Rundbriefs der Friedensbewegung Friedensforum wie auch der thematische Schwerpunkt der ersten Ausgabe des Jahres 1995. Nach einer Kritik einzelner Passagen des Atomwaffensperrvertrags wird ein Überblick gegeben auf den Stand der Atomrüstung und die Entwicklung der Atomwaffenstrategien in den USA, Rußland, Frankreich, Großbritannien, China und Deutschland. Eingeleitet wird das Heft mit einer Anzahl von Aktionsankündigungen und -berichten - Friedensmarsch in Europa, EU-Gipfel in Essen, Aktion gegen Abschiebehaft u.ä. - und rechtlichen Stellungnahmen zu Repressionen gegen Protestinitiativen.

Friedensforum. Rundbrief der Friedensbewegung. Hg.: Netzwerk Friedenskooperative, Nr. 1/95. A4, 44 S., 4 DM.

Polizei und Brechreiz

Etwa zeitgleich mit dem jüngsten Hamburger Polizeiskandal, im März 95, brachte das Antirassismusbüro Bremen das Ergebnis monatelanger Recherchen an die Öffentlichkeit: Von Mitte 92 bis Ende 94 hatte die Bremer Polizei eine "Brechmittelvergabe zum Zwecke der Beweissicherung" fast ausnahmslos an "Schwarzen" exekutiert. Bei deutschen Verdächtigen oder DrogenkonsumentInnen war diese Maßnahme nahezu unbekannt. Einleitend wird die bisherige Auseinandersetzung des Bremer Antirassismusbüros mit rassistischen Praktiken der Bremer Polizei dargestellt. Auf den folgenden rund zwanzig Seiten werden die Ergebnisse der Befragung von afrikanischen Flüchtlingen teils auszugsweise, teils vollständig wiedergegeben, und es wird die rechtliche Stellungnahme der Anwältin Dr. Edda Weßlau dokumentiert. (Wer eh schon weiß, was in diesem Land so läuft und wer es noch nicht so genau weiß: Für beide eine notwendige Lektüre!)

Polizisten, die zum Brechen reizen. Verabreichung von Emetika am Beispiel Bremen. Eine Recherche des Antirassismusbüros Bremen. A4, 40 S., 5 DM + Porto (ab 5 Ex. je 4 DM; ab 10 Ex. je 3,50 DM; ab 20 Ex. je 3 DM - jeweils + Porto). Bezug: Antirassismusbüro Bremen, Sielwall 38, 28203 Bremen. Überweisung im voraus unter Angabe der genauen Lieferadresse an: Flüchtlingshilfe Bremen, Kto. 17200833, Die Sparkasse in Bremen, BLZ 29050101.

Datenautobahn

Die "schöne neue Welt via Datenautobahn" nimmt das Forum Wissenschaft ins Visier. Der Politologe Hans-Jürgen Bieling stellt den (gering entwickelten) Stand der gesellschaftlichen Debatte über die neue Rolle der Medien in der Demokratie dar; der Politologe Weert Canzler, die Ethnologin Sabine Helmers und die Soziologin Ute Hoffmann erörtern in einem gemeinsamen Beitrag Sinn und Unsinn der populären Metapher "Datenautobahn"; der Soziologe und EDV-Organisator Achim Bühl referiert über die Aussicht, daß der Cyberkult "zur milieuübergreifenden Bewegung an der Schwelle des 21. Jahrhunderts" werden könnte; der Soziologe Rainer Rilling beschreibt "the green and the left side of the web" und listet u.a. eine Anzahl entsprechender Adressen/Links auf. Über das Verhältnis von Datenfluß und Datenschutz äußert sich der wissenschaftliche Mitarbeiter beim bremischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Franz Werner Hülsmann; die Biologin Doris Kretzen und der Politologe Dieter Plehwe diskutieren die Projekte der G-7 zur "Informationsgesellschaft"; und der Soziologe Hans-Jürgen Krysmanski fordert von der Linken, "den für die Beeinflussung des kollektiven Bewußtseins (...) zur Verfügung stehenden Medienmix und alle Themenzugänge zu überprüfen und auf jeden Fall auf den neuesten Stand zu bringen."

Forum Wissenschaft (Hg. Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler), Nr. 1, März 1995. A4, 88 S., 8,50 DM.

39. ak-Serie Kapitulation und Befreiung

CD-Datei: daten/aksuche/ak378/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:38

Die skurrilste Idee zum 8. Mai steuerte der Münchner CSU-Bezirkschef Gauweiler bei. Punkt 15 Uhr sollten in ganz Deutschland alle Verkehrsampeln auf Rot springen, Rundfunksender eine Schweigeminute einlegen und Behörden die Arbeit unterbrechen. Der durch die Reizfarbe Rot ausgelöste nationale "Augenblick des Innehaltens", so wird Gauweiler zitiert, solle daran erinnern, daß Deutschlands Kriegsniederlage auch der Beginn "neuer Unterdrückung im Osten und Vertreibungsterror durch die Rote Armee" gewesen sei. Der gleiche Gedanke, nur ernsthafter vorgetragen, ist auch zentrales Anliegen der rechtskonservativen "Initiative gegen das Vergessen" um die Herren Zitelmann, Dregger und Spranger. Kritik an ihrer "geradezu zwanghaften Relativierung der NS-Verbrechen" (Ralph Giordano) konterten sie mit Beschimpfungen. Der "Meinungsterror der political correctnes" führe zu einer "totalitären" Gesellschaft.

Der CDU-Spitze kamen die rechten Provokationen ungelegen. In der Nähe des Jahrestages sollen schrille Töne, die Mißfallen im Ausland erregen könnten, tunlichst vermieden werden. Es gilt vielmehr, neue deutsche Harmlosigkeit zu demonstrieren und zu betonen, daß man gut Freund mit aller Welt sein will. Das Presseamt der Bundesregierung bringt diese Sichtweise in seinem "Journal für Deutschland" mit dem großen Extrateil "50 Jahren Frieden" anschaulich zum Ausdruck. Auf einer Fotoseite werden die glorreichen 50 Jahre in sieben Bildern festgehalten: Adenauer mit De Gaulle, Erhard mit Johnson, Kiesinger mit Nixon und Strauß mit Delors demonstrieren westliche Bündnistreue und europäische Gesinnung; der Schnappschuß mit Genscher und Gorbatschow symbolisiert die neue deutsch-russische Freundschaft; aus dem Rahmen fallen Schmidt und Honecker und das berühmte Foto von Brandts Kniefall im Warschauer Ghetto.

Während so das Bild eines Deutschland entsteht, dessen "Menschen die notwendigen Lehren der Vergangenheit gezogen haben" (Kohl), soll der 8. Mai als "Tag des Gedenkens und der Selbstbesinnung" (derselbe) den Deutschen die volle Freiheit des Erinnerns garantieren: "Keiner hat das Recht festzulegen, was Menschen an diesem Tag in ihren Erinnerungen zu denken haben." Als Objekte stillen Gedenkens bietet Kohl eine breite Auswahl: Juden, Sinti und Roma, "unschuldige Männer, Frauen und Kinder aus anderen Völkern wie aus unserem eigenen Volk", "Soldaten aus vielen Nationen", Kriegsversehrte, Gefangene, Vertriebene. Es war eine schreckliche Zeit mit viel Leid, hüben wie drüben!

Während von offizieller Seite über die Täter meist nur in nebulösen Umschreibungen gesprochen wird, nennen wir die Verantwortlichen beim Namen. Im fünften Teil unserer Serie über Kapitulation und Befreiung widersprechen wir insbesondere der zur Staatsdoktrin gewordenen Lüge von der "sauberen" Wehrmacht, die im Unterschied zur verbrecherischen SS nur ihren Job gemacht habe - hart, aber fair. In einem Artikel über das KZ Ravensbrück wird darüberhinaus eine häufig vergessene Tätergruppe namhaft gemacht: Frauen in SS-Uniformen, die für das Funktionieren der Vernichtungsmaschinerie ebenso unverzichtbar waren wie ihre männlichen "Kameraden".

Die Selbstbefreiung des KZ Buchenwald war Gegenstand von Gedenkreden, die wir dokumentieren.

Daß die Erinnerung an ihre Befreiung auch bei den Opfern der nazistischen Barbarei zwiespältige Gefühle hervorruft, zeigt der Beitrag von Flora Neumann, die als Jüdin und aktive Nazi-Gegnerin Auschwitz überlebte: "Von der Nazi-Herrschaft wurden wir befreit - nicht aber von unseren Ängsten und Schrecken."

40. Quelldatei arten.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak378/arten.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:arten

Artenschutz im ak

Ein Kommentar zur Auseinandersetzung um den BWK in der PDS

Eine Zeitung wie der ak soll Partei ergreifen für alle Unterdrückten, Verfolgten und Diskriminierten. In diesem Sinne nahm der Autor KUK in der letzten Ausgabe des ak seine Aufgabe ernst und geißelte den "Exorzismus bei der PDS". Nun ist nichts dagegen einzuwenden, ein scharfes Wort gegen die Manie zu richten, das tatsächliche und vermeintliche Sektierertum der K-Gruppen-Linken - in diesem Falle des BWK - für die Schwierigkeiten der PDS, im Westen Fuß zu fassen, verantwortlich zu machen. In gewisser Hinsicht bin ich mit dem Autor denn auch in der Schlußfolgerung einig, daß ein solch zum Programm erhobener "antisektiererischer" Kampf die PDS derzeit im Westen eher schwächen denn stärken wird. Dennoch hätte es nicht nur die Fairneß geboten, die ak-LeserInnen nicht nur über die "Verfolgung" des BWK innerhalb der PDS zu informieren, sondern auch über dessen eigenes Handeln. Erst dann kann politisch geurteilt werden, ob es sich beim Vorgehen des PDS-Bundesvorstandes um eine Wiederholung der Unvereinbarkeitspolitik der SPD und der Ausgrenzungspolitik innerhalb der Grünen handelt.

Linke Politik ist zum großen Teil Organisierung von Interessen und Entwurf von gesellschaftlichen Gegenmodellen, eine Partei ein Mittel sie zu verbreiten und durchzusetzen. Dementsprechend muß eine Partei entscheiden mit wem und mit welchen Mitteln ihre poltischen Ziele zu verfolgen sind. Diese Entscheidung muß auch dann getroffen werden, wenn es um das Zusammenwirken verschiedener linker Organisationen geht Konkret muß die Frage erlaubt sein: Ist dieser BWK für die Verfolgung der politischen Ziele der PDS ein Gewinn oder nicht? Wird schon diese Frage als Ausgrenzungspolitik denunziert, wird man keine rationale Auseinandersetzung fördern können.

Selbstverständlich nimmt sich jede linke Organisation das Recht heraus, zu entscheiden, mit wem sie sich organisatorisch verbinden will. Es wäre geradezu absurd anzunehmen, der KB hätte es zugelassen, daß beispielsweise die SAG sich zu einer Arbeitsgemeinschaft des KB hätte erklären und in dessen Namen Politik machen können. Dabei geht es nicht einmal um den leidigen Vorwurf der Unterwanderung, sondern um die Frage, wer mit welcher Politik die Partei/Organisation repräsentiert.

Für die kommunistische/sozialistische Linke der 70er Jahre hat es neben den vielgeschmähten skurrilen vor allem rationale Gründe gegeben, weshalb mensch sich in einer Vielzahl von Parteien organisierte. Die Politikansätze solcher Organisationen wie der DKP, dem KBW oder des KB waren so unterschiedlich, daß eine gemeinsame Organisation nicht in Frage kam. Aus gutem Grund hat der KB auch noch Mitte der 80er Jahre alle Ansinnen abgelehnt, die dann in die Krise gekommene kommunistische/sozialistische Bewegung organisatorisch zu vereinigen. Dies galt insbesondere für die Versuche des BWK, mit dem ein gemeinsamer politischer Ansatz kaum zu finden war. (Dies gilt nicht unbedingt für die theoretische Arbeit.)

Dieses Recht, zu entscheiden, mit wem man sich organisatorisch vereinigt und mit man in enger organisatorischer Verbindung seine politische Zukunft gestalten will, muß selbstverständlich auch der PDS zugestanden werden. Wie aus meinen nebenstehenden Ausführungen zu "Stationen einer nicht gewollten Ehe" hervorgeht, geht es bei der Auseinandersetzung in der PDS ja nicht um die Frage der Doppelmitgliedschaft von BWK und PDS, sondern um eine Verschmelzung beider Parteien, bei vollständiger Aufrechterhaltung der alten Strukturen des BWK.

Es muß auch die Frage erlaubt sein, ob es der PDS nützt (und eben nicht nur dem BWK), im Westen von einem Dachverband der kommunistischen Parteien und Zirkel der 70er Jahre repräsentiert zu werden. Kein Mensch aus dem politischen Zusammenhang des frühere KB würde ernsthaft auf die Idee kommen, die politische Zukunft in einem Zusammenschluß mit der DKP und dem BWK zu suchen, weil aufgrund aller Veröffentlichungen erkennbar ist, daß dabei keine andere Politik herauskommen würde als sie schon in den 70er Jahren von diesen Organisationen betrieben wurde. Warum sollte die PDS an diesen Organisationen besonderen Gefallen finden? Diese Frage findet nur eine logische Antwort: Weil die PDS Sammelbecken der Restlinken sein sollte. Das genau will sie aber erklärtermaßen nicht sein.

In einer Zeitung wie dem ak die Politik der PDS zu kommentieren ist ein schwieriges Unterfangen. Es gibt verbreitete Auffassung in der Linken, daß aus der PDS bestenfalls eine sozialdemokratische Partei werden könne. Dieser Einschätzung entsprechend wird auf die Bestätigung der befaßten Vorurteile gewartet. Diese Stimmung bedient der Artikel im ak 377: Jetzt hat man die PDS dabei erwischt, daß sie radikal linke Positionen ausgrenzt. Vorbehalte in wichtigen Fragen linker Politik gab es auch andere. So zur Atomkraft, zur Asyl- und Flüchtlingspolitik, zur Frage des 218. Es hat der PDS wenig geholfen, daß sie in ihren programmatischen Grundlagen in diesen Fragen weitgehend dem Standard der Westlinken entspricht. Hätte sie jedoch auf einem dieser Politikfelder gefehlt, hätte es einen großen Aufschrei gegeben - vergleichbar etwa dem bei der Aufstellung von Heinrich Einsiedel als Kandidat für die Bundestagswahlen.

Ich behaupte, daß das Problem der von einer Zeitung wie dem ak repräsentierten Linken genereller ist und am Beispiel der PDS nur abgearbeitet wird. Es geht gar nicht mehr um die Frage, durch Kritik die Politik der PDS zu beeinflussen, es geht kaum um die Frage, richtiges von falschem zu unterscheiden, sondern es geht vor allem um die Bestätigung des zuvor gefällten Urteils, daß "richtige Linke" mit dieser Partei am besten nichts zu schaffen haben. Dies aber ist nur eine Verlängerung der Haltung, die sich schon im Verhältnis zu den Grünen herausgebildet hat. Da gleichzeitig keinerlei Anstrengungen unternommen werden, eigene Perspektiven sozialistischer Organisation anzubieten, entspricht dies einer passiven Förderung des Desorganisationsprozesses der sozialistischen Linken.

Eine Kritik, die an der Förderung sozialistischer Organisation und der Verbreitung linker/sozialistischer Ideen Interesse hat, müßte sich gerade die oben aufgeworfene Frage stellen, ob der BWK die politischen Voraussetzungen hierfür mitbringt. Dann käme man beispielweise bei der konkreten Untersuchung auf einen so einfachen Sachverhalt wie das Agieren des BWK im PDS-Landesverband Hamburg, dem Verband, in dem die größte politische Übereinstimmung zwischen der Führung des Verbandes und dem BWK besteht. Nicht zufällig fiel die Gründung der AG BWK im April 1994 zusammen mit einer kurze Zeit später gefällten Entscheidung für die Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Unter dem Stichwort "Offener linker Dialog" wurde für diese Wahlen ein Bündnis zusammengestellt, das von der PDS, über den BWK, die DKP und die AL bis hin zur MLPD reichte, wobei wiederum nicht zufällig mit Christiane Schneider die "Chefin" des BWK zur Spitzenkandidatin erkoren wurde. (Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich darauf hinweisen, daß sie sich nicht danach gedrängt hat, aber "objektiv" diese Linie am besten repräsentierte.) Das konkrete Ergebnis war die Halbierung des bei den Bundestagswahlen erreichten Ergebnisses (5.000 statt 10.000 Stimmen); ein Jahr später erreichte die PDS bei den Bundestagswahlen 20.000 Stimmen. Die Diskrepanz zwischen diesen Ergebnissen kann nur die wegerklären, wem Wahlerfolge eh suspekt sind, weil sie allein mit "Opportunismus" zu erzielen seien.

Die Frage, ob der PDS die Verschmelzung mit dem BWK nützt, oder ob ihre Abweisung eine weitere Form der Unvereinbarkeitspolitik gegenüber radikal linken Ideen ist, wird sich so objektiv gar nicht beantworten lassen, sondern davon bestimmt sein, ob das Interesse der PDS zum Gegenstand gemacht wird, oder man sich den Artenschutz der übrig gebliebenen K-Gruppen der alten BRD zu eigen macht.

Heinrich Eckhoff

41. Quelldatei bwk-pds.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak378/bwk-pds.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:bwk-pds

Stationen einer nicht gewollten Vereinigung

Die Verschmelzung des BWK mit der PDS

In ak 378 vom 5.4.95 schreibt der Redakteur KUK zum Thema "Exorzismus bei der PDS". Gegenstand des Artikels ist vor allem der Streit, der innerhalb der PDS um den Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) entstanden ist. Der BWK konstituiert sich seit 1993 in den westlichen Landesverbänden der PDS als "Arbeitsgemeinschaften in und bei der PDS". Der Autor erweckt den Eindruck, als gehe es in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um eine Ausgrenzung der BWK-Mitglieder aus der PDS. Da die Verhältnisse wieder einmal etwas komplizierter sind als schwarz-weiß, soll im folgenden ein kurzer Überblick über die Tätigkeit des BWK in bezug auf die PDS gegeben werden. Daraus wird ersichtlich werden, daß es bei dieser Auseinandersetzung gerade nicht um die Tätigkeit von Mitgliedern des BWK innerhalb der PDS geht, sondern um den Anspruch des BWK, als geschlossene Organisation Teil der westlichen Landesverbände zu werden und diese damit zu einem Zusammenschluß zweier Parteien werden zu lasen.

Zurückgehen muß man auf das Jahr 1990. Mit der beschlossenen deutschen Vereinigung und den damit anstehenden ersten gesamtdeutschen Wahlen stellte sich für alle westdeutschen linken/kommunistischen/sozialistischen Parteien (DKP, BWK, VSP, MLPD) die Frage, ob sie ihre bis dahin gepflegten Kandidaturen, dann in Konkurrenz zur PDS, aufrecht erhalten wollten. Wesentlich unter Federführung des BWK wurde der Versuch gestartet, der PDS für die westlichen Länder "Rote Tische" als Bündnispartner anzudienen. Diese bestanden im wesentlichen aus den oben genannten Parteien. Politisches Ziel dieser Offerte war, die politsche Außenvertretung der PDS in den Westländern zu übernehmen. Begründet wurde dies mit der "notwendigen Zusammenführung" aller linken/sozialistischen Kräfte. Dieses Vorgehen wurde von der PDS abgelehnt. Statt dessen versuchte sie zunächst ihr Glück mit dem gemeinsam mit westdeutschen Linken gegründeten Projekt Linke Liste/PDS, das dann direkt in Landesverbände der PDS umgewandelt wurde. Erfolg war diesem Versuch nicht beschieden. Dennoch wurde in der Folgezeit an dem Weg festgehalten, in den westlichen Ländern eigene Landesverbände aufzubauen und nicht den Weg über den Zusammenschluß mit den sozialistischen/kommunistischen Parteien zu gehen. Hierfür erntete die PDS vor allem die Kritik der Rest-DKP (diese war nach dem Ausschluß ihres Erneuererflügels Anfang 1990 innerhalb kurzer Zeit von 40.000 auf ca. 8.000 Mitglieder geschmolzen), die sich - in Erinnerung an treue Dienste für die SED - als ersten und wahrhaftigen Bündnispartner der PDS ansah. Die Organisationen der "Roten Tische", ausgenommen die MLPD, verzichteten dann 1990 auf eigene Kandidaturen zur Bundestagswahl und riefen zur Wahl der PDS auf.

Das hier beschriebene Verfahren wurde bis ins Jahr 1993 fortgesetzt, wesentlich auf Betreiben der DKP und des BWK; die VSP hatte sich zwischenzeitlich aus diesem Zusammenhang herausbegeben. Einen sichtbaren Erfolg errangen BWK und DKP dabei 1993 bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen. Dort kandidierte landesweit eine Linke Liste, die sich im wesentlichen aus Mitgliedern der DKP, des BWK und der PDS zusammensetzte. Dieses Bündnis kam gegen den ausdrücklichen Wunsch des PDS-Parteivorstandes zustande. Daß dieses Bündnis von seiten der PDS möglich wurde, hatte seinen Grund wesentlich darin, daß in der PDS Niedersachsen eine Gruppe ehemaliger DKPler den Ton angibt, die sich selbst als der Kommunistischen Plattform nahestehend begreifen. Zum anderen wurden die Regeln des PDS-Statuts ausgenutzt, die eine Beeinflussung von außen sehr leicht machen. Laut Statut der PDS haben sogenannte Sympathisanten, d.h. Nichtmitglieder, auf Versammlungen der PDS volles Stimmrecht, soweit es nicht um Statuten- und Finanzfragen geht (eingeschränkt ist auch das passive Wahlrecht innerhalb der Partei). Auf Landesversammlungen der PDS Niedersachsen stimmen so häufig mehr Nichtmitglieder als Mitglieder ab, wobei erstere von KennerInnen oftmals doch einer anderen Mitgliedschaft zugeordnet werden können. Diese nach außen offene Form der Organisation, gedacht zur Einbeziehung von Menschen, die der parteiförmigen Organisation wenig abgewinnen können, zeigte so in der Praxis schnell auch ihre Schwächen. Dennoch brachte die Listenbildung in Niedersachsen für DKP und BWK nicht den erhofften Durchbruch, sondern blieb bundesweit die Ausnahme.

Der BWK zog hieraus Anfang 1993 eine Schlußfolgerung, die in gewisser Weise eine Kehrwendung darstellte. Auf seiner Bundestagung wurde zustimmend eine Entschließung "Positionsentwicklung im BWK zur Organisation sozialistischer Politik" zur Kenntnis genommen, in dem zunächst das Scheitern aller Versuche des BWK, in den 80er Jahren einen Zusammenschluß der kommunistischen/sozialistischen Organisationen zu bewerkstelligen, konstatiert wurde. (Anfang der 80er war ein Versuch gescheitert, einen Zusammenschluß mit der KPD/ML herbeizuführen; ebenso mißlang Mitte der 80er der Versuch, eine Plattform aller verblieben sozialistischen Organisationen und Zirkel zu installieren; Ende der 80er scheiterte der BWK schließlich mit seinem Versuch, mit der VSP (hervorgegangen aus der KPD/ML und der GIM/IV. Internationale) eine neue Organisation zu bilden; die dann mit der DKP aufgenommen Gespräche kamen nicht mehr an den Punkt einer organisatorischen Vereinigung.)

In dem Papier von 1993 heißt es dan weiter: "Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß die Satzung der PDS und das Programm der PDS sowohl die Vertretung verschiedener Interessen und Meinungen zuläßt, wie sie auch zu dem erforderlichen Klärungsprozeß einlädt." Daraus wurde nun geschlußfolgert, woran in der PDS bei der Beschlußfassung wohl kaum jemand gedacht hatte: "Nach der Beschlußfassung über die Satzung und das Programm der PDS besteht die Einladung an die Organisationen bzw. Personenzusammenhänge, die in der BRD linke Politik repräsentieren, von ihnen gewünschte Klärungsprozesse im Politikzusammenhang der PDS zu betreiben." Und um es für die eigenen Mitglieder noch einmal deutlich zu bestätigen: "Inzwischen ist nach dem Verlauf des Parteitages der PDS auch sicherer, daß die Folgerungen, die hier aus der Satzung und dem Programm der PDS gezogen werden, mit dem politischen Wollen der PDS-Mitgliedschaft übereinstimmen." Gefragt hatte die PDS bzw. ihre Mitglieder zu diesem Zeitpunkt noch niemand, aber es ging bei dieser Bekräftigung auch gar nicht um die Übereinstimmung mit der PDS, sondern um die Bedenken in der eigenen Mitgliedschaft, denn "die Mitarbeit von Mitgliedern des BWK in der PDS hat im BWK Befürchtungen ausgelöst, es solle eine Auflösung des BWK betrieben werden. Das wäre der schlechteste Weg, die Einladung zu einer gemeinsamen sozialistischen Politik, die die PDS ausgesprochen hat, wahrzunehmen. Der politische Erfahrungs- und Richtungszusammenhang, den der BWK darstellt, wird sich eher klarer ausprägen können." (Alle Zitate aus: "Ergebnisse und Materialien", 1/93)

Dieser Positionsfindung (das Papier trägt die Unterschrift von Martin Fochler) folgte der "Beschluß über die Zusammenarbeit mit der PDS". Darin heißt es: "Die Bundesdelegiertenkonferenz sieht mit der Verabschiedung des Programms durch die PDS feste Grundlagen für Zusammenarbeit, besonders bei der Erarbeitung von Inhalten parlamentarischer Politik und in den anstehenden Wahlkämpfen, gegeben. Sie stellt mit Befriedigung fest, daß die Satzung der PDS eine Zusammenarbeit ermöglicht, die die Vielfalt linker Politik bestehen läßt." Der Übergang zur PDS sollte jedoch vorsichtig und in Rücksichtnahme auf die PDS-Landesverbände im Westen selbst erfolgen: "Gliederungen des BWK, die ihre Zusammenarbeit mit der PDS unter Rückgriff auf satzungsmäßige Angebote der PDS (Zusammenschlüsse) ausbauen wollen, müssen sich u.a. deswegen vergewissern, ob von den entsprechenden Gliederungen der PDS ein solcher Schritt ebenfalls gewünscht wird" (zitiert nach: "Informationsdienst PDS/Linke Liste", 7/93, Hamburg).

Nun folgte Schlag auf Schlag die Umwandlung der Landesverbände des BWK in "Arbeitsgemeinschaften BWK in und bei der PDS", wobei es die Dynamik und der Glaube, die alles geschehe auf Einladung der PDS, dann nicht immer zuließen, das selbstgesteckte Ziel einzuhalten, dies nur in Übereinstimmung mit den betroffenen Gliederungen der PDS zu tun.

Nach den selbstgesetzten Regeln ging noch das Pilotprojekt in Hamburg über die Bühne. Im Arbeitsausschuß des Landesverbandes Hamburg (d.h. dem Vorstand) fand der BWK volles Verständnis für seine Position. Verabschiedet wurde dort am 5.4.93 ein Beschluß, nach dem dieser Schritt nicht nur unterstützt, sondern ausdrücklich als wegweisend für linke Zusammenarbeit in den westlichen Bundesländern gelobt wurde. Verhaltener fiel die Beschlußfassung der Landesversammlung am 8.5.93 aus, die lapidar feststellte: "Die Landesversammlung der PDS/Linken Liste Hamburg stellt fest, daß der durch die Landesversammlung des BWK Hamburg geäußerte Absicht, sich als Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS/Linken Liste zu konstituieren, nichts entgegensteht." (Abstimmungsergebnis 25:1:1). Ein gleicher Beschluß folgte unmittelbar in Rheinland-Pfalz.

Zug um Zug folgten die übrigen Landesverbände. Dabei wurde jedoch in der Regel auf die selbst auferlegte Zurückhaltung verzichtet. Organisatorisch läuft die Vereinigung der beiden Parteien in der Regel so ab: Einige Mitglieder des BWK treten in die PDS ein und gründen dort eine "AG BWK in der PDS". Sodann wird innerhalb

des Rest-BWK eine Urabstimmung veranstaltet, die zum Inhalt hat, den jeweiligen BWK-Landesverband mit der "AG BWK in der PDS" zu verschmelzen, woraus dann die "AG BWK in und bei der PDS" wird. In Zahlen sieht das in Hamburg etwa so aus, daß zunächst sieben der ca. 50 Mitglieder des BWK in die PDS eintraten. Diese AG hat damit alle statuarischen und politschen Rechte in der PDS, bei Umgehung der eigentlichen Mitgliedschaft.

Zur politischen Zielsetzung gibt es ein Musterschreiben, das für alle AG-Gründungen herangezogen wird. Außerhalb der notwendigen Formulierung, daß sich die jeweilige AG innerhalb des Rahmens des Statuts der PDS gründet und bewegt, enthält diese Mustersatzung jeweils nur einen Hinweis auf die PDS: "4. Die Arbeitsgemeinschaft arbeitet im Rahmen der politischen Grundsätze der PDS und unterstützt ihre Tätigkeit." In bezug auf den BWK (der weiterhin als Bundesorganisation erhalten bleibt) wird festgehalten: "7. Die Arbeitsgemeinschaft orientiert sich an den allgemeinen Zielen, Zwecken und Grundsätzen des ‚Bundes Westdeutscher Kommunisten - Bundeskonferenz`. 8. Die Arbeitsgemeinschaft unterstützt die publizistischen Vorhaben der GNN-Verlage." (Hier zitiert nach der Gründungserklärung in Hessen)

Zum Problem wurden diese AG-Gründungen aber für die PDS erst, als sich der BWK anschickte, dieses Verfahren auch dort zu vollziehen bzw. einzufordern, wo es keine einvernehmliche Lösung mit den Gremien der jeweiligen Landesverbände gab. Jetzt vergaßen die BWK-GenossInnen ihren eigenen Beschluß, die AG-Gründungen nur zu vollziehen, wenn diese auch "von den betroffenen Gliederungen gewünscht werden". Statt dessen forderten sie schlicht das Recht auf die Anerkennung durch die Landesverbände. Erst von diesem Zeitpunkt an wurden erste Anträge an Landesschiedskommission und an die Bundesschiedskommission gestellt, diese Art der Parteienvereinigung auf die Vereinbarkeit mit der Satzung hin zu überprüfen.

Für das Vorgehen des BWK, die anfängliche Zurückhaltung aufzugeben, gibt es eine einfache und naheliegende Erklärung. Er selbst verliert seinen Parteicharakter, weil er sich nicht mehr an den Wahlen zum Bundestag und den Landtagen beteiligt (nicht mehr beteiligen kann). Ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt in einer umfangreichen Publizistik und dem Aufbau eines Verlagswesens (GNN-Verlage). Beides wird zu einem großen Teil aus den Mitgliedsbeiträgen des BWK finanziert. Dabei spielt es eine große Rolle, ob diese Mitgliedsbeiträge steuerbegünstigt abzusetzen sind. Mit dem Verlust des Parteicharakters könnte der BWK keine steuerabzugsfähigen Spendenbescheinigungen mehr ausstellen. Möglich ist das jedoch dann wieder, wenn die Mitgliedsbeiträge und die Spenden an den BWK formell über die PDS laufen, als Beiträge und zweckgebundene Spenden an die "Arbeitsgemeinschaften BWK". Formell, nach Parteiengesetz und eigenem Statut, unterstützt damit die PDS derzeit die gesamte Publizistik des BWK. In Zahlen ausgedrückt: Der Hamburger Landesverband der PDS weist für das Jahr 1994 ein Finanzvolumen von DM 190.000 aus, Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen vom Bundesvorstand. Knapp 60.000 werden der AG BWK zugewiesen zur Unterstützung ihrer Arbeit. Das ist überhaupt nicht zu beanstanden, weil diese 60.000 DM auch von den Mitgliedern dieser AG aufgebracht werden. Bei diesen Relationen zwingt sich jedoch die Frage auf, in welcher Verantwortlichkeit der Landesverband zu dieser Tätigkeit steht.

Anfang 1993 fand ein Treffen zwischen Mitgliedern des Bundesvorstandes der PDS und Mitgliedern des BWK statt. Dort wurden von seiten der PDS Bedenken gegen die AG-Bildung vorgetragen, jedoch keine prinzipiellen Satzungsbedenken. In einem Schreiben an den BWK vom Mai 1993 wurden drei politische Einwände aufrecht erhalten. Erstens wurde der Sichtweise des BWK widersprochen, die PDS sei ein Dachverband für linke Organisationen. Zweitens wurde beanstandet, daß vom BWK nicht dargelegt worden ist, was er in die PDS politisch einbringen möchte, sondern daß er sich nur auf die nach Satzung der PDS bestehende Möglichkeit beruft, AGs zu bilden. Direkter gefragt wurde, welchen Nutzen die PDS von der Konstituierung dieser AGs haben solle, da die Vorteile offenkundig sehr einseitig verteilt seien. Drittens wurde dem Vorhaben widersprochen, die AGs innerhalb der PDS als eingetragene Vereine zu konstituieren (was damals beim BWK im Gespräch war), da eine AG in der PDS juristisch und politisch nur von dieser vertreten werden könne und die PDS ihre politische Souveränität nicht an einen Verein abgeben könne. Auf dieses Schreiben hat es von Seiten des BWK keine Antwort mehr gegeben, es sei denn mensch sieht die Gründung der AGs in der sowieso beabsichtigten Form als Antwort an.

Mittlerweile ist vom Bundesvorstand beim Bundesschiedsgericht ein Antrag eingereicht worden, zu klären, ob diese Art der AG-Gründung mit dem Statut vereinbar ist. Im Vorstand wird mehrheitlich Gegenteiliges vertreten. Ausdrücklich geht es dabei nicht um diejenigen, die Mitglieder in der PDS und dem BWK sind, denn Doppelmitgliedschaften sind ausdrücklich erlaubt. Zur Problematik heißt es in der Begründung für diesen

Antrag: "Wir gehen davon aus, daß sich die PDS auf der Grundlage ihres Parteiprogramms, verschiedener Wahlprogramme und ihrer politischen Tätigkeit eine eigene Identität als linkssozialistische Partei - als Partei des demokratischen Sozialismus - erworben hat und diese ausbaut. Ein solches Verständnis läßt es zu, daß innerhalb dieser Partei sich Einzelpersonen, Strömungen, Plattformen und Fraktionen bewegen, die sich zum Programm der PDS, zu den Wahlprogrammen und sonstigen politischen Aussagen und Beschlüssen des Parteitages bekennen. Das schließt das Recht ein, in einem demokratischen Meinungsbildungsprozeß in der Partei dazu beizutragen, Beschlüsse bzw. das Programm zu verändern.

Etwas anderes ist es, wenn die PDS als politisches Dach unterschiedlicher linker Richtungen betrachtet wird, die unter diesem Dach ihre Selbständigkeit und eigene Identität fortsetzen wollen, ausbauen und auf dieser Grundlage mit anderen Gliederungen der PDS kooperieren oder nicht. Eine solche Betrachtungsweise, die aus den Dokumenten des BWK und seiner politischen Praxis herauszulesen ist, führt letztlich dazu, daß die Erkennbarkeit der PDS als eigene Organisation zumindest in einzelnen betroffenen Landesverbänden abnimmt und die PDS nur noch als Summe ihrer sehr unterschiedlichen bis sich gegenseitig ausschließenden politischen Gliederungen erscheint. (...) jeder von uns weiß oder sollte wissen, daß sich die Linke im Westen schon lange vor dem Zusammenbruch der realsozialistischen Länder in einer tiefen Krise befand und diese Krise bis heute im Verhältnis zur PDS wirkt. Die Talsohle linker Politik im Westen scheint noch lange nicht durchschritten zu sein. Setzt man dies voraus und gesteht sich gegenseitig zu, daß es keine ‚Königswege` gibt, wie es im Beschluß des 4. Parteitages zur Arbeit in den westlichen Bundesländern heißt, ist es auch legitim, gerade für Mitglieder noch bestehender linker Zusammenhänge nach Übergangsformen in der Kooperation mit der PDS zu suchen. Genau diese Überlegungen entspricht die Formulierung in unserem Statut, die eine Doppelmitgliedschaft zuläßt." (Antrag an die Bundesschiedskommission)

Dies umfaßt das "Problem BWK in der PDS". Darin gibt es aber auch Stimmen führender PDS-Politiker, die dieses Problem am liebsten administrativ gelöst wissen wollen. Andererseits gibt es auch deutliche Unterstützung der Position des BWK, so in den Landesverbänden Hamburg, Niedersachsen und NRW, aber auch bei Teilen der östlichen Landesverbände, die dem mehr traditionalistischen Politikansatz des BWK durchaus nahestehen. Nur diese Seite zu betrachten und damit den BWK als die verfolgte Unschuld aufzubauen, erfaßt letztlich nur einen Nebenstrang der Auseinandersetzung.

he., Hamburg

42. Medizinische Versuche an den Frauen in Ravensbrück

CD-Datei: daten/aksuche/ak378/ravensb.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:ravensb

Das Krankenrevier von Ravensbrück bestand aus mehreren Baracken. Die kranken Häftlinge hatten auch hier kein Bett für sich allein. Die Kissen, Decken und Matratzen aus Stroh waren voll von Ungeziefer, und der Schmutz förderte Infektionen. Behandlung und Medikamente gab es nicht. Eine Einlieferung in das Krankenrevier kam in den meisten Fällen einem Todesurteil gleich. Nur wenige Häftlinge überlebten die Krankenbaracken und kamen ins Lager zurück.

Eines der grausamsten Kapitel waren die Experimente, die Prof. Gebhardt von August 1942 bis August 1943 an polnischen Frauen durchführte. Er wollte mit diesen Versuchen die Kriegschirurgie voranbringen und seinen eigenen angeschlagenen Ruf rehabilitieren, war doch Heydrich trotz seiner Behandlung gestorben. Den Frauen wurden bakterielle Impfkulturen in das Muskelgewebe geimpft, Beinmuskeln durchtrennt oder Teile eines Muskels oder Knochen herausgenommen. Um einem wie bei Kriegsverletzungen auftretenden Gasbrand zu bekommen, wurden den Frauen außerdem auch Glassplitter, Holzspäne oder Fäden in die Wunden gelegt, danach wurden die Wunden geschlossen.

Die Operationen wurden mit primitiven Narkosen durchgeführt, und die Nachbehandlung bestand darin, den Verlauf der Infektion zu beobachten. Es gab selbstverständlich keine angemessene medizinische Versorgung, dienten die Frauen doch als Versuchskaninchen. "Wir bekamen hohes Fieber," sagte Frau Hegier-Rafalska (eine der polnischen Frauen, an denen Experimente durchgeführt wurden), "und wir hatten ein Gefühl, als ob man zwei Eisenstäbe auf die Beine gelegt hätte: Ich faßte längere Zeit nicht den Mut zu schauen, was mit den Beinen los ist, weil ich Angst hatte, daß mir die Beine weggenommen wurden. Als ich es endlich wagte, hatte ich gesehen, daß beide Unter- und Oberschenkel mit Pflaster zugedeckt und bandagiert waren. Der Schmerz war furchtbar, deshalb hat man mir Morphium gegeben." (1)

"Auch ich blickte mein Bein an, das die Schwestern inzwischen vom Verband befreit hatten, und sah es zum ersten Mal seit zwei Wochen. Ich blickte hin und erschrak. Ich sah auf dem ganzen Raum von der Kniegegend bis zur Ferse den Knochen völlig freiliegen und zu beiden Seiten zwei rollen grünen, mit stinkendem Eiter bedeckten Fleisches. Auf der Außenseite war dann noch eine Wunde, vom Knöchel bis zum Knie, mit mehreren Nähten. Der Anblick war so schrecklich, daß mir schwach wurde. Ich konnte nicht begreifen, daß dies mein Bein war."(1)

Die SS wollte keine überlebenden Zeuginnen ihrer grausamen Experimente, und die operierten Frauen mußten, je näher die Alliierten kamen, fürchten, daß sie ermordet würden. Durch Hilfe von anderen Frauen aus dem Lager gelang es den besonders isolierten und bewachten polnischen Frauen, sich im Februar 1945 aus den Krankenbaracken in andere Baracken des Lagers zu flüchten und dort zu verstecken. Einige von ihnen haben das Lager überlebt, unter den Nachwirkungen der Operationen leiden sie immer noch.

Anmerkung:

1) Füllberg-Stolberg. Jung, Riebe, Scheitenberger (Hrsg.): Frauen in Konzentrationslagern. Edition Temmen

43. Quelldatei zukunft.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak378/zukunft.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:378:zukunft

In eigener Sache

Eigentlich sollte an dieser Stelle schon ein Text stehen, in dem wir unsere Vorstellungen über die Zukunft von ak und unseren Beitrag zur Zukunft linker Publizistik darlegen wollten. Aber es hat sich mittlerweile herausgestellt, daß das Erkennen von Schwächen und Unzulänglichkeiten sehr viel einfacher ist als ihre Überwindung. Diskussionen mit anderen linken ZeitungsmacherInnen, die in einer ähnlichen Lage wie wir stecken, brauchen sehr viel mehr Zeit als wir zunächst dachten. Eine Diskussion der Problematik linker Publizistik, wie wir sie uns auf einer Konferenz vorstellen könnten, wird deshalb eine längere Vorbereitungszeit brauchen als wir zunächst geplant hatten. Die Ursachen sehen wir bei uns selbst am besten: Der Diskussion darüber, wie die Schwäche der linken Publizistik zu über winden ist, fehlen bisher wirklich greifbare und umsetztbare Vorschläge. Es besteht die Gefahr, den Wunsch an die Stelle der Realität zu setzen. Die unmittelbare Zukunft linker Publizistik kann nicht auf einer Woge des Aufschwungs entwickelt werden kann, weshalb die Ausfüllung des Machbaren zur eigentlichen Kunst wird. Wir haben mittlerweile eine Reihe von Zuschriften erhalten, die uns zum Weitermachen auffordern und ermuntern. Die Fragebogenaktion ist im formalen Teil ausgewertet; jetzt sitzen wir an den Anregungen, die auf diesem Wege zu uns gelangt sind. Da wir diese beiden Teile nicht trennen wollten, haben wir den gesamten Komplex auf die Juni-Ausgabe projektiert.